

Philosophische Fakultät Sarajevo
Abteilung für Germanistik

**Konzeptuelle und sprachliche
Metaphern im Migrationsdiskurs /
Konceptualne i jezičke metafore u
diskursu o migraciji**

Masterarbeit

Verfasserin:

Zerina Polutak

zerina_polutak@hotmail.com

Betreuerin:

Doc. dr. Alma Čović-Filipović

Sarajevo, September 2023

LITERATURVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	1
1.1 Begründung der Themenwahl.....	1
1.2 Die Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes.....	2
1.2.1 Die Migrationskrise von 2015 bis 2019	2
1.2.2 Deutschland.....	4
2. Theoretischer Teil	5
2.1 Die Metapher	5
2.2 Konzeptuelle und sprachliche Metapher.....	8
2.2.1. Haupttypen der konzeptuellen Metapher	12
2.2.2 Konzeptuelle Metaphern und Migrationsdiskurs	13
3. Methodologischer Teil	16
3.1 Das Ziel der Arbeit und die Methode der Analyse	16
3.2 Korpus.....	17
4. Die Analyse der konzeptuellen und sprachlichen Metaphern.....	20
4.1 Migration ist Waretransport.....	21
4.2 Migration ist Krieg.....	24
4.2.1 Migration ist (Flüchtlings-)Ansturm	26
4.2.2 Migration ist <i>Invasion</i> , Migranten sind eine <i>Armee</i> / <i>Soldaten</i> / ein <i>Heer</i>	32
4.3 Migration ist <i>Wasserflut</i>	36
4.3.1 Migration ist <i>Strom</i> und <i>Zustrom</i>	37
4.3.2 Migration ist <i>Welle</i> und <i>Flut</i>	43
4.4 Migration ist <i>Lawine</i> und <i>Jagd</i>	44
5. SCHLUSS	46
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	49
LITERATURVERZEICHNIS	49
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	51
QUELLE DER ABBILDUNGEN	51
GRAFIKVERZEICHNIS	51
KORPUS.....	51
ANHANG	56

1. EINLEITUNG

1.1 Begründung der Themenwahl

Die Migrationskrise ist ein weit diskutiertes Thema sowohl im politischen als auch medialen Diskurs. Im Rahmen der linguistischen Forschung sind vor allem die Formen der Versprachlichung zentraler Referenzobjekte dieses Diskurses von Interesse. Die vorliegende Arbeit untersucht den Migrationsdiskurs in Deutschland der Jahre 2015 bis 2019 auf die sprachliche und konzeptuelle Metapher. Bereits Matthias Jung, Thomas Niehr und Kathrin Böke haben sich mit diesem Thema der Metaphern im Migrationsdiskurs in ihrem Buch „Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse: Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945“ (2000) beschäftigt. Die vorliegende Arbeit lehnt sich an die Forschung von Jung, Niehr und Böke (2000) an und will die Frage beantworten, ob von der Forschung festgestellte konzeptuelle und sprachliche Metaphern der Migration in Deutschland aus den Bereichen *Wasser, Krieg und Warenhandel* dieselbe Bedeutung und Relevanz in den Jahren von 2015 bis 2019 haben, die sie in den Jahren von 1945 bis 2000 hatten. In Anlehnung an vorige Untersuchungen will diese Arbeit erforschen, ob es Gemeinsamkeiten gibt oder ob es zu Veränderungen gekommen ist. Was das für das Ziel der Arbeit bedeutet, ist, dass man zeigen möchte, ob die Funktionen der sprachlichen und konzeptuellen Metaphern gleich geblieben sind oder ob sie sich mit der Zeit verändert haben und zu welchen Veränderungen es gekommen ist. Das Ziel der Arbeit ist nicht die Untersuchung der Metaphorik im Migrationsdiskurs im Sinne Jungs u.a. (2000) Forschung. Im Unterschied zu Jungs u.a. (2000) Forschung lehnt sich diese Arbeit an eine kognitive Metaphernforschung an, und will sprachliche und konzeptuelle Metaphern untersuchen, die im deutsche Migrationsdiskurs gebraucht werden.

Zu Beginn wird eine kurze historische Kontextualisierung gemacht. Danach folgt die theoretische Darstellung der konzeptuellen und sprachlichen Metaphern. Im Kapitel 3 folgt die Erläuterung des Korpus und der Methode. Schließlich folgen die Analyse und die Darstellung der Ergebnisse.

1.2 Die Kontextualisierung des Untersuchungsgegenstandes

Im folgenden Kapitel wird der geschichtliche Hintergrund mit dem Fokus auf den Zeitraum von 2015 bis 2019 umrissen. Dies geschieht mit besonderem Blick auf Deutschland.

1.2.1 Die Migrationskrise von 2015 bis 2019

Der Begriff Migrationskrise wird verschieden interpretiert. Serhat Karakayali stellt die Problematik des Verstehens dieses Begriffs dar: “Is it a crisis concerning refugees, a crisis for refugees or, as was often denounced, a crisis caused by refugees? To date, critical scholars in Germany are reluctant to use the expression and instead insist on speaking of `political crisis`.” (Karakayali 2018, S. 607) Aber bei dieser Krise handelt es sich nicht nur um eine politische Krise, wie der Begriff in Deutschland gebraucht wird, man nennt dies europäische Flüchtlingskrise oder Migrationskrise oder einfach Asylkrise (vgl. Creative Commons Attribution/Share Alike 2021).

Im Folgenden wird eine Erklärung des Begriffs Migrationskrise angeboten: „Unter **Europäischer Flüchtlingskrise** (auch europäische **Migrationskrise** oder nur **Asylkrise**) versteht man den starken Anstieg der Zahl der Asylbewerber in den EU-Staaten aufgrund der Ein- und Durchreise von 1–2 Mio. Flüchtenden in die Europäische Union in den Jahren 2015/16, den auch im Weiteren anhaltenden Migrationsdruck auf Europa und die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen dieser Fluchtbewegung.“ (Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) Obwohl bereits das Jahr 2014 1,7 Millionen neue Anträge auf Asyl oder Flüchtlingsschutz zählt, wurden 2015 allein in den ersten drei Quartalen 710.000 Migranten von der Grenzschutzagentur Frontex registriert. (vgl. Luft 2016, S. 25) Letztendlich verdoppelte sich die Zahl der Asylbewerber im Jahr 2015, und 2016 war die Zahl 1,26 Millionen (vgl. Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) „Nach Verschärfungen des Asylrechts in den wichtigsten Zielstaaten im Herbst 2015, der Errichtung von Grenzbarrieren auf der Balkanroute im März 2016 und dem EU-Türkei-Abkommen vom 18. März 2016 nahm die Zahl der neuen Asylbewerber rasch ab und lag 2017 bei rund 650.000.“ (Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) „Der

Migrationsdruck auf Europa wächst“, meint Gudula Hörr 2019 bereits in ihrem Titel. (Hörr 2019) Die Zahlen wachsen mit den Jahren und eine Rückkehr ist möglich, jedoch seltener als erwartet. „2017 lebten rund 9,5 Millionen Menschen aus dem Nahen Osten, Nordafrika und der Türkei in Europa.“ (Hörr 2019) In dieser Zeitperiode stellte man durch verschiedene Ereignisse fest, dass das Asylsystem EU mangelhaft ist. (vgl. Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) Obwohl die europäischen Staaten eine Zusammenarbeit bei der Grenzkontrolle der Außengrenzen sowie beim Bekämpfen der organisierten Kriminalität vereinbart haben (vgl. Luft 2016, S. 56), verletzen sie die Vereinbarungen aus dem Schengener Abkommen von 1985 und dem Dubliner Übereinkommen von 1990 und verweigerten die Flüchtlinge zu verteilen. (vgl. Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) „Das stellte die Tragfähigkeit der EU-Verträge, die Integrationskraft der EU und die innereuropäische Solidarität in Frage. Die Asylpolitik der Europäischen Union, die europäische Migrationspolitik sowie die jeweilige nationale Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik wurden ebenso wie die Position des Islam in Europa Thema heftiger politischer Auseinandersetzungen.“ (Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) Hierdurch kam es zur Stärkung des Rechtsextremismus, wobei vor allem die nationalkonservativen und islamfeindlichen Kräfte unterstrichen werden müssen.

Bei der Migrationskrise von 2015 kommt es zu einer spezifischen Erscheinung im Sprachgebrauch. In diesem Jahr wurden nämlich „Flüchtlinge“ bzw. „Geflüchtete“ und „Asylbewerber“ sprachlich nicht von Migranten unterschieden. Somit umfasste dieser Begriff unterschiedliche Arten der Migration auf einmal, unabhängig davon, ob es sich um eine erzwungene, freiwillige oder unfreiwillige Migration handelte. (vgl. Hoesch 2018, S. 20 - 24) Flüchtlinge wollten die existenzielle Bedrohung oder wirtschaftliche Not vermeiden, indem sie ein Land erreichen, das ihnen Schutz bietet. Jedoch, wenn sie weiter wandern, werden sie zu Migranten. (vgl. Luft 2016, S. 16 - 17) Die Motivation ist dabei unterschiedlicher Natur und die Krise erweist sich darin, dass die Menschen eigenständig eine Mischung untereinander gemacht haben: „Die Migranten nutzen dieselben Routen und die gleichen Transportmittel, fallen aber unter verschiedene rechtliche Kategorien und nutzen verschiedene Zugangspfade zu den Zielstaaten (wie

Arbeitsmigranten, Opfer von Menschenhandel oder unbegleitete Minderjährige).“ (Luft 2016, S. 17) Aus diesem Grund spricht man in der Arbeit von der Migrationskrise, wobei auch Flüchtlinge und Asylanten aus dieser Zeitperiode darunter verstanden werden.

1.2.2 Deutschland

Deutschland ist ein oft ersuchtes Zielland der Migranten und eine Folge davon ist, dass der deutsche Innenminister bereits 2015 verkündete, dass die Aufnahmekapazitäten erschöpft sind (vgl. „Innenminister: Wir schaffen es nicht“, „Tagesspiegel“, 12.09.2015). Asylanträge gab es vor dem Beginn der Migrationskrise zu viel, aber 2015 passierte ein historischer Moment: „Im September 2015 traf die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eine historische Entscheidung: Sie ließ die Grenzen zu Österreich öffnen und sagte zu, die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.“ (Hoesch 2018, S. 1) Diese Entscheidung war vor allem humanitärer Natur, da man sah, dass die ungarische Regierung diese Menschen überhaupt nicht gut behandelte. (vgl. Hoesch 2018, S. 2) Die deutsche Bevölkerung nahm die Entscheidung erstmals euphorisch an und zeigte sich bereit, an den Grenzen auf die Menschen zu warten und sie persönlich nach Deutschland zu bringen. (vgl. Hoesch 2018, S. 2) Letztendlich zählte man in Deutschland in diesem Jahr über eine Million Asylanträge (vgl. Hoesch 2018, S. 1), was wiederum zu der genannten Überforderung brachte und zur wiederholten Grenzschießung mit Österreich führte. (vgl. Beck (Hrsg.) 2015, S. 32 - 33) Im Februar 2016 trafen sich die EU - Länder in Wien auf der Westbalkan-Konferenz zur Verringerung der Flüchtlingszahlen entlang der Balkanroute, wobei Griechenland nicht eingeladen war. (vgl. Creative Commons Attribution/Share Alike 2021) Die Kontrollmaßnahmen, die auf der Konferenz beschlossen wurden, zeigten ihre Wirkung bei den Anträgen zum Asyl, die 2016 unter einer Million in Deutschland lagen. (vgl. BAMF 2017, S. 13) Die Anzahl der Asylanträge verringerte sich in den Jahren von 2017 bis 2019. (vgl. BAMF 2017, S. 13)

Diese verringerten Zahlen werden einerseits mit Scham betrachtet, andererseits gefeiert, denn die damalige Öffnung der deutschen Grenzen seitens der damaligen Kanzlerin Angela Merkel wurden nicht bei allen mit Freude aufgenommen. Rechtsbewegungen wie PEGIDA oder die konservative Partei AfD äußerten klar ihre Unzufriedenheit. (vgl. Barlai u.a., 2017, S. 108) In diesem Zusammenhang kommentiert Luft: „Rechte Parteien nutzen Zuwanderung häufig dazu, skeptische oder ablehnende Haltungen in der Bevölkerung aufzugreifen und zu verstärken und damit Zustimmung zu generieren. Sie profitieren von politischer Polarisierung.“ (Luft 2016, S. 93) Die Stellungnahme linksorientierter Parteien ist anders, da sie für das Bleiberecht der Zuwanderer kämpfen, wobei nicht vergessen werden soll, dass sie ihr Wählerpotenzial im Blick haben. (vgl. Luft 2016, S. 93) Der oben beschriebene situative Kontext resultierte mit einer Polarisierung der Gesellschaft, die sich unter anderem auch sprachlich manifestierte. Die vorliegende Arbeit möchte der Frage nachgehen, wie die gesellschaftliche Debatte über die Migrationskrise auf der metaphorischen Ebene geführt wurde, bzw. welche metaphorischen Konzeptualisierungen sich in dem betreffenden Diskurs manifestiert haben. Der theoretische Rahmen dieser Untersuchung wird in folgenden Kapitel dargestellt.

2. Theoretischer Teil

2.1 Die Metapher

Das „Metzler Lexikon Sprache“ definiert die Metapher wie folgend: „Die M. setzt eine Ähnlichkeit zweier Begriffe voraus, die eine Ersetzung des ›eigentlichen‹ Wortes (verbum proprium) durch ein Wort ermöglicht, das einen ähnlichen Begriff (immutatio) bezeichnet.“ (Hrsg. Glück u. A. 2016, S. 428) Das Lexikon definiert die Metapher als eine Übertragung. (vgl. Hrsg. Glück u. A. 2016, S. 428) Nach dem „Metzler Lexikon Sprache“ definiert Aristoteles die Metapher als nominale Stilfigur des Bedeutungswandels. (Hrsg. Glück u. A. 2016, S. 428) Pielenz lehnt sich an

Quintilian Definition an, der Aristoteles Überlegungen weiterleitet. „Eine Metapher der Gestalt 'A ist B' präsentiert eine Umformung einer vom Sprecher wörtlich intendierten Äußerung 'A ist wie B' via Analogie oder Ähnlichkeit.“ (Pielenz 1993, S. 61) Die wichtigen Merkmale müssen nicht explizit gesagt werden, meint Pielenz, sondern erweisen eine Ähnlichkeit mit dem Original. (vgl. 1993, S. 62) Dieses Ähnlichkeitsprinzip veranschaulicht Pielenz mit dem Beispiel: „Richard ist ein Löwe.“ (vgl. 1993, S. 62) Nach der oben erwähnten Definition ist Richard wie ein Löwe (also A ist wie B), da er tapfer, mutig etc. ist.

Wenn man bei der Metapher von einer Übertragung spricht, so hat dies nach Kohl zwei Bedeutungen: „Mit dem Begriff der ›Übertragung‹ ist einerseits der metaphorische Prozess bezeichnet und andererseits das resultierende sprachliche Phänomen“ [...]. (2007, S. 22) Kohl definiert die Metapher wie folgend: „Es handelt sich hierbei jedoch nicht um die Definition eines eindeutig beschreibbaren Prozesses, sondern um ein Denkmodell (vgl. Ottmers 1996, 166) – wenn die Definition auch kanonischen Status hat, so ist sie doch nur eine unter vielen.“ (2007, S. 22) Damit meint Kohl, dass es viele Definitionen der Metapher gibt: „Denn Definitionen der Metapher sind abhängig von der jeweiligen Sprachtheorie, von der disziplinären Perspektive (rhetorische Praxis, philosophisch orientierte Ästhetik, Linguistik, Literaturwissenschaft usw.) und nicht zuletzt von den Metaphern, mit denen der metaphorische Prozess beschrieben wird (s.u., S. 41–43).“ (Kohl 2007, S. 22) Festzuhalten ist, dass es viele Theorien um die Metapher herum gibt, wie z. B. die Vergleichstheorie.

Pielenz führt weitere Theorien an, wie die von Max Black, die Interaktionstheorie heißt. Pielenz nennt I. A. Richards (1936) den eigentlichen Begründer der Interaktionstheorie, aber nimmt Blacks Interaktionstheorie als Beispiel, da Blacks Aufklärung Pielenz nach klarer entwickelt ist. (vgl. 1993, S. 57) Nach Pielenz ist es wichtig, dass Max Black den Weg für Lakoff und Johnson mit seiner Theorie vorbereitet hat, bzw. dass Blacks Theorie für die Weiterentwicklung der Metaphernforschung relevant ist. (vgl. 1993, S. 63) Nach Pielenz stellt die wirklichkeitsstrukturierende Rolle der Metapher den eigentlichen Punkt Blacks

Theorie dar: „Seine Theorie gibt den Gedanken der Paraphrasierbarkeit einer metaphorischen Äußerung in eine eigentliche, eine metaphorische Bedeutung völlig auf und weist der Metapher eine wesentliche wirklichkeitsstrukturierende Rolle zu.“ (1993, S. 63) Um Blacks Theorie in einfache Worte zu fassen, lehnt sich Pielenz an die Erklärung Hausmans (1991) an: „[...] that metaphors can be creative in the sense of generating new, irreducible meaning“. (Hausman 1991, zitiert nach Pielenz, 1993, S. 63) Wenn man das vorige Beispiel mit Richard und Löwe betrachtet, heißt es dieser Erklärung nach, dass Richard kein Löwe ist. Denn auf der sprachlichen Ebene ist der Ausdruck, `Richard ist ein Löwe`, absurd. (vgl. Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL), 2016) „Der offenbare Unsinn dieser Formulierung wird geheilt, indem man ihm einen neuen, übertragenen Sinn zuspricht[.]“ (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL), 2016) Der übertragene Sinn im Fall des Beispiels `Richard ist ein Löwe` ist Richard ist tapfer, mutig usw. Dieses Verständnis der Metapher bewegt sich vom Rhetorischen weg. Diese Metaphern unterliegen kognitiven Kriterien, genau wie das Metaphernverständnis von Lakoff und Johnson. (vgl. Pielenz 1993, S. 64)

In diesem Zusammenhang betont Pielenz: „Blühen die Metaphern lediglich im stilistisch-rhetorischen Ziergarten, sind sie jeder wirklichkeitsgestaltenden Aufgabe enthoben.“ (1993, S. 64) Genau aus diesem Grund ist die Theorie von Lakoff und Johnson wichtig. Pielenz hebt hervor, dass Metaphern, wie die von Lakoff und Johnson, wie Konstrukte, Instrumente sind, die der Bildung der Wirklichkeit dienen. (vgl. 1993, S. 64) „In diesem Sinne sind die Begriffe konstruktiv, kognitiv und konzeptuell synonym verwendbar, da sie alle dieselbe epistemische (erkenntnisbezogene) Funktion von Metapher in den Vordergrund stellen.“ (Pielenz 1993, S. 64) Das Wort epistemisch erklärt das „Metzler Lexikon Sprache“ wie folgend: „**Epistemisch** Bez. zur Charakterisierung des Erkenntnisstatus einer Aussage; e. Modalitäten sind: es wird angenommen, vermutet, geglaubt, es ist wahrscheinlich.“ (Hrsg. Glück u. A. 2016, S. 181) Epistemisch heißt (unter Anderem) „auf die Erkenntnislage des Einzelnen mit seinem persönlichen Wissen in der aktuellen

Situation bezogen.“ (Creative Commons Namensnennung 2022). Im Folgenden sollen die wichtigsten Punkte der Metaphertheorie von Lakoff und Johnson erläutert werden.

2.2 Konzeptuelle und sprachliche Metapher

Wie Stukalenko festhält, erlebte die Metapher in ihrer Erforschung eine große Wende: „Mit der kognitiven Wende wurde dem metaphorischen Sprachgebrauch ein prinzipiell neuer Stellenwert zugesprochen: Demnach sei die Metapher nicht einfach eine rhetorische Figur [...] bzw. ein Redeschmuck, sondern ein Träger der Denkpoteziale, ein grundlegendes kognitives Instrument [...].“ (2019, S. 51) Ausgehend von dieser kognitiven Wende wird im Weiteren die Rede von kognitiver Metaphernforschung sein. Dafür sind zwei Namen wichtig, nämlich George Lakoff und Mark Johnson. Ihr Werk „Metaphors we live by“ ist ein grundlegendes Werk der kognitiven Metaphertheorie (vgl. Hager 2013, S. 16). Es gilt als ein Paradigma des interaktionistisch-kognitiven Zweiges (vgl. Pielenz 1993, 64). Mit ihrer Theorie zeigen Lakoff und Johnson, wie die Metapher den Alltag beeinflusst: Lakoff und Johnson meinen, dass ein früheres Verständnis der Metapher darauf basiert, dass es sich nur auf die Sprache bezieht, damit ist sowohl das Denken als auch das Handeln ausgelassen. (vgl. 1980, S. 12) Sie meinen aber: „We have found, on the contrary, that metaphor is pervasive in everyday life, not just in language but in thought and action.“ (1980, S. 12) Lakoff und Johnson erklären dann, dass unsere Denkweise von Natur aus metaphorisch angelegt ist. (vgl. 1980, S. 12) In ihrem Werk stellen sie Folgendes fest: „If we are right in suggesting that our conceptual system is largely metaphorical, then the way we think, what we experience, and what we do every day is very much a matter of metaphor.“ (1980, S. 12) Indem die Denkweise beeinflusst wird, wird das Erleben verändert, worauf Lakoff und Johnson wie folgend deuten: „The fact that our conceptual system is inherently metaphorical, the fact that we understand the world, think and function in metaphorical terms, and the fact that metaphors can not merely be understood but can be meaningful and true as well-these facts all suggest that an adequate account of meaning and truth can only be based on understanding.“ (1980, S. 168)

Die Unterscheidung zwischen dem Denken und der Sprache spielt in dieser Arbeit die zentrale Rolle, da man damit die Unterscheidung zwischen der kognitiven und der sprachlichen Metapher meint. Durch die Erwähnung von Lakoff und Johnson sind die sprachlichen und konzeptuelle Metapher in den Vordergrund gerückt. Diese Wichtigkeit deutet Kohl auch an: „So steht tendenziell in der Literaturwissenschaft die sprachliche Form oder rezeptionsästhetische Funktion der Metapher im Vordergrund; in der Rhetorik die psychologische Wirkung; in der Philosophie die Ausgrenzung der Metapher oder Definition ihrer kognitiven Leistung; in der kognitiven Linguistik, Psychologie und Neurologie ihre mentale Struktur und Wirkung; in den Naturwissenschaften ihre Gefahr als ›Denkfalle‹ oder ihr Beitrag zur Erkenntnisgewinnung; in Politik und Wirtschaft ihr Einfluss auf das Handeln.“ (2007, S. 1-2) Damit zeigt Kohl, dass das Denken nur in Begleitung der Sprache erforscht sein soll. Die konzeptuelle Metapher wird mit der sprachlichen Metapher zusammen erklärt. Wie ein Konzept des Denkens metaphorisch sein kann und als solches die Sprache und Handlung beeinflusst, ist vor allem durch ein Beispiel von Lakoff und Johnson zu zeigen:

Die konzeptuelle Metapher heißt: *ARGUMENT IS WAR* (Lakoff und Johnson, 1980, S. 13)

Die sprachliche Metapher: Ausgangspunkt ist das Konzept *ARGUMENT* und die konzeptuelle Metapher *ARGUMENT IS WAR*. (Stukalenko 2019, S. 54) In der englischen Alltagssprache spiegelt sich diese Metapher in einer Vielzahl von Ausdrücken wider[.] (vgl. Bertau 1996, S. 146) “He attacked every weak point in my argument”; “His criticisms were right on target”; “If you use that strategy, he’ll wipe you out”; “He shout down all of my arguments“. (Lakoff und Johnson 1980, S. 13) Wie wir sprechen, sagt aus, wie wir etwas konzeptualisieren.

Man setzt zwei Konzepte, Argumentation und Krieg, in eine Verbindung, nämlich durch verschiedene Äußerungen wie “ins Schwarze treffen”, “niedermachen”, “vernichten”. Dies wird von Lakoff und Johnson festgelegt und von Stukalenko folgendermaßen zusammengefasst: „Ein wichtiges Postulat der kognitiven Metapherntheorie ist, dass wir ein Konzept und einen Sachverhalt nur vor dem

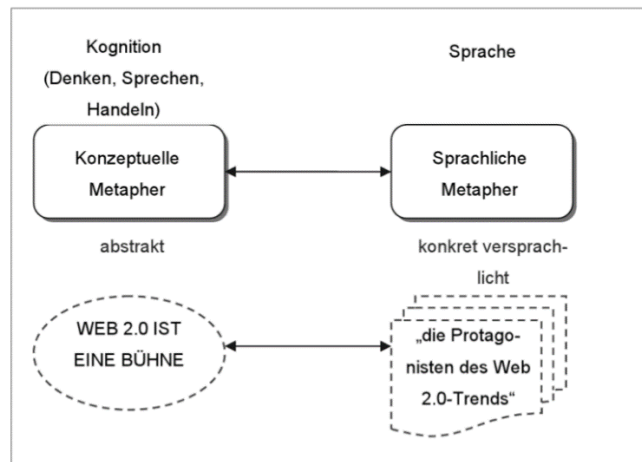
Hintergrund eines andere Konzeptes oder Sachverhaltes verstehen können (Lakoff/Johnson 2014: 11-14).“ (Lakoff und Johnson 2014, zitiert nach Stukalenko 2019, S. 54) Diese Behauptung ist durch das oben erwähnte Beispiel sichtbar.

In Lakoffs und Johnsons Untersuchung ist allerdings Weiteres festgestellt worden: “The metaphor is not merely in the words we use - it is in our very concept of an argument. The language of argument is not poetic, fanciful, or rhetorical; it is literal.” (1980, S. 14) Es ist somit von Lakoff und Johnson verdeutlicht worden, dass Menschen metaphorisch denken und sich in Sprache äußern, indem sie metaphorische Elemente integrieren. Der folgende Satz von Bertau bestätigt es: „Es entsteht eine Unterscheidung zwischen dem Sprechen und den Konzepten, im Fall einer konzeptuellen Metapher ist die Metaphorizität im Denken angesiedelt, das Sprechen selbst ist wörtlich.“ (Bertau 1996, S. 146) Obwohl die sprachliche und konzeptuelle Metapher gemeinsam wirken und interagieren, spricht Stukalenko, in Anlehnung an Lakoff und Johnson, ihre Verschiedenheit an: „Konzeptuelle Metaphern sind nicht mit lexikalischen (sprachlichen) Metaphern zu verwechseln, denn die ersteren tragen einen übergeordneten Charakter (vgl. Lakoff/Johnson 2014: 65).“ (Lakoff und Johnson, 2014 zitiert nach Stukalenko 2019, S. 51) Es besteht eine Differenz zwischen ihnen, wie Schröder zeigt: „Metaphern sind demnach nur sekundäre Realisierungen der ihnen zugrundeliegenden Projektionen zwischen verschiedenen Erfahrungsdomänen.“ (2012, S. 30) Die Beziehung der konzeptuellen und sprachlichen Metapher verdeutlicht Stukalenko wie folgend: „Die sprachlichen Metaphern, die den konzeptuellen zugeordnet werden, bezeichnet Jäkel als “Indizien für Denkstrukturen” (Jäkel 2003, S. 296 zitiert nach Stukalenko 2019, S. 51). Jede sprachliche Metapher ist dabei eine lexikalische Materialisierung der ihr zugrundeliegenden konzeptuellen Metapher bzw. “Metametapher” (Černejkó 2009, S.132 zitiert nach Stukalenko 2019, S. 51).“ (Stukalenko 2019, S. 51) Aus diesem Grund spricht man auch von dem übergeordneten Charakter der konzeptuellen Metapher, denn die sprachliche Äußerung hängt vom Konzept ab. Dies verdeutlicht Hager: „Die konzeptuelle Metapher ist eine abstrakte Größe, eine höher liegende Instanz, die in einer konkreten Situation schließlich mit einer “sprachlichen Metapher” manifestiert wird.“ (2013, S. 17). In einem weiteren Beispiel von Lakoff und Johnson wird die

konzeptuelle Metapher LIEBE IST EINE REISE gegeben. (vgl. Lakoff und Johnson, 1980, S. 131) Die sprachlichen Metaphern lauten: „We´re at a crossroads.“; „We´ll have to go our separate ways.“; „Look how far we have come.“; „Were are we?“ (Lakoff und Johnson 1980, S. 49) Hier liegen zwei unterschiedliche Konzepte vor, Liebe und Reise. Liebe wird als eine Reise konzeptualisiert. Auf diese Konzeptualisierung weisen Ausdrücke, wie: *Scheideweg, getrennte Wege gehen* etc. hin. (vgl. Stukalenko 2019, S. 52-53)

Ulrike Hager beschäftigt sich mit dieser Beziehung bzw. Interaktion zwischen der sprachlichen und konzeptuellen Metapher und verdeutlicht sie in der Abbildung unten: „Während die konzeptuelle Metapher in der Kognition liegt, wird sie von der sprachlichen im Moment der Äußerung aktualisiert und somit wiederum die Existenz der konzeptuellen Metapher nachgewiesen.“ (2013, S. 18).

Abbildung 1: Übersicht sprachlicher und konzeptueller Metapher



Quelle: „Metaphern in der Wissensvermittlung“, Hager 2013

Hager setzt sich damit auseinander, dass die Wirkung der konzeptuellen Metapher durch das Bestehen der sprachlichen erfolgt und umgekehrt. Das bedeutet das Konzept wie “Liebe ist eine Reise” kann nur dann bestehen, wenn eine Äußerung wie “Wir stehen am Scheideweg” existiert. (vgl. Hager 2013, S. 18) Wobei die Situation passend sein muss: Die Äußerung wurde von einem Ehepaar und nicht etwa von zwei Wanderern gemacht. (vgl. Hager 2013, S. 18) Stukalenko betont dabei die Erfahrung:

„Eine konzeptuelle Projizierung der Wissenseinheiten über die Herkunftsbereiche auf die Zielbereiche erlaubt es, die letzteren bildhaft zu erfassen und durch Mechanismen der Imagination begreifbar zu machen.“ (2019, S. 54) Diese Basiertheit der Metapher auf der Erfahrung betont auch Raymond Gibbs, der zwei Sachen herausstellt: die kulturelle Erfahrung und die Verortung der kulturellen Muster, die nicht vom Individuum allein abhängig sind (vgl. Gibbs 1991 zitiert nach Goschler 2008, S. 223).

2.2.1. Haupttypen der konzeptuellen Metapher

Die konzeptuellen Metaphern werden nach Haupttypen unterschieden. Diese Typisierung der konzeptuellen Metapher führt auf Lakoff und Johnson zurück; sie unterscheiden nämlich drei Haupttypen der konzeptuellen Metapher: „Strukturmetaphern“ (vgl. 1980, S. 18), „Orientierungsmetaphern“ (vgl. 1980, S. 22) und „ontologische Metaphern“ (vgl. 1980, S. 32). Jedoch wird man sich in dieser Arbeit vor allem mit den Strukturmetaphern beschäftigen. Beispiele der Strukturmetaphern sind „Argumentation ist Krieg oder Liebe ist eine Reise. Bei „Strukturmetaphern“ handelt es, so erklärt Stukalenko in Anlehnung an Lakoff und Johnson, sich um Fälle, bei denen „ein Konzept von einem anderen Konzept her metaphorisch strukturiert wird.“ (Lakoff und Johnson zitiert Stukalenko 2019, S. 55) Dabei ist zu betonen, dass dieser Typ der konzeptuellen Metapher einen selektiven Charakter hat, was heißt, dass das metaphorische Konzept immer nur einen bestimmten Teil des Zielkonzeptes zeigt, was durch die genannten Beispiele klar wird; `ARGUMENTATION IST EIN KRIEG`, aber sie kann auch etwas anderes sein (vgl. Stukalenko 2019, S. 55).

Für den zweiten Typ der Metapher bestehen keine Beispiele im Korpus, aber darunter versteht man Folgendes, wie es von Stukalenko in Anlehnung an Lakoff und Johnson erklärt wird: „Bei Orientierungsmetaphern (Lakoff/Johnson 2014:22) werden die Wissenseinheiten über die Raumerfahrungen auf eine abstrakte Ebene projiziert.“ (Lakoff und Johnson 2014 zitiert Stukalenko 2019, S. 55) Diese Orientierungsmetaphern sind mit der Orientierung im Raum verbunden und ihr

Konzept ist nicht von einem anderen Konzept strukturiert (vgl. Stukalenko 2019, S. 55). Beispiele dieser Metaphern sind „MORE IS UP“ und „HAPPY IS UP“ (Bertau 1996, S. 195).

Der letztere Typ der Metapher nach Lakoff und Johnson ist die ontologische Metapher. Lakoff und Johnson nennen diesen Typ noch „Metapher der Entität und der Materie“. (Stukalenko 2019, S. 56) „Lakoff und Johnson zufolge, schaffen diese eine weitere Basis für die Kognition, indem sie an die Grunderfahrungen anknüpfen, die mit den materiellen Objekten und Substanzen gemacht werden.“ (Stukalenko 2019, S. 56) Ein Beispiel hiervon lautet „ABSTRAKTE SIND PERSONEN“. (vgl. Stukalenko 2019, S. 56) „Zu bemerken ist, dass die ontologischen Metaphern eng mit den Strukturmetaphern verbunden sind, d. h. jede Strukturmetapher weist ontologische Merkmale auf.“ (Stukalenko, 2019, S. 56 - 57) Was auch zeigt, warum dieser Typ der Metapher für die Arbeit wichtig ist. Die Äußerung davon findet sich schon in dem Beispiel der Strukturmetapher: Liebe ist eine Reise. „So sind z. B. der Metapher LIEBE IST EINE REISE mehrere ontologische Metaphern untergeordnet, wie z. B. „LIEBESPARTNER SIND REISENDE“, „DIE LIEBESBEZIEHUNG IST EIN FAHRZEUG“, „POSITIVE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNG IST GEMEINSAME VORWÄRTSBEWEGUNG“ usw. (Jäkel 2003: 140).“ (Jäkel 2003 zitiert nach Stukalenko 2019, S. 57)

2.2.2 Konzeptuelle Metaphern und Migrationsdiskurs

Diese Arbeit untersucht sprachliche und konzeptuelle Metaphern im deutschen politischen und medialen Migrationsdiskurs im Zeitraum von 2015 bis 2019. Wie bereits erwähnt, lehnt sich die Untersuchung an das Werk „Ausländer im Spiegel der Presse: Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945“ (2000) von Jung, Niehr und Böke an. Sie betonen, dass Metaphern eine Rolle im Migrationsdiskurs spielen. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 131) Jung u.a. (2000) meinen, dass der Gebrauch von Metaphern häufig von Übertreibung, Untertreibung und Dramatisierung gefolgt ist, weshalb Metaphern einen argumentativen Überzeugungscharakter übernehmen

können. (vgl. 2000, S. 131) In ihrer Untersuchung werden die Begriffe konzeptuelle und sprachliche Metapher nicht gebraucht. Sie sprechen von Wasser-, Kriegs- und Warenhandel-Metaphorik. Der Fokus in ihrer Untersuchung ist auf die Zeit von 1945 bis 2000 gelegt. In dieser Arbeit wird beim Erwähnen der Metaphern, die von Jung und den anderen (2000) erforscht wurden, bestimmt werden, ob es sich um konzeptuelle oder sprachliche Metaphern handelt.

Im deutschen Migrationsdiskurs begegnet man vereinzelt metaphorischen Ausdrücken, die sich auf die jeweilige Zuwanderungsgruppe oder Migrationsgesellschaft beziehen, beispielsweise Sklave, Reservearmee usw. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 131) Jung, Niehr und Böke (2000) geben den Grund dafür an: „Vor allem werden sie benutzt, um den Vorgang der Zuwanderung als Massenbewegung darzustellen.“ (Jung u.a. 2000, S. 131) Dabei gibt es drei Herkunftsbereiche: Wasser, Krieg und Warenhandel, die auf bestimmte Zielbereiche wie Migranten oder Flüchtlinge übertragen werden. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 131) Die Bestimmung der drei genannten Metaphernbereiche basiert wesentlich auf Jungs, Niehrs und Bökes Forschung (2000).

An dieser Stelle werden zwei Begriffe genannt, die für die weitere Kontextualisierung der Metaphernbereiche wichtig sind. Darunter sind die Begriffe *Herkunftsbereich* und *Zielbereich* zu verstehen, wobei nach Kohl unter *Herkunftsbereich* die eigentliche Bedeutung der Metapher gemeint wird und unter *Zielbereich* die metaphorische Bedeutung. (vgl. 2007, S. 9) Dies kann anhand eines Beispiels von Lakoff und Johnson verstanden werden und damit meint man die konzeptuelle Metapher: LIEBE IST EINE REISE. Der Herkunftsbereich oder die eigentliche Bedeutung in diesem Beispiel ist Reise. Der Zielbereich oder die metaphorische Bedeutung ist Liebe.

Den dominantesten Herkunftsbereich der Metaphern stellt das Konzept *Wasser* (bzw. MIGRATION IST WASSER) dar. Allen konzeptuellen Wassermetaphern ist die Funktion gemeinsam, da sie vor allem dort genutzt werden, wo man von Quantität spricht, bzw. viel von etwas meint. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 131) Die Quantität stellt nicht die einzige Bedeutung dar. Der konzeptuellen Metaphern des Bereiches *Wasser*

melden sich schon Mitte den 40er und 60er Jahre, im Vertriebenen- und DDR-Flüchtlingsdiskurs, aber auch in weiteren Perioden, wie in der ersten Etappe der Diskussion um die Anwendung ausländischer Arbeitskräfte (vgl. Jung u.a. 2000, S. 132)

Der zweitgrößte Herkunftsbereich ist *Krieg*. Die konzeptuellen Metaphern des Bereiches *Krieg* (MIGRATION IST KRIEG) sind von der zeitlichen Komponente betroffen. Darunter versteht man, dass das Konzept von der Zeitperiode, in dem sie gebraucht werden, abhängt. „Der Bedrohung suggerierende Gebrauch zeichnet sich - analog zur Entwicklung der Wasser-Metaphorik - vor allem seit Anfang der 70er Jahre ab, während die Kriegs-Metaphorik zuvor verschiedentlich noch neutral gebraucht [...] und dabei als eher saloppe Bezeichnung durch Anführungszeichen gekennzeichnet wird [...].“ (Jung u.a. 2000, S. 134) Später, in den 90er Jahren, thematisiert man auch die Angst entwickelnde Wirkung dieser Terminologie. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) Die einzelnen Metaphern dieses Bereiches haben verschiedene Funktionen innerhalb des Diskurses. „Die weitaus seltenere militärische Invasions- und Ansturms-Metaphorik steht in einer der Strom-Metaphorik ähnlichen Funktion, während die Militär-Metaphern Heer und Reservearmee stärker auf die rein funktionale Perspektivierung der Arbeitsmigranten abheben und häufig in einer diesen Blickwinkel kritisch beleuchtenden Absicht formuliert werden.“ (Böke / Niehr (Hrsg.) 2000, S. 32)

Der drittgrößte Herkunftsbereich stellt der *Warenhandel* (MIGRATION IST WARE) dar. Dieser Bereich prägt das Bild vom Immigrationsprozess. Vor allem die Import- und Exportmetaphern konzentrieren sich auf den Arbeitsmigrationsdiskurs (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134).

3. Methodologischer Teil

3.1 Das Ziel der Arbeit und die Methode der Analyse

Diese Arbeit knüpft an die Erforschung des Migrationsdiskurses¹, die Jung, Böke und Niehr (2000) zwischen 1945 und 2000 durchgeführt haben. Das Ziel der Arbeit stellt die Analyse der sprachlichen und konzeptuellen Metaphern dar, um zu zeigen, wie die Migration und die Migrationskrise konzeptualisiert werden.

Das Korpus besteht aus Zeitungsartikeln von online Ausgaben von fünf Zeitungen. Hier ist hervorzuheben, dass das Korpus aus Texten besteht, die thematisch gleich sind. In diesem Korpus wird anhand der Zeitungsartikel analysiert, ob die genannten Herkunftsbereiche weiterhin dominierend im Migrationsdiskurs sind oder ob es zu Veränderungen kommt. Die Hypothese ist, dass das Konzept Wasser am meisten hervorkommt, während die Konzepte Krieg und Warenhandel weniger oder überhaupt nicht vorkommen. Darüber hinaus wird die Hypothese aufgestellt, dass die Beispiele einerseits dieselben Funktionen aufweisen werden, wie sie sich bei Jung u.a. melden, andererseits werden sie extremer sein, im Sinne, dass wegen des situativen Kontextes der Migrationskrise die negativen metaphorischen Konzeptualisierungen sich verschärfen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, einige Konzepte neue Funktionen aufweisen, die bei Jung u.a. (2000) nicht vorkommen.

Bezüglich der Untersuchungsebenen zeigt sich in Anlehnung an Spieß (2011, S. 185) die Unterscheidung der Mikro- und Makroebene als wichtig. Die Erläuterung der zwei Ebenen erfolgt aus dem folgenden Zitat von Spieß: „Während die Makroebene den Diskurszusammenhang im Blick hat, befasst sich die Mikroebene mit den Einzeltexten bzw. mit unterhalb der Textebene anzusiedelnden sprachlichen Phänomenen.“ (2011, S. 185 - 186) Wie bereits erwähnt wurde, sind die Texte des Korpus thematisch gleich. Aus diesem Grund umfasst diese Analyse sowohl die Makroebene, als auch die Mikroebene. Spieß' Zitat zufolge wird diese Analyse nicht nur durch Metaphern

¹ Werk: Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse: Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945

erfolgen (Mikroebene), sondern die Daten auf der Mikroebene werden auch stets mit der Makroebene in Beziehung gesetzt. Im folgenden Kapitel soll das Korpus vorgestellt werden.

3.2 Korpus

Dieses Korpus soll im Sinne Hermanns (Narratives Interview (1995) als ein konkretes Korpus verstanden werden. Hermanns unterscheidet nämlich in seiner Trichotomie drei Ebenen des Korpus, nämlich die imaginäre, virtuelle und konkrete Ebene. (vgl. Hermanns 1995 zitiert nach Rosenberger 2015, S. 65) Das konkrete Korpus definiert Hermanns als jenes, das durch gezielte Sammlung entstanden ist (vgl. Hermanns 1995 zitiert nach Rosenberger 2015, S. 65), was in diesem Falle das vorliegende Korpus betrifft. Diese Sammlung umfasst Texte, die als solche nach den Kriterien von Teubert und Busse verstanden werden:

„- sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex oder Konzept befassen,

- untereinander semantische Beziehungen aufweisen und/oder in einem gemeinsamen Aussage-, Kommunikations-, Funktions- oder Zweckzusammenhang stehen,

- den als Forschungsprogramm vorgegebenen Eingrenzungen in Hinblick auf Zeitraum/Zeitschnitte, Areal, Gesellschaftsausschnitt, Kommunikationsbereich, Texttypik und andere Parameter genügen,

- und durch explizite oder implizite (text- oder kontextsemantisch erschließbare) Verweisungen aufeinander Bezug nehmen bzw. einen intertextuellen Zusammenhang bilden.“ (1994, S. 14)

Diese Texte machen trotz unterschiedlicher Quelle ein Korpus aus. Die Bedeutsamkeit und Repräsentativität des Korpus für die Verdeutlichung des Migrationsdiskurses ergibt daraus, dass bei der Auswahl der Zeitungen und Zeitungstexte das ganze politische Spektrum berücksichtigt wurde.

Für die vorliegende Arbeit wurde ein Korpus zusammengestellt, das aus zweiundsechzig Zeitungsartikeln besteht. Der Zeitraum dieser Zeitungsartikel umfasst

die Jahre zwischen 2015 und 2019, wobei der älteste Artikel vom 28. Juli 2015 stammt, und der jüngste vom 13. Dezember 2019. Die Zeitperiode zwischen 2015 und 2019 prägte nämlich nicht nur die Politik und Wirtschaft durch den Anstieg der Migrationszahlen, sondern auch andere Bereiche wie den Alltag, die Kultur und die Sprache.

Bei den Zeitungen handelt es sich um die Folgenden: „Die Tageszeitung“ (TAZ), „Der Spiegel online“ (SO), „Die Süddeutsche Zeitung“ (SZD), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) und Junge Freiheit (JF). Alle Zeitungsartikel bzw. Texte thematisieren die Migrationskrise oder beziehen sich auf die Geschehnisse, die mit dieser Thematik verknüpft sind. Aus Texten wurden Beispiele für diese Arbeit genommen. Die Anzahl der Texte aus den Zeitungen ist unterschiedlich: Die *TAZ* zählt acht Texte, dasselbe gilt für die *SZD* und die *FAZ*. Der *SO* zählt fünf Texte, und die Zeitung mit der größten Anzahl von Texten ist *JF*, die nämlich dreiunddreißig Texte zählt.

Die Texte, oder besser gesagt die Artikel, aus denen sich das Korpus zusammensetzt, stammen aus Zeitungen unterschiedlicher Ausrichtungen im politischen Spektrum. Das politische Spektrum wurde durch die Reihenfolge der Erwähnung der Zeitungen oben nachgezeichnet, und wird nun folgend in Kürze dargestellt.

Bei der *TAZ* handelt es sich um eine Zeitung, die täglich Artikel veröffentlicht. Maxi Freund ordnet in seinem Werk aus 2015 diese Zeitung als grün-linksliberal ein. (Freund 2015, S. 129) Zu betonen ist, dass sich die Zeitung selbst „als linke[s] Medienhaus“ (TAZ online 2021) bezeichnet. Die Reihenfolge (siehe oben) betrachtend wurde nach der *TAZ* als nächste Zeitung der *SO* gestellt. Wenn vom *SO* gesprochen wird, spricht man von einer Schwesternzeitung „des Spiegels“ vom selben Herausgeber. Es gilt als das erste Newsmagazin im Netzwerk, das als seriös zu betrachten ist (vgl. Bönisch 2006, S. 2). Genau wie die *TAZ* veröffentlicht der *SO* täglich Artikel. An dieser Stelle ist zu betonen, dass der Gründer und Herausgeber vom *Spiegel*, Rudolf Augstein, in der Hausmitteilung der Ausgabe Nummer 40 am 27. September 1971 die Zeitung wie folgend einordnete: „Wir bleiben ein liberales, ein im Zweifelsfall linkes Blatt.“ (Spiegel 1971) Ausgehend von Augsteins Aussage ist zu verstehen, dass die Position

von dieser Zeitung und ihrer online Variante zu links tendiert, aber keineswegs als links positioniert zu verstehen ist. Ganz anders als bei *SO* wird bei einer weiteren Tageszeitung, nämlich der *SDZ*, die Position im politischen Spektrum näher gedeutet: „Die Redaktionslinie der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG wird von dem ehemaligen Chefredakteur PROEBST - [...] - wie folgt umrissen: “Gegenüber der jeweiligen Regierung loyal, aber wach und kritisch, bewegt sie sich im allgemeinen etwas links von der Mitte; aufgeschlossen und tolerant, jedoch nie indifferent (PROEBST 1980 zitiert in PÜRER/RAABE 1996: 167).“ (Nafroth 2002, S. 92) Proebst definiert die *SDZ* als nach links neigend. Einen Gegensatz hierzu stellt die *FAZ* dar. Jene kann man als nach rechts neigend auffassen, da Nafroth die Leserschaft dieser Tageszeitung als schon konservativ auffasst (vgl. Nafroth 2002, S. 92) und sie von Körndorfer als rechts der Mitte bezeichnet wird. (vgl. Korndörfer 2014, S. 93) Am Rande ist noch eine Zeitung zu erwähnen, nämlich die *JF*. Der erste Unterschied zwischen der „Jungen Freiheit“ und den vorher vier genannten Zeitungen ist, dass diese eine Wochenzeitung ist. Den zweiten Unterschied macht das folgende Zitat von Fritzsche sichtbar: „Fritzsche meint, dass sich Junge Freiheit [...] von einer unbekanntenen Monatszeitung hin zum Leitmedium der Neuen Rechten [bewegte].“ (2019, S. 80). Daraus lässt sich ableiten, dass sie politisch rechts zu betrachten ist. Obwohl sie als rechts bezeichnet wird, veröffentlicht sie sowohl demokratische als auch antidemokratische Artikel. (vgl. Ata 2011, S. 69)

Auf jeden Fall dient diese kurze Darstellung der Zeitungen und ihrer politischen Positionierung im Spektrum nicht nur als Informationsangabe, sondern auch als eine Begründung der Auswahl. Der Einbezug von Zeitungen mit verschiedenen politischen Positionierungen ermöglicht einerseits ein repräsentatives Analyseergebnis, da nicht nur eine politische Position im Korpus vertreten ist, sondern es eröffnet auch die Möglichkeit, eventuelle Unterschiede in der metaphorischen Konzeptualisierung von Migration durch die Analyse offenzulegen. Die entnommenen Zeitungsartikel gehören zur Klasse der meinungsbetonten Texte, das ist Kommentaren. Die Texte aus dem *SO* folgen dieser Kategorisierung, wobei zwei Beispiele eine Ausnahme darstellen und als Nachrichtenübersicht zu verstehen sind. Allerdings umfasst die *JF* teils eine andere

Einteilung, insofern sie als diese bezeichnet werden kann, da darunter der Bereich des Allgemeinen zu verstehen ist, der oft als Nachricht oder Migration angegeben wird. Der Gebrauch des Wortes teils deutet an, dass doch Gemeinsamkeiten bei der Kategorisierung bestehen, das heißt, dass die „Junge Freizeit“ von den dreiunddreißig Beispielen ebenfalls jene hat, die als Meinung oder Kommentar beschrieben sind.

4. Die Analyse der konzeptuellen und sprachlichen Metaphern

In diesem Kapitel erfolgt die Analyse der konzeptuellen und sprachlichen Metaphern aus fünf Zeitungen und ihren Artikeln, die in den Jahren zwischen 2015 und 2019 entstanden sind. Die Metaphern werden thematisch aufgeteilt. Außerdem ist die Erscheinungsreihenfolge angegeben. Im Kapitel 2.1.2.2 wurde die Metaphergliederung nach Herkunftsbereichen in Anlehnung an Jung und andere vorgestellt: Diese Herkunftsbereiche sind *Wasser*, *Krieg* und *Warenhandel*. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 131) Die Identifizierung der Metaphern in den folgenden Kapiteln erfolgt einerseits durch diese Herkunftsbereiche bzw. die drei Gruppierungen. Es wird mit der kleinsten Gruppe von Beispielen begonnen, nämlich *Warenhandel*, dann folgt die größere Gruppe *Krieg*, und am Ende kommt die Gruppe mit den meisten Beispielen, nämlich *Wasser*. Darüber hinaus wurden im Korpus Beispiele gefunden, die bei Jung u.a. (2000) nicht vorkommen. Aus diesem Grund werden diese Einzelbeispiele selbstständig in Kapiteln gezeigt.

Die metaphorischen Ausdrücke werden im deutschen Migrationsdiskurs in Bezug auf die Zuwanderungsgruppe und die Migrationsgesellschaft gebraucht. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 131) Die Metaphern des Wassers- und teils Kriegsbereiches veranschaulichen vor allem die Massenbewegung, wobei ein Teil des Herkunftsbereiches *Krieg* und des Herkunftsbereich *Warenhandel* viel mehr auf die Personengruppen konzentriert sind. Unter Personengruppen sollen Flüchtlinge und Migranten verstanden werden. Nach Jung u.a. (2000) melden sich im Migrationsdiskurs auch Komposita, wobei einige aus

Metaphern und Personengruppenbezeichnungen besteht. Ihre Deutung jedoch beschränkt sich nach Jung u.a. auf das Konzept *Wasser*. (vgl. 2000, S. 132)

4.1 Migration ist Warentransport

In diesem Kapitel werden sprachliche Metaphern analysiert, die Migrationsprozess als Warentransport konzeptualisieren. Es folgt die Analyse der Beispiele.

Die drei Beispiele stammen aus der Zeitung *JF*. Die Erscheinungsjahre der Texte sind unterschiedlich und es handelt sich um die Jahre 2015, 2016 und 2018.²

Den Herkunftsbereich bei dieser Metaphorik stellt *Warentransport* dar und typische sprachliche Metaphern dieses Bereiches sind „Import, verfrachten, Schmuggel, Export, Handel“ (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) und „Sklaven, Sklaverei und Menschenhandel.“ (vgl. Böke / Niehr (Hrsg.) 2000, S. 32) Die Funktion dieser Metapher ist nach Jung u. a. (2000) die rein funktional-materielle Perspektivierung der Zuwanderer bzw. Migranten und Flüchtlinge. (vgl. 2000, S. 134) Oder, nach Böke und Niehr (2000), ist die Funktion des Herkunftsbereiches *Ware* „[...] die rein wirtschaftlich orientierte Wahrnehmung und Behandlung der Arbeitsmigranten [...].“ (2000, S. 32) Anders gesagt, wird die konzeptuelle Metapher ‘MIGRATION IST WARENTRANSPORT’ gebraucht, um den Zielbereich, d. h. die Migration bzw. die Zuwanderer, Migranten, als zweckorientiert zu zeigen. Das ist die Funktion der Entmenschlichung. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 135) Jedoch ist dieser Handel, bzw. Warenimport, wie die folgenden Beispiele zeigen, nicht immer "gewinnbringend" bzw. vorteilhaft für die deutsche Gesellschaft:

Beispiel 1: „Assheuer unterschlägt, wie gesagt, die Kehrseite: Die Ordnung, die Merkel gerade zerlegt, soll Menschen schützen, die noch ein bißchen konkreter sind:

² Für das Konzept *Ware* wurden keine Beispiele aus den Jahren 2017 und 2019 gefunden. Außerdem konnten keine Beispiele in den Zeitungen *SDZ*, *S*, *FAZ* oder *der TAZ* für die Zeitperiode zwischen 2015 und 2019 ausfindig gemacht werden.

vor sozialer und rechtlicher Unsicherheit, vor TERRORIMPORT [Hervorhebung von mir].“ („Kritik wird erdrosselt“, JF, 21.11.2015)

Diese sprachliche Metapher *Import* ist in Form eines Kompositums geäußert. Es handelt sich um zwei Konzeptualisierungen, nämlich *Terror* und *Import*. Der Wert bildet sich daraus, wie viel man dem Staat als Arbeitskraft bieten kann. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) Das heißt auch, dass die Metapher die Personen nicht von der menschlichen Seite darstellen will, sondern den Zweck betont. Man kommt zu der Zusammenfassung, dass die Migranten eine *Ware* sind. Doch bei dieser sprachlichen Metapher handelt es sich, wie bereits angedeutet, um keine nützliche *Ware*.

Das Konzept *Terror* meldet sich weder bei Jung u.a. (2000) noch bei Böke und Niehr (2000) als eine Metapher. Die Migranten werden hier metonymisch mit *Terror* gleichgesetzt, was die Funktion hat, Angst auszulösen und damit die Akzeptanz der Migrantenaufnahme zu mindern. Die gleiche Funktion stellen Jung u.a. (2000) für die sprachlichen und konzeptuellen Metaphern mit dem Herkunftsbereich *Krieg* fest: „In der Regel werden die Kriegs-Metaphern zur negativen Kennzeichnung des Zuwanderungsprozesses im Bild eines massenhaften Eindringens in 'fremdes Territorium' verwendet.“ (2000, S. 134) Inwiefern die Beschreibung des Herkunftsbereiches Krieg zum Konzept *Terror* passt, ist durch die Kontextualisierung des Zeitungsartikels, aus dem das Beispiel stammt, zu sehen. Der Autor des Textes, Thorsten Hinz, benutzt ironische Sätze, um die Einwanderungspolitik Angela Merkels zu beschreiben. Er kritisiert, dass der Schutz des eigenen Volkes unwichtiger erscheint, als die Aufnahme von Menschen. Dies heißt dann, dass Zuwanderung auf extremste Weise die Sicherheit der Menschen in der Bundesrepublik anspricht, indem sie eine Bedrohung für ihr Leben darstellt. Wenn Zuwanderung *Terrorimport* ist, dann gilt es, diese auf keinen Fall zuzulassen oder gar zu fördern, sondern sie mit allen verfügbaren Mitteln zu stoppen

Jedoch darf nicht vergessen werden, dass dieses Beispiel *Terrorimport* lautet, d. h., dass es eine Metaphernkombination darstellt. Das bedeutet, dass mit der sprachlichen Metapher *Terrorimport*, die Migranten auf zweifache Weise entmenschlicht werden:

erstens als sie sie als *Ware* konzeptualisierten und zweitens als sie diese *Ware* als gefährlich darstellten. Dieses Konzept erweist sich ebenfalls bei den zwei Metaphern *importiert*, wie folgend die Beispiele zeigen.

Beispiel 2: „Mit den Anschlägen von Würzburg und Ansbach im Juli ist der IMPORTIERTER ISLAM-TERROR [Hervorhebung von mir] auch in Deutschland angekommen.“ („Ein Jahr Willkommensputsch“, JF, 02.09.2016)

Beispiel 3: „Kritiklos referieren die sonst so investigativen Medien da regierungsamtliche Statistiken, wonach die Kriminalität insgesamt zurückgehe, Zuwanderer gar nicht krimineller seien als Einheimische und Deutsche schließlich auch Straftaten begingen – als begründe das eine Pflicht, sich mit zusätzlich IMPORTIERTER KRIMINALITÄT [Hervorhebung von mir] klaglos abzufinden.“ („Fahrlässig herbeigeführt“, JZ, 27.10.2018)

Beide Beispiele stellen Metaphernkombinationen dar, genau wie Beispiel 1 bzw. *Terrorimport*. Allerdings stellen sie keine Komposita dar, wie es der Fall im Beispiel 1 ist; die Metaphernkombination wird durch zwei Wörter geäußert. Sowohl bei Beispiel 2 als auch bei Beispiel 3 erweist sich das Konzept: Flüchtling als gefährliche *Ware*, nur unterscheiden sie sich durch die sprachliche Metapher.

Die sprachliche Metapher von Beispiel 2 lautet *importierter Islam-Terror*. Wie bei Beispiel 1 erweisen sich hier zwei sprachliche Metaphern: *Import* und *Terror*. Jedoch ist diese sprachliche Metapher des *Terrors* durch eine religiöse Kennzeichnung näher gedeutet: Islam. Das bedeutet, dass die konzeptuelle Metapher dieses Beispiels so lautet: muslimische Migranten sind *Terror* oder Flüchtling als gefährliche *Ware* aus den muslimischen Ländern. Die Funktion ist dieselbe wie beim Beispiel 1, die Migration bedroht die Sicherheit der Bundesrepublik. Dasselbe gilt für das nächste Beispiel. Beispiel 3 unterscheidet sich von Beispiel 1 und Beispiel 2, wenn man sich die sprachliche Metapher anschaut: *importierte Kriminalität*. Die Metapher *Kriminalität* meldet sich weder bei Jung u.a. noch bei Böke und Niehr. Hierbei handelt es sich nicht um die Kombination der Herkunftsbereiche *Warenhandel* und *Krieg*, sondern um eine Kombination von *Warenhandel* und *Verbrechen*. Nach der

Auffassung Aleksander Spencers³ ist *Verbrechen* im Gegensatz zum *Krieg* eine Sache des Alltags, außerdem meint er, dass ein *Krieg* ein Ende hat und *Verbrechen* weist kein Ende auf. (vgl. Schwarz-Friesel u.a. (Hrsg.) 2014, S. 116) Obwohl sich die Metaphernkombinationen des Beispiels 1 und des Beispiels 3 nach der sprachlichen Metaphern unterscheiden, erweist sich dasselbe Konzept bei Beispiel 3: Flüchtlinge als gefährliche *Ware*, wobei sie im Beispiel 3 ergänzt wird, dadurch dass die gefährliche *Ware* endlos den Alltag beeinflusst.

Die Textverfasser beider Texte versuchen den Lesern dasselbe mitzuteilen: Die Migration und die Migranten stellen eine Gefahr für das deutsche Volk dar, und man muss gegen die herrschende Politik, die diese *Ware* importiert, reagieren. Dabei muss erwähnt werden, dass das metaphorische Konzept einen selektiven Charakter haben. Es bedeutet, dass nur ein bestimmter Teil des Zielkonzeptes gezeigt wird. Das bedeutet, dass die Migration eine gefährliche *Ware* ist, aber auch etwas anderes darstellen kann. Der selektive Charakter meldet sich bei allen Beispielen dieser Analyse.

Im Vergleich zu Jungs u.a. (2000, S. 135) Befunden wurde für den Herkunftsbereich *Warenhandel* keine weiteren sprachlichen Metaphern gefunden, die andere Konzepte hervorbringt, wie: *Sklaven*, *Sklavenhandel*, *Menschenhandel*, *Menschenschmuggel*, *Handel* usw., d. h. Handel- und Schmuggel-Metaphern. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 135)

4.2 Migration ist Krieg

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der sprachlichen Metapher *Krieg* bzw. mit der konzeptuellen Metapher *MIGRATION IST KRIEG*. Es kommt im Folgenden die Beispiele und ihre Analyse.

Krieg stellt einen Herkunftsbereich dar, der mehr Beispiele zählt, als der Herkunftsbereich *Warenhandel*. Es wurden achtzehn Beispiele aus den Artikeln von

³ Aleksander Spencer setzt sich in seinem Werk „Metaphern der Gewalt“ mit dem Konzept des Verbrechens auseinander.

vier Zeitungen gefunden und diese Zeitungen sind: *TAZ*, *SDZ*, *FAZ*, *JF*.⁴ 5 Beispiele stammen aus drei Texten der *TAZ*, 4 Beispiele stammen aus 3 Texten der *SDZ*, 2 Beispiele stammen aus 2 Texten der *FAZ* und 7 Beispiele stammen aus 6 Texten der *JF*. Die Artikel stammen aus den Jahren von 2015 bis 2018.⁵

Zu dem Herkunftsbereich *Krieg* gehören Jungs u.a. Forschung nach sprachliche Metaphern wie „Invasion, Ansturm und Einmarsch“ (2000, S. 134), die nach Jung u.a. dominierende Metaphern dieses Bereiches darstellen. (vgl. 2000, S. 134) Nach Jung u.a. (2000) ist die Funktion dieser sprachlichen und konzeptuellen Metaphern, die Migration als massenhaftes Eindringen in das Territorium eines fremden Landes zu zeigen. (vgl. 2000, S. 134) Jung u.a. erklären, dass die sprachlichen Metaphern des Bereiches *Krieg* vor dem Anfang der 70er Jahren des 20. Jahrhunderts einen neutralen Gebrauch hatten und eine saloppe Bezeichnung, die durch Anführungszeichen markiert wurde, darstellte. (vgl. 2000, S. 134) Dies veränderte sich mit den 70ern Jahren und von dieser Zeit an ist die Kriegs-Metaphorik durch einen bedrohlichen und angsteinflößenden Gebrauch gekennzeichnet. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) Die Funktion demnach ist, die Migration als Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik darzustellen. Ob und in welchem Maße die Funktion zu den Beispielen dieser Analyse passend ist, zeigt sich anhand der unten genannten Beispiele.

Weitere Metaphern des Herkunftsbereiches *Krieg* sind bei Böke und Niehr (2000) zu finden. (vgl. 2000, S. 32) Böke und Niehr (2000) nennen die sprachlichen Metaphern der Invasion und des Ansturms ebenfalls Metapher des Herkunftsbereiches *Krieg*, aber fügen noch die sprachliche Metapher des Militärs (*Heer* und *Reservearmee*) hinzu. (vgl. 2000, S. 32) Gemäß Böke und Niehr (2000) ist die Funktion dieser Metaphern, die Migration aus einer rein funktionalen Perspektive zu betrachten, wobei sie keinesfalls willkommen ist, sondern vielmehr als ungewollt empfunden wird. (vgl.

⁴ In der Zeitung *Spiegel online* wurden keine Belege gefunden.

⁵ Aus dem Jahr 2019 wurden keine Beispiele für diese Metaphorik aus den erwähnten Zeitungen ausfindig gemacht.

2000, S. 32) Dieselbe Funktion wurde beim Bereich *Ware* vorgefunden: die Zuwanderung ist bedrohlich und unnützlich.

Zuerst folgt in einem Kapitel die Analyse der Metapher *Ansturm* und des Kompositums *Flüchtlingsansturm*, dann kommt in einem weiteren Kapitel die Analyse der Metaphern *Invasion*, *Armee*, *Soldat* und schließlich *Heer*. Für erwähnte Metaphern *Reservearmee* und *Einmarsch* wurden keine Beispiele gefunden.

4.2.1 Migration ist (Flüchtlings-)Ansturm

Der *Ansturm* ist nach Jung u.a. eine dominierende Metapher des Herkunftsbereiches *Krieg*. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) Diese Aussage passt ebenfalls für diese Arbeit, was anhand der unten folgenden Beispiele zu sehen ist. Die sprachliche Metapher ist *Ansturm* und die konzeptuelle Metapher ist 'MIGRATION IST EIN KRIEGSANSTURM'. Hierbei ist die Funktion: „massenhaftes Eindringen in fremdes Territorium.“ (Jung u.a. 2000, S. 134) Weswegen Migration als feindliches Eindringen in deutsches Territorium konzeptualisiert wird. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) Alle 13 Beispiele dieser Metapher weisen dieselbe Funktion auf. Dennoch unterscheiden sie sich dadurch, dass sie in unterschiedlichen Zeitungen vorkommen, deren politische Ansichten verschieden sind. Somit findet man Unterschiede bei der Bedeutung. Aus diesem Grund werden Beispiele aus allen vier Zeitungen gezeigt. Da die Anzahl der Beispiele aus einigen Zeitungen größer ist, als aus anderen, nämlich 2 aus der *TAZ*, 3 aus der *SDZ*, 2 aus der *FAZ* und 6 aus der *JF*, werden nur einige Beispiele erwähnt. Es folgt zuerst ein Beispiel aus der *TAZ*.

Beispiel 4: „Die Briten protestieren zwar gegen DEN ZUNEHMENDEN ANSTURM VON FLÜCHTLINGEN [Hervorhebung von mir], doch ihre Wirtschaft profitiert schamlos von den billigen Schwarzarbeitern und der Selektion am Kanal: denn nur den Besten und Stärksten gelingt die illegale Einreise.“ („Eine völlig perverse Politik“, *TAZ*, 29.07.2015)

Die sprachliche Metapher *Ansturm* des Beispiels 4 ist erstens durch das Adjektiv *zunehmend*, dann zweitens durch die Wörter *von Flüchtlingen* verstärkt. Die

sprachliche Metapher des Beispiels 4 lautet somit *den zunehmenden Ansturm von Flüchtlingen*. Die konzeptuelle Metapher ist 'Migration ist Krieg'. Und die Funktion lautet massenhaftes Eindringen ins fremde Territorium. Die Sicherheit des Volkes ist bedroht von fremden Menschen: Es ist bei diesem Beispiel bemerkenswert, dass der *Ansturm* durch eine Personenbezeichnung ergänzt wird, nämlich *Ansturm von Flüchtlingen*. Man vermenschlicht den *Ansturm*, indem man die Masse genau definiert.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Gebrauch dieser Metapher die Sichtweise der Briten aus 2015 veranschaulicht. Der Autor des Textes, Rudolf Balmer, distanziert sich von einem negativ konnotierten Gebrauch der Metapher, indem er die Situation näher erklärt, durch Worte wie „schamloses Profitieren an billigen Arbeitern“ oder „es überleben nur die Stärksten und diese schaffen es nach Großbritannien“. („Eine völlig perverse Politik“, TAZ, 29.07.2015) Das heißt, dass der Autor mit dem Gebrauch dieser sprachlichen Metapher *Ansturm* und der konzeptuellen Metapher 'Migration ist Krieg' eine Ironie zeigt: Man fühlt sich von einer hilflosen Masse im Not bedroht.

Wenn sowohl die sprachliche Metapher *Ansturm* als auch die konzeptuelle Metapher 'Migration ist Krieg' betrachtet werden, sieht man ein, dass die Metapher die beschriebene Auswirkung nicht auf den Leser hat bzw. haben sollte. Im Beispiel wurde klar gemacht, dass es sich um die Sichtweise anderer handelt, nämlich der Briten (und nicht der Deutschen). Durch den Gebrauch der sprachlichen Metapher *Ansturm* wollte man zeigen, wie die Zuwanderung von den Briten wahrgenommen wurde, und zwar als eine bedrohliche Massenbewegung, für die man wirtschaftlichen Nutzen findet.

Die folgenden Beispiele stammen aus der *SDZ*, deren Texte bzw. Beispiele Ähnlichkeiten mit dem Beispiel der *TAZ* aufweisen. Diese Ähnlichkeiten betreffen sowohl die sprachliche und konzeptuelle Metapher als auch die Funktion. Allerdings werden diese Beispiele nicht nur wegen der Ähnlichkeiten angegeben, sondern auch wegen der Unterschiede.

Beispiel 5: „Europa reagiert auf Flucht und Terror. In einem Wettbewerb der Abschreckungspolitik wappnete sich Nation um Nation VOR DEM ANSTURM DER MIGRANTEN [Hervorhebung von mir], winkte durch, verweigerte die Versorgung, organisierte den Bustransport von Ost nach West - getreu dem Sankt-Florians-Prinzip, wonach der Patron doch bitte das eigene Haus verschonen und das andere anstecken möge.“ (“Dublin - Ein bürokratisches Hirngespinnst”, SZ, 10.12.2015)

Dem Beispiel 5 nach heißt es: Wenn die sprachliche Metapher *Ansturm* ist, und die konzeptuelle Metapher ‘MIGRATION IST KRIEG’ lautet, dann ist die Zuwanderung ein massenhaftes Eindringen ins fremde Territorium. Wie im Beispiel 4 wird die sprachliche Metapher *Ansturm* durch *der Migranten* ergänzt.

Der Kontext des Beispiels verdeutlicht, dass die Migrationskrise Europa als eine Einheit betrifft. Allerdings äußert der Textverfasser, dass Europa angesichts der Krise gespalten ist. Die Länder reagieren, indem sie sich aufrüsten, die Migranten als Feinde betrachten und hoffen, dass sie weiterziehen, in ein anderes Land Europas. (vgl. “Dublin - Ein bürokratisches Hirngespinnst”, SZ, 10.12.2015) Dem Artikel nach ist zu sehen, dass der Autor Europas Sichtweise der Situation angibt. Einerseits werden die Migranten seitens Europa als eine Überforderung der eigenen Ressourcen wahrgenommen, andererseits kann Europa das Menschliche am *Ansturm* nicht vergessen. Es wird dem Leser überlassen, ein Urteil zu treffen.

Beispiel 6: „Noch sei der "ANSTURM" [Hervorhebung von mir] zu bewältigen. Aber was passiert, wenn das adverbial Aufgeschobene dann hereinbricht? Die Drohung liegt im Ungesagten.“ (“Eskalieren, ohne es zu merken”, SZ, 28.07.2015)

Die sprachliche Metapher des Beispiels 6 ist *Ansturm*. Wenn Zuwanderung ein *Ansturm* ist, dann gilt *Ansturm* als ein gefährlicher Einfall der Fremden. Das Konzept hier ist wieder ‘MIGRATION IST EIN KRIEG’, aber seine Besonderheit äußert sich durch den Gebrauch der Anführungszeichen. Obwohl die Zuwanderung als eine bedrohlichen Massenbewegung verbildlicht wird, versucht man durch Anwendung der Anführungszeichen eine Neutralität des Begriffs durchzusetzen.

Der Textverfasser versucht durch Informationsangabe eine Meinungsäußerung nicht wiederzugeben und berichtet von einer Dringlichkeit, etwas wegen der angekommenen Migranten und Flüchtlinge zu unternehmen. Anders als bei den vorigen Beispielen gibt es im Beispiel 6 keine Perspektivierung und da sich der Textverfasser durch die Benennung seiner Ressourcen vom Gesagten distanziert, kann der neutrale Gebrauch der sprachlichen und konzeptuellen Metapher dieses Beispiels verstanden werden.

Das nächste Beispiel stammt aus dem Jahr 2018. Es wurde in der *SDZ* gefunden. Damit ist die sprachliche Metapher *Flüchtlingsansturm* gemeint.

Beispiel 7: „Jeder, der es wissen wollte, wusste es: Das Bamf packt das nicht. Das war schon 2014 so, vor dem FLÜCHTLINGSANSTURM [Hervorhebung von mir]; und von da an dann erst recht. Aber es wollte niemand wissen.“ (“Sie schaffen das nicht”, *SZ*, 04.06.2018)

Jung u.a. (2000) erläutern Komposita, die aus Personenbezeichnungen und Metaphern besteht, und diese Komposita meinen vor allem die Kombination von Personenbezeichnungen und den Metaphern des Herkunftsbereiches *Wasser*. Sie erwähnen *die Möglichkeit* eines Kompositums aus einer Zuwanderungsgruppe und einer sprachlichen Metapher des Herkunftsbereiches *Krieg*. (vgl. Jung u.a. 2000, S. 134) Sie erwähnen aber nicht Beispiele wie *Flüchtlingsansturm*, sondern *Türkenansturm*. (Jung u.a. 2000, S. 134) Im Fall des Beispiels 7 handelt es sich um eine sprachliche Metapher, die aus der Personenbezeichnung *Flüchtling* und einer sprachlichen Metaphern *Ansturm* besteht. Es handelt sich um einen Ansturm der Flüchtlinge. Die Zuwanderung in diesem Fall wird durch den Gebrauch der Bezeichnung *Flüchtling* im Kompositum näher gedeutet. Man bestimmt die Einwanderungsgruppe. Dennoch bleibt die konzeptuelle Metapher gleich wie bei den vorigen Beispielen: ‘MIGRATION IST KRIEG’, genau wie die Funktion: Zuwanderung als massenhaftes Eindringen in fremdes Territorium.

Der Autor des Textes, Heribert Prantl, weist darauf hin, in welchem Maße das Eindringen Deutschland überfordert und stört. Dabei wird dem Leser suggeriert, dass

das nicht die Schuld von den Migranten und Flüchtlingen ist, sondern von den politischen Mächten. Sie haben nicht richtig gehandelt.

Die nächste Zeitung, deren Beispiel gezeigt wird, ist die *FAZ*. Wie anfangs des Kapitels erwähnt wurde, verfügt diese Zeitung über 2 Beispiele, wobei beide Beispiele die sprachliche Metapher *Ansturm* und dasselbe Konzept 'Zuwanderung als Krieg' aufweisen und aus diesem Grund nur 1 Beispiel erläutert wird.

Beispiel 8: „Die Europäer müssen daher nicht nur über einen Plan B (oder auch nur „A2“) zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nachdenken, sondern auch über einen Plan C – über die Möglichkeit, dass die EU DEN EPOCHALEN ANSTURM DER MIGRANTEN [Hervorhebung von mir] nur als zutiefst zerstrittene und handlungsunfähige „Gemeinschaft“ übersteht.“ (“Was auf dem Spiel steht”, *FAZ*, 25.01.2016)

Die sprachliche Metapher des Beispiels 8 lautet *den epochalen Ansturm der Migranten*. Die konzeptuelle Metapher ist demnach 'MIGRATION IST KRIEG' und die Funktion Zuwanderung als Massenbewegung. Nach Jung u.a. ist mit dem Gebrauch von Metaphern häufig auch der Effekt der Übertreibung und Dramatisierung verbunden, was sich in diesem Fall bzw. diesem Beispiel meldet. (vgl. 2000, S. 131) Die sprachliche Metapher kommt mit dem Adjektiv *epochal* vor, welches als ein Verstärker der Funktion dient. Es suggeriert, dass dies nicht der einzige Ansturm in der Geschichte ist, aber es deutet seine Größe und Auswirkung an.

Der Autor dieses Textes, Berthold Kohlen, erklärt, wie die Migrationskrise die Einheit der europäischen Länder in eine Unordnung gebracht hat, und dass Deutschland allein gelassen wurde, um mit den Migranten zu kämpfen. (vgl. “Was auf dem Spiel steht”, *FAZ*, 25.01.2016) Dabei thematisiert er das Leiden der Migranten und Flüchtlinge keinesfalls, was einen Unterschied zu den Artikeln der *TAZ* und der *SDZ* macht. Im Fokus stehen die Bewältigung der Krise, die seitens der politischen Mächte und ihrer Integrationspolitik ausgelöst wurde, und die Rückkehr zum Zusammenhalt der EU.

Anders als bei den vorigen Texten der *TAZ* und teils *SDZ* wird hier die Metapher nicht von einer bestimmten Perspektive gegeben, oder gebraucht, um die Sichtweise anderer

zu zeigen. Die Stellung einer solchen sprachlichen Metapher und der damit folgenden konzeptuellen Metapher im Text war gut durchdacht und dient dazu, dem Leser die Notwendigkeit eines eigenen Reagierens zu suggerieren und seine eigenen Unzufriedenheit mit der Situation zu äußern. Es wird nicht nur eine Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik konzeptualisiert, sondern auch eine Notwendigkeit des eigenen Eingreifens. (vgl. Böke / Niehr (Hrsg.) 2000, S. 32)

Die nächsten Metaphern stammen aus der *JF*. Die Zeitung *JF* zählt 6 Beispiele für die Metapher *Ansturm*. Davon werden 3 von Ihnen im Weiteren gemeinsam gezeigt und erklärt sein.

Beispiel 9: „Der Trend zum Weltflüchtlingszentrum, der immer sichtbarer die deutschen Innenstädte erfaßt, zwingt mittlerweile die Politik, ihr Heil in entwaffnender Ehrlichkeit zu suchen. Ende vergangenen Jahres verkündete de Maizière in Anbetracht DES ERWARTBAR HOHEN ANSTURMS [Hervorhebung von mir]: „Wir müssen das Instrument der Abschiebung wieder praktikabel machen.“ (“Wir müssen handeln”, *JF*, 23.01.2015)

Beispiel 10: „Der große Asylzustrom hat sich überwiegend seit dem Spätsommer 2015 im vergangenen halben Jahr – also zur kalten Jahreszeit abgespielt. Jahreszeiten, in denen viele Fluchtrouten, beispielsweise die von Libyen nach Italien, unpassierbar wurden. Hier wird uns, auch bei geschlossener Balkanroute, EIN NEUER MASSENANSTURM [Hervorhebung von mir] ins Haus stehen.“ (“Kontrollverlust eines Staates”, *JF*, 07.04.2016)

Beispiel 11: „Es ist die Ruhe VOR DEM NÄCHSTEN ANSTURM [Hervorhebung von mir] .“ (“Vor dem nächsten Ansturm”, *JZ*, 17.04.2017)

Bei allen 3 Beispielen handelt es sich um die sprachliche Metapher *Ansturm*, aber sie sind mit verschiedenen Verstärkern geäußert worden. Die sprachliche Metapher des Beispiels 9 lautet: *des erwartbar hohen Ansturms*. Das Konzept, das man erlesen kann, ist die ‘Zuwanderung als Krieg’ und die Funktion die Zuwanderung als eine Massenbewegung. Die sprachlichen Metaphern der Beispiele 10 und 11 lauten: *ein neuer Massenansturm* und *vor dem nächsten Ansturm*. Bei beiden Beispielen meldet sich dasselbe Konzept, wie beim Beispiel 9, ‘MIGRATION ALS KRIEG’. Die

Funktion ist auch gleich wie beim vorigen Beispiel: die Zuwanderung als eine Massenbewegung bzw. die Zuwanderung als ein Masseneindringen ins fremde Territorium. Es gibt einen Unterschied zwischen den Beispielen 9, 10 und 11 und dieser ist, dass die sprachliche Metapher aus dem Beispiel 10 ein Kompositum ist. Es ist eine Kombination aus einer Massenangabe und aus der sprachlichen Metapher *Ansturm*. Mit dem ersten Teil des Kompositums wurde keine Zuwanderungsgruppe oder Person benannt - wie Flüchtling, Türke, Migrant usw., was einen Unterschied zu anderen Komposita aus dieser Arbeit macht. Es wurde das Wort *Masse* gebraucht.

Den Beispielen nach ist zu bemerken, dass sich die Autoren dieser Texte an die politische Auswirkung der Migrationskrise auf Deutschland und Europa orientieren und das Mitgefühl für die Flüchtlinge und Migranten vermeiden. Alle 3 Texte beurteilen Deutschlands Politik gegenüber den Migranten und Flüchtlingen, d. h. die Integrationspolitik, die nach den Texten immer mehr Menschen dazu führt, nach Deutschland zu ziehen. Genau wie beim Beispiel aus der *FAZ* versucht man auch hier nicht das Konzept für die Angabe jemandes Perspektive zu benutzen. Man möchte, dass der Leser die Ankommenden als eine Gefahr für die Landesordnung versteht.

4.2.2 Migration ist *Invasion*, Migranten sind eine *Armee* / *Soldaten* / ein *Heer*

In diesem Kapitel werden zuerst die Metaphern *Invasion*, *Armee* und *Soldaten* analysiert. Diese 3 Metaphern befinden sich alle in einem Satz aus der *TAZ* und der Artikel stammt aus dem Jahr 2018. Dennoch werden Sie vereinzelt erläutert werden. Die Autorin des Textes, Sonja Vogel, veranschaulicht im Artikel ihre Unzufriedenheit mit dem Umgang mit Migranten und Flüchtlingen seitens der politischen Mächte sowohl in Deutschland als auch in Europa. (vgl. "Wir dürfen nicht schweigen", *TAZ*, 09.08.2018) Mit dem Gebrauch solcher sprachlichen Metaphern wie *Invasion*, *Armee* und *Soldat* zeigt sie die Sichtweise des europäischen Volkes und der europäischen Politik. Mit diesem Artikel äußert sie eine Art von Verzweiflung, weil sie der

Migrationskrise und ihrem Handeln zeugt und als Einzelperson nicht so viel helfen kann, wie viel sie helfen möchte.

Beispiel 12: „Und da ist er wieder, jener immer bedrohte, fragile faschistoide Volkskörper. Die Fluten und Ströme, die heute Nation und männliche Identität gefährden, heißen Einwanderungsflut und Migrationsstrom, INVASION DER FLÜCHTLINGE [Hervorhebung von mir] und, imaginiert als eine Armee der Habenichtse: Soldaten ohne Uniform.“ (“Wir dürfen nicht schweigen”, TAZ, 09.08.2018)

Die sprachliche Metapher des Beispiels 12 ist *Invasion der Flüchtlinge*. Wenn Zuwanderung eine *Invasion* ist, heißt es, dass es sich um eine Massenbewegung handelt. Denn die sprachliche Metapher *Invasion* hat nach Jung u.a. und Böke und Niehr dasselbe Konzept und dieselbe Funktion, wie die sprachliche Metapher *Ansturm*. (vgl. 2000, S. 134 und 2000, S. 32) Das erweist sich als angemessen gesagt, wenn diese konzeptuelle Metapher betrachtet wird. Die konzeptuelle Metapher für die sprachliche Metapher *Invasion* ist ‘DIE MIGRATION DER FLÜCHTLINGE IST KRIEG’ und die Funktion ist Zuwanderung ist ein massenhaftes Eindringen ins fremde Territorium. Dass es sich um Flüchtlinge handelt, sieht man danach, dass die sprachliche Metapher *Invasion* näher durch *der Flüchtlinge* beschrieben ist.

Dieser Beispielsatz ist ironisch gemeint, und deutet dem Leser darauf hin, dass solche Konzepte verspottet und verurteilt sein sollen. Dasselbe gilt für die nächsten zwei Beispiele, nämlich *Armee* und *Soldat*.

Beispiel 13: „Und da ist er wieder, jener immer bedrohte, fragile faschistoide Volkskörper. Die Fluten und Ströme, die heute Nation und männliche Identität gefährden, heißen Einwanderungsflut und Migrationsstrom, Invasion der Flüchtlinge und, imaginiert als eine ARMEE DER HABENICHTSE: [Hervorhebung von mir] Soldaten ohne Uniform.“ (“Wir dürfen nicht schweigen”, TAZ, 09.08.2018)

Die sprachliche Metapher aus dem Beispiel 13 lautet *Armee der Habenichtse*. Diese sprachliche Metapher unterscheidet sich von der vorigen nach der Funktion, denn hier wird nicht eine Massenbewegung, die eindringt, gemeint. Es wird eine Masse an

Menschen konzeptualisiert, die arbeitsunfähig erscheinen, weil Ihnen vielleicht an Bildung, Erfahrung etc. fehlt. (vgl. Böke / Niehr (Hrsg.) 2000, S. 32) Anders als beim *Ansturm* oder bei der *Invasion* steht hier nicht die Zuwanderung im Fokus, sondern die Personen dieses Prozesses, in diesem Fall die Flüchtlinge und Migranten. Dem Leser wird suggeriert, über den Gebrauch solche sprachlichen Metaphern und ihnen folgenden konzeptuellen Metaphern nachzudenken. Man versucht Mitleid mit den Migranten und Flüchtlingen zu äußern. Dasselbe gilt für das Beispiel 14.

Beispiel 14: „Und da ist er wieder, jener immer bedrohte, fragile faschistoide Volkskörper. Die Fluten und Ströme, die heute Nation und männliche Identität gefährden, heißen Einwanderungsflut und Migrationsstrom, Invasion der Flüchtlinge und, imaginiert als eine Armee der Habenichtse: SOLDATEN OHNE UNIFORM.“ [Hervorhebung von mir] (“Wir dürfen nicht schweigen”, TAZ, 09.08.2018)

Obwohl Böke und Niehr das Beispiel *Soldat* bei den Militär-Metaphern nicht benennen, wird in dieser Arbeit die Metapher *Soldat* zu den Militär-Metaphern gezählt.

Die sprachliche Metapher des Beispiels 14 lautet: *Soldat ohne Uniform*. Die konzeptuelle Metapher ist ‘Migration als Krieg’. Die Funktion dieser sprachlichen und konzeptuellen Metapher ist die rein funktionale Perspektivierung der Arbeitskraft, d. h. die Migranten und Flüchtlinge werden entmenschlicht und werden nur als mögliche Arbeiter betrachtet. Allerdings ist die sprachliche Metapher *Soldat* durch *ohne Uniform* ergänzt. Da die sprachliche Metapher *Soldaten ohne Uniform* ist und nicht einfach *Soldaten*, ändert das Funktion, die dann lautet: Migranten und Flüchtlinge als Zuflucht suchende und gezwungene Arbeitskraft. Die konzeptuelle Metapher lautet dann ‘MIGRATION IST KRIEG WEGEN DER HILFLOSIGKEIT’, denn die Beschreibung eines Soldaten ist den Migranten und Flüchtlingen wie angezwungen.

Das letzte Beispiel des Herkunftsbereiches *Krieg* stellt einen Gegenteil zu den sprachlichen Metaphern *Invasion*, *Soldat* und *Armee* dar. Unter Gegenteil ist nicht nur die Bedeutung der sprachlichen Metapher gemeint, sondern auch die Funktion. Diese Metapher stammt aus der Zeitung *JF* und der Artikel ist aus dem Jahr 2016.

Beispiel 15: „Wenn Unternehmer IN EINEM ARBEITSLOSEN MILLIONENHEER [Hervorhebung von mir] aber wirklich keine Mitarbeiter finden sollten, dürfte es unter den außereuropäischen Asylzuwanderern noch schwerer werden: [...]“ (“Asylansturm als Einstiegsdroge”, JF, 15.04.2016)

Die sprachliche Metapher dieses Beispiels ist *in einem arbeitslosen Millionenheer*. Obwohl die sprachliche Metapher *Heer* nach Böke und Niehr zu den Militär-Metaphern gehört (vgl. Böke / Niehr (Hrsg.) 2000, S. 32), zeigt die konzeptuelle Metapher der sprachlichen Metapher aus dem Beispiel 15, dass dies nicht für das Beispiel gilt. Die konzeptuelle Metapher ist nämlich ‘MIGRATION IST EINE GROBE MASSE’. Die Zuwanderung stellt eine Massenbewegung dar, die aus Menschen besteht, die arbeitsunfähig sind. Das Beispiel ist eine Äußerung der Kombination zweier Herkunftsbereiche. Einerseits äußert es die Anzahl, andererseits die Gebrauchlichkeit, aber vor allem verdeutlicht es die Quantität, weshalb es mit der Funktion der sprachlichen und konzeptuellen Metapher des Herkunftsbereichs *Wasser* verbunden werden kann. Nach Jung u.a. stellen die Metaphern des Bereiches *Wasser* die Zuwanderung als eine Massenbewegung, die manchmal zu groß ist, dar. (vgl. 2000, S. 132)⁶ Die sprachliche Metapher *Millionenheer* stellt ein Kompositum dar, das aus *Million* und *Heer* besteht. Der erste Teil dient als Verstärker für die Äußerung der Masse.

Der Autor des Textes, Michael Paulwitz, benutzt diese Metapher, um seine Unzufriedenheit mit der Ankommenen nach Deutschland zu äußern und meint, dass diese ungesteuert sei. (vgl. “Asylansturm als Einstiegsdroge”, JF, 15.04.2016) Im Text gibt er die Prozentzahlen der arbeitenden bzw. nicht arbeitenden Migranten an und vermischt damit den Gebrauch der sprachlichen Metapher *Millionenheer* ein.

⁶ Eine gründlichere Erklärung dieses Bereiches folgt im nächsten Kapitel.

4.3 Migration ist *Wasserflut*

In diesem Kapitel beschäftigt man sich mit dem Konzept *Wasser*. Die Analyse ist in Kapitel geteilt.

Für den Herkunftsbereich *Wasser* wurden 65 Beispiele gefunden. Somit stellt dieser Bereich den größten Bereich der sprachlichen Metaphern in dieser Arbeit dar. Die Beispiele stammen aus allen 5 Zeitungen, die in dieser Arbeit benutzt werden. Dafür wurden 7 Texte der *TAZ*, 5 Texte sowohl *des SO* als auch *der SDZ*, 6 Texte der *FAZ* und 9 Texte der *JF* benutzt. Die Texte sind in der Zeit zwischen 2015 und 2019 entstanden. Die *JF* stellt die einzige Zeitung dar, die aus jedem Jahr zwischen 2015 und 2019 wenigstens einen Text hat. Einige von diesen Texten bzw. Zeitungsartikeln weisen mehr als nur ein Beispiel auf.⁷

Nach Jung u.a. (2000) handelt es sich beim Herkunftsbereich *Wasser* nicht nur um die ältesten Metaphern, sondern auch um die am häufigsten verwendeten sprachlichen Metaphern. (vgl. 2000, S. 131) Diese Gruppe der sprachlichen Metaphern besteht nach Jung u.a. größtenteils aus den Wellen-, Strom- und Zustrom-Metaphern. (vgl. Jung u.a., 2000, S. 131) Weitere Metaphern, die von Jung u.a. erwähnt werden, sind „Flut, Schwemme, Überschwemmung, Überflutung“ usw. (vgl. 2000, S. 131) Im Herkunftsbereich *Wasser* melden sich nach Jung u.a. viele Komposita, die aus sprachlichen Metaphern des Herkunftsbereiches *Wasser* und Personengruppenbezeichnungen bestehen und diese sind z.B.: *Flüchtlingsstrom*, *-welle*, *Übersiedlerstrom*, *Gastarbeiterzustrom*, *-welle*, *Türken-Welle*, *Asylantenstrom* etc. (vgl. 2000, S. 132) Sie erwähnen weitere Komposita, wie: *Zuwanderer-*, *Haupt-*, *Wanderungs und Migrationsstrom* etc. Die Anzahl dieser sprachlichen Metaphern ist groß und Belege wurden nicht für alle gefunden.

Jung u.a. suggerieren, dass der Gebrauch dieser sprachlichen Metaphern meist als negativ zu bezeichnen ist. (vgl. 2000, S. 132) Allerdings meinen sie, dass die

⁷ Für den Bereich *Wasser* wurden keine Beispiele im *S* für 2015 und 2016, in der *SDZ* für 2017 und in der *FAZ* für 2018 und 2019 gefunden.

Bedeutung dieser sprachlichen Metaphern des Bereiches *Wasser* mit der Zeit kritisiert wurde: „Die Kritik richtet sich einerseits gegen die mit dem Metapherngebrauch verbundene Behauptung, es handele sich um eine Zuwanderung ´von Massen´. [...] Andererseits wird insbesondere vor dem Hintergrund gewalttätiger Ausschreitungen gegen Ausländer auf die emotionalisierend-suggestive Kraft und die bewusstseinseinprägende und handlungssteuernde Wirkung abgehoben, die eine bildliche Gleichsetzung von Menschen mit ´reißenden Fluten´ habe.“ (2000, S. 134) Die Betonung der Quantität wird negativ aufgenommen und nach Jung u.a. versucht man eine Sensibilisierung dieser Metaphern zu machen. (vgl. 2000, S. 134) Aus diesem Grund besteht auch ein unproblematischer Gebrauch bzw. eine unproblematische Funktion dieser Metaphern des Herkunftsbereiches *Wasser*. (vgl. Jung u.a., 2000, S. 134) Inwiefern das diese Arbeit bzw. die Beispiele aus dieser Arbeit betrifft, wird durch die folgenden Beispiele gezeigt.

4.3.1 Migration ist *Strom* und *Zustrom*

Nach Jung u.a. (2000) stellen die sprachlichen Metaphern *Strom* und *Zustrom* Basismetaphern des Herkunftsbereiches *Wasser* dar. (vgl. 2000, S. 132) Aus diesem Grund wird das erste Kapitel mit ihnen beginnen.

Wenn die Migration ein *Strom* oder ein *Zustrom* ist, dann heißt es, dass Zuwanderung eine unkontrollierbare, potenziell gefährliche und nicht endende Massenbewegung ist. D. h. wenn die sprachliche Metapher *Strom* oder *Zustrom* ist, dann ist die konzeptuelle Metapher ´MIGRATION ALS WASSER´, da die Funktion ist, dass die Migration eine unkontrollierbare Massenbewegung ist. Dass es sich um etwas Unkontrollierbares und Gefährliches handelt, kommt von der Vorstellung, dass Wasser an sich eine gewaltige und potenziell bedrohliche Naturkraft ist. (vgl. Jung u.a., 2000, S. 131)

Insgesamt gibt es 13 Beispiele für die sprachliche Metapher *Strom* und 12 Beispiele für die sprachliche Metapher *Zustrom*. Allerdings stammen die Beispiele für die Metapher *Strom* aus Texten dreier Zeitungen, nämlich *TAZ*, *FAZ* und *JF*. Die Beispiele für die Metapher *Zustrom* stammen aus allen 5 Zeitungen, aus den drei genannten und

noch aus der *SDZ* und dem *SO*. Aus diesem Grund kommen zuerst die Beispiele sowohl für die Metapher *Strom* als auch für *Zustrom* aus der *TAZ*, der *FAZ* und der *JF*. Diesem folgen dann die Beispiele für die Metapher *Zustrom* aus der *SDZ* und dem *SO*.

Die *TAZ* verfügt über 3 Beispiele für die Metapher *Strom* und 2 Beispiele für die Metapher *Zustrom*.

Beispiel 16: „Das erklärte Ziel der EU ist es, die Reihen fest zu schließen und DEN ZUSTROM [Hervorhebung von mir] nach Europa wieder zu begrenzen. Das unerklärte Ziel ist es, Deutschland wieder mit einem Ring „sicherer“ Staaten zu umgeben und so die Zuwanderung zu stoppen.“ („Zu wenig und zu spät“, *TAZ*, 23.09.2015)

Beispiel 17: „Die katastrophalen Zustände auf dem Westbahnhof von Budapest, wo Tausende vergeblich auf die Erlaubnis zur Weiterreise warteten, erzwangen dann den kurzen Sommer der Willkommenskultur in Österreich und Deutschland. Als DER STROM [Hervorhebung von mir] dann nicht abreißen wollte, wurde auch in diesen Ländern schnell nachgerüstet.“ („Null Asyl ist das Ziel, *TAZ*, 07.03.2017)

Den zwei Beispielen ist der Kontext gemeinsam: Obwohl sie von zwei Autoren und zu anderen Zeiten entstanden sind, beschäftigen sich die Texte mit den führenden politischen Mächte Europas und äußern Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik. Beide Autoren benutzen ironische Ausdrücke, wenn sie über die Taten der politischen Mächte sprechen. Dennoch überlässt man in beiden Beispielen dem Leser die Möglichkeit allein eine Meinung zu bilden, indem man beide Seiten veranschaulicht: sowohl die Perspektive der Migranten und Flüchtlinge als auch der führenden politischen Mächte Europas und Deutschland.

Die sprachlichen Metapher der Beispiele 16 und 17 lauten: *den Zustrom* und *der Strom*. Beiden sprachlichen Metaphern ist die konzeptuelle Metapher, die Jung, Böke und Niehr beschreiben, gemeinsam: `MIGRATION IST WASSER`. Ihre Funktion ist, die Zuwanderung als eine endlose und unkontrollierbare Massenbewegung darzustellen. Da es unkontrollierbar ist, heißt es auch, dass es potenziell bedrohlich ist, bzw. die Gefahr liegt in der Quantität der Zuwanderung. Wenn Migranten und Flüchtlinge

entmenschlicht und als eine Naturkatastrophe konzeptualisiert werden, heißt es dann, dass diese Gefahr nicht mehr gestoppt werden kann. Das heißt auch, dass man sich darauf, früher hätte vorbereiten soll. Europa war darauf nicht vorbereitet und das löst die erwähnte Unzufriedenheit aus.

Die Perspektive, die in den Texten gezeigt wird, betrifft Europa im Beispiel 16 und Österreich und Deutschland im Beispiel 17. Das heißt, dass die sprachliche Metapher nicht von der Meinung des Textverfassers stammt und dass die Bedeutung somit negativ konnotiert ist.

Die *FAZ* verfügt über 4 Beispiele für die Metapher *Strom* und ein Beispiel für die Metapher *Zustrom*.

Beispiel 18: „Noch eine kleine elegante Lüge macht die Runde: DER STROM [Hervorhebung von mir] der Einwanderer sei auszutrocknen, wenn man die Herkunftsländer befriede oder in sie investiere.“ („Lügen in Zeiten der Migration“, *FAZ*, 11.10.2015)

Beispiel 19: „Sie handelt so, als habe sie sich mit DEM ZUSTROM [Hervorhebung von mir] abgefunden und wolle durch Abschiebungen allenfalls für Korrekturen sorgen.“ („Merkels fatale Signale“, *FAZ*, 26.10.2015)

Beispiel 20: „Zwei Jahre nach DEM GROßEN STROM [Hervorhebung von mir] hat die Willkommenskultur von damals einer neuen Nüchternheit Platz gemacht.“ („Der große Flüchtlingsirrtum“, *FAZ*, 22.09.2017)

Im Fall der Artikel der *FAZ* zeigt man keine Perspektive eines anderen Landes oder einer anderen Person. Es ist die Meinung des Autors gegeben bzw. in diesem Fall der drei Textverfasser zu unterschiedlichen Zeiten. Man beschreibt nicht die Migranten und Flüchtlinge, sondern die Zuwanderung, die als gescheitert in allen drei Texten beschrieben wird. Das Scheitern kommt davon, dass die Grenzen offen sind, alle Länder Europas sich auf die Willkommenskultur Deutschlands verlassen und somit nichts unternehmen. Außerdem sind Migranten und Flüchtlinge keine Arbeiter, was bedeutet, dass sie von ihnen keinen Nutzen haben.

Die sprachlichen Metaphern der Beispiele 18 und 19 sind *Strom* und *Zustrom*; die sprachliche Metapher des Beispiels 20 ist durch ein Adjektiv näher beschrieben und lautet *dem großen Strom*. Es wird ein 'Zu viel' impliziert und aus diesem Grund lautet die Funktion: die Zuwanderung als unkontrollierbare, endlose Massenbewegung. Die konzeptuelle Metapher bleibt wieder gleich: 'MIGRATION IST WASSER'.

Dem Leser wird explizit eine Unzufriedenheit mit der Integrationspolitik geäußert. Man sucht Leser, die dieselbe Meinung haben. Den Texten zufolge ist eine Veränderung in der Migrationspolitik notwendig.

Die *JF* zählt 6 Beispiele für die Metapher *Strom* und 7 Beispiele für die Metapher *Zustrom*.

Beispiel 21: „DER ANSCHWELLENDEN STROM [Hervorhebung von mir], der sich auf unterschiedlichen Routen durch Europa ins Sehnsuchtsland Deutschland Bahn bricht, ist Produkt von politischen Fehlentscheidungen und Interessen.“ ("Flüchtlinge als Waffe", *JF*, 24.09.2015)

Beispiel 22: „Für Rom ein schwerer Rückschlag: Denn gerade auf die Durchsetzung seines „Vision on Human Mobility“ (etwa: Zukünftige Vorstellung von einer menschlichen Reisefreizügigkeit) getauften Antrags hatte Ministerpräsident Paolo Gentiloni große Hoffnung gesetzt, sein Land VOM NICHT ENDEN WOLLENDEN ZUSTROM AN MIGRANTEN [Hervorhebung von mir] zu entlasten.“ ("Es fängt gerade erst an und wird viel schlimmer werden", *JF*, 09.06.2017)

Beispiel 23: „Aber die Klötze sind Teil des Alltags geworden, und darüber gerät der skandalöse Anlaß ihrer Aufstellung allmählich in Vergessenheit: daß die Merkel-Regierung dieses Land unkontrolliert mit Hunderttausenden Migranten aus aller Herren Länder geflutet hat, von denen niemand weiß, wie viele potentielle Terroristen sich unter IHREN STROM [Hervorhebung von mir] gemischt haben.“ ("Fahrlässig herbeigeführt", *JF*, 27.10.2018)

Beispiel 24: „Obwohl sich DER STÄNDIGE ZUSTROM AN ASYLBEWERBERN [Hervorhebung von mir] seit der Schließung der Balkanroute im März 2016 merklich

verringert hat, ist die Einwanderung nach Deutschland auf einem konstant hohen Niveau.“ (“Der Blick aufs Wirkliche”, JF, 11.10.2019)

Trotz der Unterschiede sowohl bei der Entstehungsjahren der Artikel als auch bei den Autoren weisen die Texte einen gemeinsamen Kontext auf. Man stellt sich in der *JF* gegen die Flüchtlingspolitik bzw. die offenen Grenzen, die Taten anderer Länder, die die Migranten nach Deutschland weiter ziehen lassen etc. So ähnelt diese Äußerung der Unzufriedenheit derer von den Autoren der *FAZ*. Allerdings äußert man sich in der *JF* explizit gegen die Migranten und Flüchtlinge, wo man dem Leser suggeriert, dass sie kriminell und gefährlich sind. In allen Beispielen betont man ihre Quantität ohne Qualität und somit ist es klar, dass der Gebrauch der sprachlichen Metapher und der konzeptuellen Metapher negativ ist.

Die sprachlichen Metapher sind *Strom* und *Zustrom*, aber in drei von vier Beispielen werden sie durch Adjektive wie ‘ständig, anschwellend, nicht enden wollend’, näher beschrieben bzw. die sprachliche Metapher wird verstärkt. Dabei ist in diesen Beispielen die konzeptuelle Metapher ‘MIGRATION ALS WASSER’ und die Funktion dieser Metapher ‘Zuwanderung als unkontrollierbare, potenziell bedrohliche Massenbewegung’ deutlicher als in den vorigen. Es ist ein Konzept, das eine *Urgewalt Natur* (Böke / Niehr (Hrsg.) 2000, S. 187) meint und für die man kein Ende findet. Die Migranten und Flüchtlinge sind als eine Urgewalt konzeptualisiert. Diese Urgewalt stellt nicht nur eine Gefahr dar, ihre Bedrohung äußert sich auch darin, dass sie bleibt und immer stärker wird.

Die Beispiele aus der *SDZ* und dem *SO* unterscheiden sich von den Beispielen der *FAZ* oder der *JF*. Außerdem gibt es für die Metapher *Zustrom* pro Zeitung ein Beispiel. Für die Metapher *Strom* gibt es in diesen Zeitungen keine Belege.

Beispiel 25: „DER ZUSTROM DER MIGRANTEN [Hervorhebung von mir], Deutschlands großes Thema zurzeit, kommt auf der Arbeitsebene an.“ (“Der Arbeitsmarkt muss sich für Flüchtlinge verändern”, *SDZ*, 12.02.2016)

Beispiel 26: „So bedienten sich Kritiker des EU-Türkei-Abkommens (auch "Flüchtlingsdeal" genannt) einer ähnlichen Logik, als sie argumentierten, das Abkommen könnte zu einer Art Torschlusspanik führen und DEN ZUSTROM AN FLÜCHTLINGEN [Hervorhebung von mir] deutlich anwachsen lassen.“ (“Das Märchen der Sogwirkung”, SO, 25.08.2019)

Der Kontext des Textes von *SO* weist, wie eine Antwort, auf die Unzufriedenheit der Autoren der *JF* auf. Der Autor, Oliviero Angeli, äußert, dass ein Bild von faulen Migranten entstanden ist, die nach Deutschland wegen der humanitären Hilfe reisen wollen. Das stimmt nach dem Textverfasser nicht. (vgl. “Das Märchen der Sogwirkung”, SO, 25.08.2019) Der Kontext des Textes von der *SDZ* baut auf. Der Autor, Aleksander Hagelüken, suggeriert nämlich, dass die Migranten und Flüchtlinge nicht arbeiten, weil das System Veränderung braucht bzw. sie nicht arbeiten lässt. (vgl. “Der Arbeitsmarkt muss sich für Flüchtlinge verändern”, SDZ, 12.02.2016) Dem Leser wird in beiden Fällen offen gelassen, eine Meinung zu bilden.

Bei diesen Beispielen ist die sprachliche Metapher *Zustrom*, aber es wird angedeutet, wer mit dem *Zustrom* gemeint ist, die Migranten bzw. Flüchtlinge nämlich. Wenn dann die Zuwanderung der Migranten und Flüchtlinge ein *Zustrom* ist, dann meldet sich das Konzept: die Zuwanderung ist *Wasser*. D. h. dass man die Flüchtlinge und Migranten wieder als eine Massenbewegung darstellt, aber diese ist anders als die vorige. Hier wird keine Naturkatastrophe gemeint. Es ist ein Wasser gemeint, dass einfach geleitet werden muss, dass Kontrolle und Ordnung sucht und nur darauf wartet.

Obwohl in diesen Beispielen nicht die Perspektive der Autoren sondern Deutschlands im Beispiel 25 und der Kritiker des EU-Türkei-Abkommens im Beispiel 26 gegeben ist, ist der Gebrauch dieser Metapher sensibilisiert. Es kann von einem neutralen Gebrauch der Metapher gesprochen werden, obwohl wieder die Quantität der Masse betont wird.

4.3.2 Migration ist *Welle* und *Flut*

In diesem Kapitel beschäftigt man sich mit den sprachlichen Metaphern *Welle* und *Flut*. Pro Metapher gibt es 3 Beispiele, aber da es auch Komposita mit diesen Metaphern gibt, ist die Anzahl der Metaphern größer. Nur in der *FAZ* wurde keine Beispiele gefunden.

Die Metapher *Welle* wird benutzt, um ein Zuwanderungstrend zu verdeutlichen. (vgl. Jung u.a., 2000, S. 131) Die Metapher *Flut* wird weder von Jung u.a. noch von Böke und Niehr näher gedeutet, aber sie wird als ein Teil des Herkunftsbereiches *Wasser* bei beiden genannt.

Beispiel 27: „Die Schulen sind mit dieser FLUT [Hervorhebung von mir] aber völlig überfordert.“ („Nicht so realitätsfern“, *JF*, 04.09.2015)

Beispiel 28: „Erneut das Bild von DER HERANROLLENDEN FLÜCHTLINGSWELLE [Hervorhebung von mir], von einem Tsunami, gegen den Gesellschaft und Politik sich als machtlos gerieren. Das "noch" ist der Schatten, der dieser WELLE vorausseilt.“ („Eskalieren ohne es zu merken“, *SDZ*, 28.07.2015)

Beispiel 29: „DIE FLUTEN [Hervorhebung von mir] und Ströme, die heute Nation und männliche Identität gefährden, heißen EINWANDERUNGSFLUT [Hervorhebung von mir] und Migrationsstrom, Invasion der Flüchtlinge und, imaginiert als eine Armee der Habenichtse: Soldaten ohne Uniform.“ („Wir dürfen nicht schweigen“, *TAZ*, 09.08.2018)

In der *TAZ* äußert die Autorin des Textes ihre Unzufriedenheit mit der Wortwahl und dem Umgang gegenüber den Migranten. In der *SDZ* äußert der Autor, dass Deutschland wegen der Masse überwältigt ist, und dass man ein Handeln der politischen Mächte bei der Zusammenstellung der Ordnung erwartet. Was den Artikel aus der *JF* betrifft, handelt es sich um die Äußerung der Unzufriedenheit der Autorin mit der Integration aller Migrantenkinder ins überwältigte deutsche Schulsystem.

Im Beispiel 28 melden sich sowohl die sprachliche Metapher *Welle* als auch *Flüchtlingswelle*, also ein Kompositum aus *Flüchtling* und *Welle*. Das Kompositum wird durch das Adjektiv 'heranrollend' verstärkt. Die konzeptuelle Metapher für beide sprachlichen Metaphern ist 'MIGRATION IST WASSER'. Die Funktion, die hier ausgefüllt werden soll, ist, die Zuwanderung als ein aufsteigendes Trend zu zeigen. D. h., dass immer mehr Menschen migrieren. Die Migration ist als eine Massenbewegung konzeptualisiert, die immer mehr Popularität bei Menschen findet. Dieses Gefühl des Trends, der Popularität kommt von den Europäischen Ländern, da sie sich überwältigt fühlen. Der Gebrauch der sprachlichen Metapher im Beispiel 28 ist negativ.

Die Beispiele 27 und 29 zeigen die sprachliche Metapher *Flut* und ein Kompositum aus *Einwanderung* und *Flut*, die *Einwanderungsflut*. Wenn Migranten und Flüchtlinge eine *Flut* sind, dann heißt es, dass die Migration als *Wasser* konzeptualisiert wird. Sie weisen dieselbe Funktion auf und diese Funktion ist gleich mit dem Konzept der Metaphern *Strom* und *Zustrom*: die Zuwanderung als gefährliche und unendliche Massenbewegung.

Der Gebrauch in beiden Beispielen ist negativ, allerdings suggerieren die Textverfasser dem Leser verschiedene Sachen. Mit dem Beispiel 27 will man eine Überforderung des Schulsystems äußern und dem Leser deutlich machen, dass es keinen Platz für die Bildung der Kinder aus Deutschland wegen der Migrantenkinder gibt. Durch die sprachliche Metapher *Flut* wird das Konzept eines 'Zu viel' gegeben. Mit dem Beispiel 29 möchte der Autor äußern, dass die Konzeptualisierung von Menschen als gefährliche Naturkatastrophen falsch ist. Der Leser sollte Migranten und Flüchtlinge nicht als eine große Zahl bzw. ein 'Zu viel' empfinden.

4.4 Migration ist *Lawine* und *Jagd*

In diesem Kapitel werden die zwei Einzelmetaphern analysiert. Sie werden als Einzelfälle verstanden, da für zwei Metaphern ein Beispiel (pro sprachliche Metapher) gefunden wurde. Außerdem wurden diese 2 sprachlichen Metaphern weder bei Jung

u.a. (2000) noch bei Böke und Niehr (2000) genannt. Unter diesen Metaphern sind die sprachlichen Metaphern *Jagd* und *Lawine* zu verstehen.

Die Metapher *Lawine* stammt aus einem Text der *TAZ* aus dem Jahr 2015.

Beispiel 30: „Gerade hat der einflussreiche Unions-Politiker die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge als „LAWINE“ [Hervorhebung von mir] bezeichnet [...]. Ausgelöst würden Lawinen bekanntlich, „wenn irgendein etwas unvorsichtiger Skifahrer an den Hang geht und ein bisschen Schnee bewegt.“ („Merkels Menetekel“, *TAZ*, 12.11.2015)

Gleich wie die sprachlichen Metaphern des Herkunftsbereiches *Wasser* stellt die sprachliche Metapher *Lawine* eine Naturkatastrophe dar. D. h. wenn die Migration eine *Lawine* ist, dann werden Migranten und Flüchtlinge als eine Naturkatastrophe konzeptualisiert, deren Verursacher Menschen bzw. bestimmte Geschehnisse sind. Die Autorin dieses Textes orientiert sich allerdings bei der Erklärung nicht daran, was eine Lawine ist, sondern wie sie ausgelöst wird. Aus dieser Beschreibung des Auslösers gibt sie die konzeptuelle Metapher her. Da Lawinen Landschaften, Häuser etc. überfüllen, weil Menschen unvorsichtig waren, heißt es, dass ihre Funktion die Folgende ist: Migranten und Flüchtlinge als Problemauslöser bzw. die Zuwanderung als gefährliche Massenbewegung. Anders als beim *Wasser* kann man eine *Lawine* vermeiden.

Obwohl die Autorin des Textes die Unzufriedenheit wegen der Anwendung solcher sprachlichen Metapher seitens wichtiger politischer Figuren in Deutschland äußert, ist der Gebrauch dieser Metapher negativ. Dem Leser wird suggeriert, dass man solche Bezeichnungen nicht gebrauchen soll.

Ähnlich ist der Gebrauch beim Beispiel der sprachlichen Metapher *Jagd*. Dieses Beispiel stammt ebenfalls aus der *TAZ* und aus dem Jahr 2015. Der Gebrauch der Metapher ist negativ, aber dem Leser wird suggeriert, dass die führenden Mächte Frankreichs Flüchtlinge und Migranten unmenschlich bzw. animalisch behandeln.

Beispiel 31: „Offiziell machen französische Polizisten JAGD AUF DIE FLÜCHTLINGE [Hervorhebung von mir], die versuchen, den Ärmelkanal als blinde Passagiere zu überqueren.“ („Eine völlig perverse Politik“, *TAZ*, 29.07.2015)

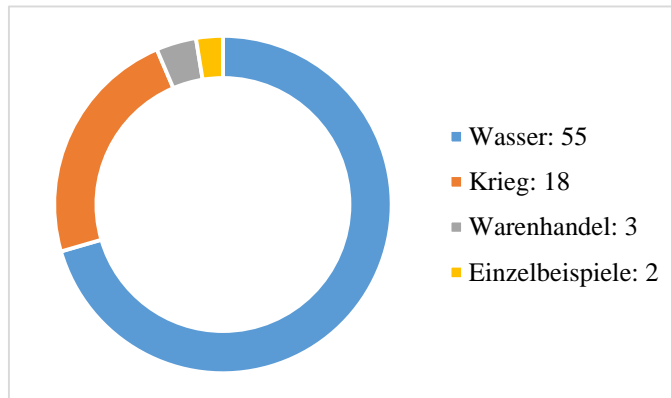
Mit dieser sprachlichen Metapher *Jagd auf die Flüchtlinge* zeichnet man die Konzepte 'MIGRANTEN SIND SCHÄDLINGE' und 'POLIZISTEN SIND KAMMERJÄGER' aus. Die Flüchtlinge erscheinen als Wildtiere, die gefährlich sind und von denen man sich schützen muss. Wenn die Anzahl der wilden Tiere steigt, muss man sie reduzieren, unter Kontrolle halten. In diesem Fall sollen die Polizisten diese Aufgabe übernehmen.

5. SCHLUSS

Die vorliegende Arbeit befasste sich mit der Untersuchung der Metaphorik im Migrationsdiskurs, wobei sich diese Forschung an eine kognitive Metaphernforschung anlehnte und sprachliche und konzeptuelle Metaphern untersuchte, die im deutschen Migrationsdiskurs gebraucht werden. Es bestehen frühere, aber nicht kognitive, Untersuchungen der Metaphorik im Migrationsdiskurs und diese Arbeit lehnte sich an die Erforschung von Jung, Niehr und Böke (2000) und Böke und Niehr (2000) an. Davon ausgehend war das Ziel dieser Arbeit die bestehenden Metaphern zu benennen, d. h. die Metaphern als sprachliche und konzeptuelle Metaphern einzuordnen. Und das wurde durch die Analyse bestätigt. Noch war das Ziel festzustellen, ob die von Jung u.a. (2000) beschriebenen Funktionen der Metaphern für den Migrationsdiskurs 2015-2019 gelten. Die

Die erste Hypothese besagt, dass der Herkunftsbereich *Wasser* die höchste Anzahl an konzeptuellen und sprachlichen Metaphern haben wird. Die Analyse zeigt Folgendes:

Grafik 1 Die Gliederung der Beispiele



Grafik 1 zufolge zählt der Herkunftsbereich *Wasser* 55 Beispiele bzw. 55 sprachliche Metaphern und somit auch die konzeptuellen Metaphern. Das macht diesen Bereich zu den größten von den drei. Der Herkunftsbereich *Krieg* beinhaltet 18 Beispiele bzw. Metaphern und ist somit kleiner, wenn er mit dem Herkunftsbereich *Wasser* verglichen wird. Aber er unterscheidet sich doch vom der Herkunftsbereich *Warenhandel*, der nach Grafik 1 3 Beispiele bzw. 3 sprachliche und konzeptuelle Metaphern zählt. Der Grafik nach besteht noch ein weiterer Bereich und dieser meint Einzelbeispiele. Das sind sprachliche und konzeptuelle Metaphern, die bei Jung, Böke und Niehr nicht gefunden wurden. Es handelt sich um neue sprachliche Metapher, die durch diese Analyse ausfindig gemacht wurden. Damit sind folgende Metaphern nämlich gemeint: *Jagd* und *Lawine*, die je 1 Beispiel zählen. Nach der Analyse lauten die konzeptuelle Metapher für die sprachlichen Metaphern der genannten Herkunftsbereiche: 'MIGRATION IST WAREIMPORT', 'MIGRATION IST KRIEG', 'MIGRATION IST WASSERFLUT', 'MIGRATION IST EINE LAWINE', 'MIGRATION IST EINE JAGD'.

Die zweite Hypothese besagte, dass die Funktion der sprachlichen und konzeptuellen Metaphern dieselbe sein werden, wie bei Jung u.a. (2000), aber dass sich wegen des situativen Kontextes der Migrationskrise die negativen Konzeptualisierungen verschärfen werden bzw. extremer sein werden. Die Funktionen, die von Jung, Niehr und Böke (2000) beschrieben wurden, sind geblieben: In dieser Analyse wurde

festgestellt, dass die sprachlichen und konzeptuellen Metaphern für die Entmenschlichung der Migranten gebraucht wurden. Die konzeptuellen und sprachlichen Metaphern des Bereiches *Wasser* wurden gebraucht, um die Migranten und Flüchtlinge als eine unkontrollierbare Naturkatastrophe. Dieser Darstellung folgt die sprachliche und konzeptuelle Metapher des Bereiches *Lawine*, der einzige Unterschied ist, dass diese Katastrophe von Menschen verursacht wurde. Beim Bereich *Krieg* wurde die Bedrohung der Sicherheit Europas betont. Und beim Bereich *Ware* hebt man die Unnützlichkeit der Migranten und Flüchtlinge hervor, da sie keine Arbeiter sind, die Europa und die Bundesrepublik brauchen. Das noch verbliebene Einzelbeispiel bzw. die konzeptuelle und sprachliche Metapher des Herkunftsbereiches *Jagd* unterscheidet sich von der anderen sprachlichen und konzeptuellen Metaphern, denn die Funktion der Entmenschlichung wird gebraucht, um zu zeigen, wie so etwas falsch ist. Unabhängig davon, ob die Migration als erwünscht oder unerwünscht gezeigt wird, ist in der Analyse festgestellt, dass sich der Migrationsdiskurs in eine Extreme hinbewegt.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

- Tageszeitung: TAZ
- Süddeutsche Zeitung: SDZ
- Spiegel online: SO
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: FAZ
- Junge Freiheit: JF

LITERATURVERZEICHNIS

- Ata, Mehmet (2011): „Der Mohammed-Karikaturenstreit in den deutschen und türkischen Medien: Eine vergleichende Diskursanalyse.“ Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Barlai, Melani u.a. (2017): „The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses.“ Münster: LIT Verlag.
- Beck, Jürgen (Hrsg.) (2015): „Exodus Europa. Die Flüchtlingskrise 2015: Daten, Fakten, Hintergründe.“ Altenmünster: Jazzybee Verlag.
- Bertau, Marie - Cecile (1996): „Sprachspiel Metapher.“ Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017): „Das Bundesamt in Zahlen 2016.“ Verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=16 (Stand am 03.01.2022).
- Busse, Dietrich & Wolfgang Teubert (1994): „Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik.“ In Busse u. a. (Hrsg.): „Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik.“ Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Böke Karin, Thomas Niehr (Hrsg.) (2000): „Einwanderungsdiskurs. Vergleichende diskurslinguistische Studie.“ Wiesbaden: © Springer Fachmedien.
- Bönisch, Julia (2006): „Meinungsführer oder Populärmedium? Das journalistische Profil von Spiegel Online.“ Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf.
- Creative Commons Attribution/Share Alike (2021): „Europäische Flüchtlingskrise.“ Verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Fl%C3%BChtlingskrise (Stand am 03.01.2022).
- Creative Commons Namensnennung (2022): „epistemisch.“ Verfügbar unter: <https://de.wiktionary.org/wiki/epistemisch> (Stand am 14.08.2023).
- Der Spiegel (online) (2022): „Datum 27. September 1971 DER SPIEGEL.“ Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/datum-27-september-1971-der-spiegel-a-e478f908-0002-0001-0000-000043078717>

- Freund, Maxi (2015): „Förderung einer nachhaltigen Entwicklung? Konzepte und Medienberichterstattungsformen im europäischen Kontext.“ Berlin: Logos Verlag Berlin GmbH.
- Fritzsche, Christopher (2019): „Geschichtspolitische Debatten in der Jungen Freiheit.“ Hamburg: Marta Press UG.
- Goschler, Juliana (2008): „Metaphern für das Gehirn: Eine kognitiv-linguistische Untersuchung.“ Berlin: Frank & Timme GmbH.
- Haselberger, Stephan (u. A.) (2015): „Innenminister: Wir schaffen es nicht mehr.“ Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-deutschland-innenminister-wir-schaffen-es-nicht-mehr/12311324.html> (Stand am 03.01.2022).
- Hager, Ulrike (2013): „Metaphern in der Wissensvermittlung.“ Hamburg: Diplomica Verlag GmbH.
- Hoesch, Kirsten (2018): „Migration und Integration. Eine Einführung.“ Wiesbaden: Springer VS.
- Hörr, Gudula (2019): „Der Migrationsdruck auf Europa wächst.“ Verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/politik/Der-Migrationsdruck-auf-Europa-waechst-article21123839.html> (Stand am 03.01.2022).
- Jung, Matthias u.a. (2000): „Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse: Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945.“ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Karakayali, Serhat (2018): „The Flüchtlingskrise in Germany: Crisis of the Refugees, by the Refugees, for the Refugees.“ Humboldt University: SAGE.
- Kohl, Katrin (2007): „Metapher.“ Heidelberg: Springer-Verlag GmbH Deutschland.
- Lakoff, George; Mark Johnson (1980): „Metaphors we live by.“ Chicago and London: The University of Chicago Press
- Luft, Stefan (2016): „Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen.“ München: C. H. Beck
- Nafroth, Katja (2002): „Aktuelle Medien- und Kommunikationsforschung.“ Münster - Hamburg - London: LIT Verlag.
- Pielenz, Michael (1993): „Argumentation und Metapher.“ Tübingen: Gunter Narr Verlag
- Rosenberger, Sebastian (2015): „Satirische Sprache und Sprachreflexion: Grimmelshausen im diskursiven Kontext seiner Zeit.“ Berlin: Walter de Gruyter GmbH.
- Schröder, Ulrike (2012): „Kommunikationstheoretische Fragestellungen in der kognitiven Metaphernforschung: eine Betrachtung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.“ Tübingen: Narr Francke Attempo GmbH.
- Schwarz-Friesel, Monika; Jan-Henning Kromminga (Hrsg.) (2014): „Metaphern der Gewalt.“ Tübingen: Narr Francke Attempo Verlag GmbH + Co. KG.
- Stukalenko, Viktoriya (2019): „Seele/Duša als semiotischer Text im Spiegel der russisch-deutschen Übersetzung.“ Berlin: Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur.
- Spieß, Constanze (2011): „Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte.“ Berlin, Boston: De Gruyter.

- Taz Verlags u. Vertriebs GmbH (2021): „Taz INFO.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Info!/p4206/> (Stand am 06.11.2021).

- Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) (2016): „Interaktionstheorien.“ Verfügbar unter: https://lehrerfortbildung-bw.de/u_sprachlit/deutsch/gym/bp2016/fb8/3_modul-3/2_metapher/05_inter/ (Stand am 14.08.2023)

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Übersicht sprachlicher und konzeptueller Metapher 11

QUELLE DER ABBILDUNGEN

- Hager, Ulrike (2013): „*Metaphern in der Wissensvermittlung*“. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH.

GRAFIKVERZEICHNIS

Grafik 1 Die Gliederung der Beispiele 47

KORPUS

- Die *Tageszeitung*:

1. Balmer, Rudolf (2015): „Eine völlig perverse Politik.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Fluechtlinge-am-Eurotunnel!/5216251/> (Stand am 30.10.2021).

2. Leonhard, Ralf (2017): „Null Asyl ist das Ziel.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Fluechtlinge-in-Ungarn!/5386900/> (Stand am 30.10.2021).

3. Maier, Anja (2015): „Merkels Menetekel.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Schaeubles-Lawinen-Satz!/5251044/> (Stand am 30.10.2021).

4. Vogel, Sonja (2018): „Wir dürfen nicht schweigen.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kolumne-German-Angst!/5521312/> (Stand am 30.10.2021).

5. Maier, Anja (2015): „Überforderte Kommunen.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Fluechtlingspolitik!/5220006/> (Stand am 30.10.2021).

6. Rahimi, Mortaza (2016): „Eine Abschiebung ist lebensgefährlich.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Afghanische-Fluechtlinge!/5274966/> (Stand am 30.10.2021).

7. Borse, Eric (2015): „Zu wenig und zu spät.“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Europas-Fluechtlingspolitik!/5232301/> (Stand am 30.10.2021).

8. Werning, Heiko (2015): „Nur gute Miene oder mutige Politik?“ Verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Merkels-Fluechtlingspolitik!/5240407/> (Stand am 30.10.2021).

- *Der Spiegel online:*

1. Maxwill, Peter (2018): „Wir ignoranten.“ Verfügbar unter: <https://bit.ly/43yfibU> (Stand am 30.10.2021).

2. Angeli, Oliviero (2019): „Das Märchen von der Sogwirkung.“ Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/migration-das-maerchen-von-der-sogwirkung-gastbeitrag-a-1283331.html> (Stand am 30.10.2021).

3. Diez, Georg (2018): „Die Toten des Seehofer-Putsches.“ Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/europaeische-fluechtlingspolitik-schutz-der-grenzen-a-1213262.html> (Stand am 30.10.2021).

4. Sonne, Werner (2018): „Ein missratener Vergleich.“ Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ferda-atamans-kritik-an-horst-seehofer-ein-missratener-vergleich-a-1214409.html> (Stand am 30.10.2021).

5. Reißmann, Ole (2017): „In diesem Spiel kämpft Merkel mit der “Flüchtlingswelle” gegen ihre Gegner.“ Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/angela-merkel-kaempft-im-spiel-mit-fluechtlingswelle-gegen-politische-gegner-a-00000000-0003-0001-0000-000001708841> (Stand am 30.10.2021).

- *Die Süddeutsche Zeitung:*

1. Prantl, Heribert (2018): „Sie schaffen das nicht.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-kommentar-1.3999939> (Stand am 30.10.2021).

2. Janker, Karin (2015): „Eskalieren, ohne es zu merken.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/berichterstattung-ueber-fluechtlinge-eskalieren-ohne-es-zu-merken-1.2584188-0> (Stand am 30.10.2021).

3. Prantl, Heribert (2015): „Dublin - Ein bürokratisches Hirngespinnst.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/krisenjahr-2015-flucht-und-terror-sind-geschwister-1.2745447-3> (Stand am 30.10.2021).

4. Hagelüken, Alexander (2019): „Deutschland braucht die Flüchtlinge.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-integration-arbeitsmarkt-1.4587212> (Stand am 30.10.2021).

5. Biazza, Jakob (2018): „Wenn Menschen zur Naturkatastrophe werden.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/framing-check-fluechtlingswelle-wenn-menschen-zur-naturkatastrophe-werden-1.4038753?reduced=true> (Stand am 30.10.2021).

6. Hagelüken, Alexander (2015): „Flüchtlinge - jetzt ist Tempo gefragt.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kommentar-tempo-fuer-fluechtlinge-1.2688045> (Stand am 30.10.2021).

7. Hagelüken, Alexander (2016): „Der Arbeitsmarkt muss sich für Flüchtlinge verändern.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/asylbewerber-der-arbeitsmarkt-muss-sich-fuer-fluechtlinge-veraendern-1.2859191?reduced=true> (Stand am 30.10.2021).

8. Tempel, Florian (2019): „Bessere Konzepte sind gefragt.“ Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/kommentar-bessere-konzepte-sind-gefragt-1.2691174> (Stand am 30.10.2021).

- *Frankfurter Allgemeine Zeitung:*

1. Kohler, Berthold (2016): „Was auf dem Spiel steht.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/die-migrationskrise-offenbart-das-hauptproblem-europas-14031854.html> (Stand am 30.10.2021)

2. Astheimer, Sven (2017): „Der große Flüchtlingsirrtum.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fluechtlinge-erzeugen-kein-neues-wirtschaftswunder-15209890.html> (Stand am 30.10.2021).

3. Frankenberger, Klaus-Dieter (2015): „Der Strom reist nicht ab.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlinge-der-strom-reisst-nicht-ab-13873036.html> (Stand am 30.10.2021).

4. Schröder, Richard (2016): „Was wir Migranten schulden - und was nicht.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/fluechtlingskrise-was-wir-migranten-schulden-und-was-nicht-14387586.html> (Stand am 30.10.2021).

5. Von Altenbockum, Jasper (2015): „Scherbenhaufen der Asylpolitik.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-von-jasper-von-altenbockum-zum-fluechtlingsstrom-13768775.html> (Stand am 30.10.2021).

6. Von Altenbockum, Jasper (2015): „Merkels fatale Signale.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/kommentar-die-signale-der-bundesregierung-sind-fatal-13875896.html> (Stand am 30.10.2021).

7. Von Petersdorff, Winand (2015): „Lügen in Zeiten der Migration.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/fluechtlingskrise-luegen-in-zeiten-der-migration-13849864.html> (Stand am 30.10.2021).

8. Müller, Reinhard (2015): „Nicht für jeden offen.“ Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-von-reinhard-mueller-zur-einwanderung-13718799.html> (Stand am 30.10.2021).

- *Junge Freizeit:*

1. Paulwitz, Michael (2017): „Vor dem nächsten Ansturm.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/vor-dem-naechsten-ansturm/> (Stand am 30.10.2021).
2. Paulwitz, Michael (2016): „Asylansturm als Einstiegsdroge.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
3. Stein, Dieter (2015): „Die Logik des Terrors.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2015/die-logik-des-terrors/> (Stand am 30.10.2021).
4. Paulwitz, Michael (2017): „Nur eine Atempause.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/nur-eine-atempause/> (Stand am 30.10.2021).
5. Lehmann, Felix (2015): „Die Angst vor dem Skandal.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
6. Heckman, Elena (2015): „Nicht so realitätsfern.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
7. Paulwitz, Michael (2015): „Die Politik versagt.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
8. Paulwitz, Michael (2018): „Fahrlässig herbeigeführt.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/fahrlaessig-herbeigefuehrt/> (Stand am 30.10.2021).
9. Paulwitz, Michael (2018): „Geltendes Recht durchsetzen.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/geltendes-recht-durchsetzen/> (Stand am 30.10.2021).
10. Behrens, Bastian (2017): „Europa schafft sich ab!“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
11. Kuntze, Peter (2015): „Völlig losgelöst.“ Verfügbar unter: <https://www.jf-archiv.de/archiv15/201538091154.htm> (Stand am 30.10.2021).
12. Paulwitz, Michael (2017): „Dreiste Mogelpackung.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2017/dreiste-mogelpackung/> (Stand am 30.10.2021).
13. Rosen, Paul (2016): „Trügerische Ruhe.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
14. Kaufmann, Wolfgang (2015): „Lob der Grenze.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
15. Hinz, Thorsten (2015): „Kritik wird erdrosselt.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2015/kritik-wird-erdrosselt/> (Stand am 30.10.2021).
16. Michiels, Hoger (2015): „Wir müssen handeln.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
17. Stein, Dieter (2015): „Flüchtling als Waffe.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/streiflicht/2015/fluechtlinge-als-waffe/> (Stand am 30.10.2021).
18. Schumacher, Björn (2016): „Antworten der Philosophen.“ Verfügbar unter: <https://jungefreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).

19. Paulwitz, Michael (2017): „Vertragter Ansturm.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2017/vertragter-ansturm/> (Stand am 30.10.2021).
20. Harms, Björn (2019): „Der Blick aufs Wirkliche.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
21. Möller, Peter (2019): „Der Druck steigt.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
22. Fischer, Jörg (2017): „Lieber eine neue Migrationswelle als eine mickrige Mindestrente? Herzloser Kleingeist.“ Verfügbar unter: <https://www.jf-archiv.de/archiv17/201751121535.htm> (Stand am 30.10.2021).
23. Hinz, Thorsten (2017): „Symbol der Dysfunktion.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
24. Schreiber, Christian (2018): „Deutschsprachige gesucht.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
25. Krautkrämer, Felix (2016): „Eine Prognose ist nicht möglich.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2016/eine-prognose-ist-nicht-moeglich/> (Stand am 30.10.2021).
26. Krautkrämer, Felix (2016): „Merkel sind die Folgen ihrer Politik völlig egal.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2016/merkel-sind-die-folgen-ihrer-politik-voellig-egal/> (Stand am 30.10.2021).
27. Rosen, Paul (2016): „Wiener Wende.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
28. Paulwitz, Michael (2016): „Ein Jahr Willkommensputsch.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
29. Stein, Dieter (2016): „Kontrollverlust eines Staates.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/debatte/streiflicht/2016/kontrollverlust-eines-staates/> (Stand am 30.10.2021).
30. Hinz, Thorsten (2018): „Die Mauer neu denken.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/kultur/gesellschaft/2018/mauer-neu-denken/> (Stand am 30.10.2021).
31. Zoellner, Mac (2017): „Es fängt gerade erst an und wird viel schlimmer werden.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
32. Paulwitz, Michael (2017): „Der Rechtsstaat versagt.“ Verfügbar unter: <https://jungfreiheit.de/archiv/> (Stand am 30.10.2021).
33. Kuntze, Peter (2017): „Linksausleger des Zeitgeistes.“ Verfügbar unter: <https://jf-archiv.de/archiv17/201743102058.htm> (Stand am 30.10.2021).

ANHANG

Texte des Korpus: Ganze Artikel aus den fünf Zeitungen: *TAZ*, *SO*, *SDZ*, *FAZ* und *JF*.

- Die Tageszeitung

1. Balmer, Rudolf (2015): „Eine völlig perverse Politik.“

In Europa wird viel von Menschenwürde gesprochen und Asyl nur unter Lebensgefahr gewährt. Für diese Politik ist Calais das traurige Symbol. Großbritannien und Frankreich investieren ein paar zusätzliche Millionen in die verstärkte Sicherung der Zugänge zum Eurotunnel unter dem Ärmelkanal. Auf beiden Seiten weiß man, dass auch das die Migranten keineswegs vom Versuch einer illegalen Überquerung abhalten wird. Und wie seit Jahren werden es einige früher oder später auch nach Großbritannien schaffen. Nur: Das Risiko steigt fast proportional zur Höhe der Zäune und Mauern, die die Anlegestellen für die Fähren sowie die Tunneleinfahrt umgeben. Die Migranten sind, und das ist noch vorsichtig ausgedrückt, nicht willkommen. Großbritannien verlangt von Frankreich, alles zu tun, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen. Umgekehrt wäre es Frankreich recht, wenn die Briten mehr unternähmen, um für die Menschen aus den Krisengebieten und Elendsvierteln der Welt weniger attraktiv zu sein. Zudem setzen fremdenfeindliche Populisten auf beiden Seiten die Behörden politisch unter Druck. Der Zynismus an beiden Ufern des Ärmelkanals erreicht nun einen neuen Höhepunkt. Offiziell machen französische Polizisten Jagd auf die Flüchtlinge, die versuchen, den Ärmelkanal als blinde Passagiere zu überqueren. Den Behörden bleibt nichts anderes übrig, als ein Flüchtlingslager mit rund 3.000 Menschen in der Nähe der Stadt Calais und nur ein paar hundert Meter vom Eurotunnel entfernt zu dulden. Die Briten protestieren zwar gegen den zunehmenden Ansturm von Flüchtlingen, doch ihre Wirtschaft profitiert schamlos von den billigen Schwarzarbeitern und der Selektion am Kanal: denn nur den Besten und Stärksten gelingt die illegale Einreise. Das Nadelöhr von Calais wird damit zum Symbol einer völlig perversen Flüchtlingspolitik in Europa, wo viel von Menschenwürde gesprochen wird, während die Betroffenen ihr Leben riskieren – für ein Asylrecht, das alle europäischen Länder eigentlich gesetzlich garantieren.

2. Leonhard, Ralf (2017): „Null Asyl ist das Ziel.“

Ungarn wird künftig Asylbewerber internieren. Schon bald könnte das zum Standard im Umgang mit Flüchtlingen in Europa werden. Ungarn wird also künftig sich um Asyl-Bewerbende ganz legal einsperren. „Nach außen hin offen“, wie es heißt, werden die Lager für die Internierten sein. Also Richtung Serbien, von wo sie auf ihrer langen Reise gekommen sind. Ein mit allem technologischen Klimagesetz ausgestatteter Zaun soll den bisherigen eisernen Vorhang nach Süden verstärken. Null Asyl ist das Ziel. Schon vor bald zwei Jahren hatte Ungarn mit dem Bau des ersten Zaunes Erstaunen bis Empörung bei europäischen Partnern provoziert. Kein anderes Land bereitete sich mit derart drastischen Methoden auf einen Ansturm unerwünschter Fremder aus Nahost und Afghanistan vor. Flüchtlinge, die es ins Land geschafft hatten, blieben größtenteils unversorgt. Die katastrophalen Zustände auf dem Westbahnhof von Budapest, wo Tausende vergeblich auf die Erlaubnis zur Weiterreise warteten, erzwangen dann den kurzen Sommer der Willkommenskultur in Österreich und Deutschland. Als der Strom dann nicht abreißen wollte, wurde auch in diesen Ländern schnell nachgerüstet. Verschämt erfand man harmlose Namen für neue Grenzbefestigungen. Selbst Angela Merkel, soll ja, wie jetzt bekannt wurde, mit dem Bau eines Zauns zu Österreich kokettiert haben. In Österreich und Bayern versuchen einander inzwischen die politischen Entscheidungsträger mit immer neuen Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge zu übertreffen: Obergrenzen, Streichen der Grundversorgung, Abschiebung in Kriegsgebiete. Heute macht man sich noch lustig über den zweiten ungarischen Zaun, und der eine oder andere kritisiert die Internierung von Asylsuchenden. Doch es bedarf keiner großen hellseherischen Fähigkeiten, um vorzusagen, dass das in Bälde in Europa Standard sein wird. Ungarn mit seiner geradezu paranoiden Abwehr von Fremdlingen ohne Kaufkraft ist den Nachbarn immer ein oder zwei Schritte voraus. Bald werden die anderen Länder folgen.

3. Maier, Anja (2015): „Merkels Menetekel.“

Die Wortwahl Wolfgang Schäubles ist mehr als eine sprachliche Fühllosigkeit. Mit ihr rückt er deutlich hörbar von der Kanzlerin ab. Monatelang war Wolfgang Schäuble der Mann weniger Worte an Angela Merkels Seite. Brav hatte der Bundesfinanzminister gegen seine eigene Überzeugung die Milliarden für Griechenland durchgeboxt. Und als wegen des Flüchtlingszuzugs die Frage aufkam, wie das alles bezahlt werden sollte, beschwichtigte er, am Geld werde die Sache jedenfalls nicht scheitern. Doch jetzt scheitert „die Sache“ möglicherweise an Schäuble selbst. Aus Merkels Mann ist binnen weniger Wochen Merkels Menetekel geworden. Gerade hat der einflussreiche Unions-Politiker die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge als „Lawine“ bezeichnet. Ausgelöst würden Lawinen bekanntlich, „wenn irgendein etwas unvorsichtiger Skifahrer an den Hang geht und ein bisschen Schnee bewegt“. Es war deutlich, dass mit diesem Skifahrer niemand anderes als die Kanzlerin gemeint sein konnte. Man könnte dieses Bild einordnen in die Reihe jener sprachlichen Fühllosigkeiten, die in diesen Monaten durch die Berichterstattung geistern. Wo im Zusammenhang mit Menschen auf der Flucht von Wellen, Fluten und Strömen gesprochen wird, da ist die Lawine nicht weit. Die neue deutsche Härte findet ihren Ausdruck natürlich auch in instinktlosen Sprachbildern. Aber in diesem Konzert der Zweifler, Nörgler, Entmutiger ist Wolfgang Schäuble eine besonders wichtige Stimme. Merkels loyaler Kassenverwalter rückt deutlich hörbar von der Chefin ab. Erst Ende Oktober hatte er vor derversammelten Unions-Fraktion erklärt, die Stimmung an der Basis sei „dramatisch“ schlecht. Am Sonntag stellte er sich vor Innenminister Thomas de Maizière, der den Schutzstatus syrischer Flüchtlinge zur Disposition gestellt hatte. Er, Schäuble, halte das „für eine notwendige Entscheidung“. Deutschlands Aufnahmekapazität sei „nicht unbegrenzt“. Unbegrenzt, das ist sprachlich ganz nah an der Obergrenze, jenem Wort, das Merkel sich beharrlich weigert, in den Mund zu nehmen.

Schlacht der Wörter

Die erbittert ausgetragene Schlacht der Wörter zeigt überdeutlich, wie unerfahren die CDU in der Kunst des Streitens ist. In einer Partei, in der bis vor kurzem schon das Heben einer Augenbraue der Vorsitzenden als Zeichen äußerster Verstimmung interpretiert wurde, scheut man die offene Auseinandersetzung. Bis jetzt mag das funktioniert haben. Eine 43-Prozent-Partei konnte sich Kritik verbitten. Doch nun, da täglich tausende Flüchtlinge ins Land kommen, funktioniert das nicht mehr. Die CDU braucht eine, auch öffentliche Selbstverständigung über ihre Prinzipien, über das C im Parteinamen. Dass sie das ausgerechnet übt, wenn es um Notleidende geht, ist tragisch. Tragisch für die Flüchtlinge.

4. Vogel, Sonja (2018): „Wir dürfen nicht schweigen.“

Ungleiche Privilegien, Faschismus überall, Massensterben im Meer – es verschlägt einem die Sprache. Genau das können wir uns aber nicht leisten. Zum ersten Mal, seit ich diese Kolumne schreibe, fehlen mir die Worte. Wie soll man schreiben über etwas, das viel monströser ist, als Worte es fassen können: das Massensterben im Mittelmeer, die Ungleichheit von Ressourcen und Privilegien, faschistische Tendenzen überall. Und in Deutschland? Von neuen Nazis aufgesetzte Feindeslisten mit tausenden Namen, Anfragen zur Registrierung von Sinti und Roma im Parlament, „Absaufen, absaufen!“-Chöre auf den Straßen – und die Helfer des NSU werden mit einem beschämenden Nichts an „Strafe“ rehabilitiert. Das alles ist so beschämend. Was ist noch zu sagen, wenn es nun radikal bis anstößig ist, auf das Grundgesetz zu verweisen. Vor nicht allzu langer Zeit hätte ich nicht gedacht, dass dies einmal mein Maß sein könnte: der Erhalt des Status quo. Wer hätte gedacht, dass Linke einmal MinisterInnen an ihr Commitment erinnern. So etwas wie: Menschen an der Grenze abweisen ohne Prüfung auf das Recht auf Asyl – illegal; oder: Nichtdeutsche abschieben wollen, weil sie nicht deutsch sind – illegal. Die Festung Europa ist keine Metapher mehr. Europa ist eine Festung. Alles muss reingehalten und eingehegt werden, mit Mauern und Zäunen. Zur dieser brutalen Verkleinerung der Welt gehört die brutalere Erweiterung des Vorstellbaren, um das Eigene zu schützen – und koste es das Leben Zehntausender.

Eine Armee der Habenichtse

Und da ist er wieder, jener immer bedrohte, fragile faschistoide Volkskörper. Die Fluten und Ströme, die heute Nation und männliche Identität gefährden, heißen Einwanderungsflut und Migrationsstrom, Invasion der Flüchtlinge und, imaginiert als eine Armee der Habenichtse: Soldaten ohne Uniform. Zuerst nehmen sie die Grenzen, dann unsere Smartphones, ALG II, Jobs, unsere Frauen. – Und was bitte bleibt für die Deutschen? German Angst überall. Feinde, Täter und Eindringlinge in Massen: vor Europa, in Europa. In der Schule. In der Regierung. Da hilft nur ein Theweleit'scher Kollektivpanzer. Eine Festung Nationalstaat. Nur: Die Geschichte der Migration kann genauso wenig rückgängig gemacht werden wie die der Einwanderung nach Deutschland. Die Radikalisierung im Sinne des Einteilens der Menschen, deren Recht auf Leben manschützt, und jenen, deren Rechte und Lebennichts mehr wert sind sobald sie sich in Bewegung gesetzt haben, der Rückzug in das eigene Fort, in des hat längst die politische Mitte erreicht. Und was nützt da ein Verfassungsschutzbericht, der einen wichtigen Teil des rechten Extremismus außen vor lässt? Nämlich den Extremismus der Mitte. Den der Straße, der Parlamente, der Worte. Dafür steht symptomatisch, dass sich die Rechte so gern zu Unrecht „in die rechte Ecke gestellt“ fühlt, ist für sie doch die Mitte längst dort, wo sie selbst sind. Und leider stimmt genau das seit einiger Zeit. Wort- und Handlungslosigkeit kann man sich da nicht mehr leisten.

5. Maier, Anja (2015): „Überforderte Kommunen.“

Die Bundespolitik hat zu lange ignoriert, dass die Folgen der Kriege und Krisen auch etwas mit Deutschland zu tun haben. Sie „strömen“ herbei. So viele sind sie, dass das Land unter ihnen „ächzt“. Sie „schwimmen“ ins Land, sie „überrennen“ es. Schon bilden sie eine „Welle“. Die Politik reagiert auf sie mit Taskforces und „Rückführungszentren“. Schon ein oberflächlicher Blick auf die Wortwahl in Bezug auf die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge offenbart die geradezu paranoide Angst des deutschen Bürgers und seiner politischen Vertreter vor dem Unbekannten. Dem nicht Geplanten. Denn derlei kennt man hier nicht. Jedes Kreissportfest ist besser organisiert als jenes Desaster, das sich in diesen Wochen vor den Augen der interessierten Öffentlichkeit ereignet: Zeltstädte stehen in sengender Sonne, darin hausen Menschen ohne Privatsphäre bei minimaler hygienischer und medizinischer Versorgung, sie sind verdammt zum Warten. Auf dass die deutsche Bürokratie sich ihres Schicksals annehme. Und diese Bürokratie scheitert gerade großflächig daran, Flüchtlinge angemessen unterzubringen. Aber was ist in der jetzigen Situation schon angemessen?

Der Winter kommt

Selbstverständlich wäre es für die meisten wünschenswert, wenn alles wie in den zurückliegenden Jahren klappen würde. Störungsfrei und unsichtbar. Die Ankömmlinge würden in Unterkünten dem öffentlichen Blick entzogen. Sie bezögen Zimmer statt Zelte. Sie benutzten Waschräume statt Duschcontainer. Sie kochten ihr Essen selbst, statt Kantinenessen aufgekegelt zu bekommen. Sie redeten mit Sozialarbeitern, statt Nummern zu ziehen. Aber so läuft es eben gerade nicht. Stattdessen sehen wir immer mehr Zeltstädte auf deutschen Kasernenhöfen entstehen. Die Angst, dass sie zu Dauereinrichtungen werden könnten, scheint nicht unberechtigt. 45.000 Erstaufnahmeplätze gibt es derzeit im gesamten Bundesgebiet. Aber allein im Juni wurden 33.000 Anträge auf Asyl gestellt. Die Zahlen des Bundesinnenministers lassen Schlimmes für den bevorstehenden Herbst, gar den Winter befürchten. Dennoch ist es wohlfeil, jetzt mit dem Finger auf die Kreise und Kommunen zu zeigen, ihnen gar die Absicht zu unterstellen, Flüchtlinge planvoll menschenunwürdig zu behandeln. Quasi eine abschreckende Bilderpolitik zu betreiben. Wer so denkt, glaubt offenbar an einen omnipotenten Staat, der in der Hinterhand eine Art Reserve-Infrastruktur bereithält. Einen Staat mithin, der alles regelt.

Fieberhafte Arbeit

Dabei zeigen die Missstände bei der Unterbringung der Flüchtlinge wiederum deutlich, was Fremdenfeinde so gern anzweifeln: Deutschland hat ein Fachkräfteproblem. Dieses wirtschaftlich starke Land fährt seine Verwaltungsebene Langem auf Verschleiß, das wird dieser Tage offenbar. Den Machern vor Ort Kalttherzigkeit zu unterstellen stärkt nur die Argumentation jener, die meinen, den Flüchtlingen mit den Smartphones gehe es hier eh schon viel zu gut. In den Stadt- und Kreisverwaltungen arbeiten Menschen fieberhaft für Menschen. Dass sie jetzt den Mangel zu verwalten haben, ist nicht ihre Schuld. Eher schon muss man der Bundespolitik vorhalten, viel zu lange ignoriert zu haben, dass Kriege und Krisen auch etwas mit diesem Land zu tun haben werden. Dass deutscher Waffenhandel und globale Rohstoffausbeutung durch deutsche Unternehmen das Leben von Menschen vor Ort konkret betreffen. Dass die Opfer globaler Auseinandersetzungen selbstverständlich auch bis nach Deutschland kommen, weiß man in Berlin seit Langem. Sich auf vielmehr Flüchtlinge, auf Menschen in Not logistisch und haushalterisch vorzubereiten, hätte jedoch das Bekenntnis vorausgesetzt, dass dieses Land auch bereit ist, die Ursachen der Flucht zu bekämpfen. Aber das hätte ja zur Folge, dass wir unser Leben ändern müssten. Ruhe im Lande – diese innenpolitische Denkfigur scheitert gerade sichtbar und spürbar. Ausbaden müssen das die Flüchtlinge.

6. Rahimi, Mortaza (2016): „Eine Abschiebung ist lebensgefährlich.“

Die Forderung des Innenministers, Afghanistan möge Asylsuchende zurücknehmen, ist absurd. Es gibt nur eine Fluchtursache: mangelnde Sicherheit. Trotz der chaotischen Zustände in Afghanistan versucht die Bundesregierung alles, um afghanische Flüchtlinge abzuschicken. Nur aus diesem Grund ist Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nach Afghanistan gereist. Er will Kabul dazu bewegen, die Asylsuchenden zurückzunehmen. Berlin will den rückkehrwilligen Afghanen sogar eine finanzielle Starthilfe mit auf den Weg geben. Das klingt erst einmal gut, ist aber tatsächlich absurd, weil afghanische Flüchtlinge nicht wegen des Geldes oder aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen haben. Die tatsächliche Ursache der Flucht ist die unzumutbare Sicherheitslage und die Instabilität in Afghanistan. Die Zahlen sprechen für sich: Nach der Vertreibung der Taliban kamen in 2002 nicht weniger als 1,5 Millionen Afghanen aus den Nachbarländern Pakistan und Iran in ihre Heimat zurück. Dies zeigt die große Hoffnung auf ein friedliches Leben im eigenen Land. Diese Hoffnung dauerte jedoch nicht lange. Eine schwache Regierung, grassierende Korruption, immer mehr Gewalt und Fanatismus am Hindukusch ließen den Traum von Frieden und Entwicklung platzen. Nach 2002 sind in jedem Jahr weniger Flüchtlinge zurückgekehrt. In 2010 waren es nur noch 30.000 Menschen, obwohl allein im armen und ebenfalls nicht sehr stabilen Pakistan noch immer zwei Millionen Afghanen leben. Seit 2014 ist die Zahl derer, die Afghanistan in Richtung Nachbarländer verlassen wieder größer als die Zahl derer, die heimkehren. Um es ganz klar zu sagen: Der lange Versuch des Westens, in Afghanistan Stabilität zu schaffen, ist gescheitert. Das Land ist politisch gespalten. Die Regierung kontrolliert lediglich 72 Prozent des afghanischen Territoriums, heißt es in einem Bericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans. Allerdings: Selbst diese 72 Prozent sind alles andere als sicher, denn hier terrorisieren die Taliban und inzwischen fast überall auch der sogenannte Islamische Staat (IS) die Bevölkerung fast täglich mit Anschlägen. Die Menschen sind derzeit fest davon überzeugt, dass ein Ende des Kriegszustands nicht in Sicht ist. Mehr als eine Million Afghanen sind in den vergangenen vier Jahrzehnten bereits gestorben. Viele Menschen befürchten nun nach dem Abzug der westlichen Truppen nicht nur einen Bürgerkrieg, sondern dass die Taliban wieder an die Macht kommen. Gleichzeitig erhebt auch der IS Machtansprüche – in Konkurrenz zu den Taliban. Die Gefahr hat sich verdoppelt. Ohne ausländische Truppen in großer Zahl ist es nicht möglich, die Extremisten aufzuhalten. Nur wenn es gelingt, in Afghanistan Sicherheit und Zukunftsperspektiven zu schaffen, kann man den Zustrom der Flüchtlinge verringern.

7. Borse, Eric (2015): „Zu wenig und zu spät.“

Nach langem Gezerre haben sich Europas Innenminister auf eine Verteilung der Flüchtlinge geeinigt. Das erklärte Ziel bleibt aber die Abschottung. Na also, geht doch! Nach wochenlangem Gezerre haben die EU-Innenminister doch noch die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen geregelt. Im ersten Versuch waren sie kläglich gescheitert, im zweiten wurden die Hardliner aus Osteuropa kurzerhand überstimmt. Sogar Ungarns Rechtsausleger Viktor Orban muss nun mitmachen und Flüchtlinge aufnehmen - Brüssel hat ihm genau 1294 Hilfsbedürftige zugeteilt. Doch rechte Freude will über diese erzwungene Solidarität nicht aufkommen. Denn zum einen wird der Beschluss tiefe Narben hinterlassen. Der Konsens ist futsch, mehrere EU-Staaten in Mitteleuropa und auf dem Balkan stehen sich nun feindselig gegenüber. Das ist nicht nur die Schuld von Brüssel, sondern auch von Berlin, das die Krise mit seinen Alleingängen - erst die Öffnung, dann der Rückwärtsgang - massiv verschärft hat. Zum anderen haben Orban und seine Freunde ihre wichtigsten Ziele schon erreicht. Nach dem unwürdigen und teilweise unmenschlichen „Empfang“ in Ungarn wird kein Flüchtling mehr freiwillig in Südosteuropa bleiben. Die Abschreckung wirkt, auch über Ungarns Grenzen hinaus. Mit der neuen Mauer hat Orban zudem die „Festung Europa“ an einer neuralgischen Stelle ausgebaut und befestigt. Die CSU klatscht Beifall - ein Trauerspiel.

Pufferzone Griechenland und Italien

Damit nicht genug: Beim Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am Mittwoch Abend sollen die Hardliner noch mehr Satisfaktion bekommen. Dann stehen ihre Lieblingsthemen auf der Agenda: die Aufrüstung der umstrittenen EU-Grenzschutzagentur Frontex, die Einrichtung von „Hot spots“ zur Erfassung und Abschiebung von Flüchtlingen und die außenpolitische Mobilisierung an allen Fronten - von Libyen über Syrien bis in die Türkei. Das erklärte Ziel der EU ist es, die Reihen fest zu schließen und den Zustrom nach Europa wieder zu begrenzen. Das unerklärte Ziel ist es, Deutschland wieder mit einem Ring „sicherer“ Staaten zu umgeben und so die Zuwanderung zu stoppen. Schon jetzt dient der Balkan als Wartesaal, und Österreich als Verschiebebahnhof. Künftig sollen Italien und Griechenland zu Pufferzonen werden, die Deutschland abschotten. Von der Reform der kläglich gescheiterten Dublin-III-Verordnung, die die Asylpolitik regelt, ist in Brüssel schon keine Rede mehr. Auch die Schaffung sicherer legaler Fluchtwege, wie sie die Uno fordert, ist kein Thema. Letztlich handelt die EU genau wie in der Eurokrise: „Too little, too late“ - zu spät und zu halbherzig. Derweil schaffen Orban und seine Komplizen in München und Brüssel Fakten.

8. Werning, Heiko (2015): „Nur gute Miene oder mutige Politik?“

Christliche Nächstenliebe – oder verlogene Gesten? Merkels Flüchtlingspolitik wird von zwei taz-Autoren sehr unterschiedlich beurteilt.

Nur ein freundliches Gesicht

Na toll, ihr besorgten Bürger! So weit habt ihr es schon gebracht mit eurer paranoiden Überfremdungsfurcht, eurer Pöbelei vor Flüchtlingsheimen und euren Facebook-Hetzbildchen. Dass einem allmählich schon Leute wie Til Schweiger sympathisch werden. Oder Angela Merkel. Ein Herz für die Kanzlerin? Da gehen doch endgültig alle unsere abendländischen Werte und Traditionen verloren! Selbstverständlich wirkt Merkel wie eine Ausgeburt an Warmherzigkeit und Rationalität, wenn man sie neben Finsterlinge wie Markus Söder oder Frauke Petry stellt. In einem tiefen Kellerloch erscheint eben auch die trübste Funzel noch als strahlendes Licht. Aber deswegen die Kanzlerin gleich zur Vorkämpferin für Humanität verklären? Nur weil sie nicht mitmacht beim Volkssturmsport Flüchtlingsbashing? Weil sie intellektuell entkernte Plattitüde „Wir schaffen das“ gesagt hat? Wenn sie sich dafür entschuldigen müsse, den Flüchtlingen ein freundliches Gesicht zu zeigen, dann sei das nicht ihr Land, hat Merkel gesagt, und dafür wird sie nun also als Lichtgestalt gefeiert. Aber wie sieht es denn aus, dieses freundliche Gesicht Deutschlands, das die Flüchtlinge so gütig anstrahlt? Mit genau diesem Gesicht exportiert Deutschland die Waffen in alle Welt, mit denen die Häuser der späteren Flüchtlinge in Schutt und Asche geschossen werden. Dieses Gesicht lächelt gewinnend bei jedem

Geschäftsabschluss mit arabischen Despoten, die später zur Wahrung ihrer Machtinteressen genau jene islamistischen Terroristen nähren, vor denen die Menschen dann fliehen. Es wirkt auch sehr warmerzig bei Vertragsabschlüssen für Handelsabkommen, die wirtschaftliche Strukturen in den Herkunftsländern so zu zerstören, dass es Menschen als attraktivere Alternative erscheint, ihre Heimat zu verlassen und durch die Wüste in Richtung Europa zu irren. Vielleicht ein bisschen ernst, aber ganz sicher nicht unfreundlich schaute das Gesicht drein, als beschlossen wurde, die Außengrenzen der EU so abzuschotten, dass jeder Versuch, das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Asyl in Anspruch zu nehmen, zum lebensgefährlichen Himmelfahrtskommando wurde. Nachdem zuvor freundlich lächelnd schon praktisch jede Möglichkeit, legal in Deutschland Asyl zu suchen, abgeschafft worden war. Ein freundliches Gesicht schließlich, das ein ohnehin absurd unzureichendes Rettungsprogramm wie „Mare Nostrum“ ersetzt hat gegen eine nur als vorsätzliches Absaufenlassen zu begreifende Abschreckungsmaßnahme wie „Triton“. Kurz: Das Gesicht Deutschlands ist so freundlich wie das eines Mafioso, der einem erst zwischen die Beine tritt, um einem dann lächelnd die Hand zum Aufstehen zu reichen. Und Angela Merkel ist sozusagen die Patin. Angesichts dessen ist die Idee, der Kanzlerin nun den Friedensnobelpreis zu verleihen, ganz zauberhaft. Da könnte man ihn ja gleich an Politiker geben, die Krankenhäuser in Krisengebieten bombardieren lassen. In diesem Sinne wäre ein solcher Schritt durchaus konsequent. Aber nur, wenn die Auszeichnung dann gerecht verteilt und neben Merkel zumindest auch noch, sagen wir, Putin und Erdoğan bedacht werden. Die freundlichen Gesichter unserer Welt eben.

Anwältin der Nächstenliebe

Angela Merkel hat ein Machtwort gesprochen. Nicht im Basta-Stil wie ihr Vorgänger Gerhard Schröder. Aber sie hat sich in eine TV-Talkshow begeben, um sich gegen Kritik gerade aus den eigenen Reihen zu verteidigen. Und sie hat die Verantwortung für die Flüchtlingspolitik ihrem Innenminister de Maizière entzogen, der zuletzt wirkte, als sei er von der CSU ferngesteuert. Damit hat sie, wie einst Schröder, ihr politisches Schicksal an eine Agendageknüpft. Scheitert ihre Flüchtlingspolitik, scheitert Merkel. Ihr Auftritt bei „Anne Will“ dürfte ihre Gegner kaum besänftigt haben. Unbeirrt hielt sie an ihrem „Wir schaffen das“-Credo fest und bekannte sich zu einer vergleichsweise humanen Flüchtlingspolitik. Es habe keinen Sinn zuversprechen, der Treck nach Europa ließe sich stoppen, wandte sie sich an die Adresse von Horst Seehofer. Und den Vorwurf, sie habe Syrer quasi nach Deutschland eingeladen, konterte sie salopp: „Glauben Sie, dass Flüchtlinge ihr Land verlassen wegen eines Selfies mit der Kanzlerin?“ Merkel geht ein beachtliches Risiko ein: Es ist nicht ausgemacht, dass die Mehrheit der Deutschen sich nicht doch überfordert fühlt, sollte die Zahl der Flüchtlinge weiter anschwellen. Schon jetzt ist ihre Beliebtheit in Umfragen gesunken, und es knarzt kräftig im Gebälk der Union. Merkel kann derzeit mehr auf die SPD bauen als auf ihre eigene Partei. Sie weiß aber, dass es derzeit in der CDU keine personelle Alternative gibt, die ihr gefährlich werden könnte. Klar, Merkel wird dadurch noch lange keine Linke. Eher verteidigt die Pastorentochter das Prinzip der christlichen Nächstenliebe gegen jene, die ihre Vorstellung eines christlich geprägten Abendlands auf Abschottungsfantasien gründen. Aber klar auch, dass das manche Linke verwirrt: Muss man Merkel jetzt gut finden? Einguter Typ, nur leider in der falschen Partei – dieses zweischneidige Kompliment ist schon vielen großen Kanzlern gemacht worden. Dabei ist Merkel nie für einen „ungesteuerten Zustrom“ eingetreten, wie ihr Kritiker von rechts unterstellen. Sie ist für raschere Abschiebungen, eine stärkere Abschottung der EU-Außengrenzen und will mehr Geld für die Flüchtlingscamps in der Türkei, damit weniger Menschen von dort nach Europa wollen. Aber sie wolle „nicht in einen Wettbewerb eintreten, wer Flüchtlingen das unfreundlichste Gesicht zeigt“, sagte sie bei „Anne Will“. Es wird sich zeigen, ob sie dieses Versprechen halten kann. Wenn es nach manchen in der Union geht, sollten Flüchtlinge an den deutschen Grenzengleich wieder zurückgeschickt werden. Und Merkels Parteifreunde in den Bundesländern, in denen im nächsten Jahr Landtagswahlen anstehen, schlagen ganz andere Töne an: Julia Klöckner will Imame zum Händeschütteln zwingen. Und Thomas Strobl tönt, in Deutschland herrsche nicht das Gesetz des

Propheten. Ob das reichen wird, die „besorgten Bürger“ bei der Stange zu halten, die sich vor zu viel Flüchtlingen fürchten? Die Alternative für Deutschland steht schon bereit, die Unzufriedenen einzusammeln, die sich von der Merkel-CDU nicht mehr vertreten fühlen. Sie könnte damit in den nächsten Bundestag einziehen. Diese Konsequenz ihrer Richtungsentscheidung hat Merkel offenbar eingepreist.

- Der Spiegel online

1. Maxwill, Peter (2018): „Wir ignoranten.“

Keine Lust, noch einen moralisierenden Text über Flüchtlinge zu lesen? Genau das ist das Problem. Sind an der Schiefelage der Debatte also die Politiker schuld, die sie mit taktischen Manövern und rhetorischen Finten verzerrt haben? Oder liegt es an den Medien, die sich von diesem Schauspiel haben blenden lassen und kaum noch über das Leid der Migranten berichten? Wohl kaum: Dass sich die wahre Asylkrise nicht an drei Grenzübergängen in Bayern abspielt, dürfte jeder halbwegs mündige Bürger wissen. Was fehlt, ist ein kollektiver Aufschrei, eine empörte Gegenreaktion. Natürlich gibt es diesen Abstumpfungseffekt auch in anderen Fällen: die vielen Toten im mexikanischen Drogenkrieg, bei Massenprotesten in Nicaragua, bei Terroranschlägen in Mogadischu oder Kabul. Der entscheidende Unterschied aber ist: Die Toten im Mittelmeer haben sehr unmittelbar etwas mit uns zu tun. Weil wir durch den Zufall der Geburt jene Sicherheit und jenen Wohlstand genießen, nach denen auch viele andere streben. Und weil wir die Parteien gewählt haben, die jetzt in unserem Namen auf Abschottung setzen. Im äußersten Norden von Thailand, nahe der Provinzhauptstadt Chiang Rai, liegt eine Höhle namens Tham Luang-Khun Nam Nang Non. Bekannt ist sie, weil dort zwölf Jugendliche mit ihrem Fußballtrainer eingeschlossen sind. Das Schicksal der kleinen Gruppe bewegt weltweit Millionen Menschen. Im äußersten Süden des Mittelmeers, nahe der libyschen Küste, treiben Dutzende Leichen im Wasser. Ein Boot mit etwa hundert Migranten war dort vor einigen Tagen gekentert, die Marine rettete nur wenige Überlebende. Bewegt das Schicksal dieser großen Gruppe Millionen Menschen? Zu merken ist davon wenig. Selbstverständlich spricht nichts gegen Mitgefühl für in Not geratene Jugendliche. Migranten hingegen treten als Menschen kaum noch in Erscheinung. Es gibt zwar regelmäßig Berichte über bedrückende Einzelschicksale, aber in der politischen Öffentlichkeit sind sie weitgehend zur amorphen Humanmasse verkommen: zu „Flüchtlingswellen“, die gegen die empfindlichen Gestade der „Festung Europa“ branden – und deren aggressiven „Asyltourismus“ in „Ankerzentren“ ausgebremst werden muss. Auch diese Rhetorik ist Elend in Echtzeit.

Kaum jemand mag sich empören

Es ist wichtig, über Migration zu diskutieren, dazu gehören auch Polemik und Streit. Aber die Debatte über flüchtende Menschen ist völlig entgleist – weil es gar nicht mehr um flüchtende Menschen geht, die auf dem Mittelmeer ihr Leben riskieren oder in libyschen Internierungslagern gefoltert werden. Sondern um die Regierungskoalition Angela Merkels, die Union aus CDU und CSU, die Europäische Union.

2. Angeli, Oliviero (2019): „Das Märchen von der Sogwirkung.“

Deutschland lasse jeden rein - und die können hier dann auf der faulen Haut liegen: Die Annahme, Flüchtlinge würden durch allzu humane Behandlung erst zu ihrer Reise motiviert, ist weitverbreitet. Richtig ist sie nicht. Kanzlerin Merkel habe mit ihrer 'Willkommenskultur' eine Sogwirkung unter den Flüchtlingen entfaltet und die Zahl der Ankömmlinge drastisch gesteigert. Später wurde auch dem UN-Migrationspakt eine starke Sogkraft attestiert. Und jüngst sieht sich auch die private Seenotrettung dem Vorwurf ausgesetzt, als Lockvogel für Flüchtlinge im Mittelmeerraum zu dienen. Auch als Merkel am vergangenen Wochenende die Wiederaufnahme der EU-Rettungsmission ins Spiel brachte, war der

Grundtenor der Kritik ähnlich: Flüchtlinge würden sich nur deshalb auf den Weg nach Europa machen, weil sie wüssten, dass Marineschiffe sie aus dem Wasser ziehen und zur Weiterreise nach Europa verhelfen. Was ist an diesen Vorwürfen dran? Zunächst einmal zeugen sie von Selbstüberschätzung - bei gleichzeitiger Geringschätzung der Migranten. Denn sie suggerieren, dass Migranten politischen und ökonomischen Anreizen nahezu willenlos ausgesetzt seien. Zudem handeln Migranten - wie wir alle - oft genug nicht entlang der Vorstellung eines wirtschaftlich denkenden Nutzenmaximierers. Zum Beispiel dann, wenn sie zur Erreichung ihres Ziels bereits viel Geld für Schlepper- und Schleuserdienste ausgegeben haben und sich weigern, dieses Geld als verloren zu betrachten (Verhaltensökonomern nennen dieses Phänomen "sunk cost fallacy"). Auch das mag erklären, warum Migranten selten auf halbem Wege aufgeben und hohe Risiken auf sich nehmen, um an ihr Ziel Europa zu gelangen. Sie haben schon so viel ausgegeben, da kommt Aufgeben nicht infrage. Der Sondergesandte des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) für das zentrale Mittelmeer, Vincent Cochetel, sprach in diesem Zusammenhang von einer "Radikalisierung von Migrationsträumen". Natürlich trifft die Rede von der Sogwirkung einen Nerv: Es geht um das Bedürfnis, Zusammenhänge, Sinn und Kausalität in das unübersichtliche Migrationsgeschehen der letzten Jahre zu bringen. Es geht auch darum, Verantwortliche zu identifizieren und haftbar für ihr Fehlverhalten zu machen. Belegt sind die Sogwirkung-Vorwürfe jedoch kaum. Ein Faktencheck: Das heißt: Migranten lassen sich insbesondere dort nieder, wo bereits Freunde und Verwandte leben. Und selbst wenn Flüchtlinge so kühl berechnend denken und handeln würden, wie es AfD-Politiker gerne annehmen, scheint es wenig plausibel, dass sie all die großen Gefahren und erheblichen Kosten der Migration auf sich nehmen, um in den Genuss der Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu kommen. Wahrscheinlicher wäre da eine Sogwirkung des deutschen Sozialstaats auf Einwanderer aus EU-Ländern, die geringere Migrationskosten tragen müssen. Doch auch diese ist zweifelhaft. So hat die Senkung von Sozialleistungen in den nordeuropäischen Staaten seit Ende der Neunzigerjahre keine signifikante Auswirkung auf die Zahl der Asylantragsteller gehabt. Dagegen sind südeuropäische Staaten wie Italien mit traditionell weniger umfassenden sozialen Leistungen zum Ziel von (insbesondere osteuropäischer) Migration geworden. Teilweise lebensgefährlichen Bedingungen auf Baustellen in den Golfstaaten arbeiten? Ganz sicher nicht wegen der Sozialleistungen, die sie dort nicht erhalten. Manchmal bedarf es noch weniger als Sozialleistungen, um eine Sogwirkung unter Flüchtlingen zu entfalten. Es reicht die Zusicherung, nicht an der Grenze abgewiesen zu werden. Die These ist bekannt: Merkels Entscheidung, die Grenze für Flüchtlinge, die im Herbst 2015 in Budapest auf dem Bahnhofskampfen, nicht zu schließen, habe einen gewaltigen Pull-Effekt ausgelöst. Selbst der renommierte britische Ökonom Paul Collier kreierte der Kanzlerin an, mit ihrer Willkommenskultur ein Signal in die Welt ausgesendet zu haben, Deutschland stehe für jeden offen. Wissenschaftliche Belege für diese Behauptungen sucht man vergebens. Als Beleg wird lediglich die zeitliche Abfolge der Ereignisse angeführt: Nach Merkels Entscheidung stieg die Zahl der Ankömmlinge deutlich. Das wird niemand bezweifeln. Doch woher wissen wir, ob es sich dabei um einen ursächlichen Zusammenhang handelt? Um herauszufinden, ob sich Flüchtlinge tatsächlich nach Merkels Bekundungen auf dem Weg nach Deutschland gemacht haben, untersuchten Journalisten der Zeitung "Die Zeit" die Zahl der Ankünfte in Griechenland (das erste Land auf der Balkanroute) im Jahr 2015. Was dabei deutlich wurde: Die Zahl der Flüchtlinge stieg schon im März und erreichte zwischen Juli und August ihren Höhepunkt, also deutlich vor Merkels Entschluss. "Diese Menschen hatten nicht auf eine Einladung Merkels gewartet. Sie waren aus eigenem Entschluss losgezogen". Merkel zu unterstellen, sie habe eine Sogwirkung entfaltet, ist dabei nicht nur falsch, sondern überschätzt auch die Möglichkeiten von Politikern, die Entscheidungen von Migranten zu beeinflussen und steuern. Der UN-Migrationspakt rangiert in der Unbeliebtheitsskala der deutschen Migrationskritiker ungefähr so weit oben wie Merkels Willkommenskultur. Der Herausgeber der Tageszeitung "Die Welt", Stefan Aust, behauptete im November letzten Jahres, dass die Sogwirkung des Pakts mindestens so groß sei "wie die der Willkommenskultur im Herbst 2015 inklusive der Selfies mit Kanzlerin". Auch AfD-Politiker überboten sich gegenseitig mit apokalyptischen Szenarien. Von "Invasion" und einem versteckten "Umsiedlungsprogramm für Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge" war

die Rede. Inzwischen ist der Migrationspakt mehr als ein halbes Jahr in Kraft. Passiert ist -wenig bis nichts. Der große Sog ist jedenfalls ausgeblieben. Die Zahl ankommender Flüchtlinge ist in den meisten Ländern Europas rückläufig. Auch steht der Verdacht im Raum, dass staatliche Rettungsmissionen wie zum Beispiel "Mare Nostrum" Menschen zur Flucht verleitet haben. Verlässliche Daten, die diesen Befund erhärten, fehlen jedoch. Es stellt sich zudem die Frage, ob der angebliche Pull-Faktor von Rettungsmissionen überschätzt wird bzw. in einem Missverhältnis zu den sog. Push-Faktoren steht, die Menschen dazu bewegen, Libyen zu verlassen. Dazu muss man sich vor Augen führen, dass eine höhere Zahl an Überfahrten auch auf Faktoren im Transitland Libyen zurückgeführt werden kann. Zum Beispiel die Anzahl oder Dichte der im Land lebenden Flüchtlinge oder die kriegsbedingte Verschlechterung von deren Lebensbedingungen. Um vor schnellen Schlussfolgerungen vorzubeugen: Sogwirkungsargumente sind nicht exklusiv Migrationskritikern vorbehalten. Sie können auch zur Kritik von Einwanderungsbeschränkungen eingesetzt werden. Sondern sich Kritiker des EU-Türkei-Abkommens (auch "Flüchtlingsdeal" genannt) einer ähnlichen Logik, als sie argumentierten, das Abkommen könnte zu einer Art Torschlusspanik führen und den Zustrom an Flüchtlingen deutlich anwachsen lassen. Klingt plausibel. Bloß: eine bedeutende Zunahme war auch in diesem Fall nicht feststellbar.

3. Diez, Georg (2018): „Die Toten des Seehofer-Putsches.“

Mit seiner Agitation gegen Merkel befördert Seehofer eine Politik, die Tausende von Opfern fordert. Er kann sich dabei auf Intellektuelle wie Rüdiger Safranski berufen, islamophobe Vorboten aus der Mitte des akademischen Milieus. Ein Unterschied, um das gleich klarzumachen, ist dabei der zwischen Krieg und Karrierismus – verbunden wiederum durch eine doppelte Dolchstoßlegende, eine historische Verdrehung, eine wieder und wieder verbreitete Unwahrheit: Das eine Mal war es das „Im Felde unbesiegt“, wonach die Politik den deutschen Soldaten in den Rücken gestochen habe; das andere Mal ist es die „Grenzöffnung“, wonach die Politik das deutsche Volk der Flutung durch Geflüchtete preisgegeben habe.

Historische Parallelen

Ein anderer Unterschied betrifft die Gewalt, die mit jedem Putsch verbunden ist: Die Toten des Kapp-Lüttwitz-Putsches, mehr als 1000, liegen zumeist auf Friedhöfen, es gibt Ehrengräber und Gedenktafeln. Die Toten des Seehofer-Söder-Putsches, die Zahlen sind zukünftig und schwer abzuschätzen, mehrere Zehntausend sind bislang auf der Flucht nach Europa umgekommen, sind oft Futter für die Fische. Gemeinsam ist diesen beiden deutschen Putschs, dass sie lange vorbereitet wurden. Gemeinsam ist ihnen auch, dass sie sich in einem Umfeld von medialer Agitation, verbreitetem Rechtsbruch und generellem Hyperventilieren ereigneten, vorbereitet und begleitet durch Intellektuelle, Schriftsteller, Denker, die mit ihnen Mitteln die allgemeine Stimmung schürten. Womit wir bei Rüdiger Safranski wären, der am kommenden Dienstag mit dem Deutschen Nationalpreis ausgezeichnet wird, der seit 1997 praktisch ausschließlich an Männer verliehen wird.

Sehnsucht nach dem Putsch

Safranski nun, Autor von Büchern über Goethe, Schiller, die Romantik, agitiert seit Herbst 2015 mit rabiaten Worten, groben Pauschalisierungen und engagiertem Halbwissen gegen die Politik von Angela Merkel, die Grenzen nicht zu schließen, er türmt in seinen Interviews Vorurteil auf Vorurteil und wertet Menschen ab, die er nicht kennt und nicht versteht und nicht verstehen will: Der Schritt vom „politischen Islam“ zu „alle Muslime“ ist bei ihm nicht weit, er raunt, dass „auf den Flüchtlingsbooten Christen ins Wasser geworfen wurden“, und überhaupt sind die Geflüchteten dabei, „ihre Verfeindungen, die Ursache ihrer eigenen Flucht, in unser Land einzuschleppen“. Die Putsch-Sehnsucht kommt eben nicht aus dem Nichts. Safranski etwa lehnt sehr klar die Grundlagen, die Errungenschaften, die Identität des modernen Nachkriegsdeutschlands ab, die „Schrumpfvvariante“ von nationaler Identität ist für ihn der

„Verfassungspatriotismus“, wie er von Jürgen Habermas definiert wurde, das Wesen eines Landes, das seine nationale Phase überwunden hatte – für Safranski ein Zeichen für die „Infantilität“ dieser BRD, die „am Rochzipfel der Mutter“ hing, der USA also, unfrei, unsouverän, „mit sich selbst nicht im Reinen“, und darum, so die tollkühne Argumentation, für die Integration von Migranten oder Geflüchteten nicht geeignet. Die Aggression der Debatte, wie sie heute drei Jahre später etwas ankerlos daherkommt, wurde von Leuten wie Safranski mit erzeugt, der schon 2015 für eine „Festund Europa“ war, „schließlich haben wir auch wirklich etwas zu verteidigen“, wie er sagte. „Die nächste Migrationswelle rollt schon aus Afghanistan an“. Europa, so sagte er, und man sieht ihn schmunzeln, „wird sich hier etwas für die neue Situation Angemessenes einfallen lassen“. Wie wäre es mit dem Schießbefehl?

4. Sonne, Werner (2018): „Ein missratener Vergleich.“

Horst Seehofer kam nicht zum Integrationsgipfel, weil er sich in einem Text von Ferda Ataman mit der Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis in Verbindung gebracht sah. Der Grund war wohl vorgeschoben - doch Seehofer hat nicht ganz unrecht. Hat Ferda Ataman, die Frau mit dem "Migränehintergrund" (Originalzitat Ataman), eine der schwersten Regierungskrisen in der Geschichte der Republik ausgelöst? Sie war es, die Horst Seehofer davon abhielt, zum Integrationsgipfel der Kanzlerin zu erscheinen, um dann den Streit mit Angela Merkel immer weiter zu eskalieren. Es Ferda Ataman in die Schuhe zu schieben, ist natürlich Unfug. Der CSU-Vorsitzende Seehofer hat die Hosen gestrichen voll, das AfD-Gespens und die Angst vor dem Verlust der CSU-Mehrheit in Bayern treiben ihn. Aber Horst Seehofer hat dennoch nicht ganz unrecht. Wir Deutschen, vor allem meine Generation, und der bald 69-jährige Seehofer gehört dazu, sind eine traumatisierte Nation. Die Last der Nazivergangenheit will nicht weichen, wir tragen das in uns - auch wenn wir keine persönliche Schuld haben. Und wir reagieren besonders sensibel, wenn uns jemand in die Nähe der Nazis rückt. Blut und Boden - das ist Nazijargon pur. Das weiß eine gebildete Frau wie Ferda Ataman natürlich. Dennoch schwingt sie die Nazi-Keule: "Politiker, die derzeit über Heimat reden, suchen in der Regel eine Antwort auf die grassierende "Fremdenangst". Doch das ist brandgefährlich. Denn in diesem Kontext kann Heimat nur bedeuten, dass es um Blut und Boden geht." Das hat auch Horst Seehofer nicht verdient. Er war Ministerpräsident Bayerns, das einen der Spitzenplätze beim Migrationsanteil hatte und wo Integration weit besser funktionierte als anderswo - die bekennende Nürnbergerin Ferda Ataman ist da nur ein Beispiel. Menschen mit Migrationshintergrund haben kein exklusives Privileg, besonders feinfühlig auf Unterstellungen und missratene Vergleiche reagieren zu dürfen. Nazi-Vergleiche gehören eindeutig in diese Kategorien - unbeschadet der Tatsache, dass es mit Vogelschiss-Gauland an der Spitze unerträgliche Entgleisungen gibt. Die Empörung darüber zeigt aber, dass der politische Mainstream sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen dieser unerhörten Holocaust- Verharmlosung und dem Ringen um die Frage, wie wir mit der Flucht von Millionen Menschen umgehen, die davon träumen, in unserem Land dem Leben in ihrer Heimat zu entfliehen. Und die auch ihre kulturellen und religiösen Wurzeln im Gepäck haben, auch ihre Ansprüche und Traditionen, die oft nicht mit den unsrigen übereinstimmen.

Willkommenskultur war gestern

Es gibt keinen Grillabend, kein Familienfest, bei dem das kein Thema ist. Und machen wir uns nichts vor: Nicht nur am dumpfen rechten Rand, in der Mitte der Gesellschaft wachsen Ängste und das Gefühl der Bedrohung, der Überforderung. Harald Martenstein schrieb (fast wie Donald Trump) im bürgerlich-liberalen "Tagesspiegel" in düsteren Farben von den Gefahren durch Flüchtlinge als "Täter oder Tatverdächtige, die unkontrolliert oder mangelhaft kontrolliert in dieses Land einreisen". Und kommt zu dem Schluss: "Die neue Gefahr bedroht jeden, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Wie viele sollen noch sterben?" Das ist die gesellschaftliche Stimmung, in der wir leben. Willkommenskultur war

gestern. Dabei kommt ein Thema fast unter die Räder, das auf einem guten Weg schien: die Integration, die Frage, wie die Hinzugekommenen und diejenigen, die hier schon früher lebten, mit Anstand und wechselseitigem Respekt das Zusammenleben organisieren. Ferda Ataman ist hier besonders aktiv. Ich kenne und schätze ihr Engagement seit Jahren. Zusammen haben wir den Mediendienst Integration aufgebaut, ein Informationsportal mit Fakten und Hintergründen über dieses wichtige Thema - der Rat für Migration ist der Träger, mehrere Stiftungen unterstützen das, ebenso die Bundesregierung. Ferda Ataman war die erste Chefin, ich im Ehrenamt der Vorsitzende des Fachbeirats, in dem vor allem Vertreter führender Medien beratend helfen - auch SPIEGEL ONLINE ist dabei. Was Integration angeht, so bin ich Überzeugungstäter. Ich glaubte bei der Gründung des Mediendienstes, dass Integration eine der ganz großen Aufgaben ist. Und fühle mich durch die damals noch nicht absehbare Entwicklung mehr als bestätigt. Aber schon vor der Flüchtlingswelle zeichnete sich ein Konflikt ab, für den auch Ferda Ataman stand. Bevor der Mediendienst online ging, gab es eine Diskussion darüber, wie das neue Kind heißen sollte. Ferda Ataman und Vertreter der "Neuen deutschen Medienmacher", in dem sich überwiegend Migranten zusammengeschlossen haben, meldeten gegenüber dem Begriff "Mediendienst Integration" Zweifel an. Integration - so das Argument, das haben wir doch längst hinter uns. Das ist altes Denken. Wir gehören hier hin, Punkt. Das neue Zauberwort für sie hieß Inklusion. Ich war der Meinung, dass dies der gesellschaftlichen Realität weit vorausseilte. Das Thema Integration ist noch Lichtjahre davon entfernt, ein abgeschlossenes Kapitel zu sein. Das jedoch treibt Ferda Ataman und ihre Mitstreiter heftig um. In einer Kolumne auf SPIEGEL ONLINE bringt es Ferda Ataman auf den Punkt: "Schafft den Migrationshintergrund ab!". Darum geht es in Wahrheit doch. Ein Migrant sagte es mir einmal so: "Wie kann ich diesen Buckel loswerden, den ich mit mir rumtrage?" Sie sind es leid, immer darauf angesprochen zu werden, sie wollen dazugehören, sich nicht ständig rechtfertigen, nicht ständig erklären müssen. Und auch nicht den Kopf hinhalten müssen für das, was sich rund um das Flüchtlingsproblem aufheizt. Das ist ein verständlicher Wunsch. Aber Ferda Ataman versteigt sich auch hier. Als Begründung für die Abschaffung des Begriffs "Migrationshintergrund" führt sie an, Menschen mit diesem Hintergrund seien doch längst in der Mehrheit. "Für alle, die es immer noch nicht hören, erkläre ich es gern: Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Der Satz stellt ein elementares, deutsches Selbstbild auf den Kopf: Nurdeutsche, also Deutsche ohne Migrationsextra, sind die Minderheit. Die frenetischen Volksfreunde, die Arier für Deutschland, sie können einpacken. Das Spiel ist längst verloren." Sie bezieht dabei ausdrücklich die vielen Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge ein, die als Folge des Zweiten Weltkriegs ihre alte Heimat verlassen mussten. Das ist ein absurder Versuch, diese Menschen mit Zuwanderern gleichzusetzen, die unbestreitbar aus anderen Kulturkreisen nach Deutschland gekommen sind. Anders dagegen die Millionen, die deshalb Flucht und Vertreibung auf sich nehmen mussten, weil sie Deutsche waren. Sie waren, um mit Ferda Ataman zu sprechen, ohne Zweifel "Nurdeutsche" die deswegen schwerste Verfolgungen erlebten. Sie jetzt in der Migrationsstatistik ungefragt zwangszuvereinigen, nur damit Ferda Ataman jubeln kann: "Das Spiel ist längst verloren", ist nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die dieses Land spalten wollen. Man kann mit Statistiken ja angeblich alles beweisen. Diese Ataman-Statistik jedoch gehört einfach in den Papierkorb.

5. Reißmann, Ole (2017): „In diesem Spiel kämpft Merkel mit der “Flüchtlingswelle” gegen ihre Gegner.“

Dieses Spiel nimmt den Bundestagswahlkampf beim Wort: Bei "Bundes Fighter II Turbo " wählen die Spieler einen der Spitzenkandidaten wie Angela Merkel oder Christian Linder aus und treten gegeneinander an. Mit seiner Klötzchengrafik sieht das Prügelspiel so aus wie "Street Fighter". Nur härter. Wie beim Vorbild haben auch hier die Kandidaten Special-Moves: CDU-Kandidatin Angela Merkel kann ihren Gegnern eine "Flüchtlingswelle" schicken, FDP-Kandidat Christian Lindner wird zur neoliberalen Riesen-Heuschrecke, SPD-Kandidat Martin Schulz fährt seine Gegner mit dem Schulzzug um Linken-Kandidatin Sahra Wagenknecht holt Hammer und Sichel raus, AfD-Kandidat Alexander

Gauland schießt Gartenzwerge und wird zum Kampfdackel Das Grünen-Spitzenduo schlägt sich selbst ins Gesicht. Dahinter steckt das Bohemian Browser Ballett von Funk. Genau: Der "Bundes Fighter" wird finanziert vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Sich selbst bezeichnet die Satiregruppe als "linksgrünversiffter Stachel im Arsch der Revolutionäre".

- Die Süddeutsche Zeitung:

1. Prantl, Heribert (2018): „Sie schaffen das nicht. Verfügbar unter“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge war schon vor dem Ansturm 2015 personell und politisch überfordert - und die Verantwortlichen wussten es. Der Skandal geht weit über die Fehlentscheidungen in Bremen hinaus. Jeder, der es wissen wollte, wusste es: Das Bamf packt das nicht. Das war schon 2014 so, vor dem Flüchtlingsansturm; und von da an dann erst recht. Aber es wollte niemand wissen. Vor allem die wollten es nicht wissen, die an den Malaisen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge etwas Grundlegendes hätten ändern können - und die heute große Fertigkeiten bei der Heuchelei entwickeln. Derzeit versucht jeder, den Pontius Pilatus zu spielen, jeder wäscht die Hände in Unschuld; es wird auf Brandbriefe verwiesen, die irgendwann geschrieben, aber angeblich nicht beachtet wurden. Sie blieben unbeachtet, weil es eh jeder wusste, aber nicht wissen wollte: Das Bamf packt das nicht. Das Amt war ja schon vor der Flüchtlingschutzkrise personell und politisch überfordert. Von einem Berg von Altverfahren schaute es dann auf die neuen Flüchtlinge herunter. Die Kanzlerin vertraute darauf, dass ihr Innenminister das schon irgendwie schafft. Aber der Innenminister de Maizière wollte einen effektiven Flüchtlingsschutz eigentlich gar nicht hinkriegen, weil er die Asylverfahren und ihre Unberechenbarkeit für einen Teil der gebotenen Flüchtlingsabschreckung hielt. Man mag sich das Bundesamt wie ein schlecht gewartetes Großflugzeug vorstellen, das in heftige Turbulenzen gerät - und dann versagt auch noch die Flugsicherung. Die Fluglotsen geben von unten Anweisungen, die sich widersprechen: Der eine will das Flugzeug dorthin zurückschicken, wo es herkommt; der nächste will es notlanden lassen; der übernächste weist eine neue Flughöhe an. Irgendwie kommt es dann doch zur Landung. Und was passiert? Es wird nicht etwa das Flugzeug völlig überholt; stattdessen wird ein Unternehmensberater als Kapitän angeheuert und für die Crew werden ungelernete Kräfte angestellt. Dann lässt man die Maschine weiter- und weiterfliegen. Als bald nach der Ankunft von einer Million Menschen aus den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens setzte politischer Druck auf das Bundesamt ein, diese Zuwanderung möglichst schnell möglichst ungeschehen zu machen, also den Status quo ante, den Status vor dem Flüchtlingszustrom, wiederherzustellen. Die Qualität von Entscheidungen spielte kaum mehr eine Rolle, Qualität wurde ersetzt durch Quantität. Es gibt nicht nur einen Skandal in Bremen. Der umfassendere Skandal ist die alltägliche Entscheidungs- und Fehlentscheidungspraxis im Bundesamt insgesamt. Die Fülle von Fehlentscheidungen - zumeist gegen, nicht für Flüchtlinge - geschieht in einem Koordinatensystem aus politischer Desorientierung und administrativer Überforderung. Personaleinstellungen hätten die Probleme auch dann nicht bewältigen können, wenn sie beherzter geschehen wären. Es hätte einer radikalen Entlastung des Amts bedurft. Wie? Bestimmten Flüchtlingsgruppen hätte man anbieten können: Rücknahme des Asylantrags gegen Erteilung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Damit hätte man nicht nur alle Ausländerbehörden in die Arbeit miteingespant und das Bamf entlastet, sondern auch die Gemeinschaftsunterkünfte. Die Pläne, der Frankfurter Asylspezialist Victor Pfaff hat sie entwickelt, lagen im Bundesamt auf dem Tisch. Die Politik hat sie weggewischt. Wir schaffen das? Nicht ohne guten Willen, nicht ohne Kreativität.

2. Janker, Karin (2015): „Eskalieren, ohne es zu merken. Verfügbar unter“

Ein Wörtchen durchsetzt die Berichte über Flüchtlinge: "Noch" gebe es hilfsbereite Menschen, "noch" komme Deutschland mit Hilfsbedürftigen klar. Da schwingt eine Drohung mit. Es sei "drei vor zwölf".

Die Formulierung sollte die Dringlichkeit unterstreichen, mit der sich Baden-Württembergs Kommunen zuletzt an ihre Landesregierung wandten. Sie seien überfordert damit, Flüchtlinge unterzubringen, und baten Ministerpräsident Winfried Kretschmann um Hilfe. Beinahe zeitgleich warnt Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vor einem "Kollaps" in der Flüchtlingsversorgung. Und in Leitartikeln ist von einem Einwanderungsgesetz als "letztem Mittel" die Rede und von einer Republik, die unter dem Flüchtlingszustrom "ächzt". Es ist eine defätistische Vision, die in der aktuellen Berichterstattung über Flüchtlinge aufscheint. Sie impliziert, dass ein Land, das einen so immensen Reichtum birgt wie Deutschland, nicht in der Lage sei, mehr als die bislang angekommenen schutzbedürftigen Menschen zu betreuen. Vor allem aber legt die aktuelle Berichterstattung den Schluss nahe, die Lage spitze sich dramatisch zu. Eine Eskalation wird rhetorisch angedeutet und - das ist das Gefährliche daran - gleichzeitig legitimiert. Oft ungewollt, ohne es zu merken. Besonders subtil geschieht dies über die Rhetorik des "noch". Noch gelinge es irgendwie, Asylbewerber unterzubringen, noch seien die Menschen bereit zu helfen, aus Solidarität auf die Straße zu gehen, sich für Flüchtlinge politisch und ehrenamtlich zu engagieren. Noch.

Das-Boot-ist-voll-Ausfälle sind zum Glück passé

Das "noch" ist ein klassisches Mittel der Spannungssteigerung, des Suspense. Als Adverb beschreibt es eine Zeitspanne, deren Ende abzusehen ist. "Noch ertrage ich deine Allüren", sagt man, "aber nicht mehr lange", denkt man. Eine Drohung schwingt mit, die Gefahr, dass es irgendwann zu viel werden könnte. Selbst für die moralisch Einwandfreien. Als gäbe es eine kritische Masse, die die Situation zwangsläufig kippen lässt. Und als stünde dieser Moment kurz bevor. So über Flüchtlinge zu reden und zu schreiben, beschwört eine bedrohliche Stimmung herauf. Schädlich ist eine solche Rhetorik nicht nur, weil sie sämtliche Konsequenzen unvermeidlich erscheinen lässt und den Querulanten von Pegida und Konsorten in die Hände spielt. Sondern auch, weil sie den Handelnden in Politik und Gesellschaft scheinbar die Mittel aus der Hand nimmt. Zwar sind die Das-Boot-ist-voll-Ausfälle der 1990er Jahre - zum Glück - passé. Heute wagt es kaum jemand mehr, in diese Dumpfheit zu verfallen. Stattdessen verbleibt man im Modus des "noch". Noch sei der "Ansturm" zu bewältigen. Aber was passiert, wenn das adverbial Aufgeschobene dann hereinbricht? Die Drohung liegt im Ungesagten.

Die rhetorische Gewalt des "noch" ähnelt einer Naturkatastrophe

Dabei wollen viele Journalisten, die das Wort "noch" in ihren TV-Berichten, ihren Interviews, ihren Artikeln und deren Überschriften verwenden, weder drohen noch eine düstere Zukunft heraufbeschwören. Vielmehr sehen sich Berichterstatter häufig gezwungen zuzuspitzen. Also versuchen sie, Trends frühzeitig zu erkennen und herauszuarbeiten. Und durch das "noch" den Handlungsdruck für die Regierung zu erhöhen: Noch ist die Herausforderung zu bewältigen. Das Pendant zum "noch" ist das Modell einer steigenden Kurve: In "immer mehr" Gemeinden träten Bürger ankommenden Flüchtlingen abwehrend und aggressiv gegenüber, heißt es dann. Oder aber der Diskurs kippt ins "nicht mehr": In Österreich hat Innenministerin Johanna Mikl-Leitner vor Kurzem einen Asylstopp verhängt. Es werden dort jetzt vorrangig sogenannte Dublin-Abschiebungen in andere EU-Staaten bearbeitet, sonst würde ihr Land "das alles nicht mehr schaffen". Gnadenlos überbelegte Erstaufnahmezentren wie das in Traiskirchen illustrieren Mikl-Leitners Wort auf zynische Weise: Indem sie die Menschen im Lager zusammenpferchen lässt, schafft ihre Politik die Belege für ihre Rhetorik der Überforderung. Asylpolitik ist eine Herausforderung, aber der Öffentlichkeit ihr ständiges Versagen vorzuführen, schürt vor allem rechte Ressentiments.

Suspense als dramaturgischer Kunstgriff ist unangebracht

Dieses Gerede lässt an eine Gewalt denken, die derjenigen einer Naturkatastrophe nahekommt. Erneut das Bild von der heranrollenden Flüchtlingswelle, von einem Tsunami, gegen den Gesellschaft und Politik sich als machtlos gerieren. Das "noch" ist der Schatten, der dieser Welle vorausleitet. Der so

erzeugte Suspense schafft ein Gefühl der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins. Ein dramaturgischer Kunstgriff, der bei der Berichterstattung über Flüchtlinge allerdings unangebracht ist. Eine Verschärfung des Konflikts vorherzusehen und sie herbeizureden, sind zwei unterschiedliche Dinge. Dabei gibt es nichts zu beschönigen: Flüchtlingsheime brennen, Menschen werden angegriffen, Schutzbedürftigen wird der Schutz verweigert. Aber das ist kein Grund zu unterschlagen, dass gleichzeitig die Hilfsbereitschaft so groß ist wie nie zuvor. Man sollte diese Solidarität nicht unterschätzen.

Lieber die Uhr zurückdrehen

Im Gegenzug stellt sich die Frage, ob nicht eine gewisse Rechtfertigung aus diesem "noch" spricht. Denn das kleine Wort birgt die Gefahr, all jene von ihrer moralischen und praktischen Verantwortung zu entbinden, die jenseits des "noch" den Untergang des Abendlandes befürchten. Um denen nicht weiter Zulauf zu verschaffen, sollte man sich davor hüten, eine Eskalation rhetorisch zu schüren, indem man sie als unausweichlich darstellt. Lieber die Uhr zurückdrehen, von "drei vor zwölf" auf halb zwölf.

3. Prantl, Heribert (2015): „Dublin - Ein bürokratisches Hirngespinnst.“

Es waren - vor Paris - zunächst diese Schockerlebnisse, die Europa aus seiner Lethargie rissen und klarmachten, dass die Sache nicht in einem Auffanglager auf Lampedusa zu beenden sein würde. Parndorf, der ungarische Zaun, der Bahnhof in Budapest, Menschenkolonnen auf Feldwegen: Die Europäische Union erlebt eine dunkle Stunde ihrer Existenz, weil sie im Angesicht der Krise ihre Einheit aufgab. Das Flüchtlingsverfahren, gelistet im Städte-Code der EU als Dublin-System, erwies sich als untauglich. In geradezu lächerlicher Naivität hatte dieses Europa verfügt, dass der geografische Kern des Kontinents als Fluchtziel nicht mehr infrage kommen könne, weil dieses Zentrum ja umgeben sei von einem Ring an Staaten, die Obdach in Sicherheit gewähren würden. Ein bürokratisches Hirngespinnst.

Deutschland als politisches und ökonomisches Gravitationszentrum

Ihr schafft das? Wir schaffen das? Die bemerkenswerte Karriere des Durchhalte-Appells von Angela Merkel gilt der Empfängerseite dieser Fluchtbewegung: der Europäischen Union, aber vor allem der deutschen Gesellschaft, die zum bevorzugten Ziel der Migranten erklärt wurde. Warum? Weil Deutschland wohlhabend und wohlmeinend ist, weil es schon vor der Flüchtlingskrise zum politischen und ökonomischen Gravitationszentrum in Europa aufgestiegen war. Deutschland bietet einen einzigartigen Mix: Geld, Sozialstaat, eine liberale Asyl-Gesetzgebung, ein gesellschaftliches Klima, das sich trotz aller Spannungen vom Rest Europas abhebt. Dieses ökonomische und politische Gefälle erzeugte eine eigene innereuropäische Fluchtdynamik. Und weil das Kanzlerinnenwort inzwischen gleichermaßen für alles Gute und Böse in Europa verantwortlich gemacht wird, war es aus Sicht nahezu aller anderen Staats- und Regierungschefs Angela Merkel, die mit ihrer positiven Grundhaltung eine Einladung ausgesprochen und Europa in die Krise gestürzt hatte.

Der IS als gemeinsamer Feind zwingt zu Nähe

Die Gewalt in Paris aber fügte der Gleichung eine neue, unheilvolle Variable hinzu. Würden die Flüchtlinge nicht die Bewohner der Armutsgürtel von morgen sein? Würde sich Europa und speziell Deutschland mit seiner Offenheit die Gefahr nicht ins eigene Haus einladen? Flucht und Terror verschmelzen nun zu einer Bedrohung, in Deutschland weniger schnell als sonst wo in Europa und auch in den USA. Aber gleichzeitig mobilisieren sie auch neue politische Kräfte und möglicherweise neue Entschlossenheit. Syrien rückt wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit, eine Konferenz zur Beendigung des Krieges wird mit Hoffnungen überfrachtet. Russland - eigentlich isoliert wegen des Ukraine-Krieges - greift in Syrien ein und erlebt selbst einen Terroranschlag auf ein Flugzeug. Plötzlich verschieben sich Prioritäten und Allianzen. Die strategischen Ziele sind plötzlich dieselben. Der IS als gemeinsamer Feind zwingt zu Nähe.

Flucht und Terror als Vexierbild

Europa reagiert auf Flucht und Terror. In einem Wettbewerb der Abschreckungspolitik wappnete sich Nation um Nation vor dem Ansturm der Migranten, winkte durch, verweigerte die Versorgung, organisierte den Bustransport von Ost nach West - getreu dem Sankt-Florians-Prinzip, wonach der Patron doch bitte das eigene Haus verschonen und das andere anstecken möge. So stürzten der Exodus der Hunderttausenden und eine überschaubare Mörderbande Europa und Deutschland ins Chaos - politisch und emotional. Das drückende Leid, besonders der Kinder und Familien, die Verzweiflung und die vom Überlebenswillen getriebene Entschlossenheit konnten niemanden unberührt lassen. Gleichzeitig war da diese kriechende Angst, ob dieses Problem wirklich zu bewältigen sein würde, ob die Gesellschaft diese Last tragen könnte ,ohne sich zu radikalieren oder Gewalt anzuwenden. Flucht und Terror als Vexierbild: Mal sind die Fremden zu sehen, die das Gewohnte stürzen und das Unglück der Welt vor die eigene Haustür tragen. Mal ist der dreijährige Aylan Kurdi zu sehen, wie er tot in rotem T-Shirt und mit angelegten Armen am Strand von Bodrum liegt.

4. Hagelüken, Alexander (2019): „Deutschland braucht die Flüchtlinge.“

Seit 2015 viele Menschen nach Deutschland flüchteten, wird hierzulande gern geraunt. Um hier zu arbeiten, raunt mancher, hätten die Flüchtlinge zu wenig gelernt, vor allem zu wenig Deutsch. Oder: Die sind zu faul. Wer vier Jahre nach Angela Merckels Satz "Wir schaffen das" die Fakten sichtet, sieht etwas anderes: Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt klappt ganz gut. In einer idealen Welt würden diese Fakten das Geraune beenden. Aktuell sind vier von zehn Flüchtlingen beschäftigt oder in Ausbildung. Das ist beachtlich. Ja, bei Deutschen beträgt der Anteil zwei Drittel, aber das wäre zu diesem Zeitpunkt kein fairer Vergleich. Integration dauert, in allen Epochen, in allen Ländern. So auch in Deutschland seit 2015. Die Flüchtlinge durften erst mal nicht arbeiten. Viele warteten lange auf die Asylentscheidung, ohne die eine Firma ungern jemanden einstellt. Sprach- und andere Kurse begannen teils zu spät. Fair ist der Vergleich mit früheren Flüchtlingsströmen. Und der zeigt, dass die aktuellen Migranten schneller in der Berufswelt ankommen als etwa in den Neunzigerjahren Zuwanderer aus dem vormaligen Jugoslawien. Und das, obwohl Syrer, Iraker, Afghanen zwar meist in der Heimat beschäftigt waren, aber selten jene formalen Abschlüsse mitbringen, die bei den Deutschen so viel zählen. Der bisherige Joberfolg erklärt sich zum einen aus dem langen deutschen Boom. Die Flüchtlinge werden gebraucht. Seit 2014 entstanden zwei Millionen Stellen, weshalb kein Deutscher behaupten kann, man nehme ihm Arbeit weg. Zum anderen haben auch Flüchtlingshelfer, Firmen und, nach Anlaufzeit, die Behörden ihren Anteil an dem Erfolg. Dieser Erfolg sollte das Selbstbewusstsein erlauben, den Raunern stärker entgegenzutreten. Je mehr die Parteien jenseits der AfD das tun, desto mehr entlarven sie die Stimmungsmache. Dann träte zutage, dass sich die Antistimmung aus anderen Ursachen speist als aus dem Verhalten der Flüchtlinge. In den vergangenen drei Dekaden ballten sich Wiedervereinigung, Globalisierung, EU-Erweiterung, Digitalisierung, Euro- und Finanzkrisen. Solche Epochen rasanter Veränderung verunsichern Menschen. Schon in früheren Umbruchzeiten, in der Renaissance oder vor den Weltkriegen, wurden sie dazu verführt, die Schuld bei Ausländern und Andersartigen zu suchen. Die Aufgabe der Politik wäre es, den Verunsicherten mehr Sicherheit zu vermitteln, was ihren Lohn betrifft, die Angst vor Kriminalität, das Dach über dem Kopf. Das heißt nicht, dass sich die Politik auf den ersten Erfolgen bei der Jobintegration der Flüchtlinge ausruhen darf. Erst recht nicht in der aktuellen Konjunkturflaute. Es bleibt viel zu tun. Wer sich qualifizieren will, braucht mehr Hilfe, ebenso Migrantinnen mit Kindern. Und jede Tendenz, es sich im sozialen Netz einzurichten, muss gestoppt werden. Aber die Grundrichtung stimmt. Eine schrumpfende, alternde Bevölkerung bedarf der Zuwanderung. Ja, wegen der mitgebrachten Qualifikationen sind manche Asylbewerber für Personalchefs keine Idealbesetzung. Aber darum geht es nicht. Deutschland hat die Kriegsflüchtlinge aus humanitären Gründen aufgenommen - und kommt bei deren Integration in den Arbeitsmarkt gut voran. "Wir schaffen das"? Gemeinsam haben die Deutschen und die Flüchtlinge jedenfalls schon einiges erreicht.

5. Biazza, Jakob (2018): „Wenn Menschen zur Naturkatastrophe werden.“

Wo Sprache ist, da ist quasi immer auch Subtext. Vor allem dort, wo Sprache politisch wird. Zur Analyse dieser Subtexte hat sich in der Forschung in den vergangenen Jahren das Konzept des Framings etabliert. Framing meint einen Assoziations- und damit Deutungsrahmen für Begriffe: Wer zum Beispiel "Zitrone" hört, denkt vermutlich an "sauer" oder "gelb". Das lässt sich politisch instrumentalisieren. Frames definieren nämlich oft ein Problem - und liefern, wenigstens implizit, auch gleich die passende Lösung. Bei einem Begriff wie "Flüchtlingsstrom" sieht man vor dem geistigen Auge beispielsweise vermutlich große Menschenmassen heranrauschen. Eine Naturgewalt und darin ein Bedrohungsszenario. Was die vermeintliche Lösung nahelegt: Abschottung. In einer losen Serie analysiert die SZ das Framing politisch oder gesellschaftlich relevanter Begriffe. Heute: Flüchtlingswelle. Wer den Begriff benutzt: "Flüchtlingswelle" ist ein Beispiel für ein geframtes Wort, das schnell einen sehr tiefen und nachhaltigen Weg in den täglichen Sprachgebrauch gefunden hat. Bereits in der Asyldebatte 1993 verbreitet, wurde es spätestens ab dem Jahr 2015 eines der Hauptsynonyme für die Migrationsbewegungen, die vor allem infolge des Bürgerkriegs in Syrien aufkamen. "Flüchtlingswelle" ist quasi Alltagssprache. Anders als bei Ausdrücken wie zum Beispiel "Asyltourismus", verwenden viele Menschen ihn damit vermutlich ohne bewusste Hintergedanken (was die Wirkung allerdings nicht schmälert). Der Begriff taucht entsprechend quer durch das Parteienspektrum und auch quer durch quasi alle Medien auf.

Was der Begriff suggeriert:

Beim Wort "Welle" gibt es gleich zwei assoziative Ebenen: Zum einen ist eine Welle etwas, das sich anstaut und auftürmt - und zwar auch noch proportional zur Größe des Hindernisses, das sich ihr in den Weg stellt. Man rechnet bei einer Flüchtlingswelle also mit einer großen bis sehr großen Menschenmasse, die chaotisch, ungeordnet und zudem auch noch wieder und wieder an den Grenzen anbrannt. Zum anderen ist eine Welle eine Naturgewalt und als solche theoretisch geeignet, ganze Städte wegzuspülen. Man baut Wellenbrecher, Staudämme und Befestigungen, um Zivilisationen vor ihrer zerstörerischen Wucht zu schützen. Problemdefinition und -lösung sind damit klar gesetzt: Fremde Massen ergießen sich in unsere Gesellschaften und drohen, sie mitzureißen. Wer das aufhalten will, suggeriert das Wort, muss alle Einfallstore schließen und sehr, sehr hohe Schutzwälle bauen.

Wie das die Wahrnehmung steuert:

Nach einer aktuellen Studie des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen halten sich in Deutschland aktuell 1,41 Millionen Schutzberechtigte und Asylbewerber auf (abgelehnte Asylbewerber sind darin nicht enthalten). In den vergangenen 14 Jahren haben insgesamt rund zwei Millionen Menschen Asylanträge in Deutschland gestellt. Das ist viel, in absoluten Zahlen sogar der Spitzenplatz in der EU. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen ergibt sich aber doch ein anderes Bild: Man stelle sich dafür einen Raum vor, in dem 80 Menschen sitzen - in etwa die Menge, die ein kleiner Kinosaal fasst, oder ein vollbepackter doppelstöckiger Reisebus mit wenig Beinfreiheit. Wenn von allen Menschen in diesem Kinosaal nun zwei aufstehen, entspricht das im Verhältnis der Menge, die angeblich ins Land gespült wurde (um die Dunkelziffer zu berücksichtigen, ist das sogar um mehr als ein Drittel aufgerundet). Zwei Menschen können in einer Gruppe von 80 natürlich stören. Sie können laut sein oder aggressiv und damit Unruhe verbreiten - vielleicht auch mal vereinzelt Schmerzen. Wenn sie sich denn tatsächlich unangepasst oder feindselig verhalten. Dass sie eine ganze Zivilisation mit sich reißen, ist allerdings unwahrscheinlich.

Was ein weniger fremder Begriff wäre:

Wertfreier wäre das schlichte Wort Migration. Wer anzeigen will, dass Menschen nicht einfach plötzlich da sind, sondern in einer aktiven Bewegung ins Land gekommen, der kann, wenn er eine negative Konnotation vermeiden will, zum Beispiel von Migrations- oder Fluchtbewegungen sprechen.

6. Hagelüken, Alexander (2015): „Flüchtlinge - jetzt ist Tempo gefragt.“

Die längste Zeit dieses Jahres war die Ausgangslage am deutschen Arbeitsmarkt ganz anders als jetzt. Die Bundesrepublik eilte von einem Beschäftigungsrekord zum nächsten. Sie durfte sich international als Vorbild fühlen, wie man sich aus einer schwierigen Lage befreit - noch vor einer Dekade suchten fünf Millionen Deutsche eine Stelle. Seit ein paar Wochen wird klar, dass Deutschland vor der nächsten großen Herausforderung steht. Die Ankunft von schätzungsweise einer Million Flüchtlingen in diesem Jahr und der völlig offene weitere Zustrom verändern die Lage völlig. Es drohen vor allem zwei Fehler: erstens die Chancen zu verschenken, die Migration einer alternden Gesellschaft bietet. Und zweitens die Schwierigkeiten zu ignorieren, die die Eingliederung der Ankommenen aufwerfen wird. Die Chancen liegen angesichts einer Bevölkerung, die in den kommenden Dekaden um zehn bis 15 Millionen Menschen schrumpfen könnte, auf der Hand. Die Sozialkassen bedürfen neuer Beitragszahler, sonst bricht ein System zusammen, in dem Junge Alte finanzieren. Gleichzeitig finden sich in manchen Regionen und Branchen schon jetzt zu wenig Fachkräfte. Allerdings, und da beginnen die Schwierigkeiten, etwa 80 Prozent der Ankommenen sind nach deutschen Vorgaben keine Fachkräfte - noch nicht. Es handelt sich ja um keine gesteuerte Zuwanderung, mit der Staaten wie Kanada zur Hälfte Migranten mit Unidiplom ins Land holen und der sich Deutschland stets verweigerte, sondern um humanitäre Zuflucht. Deshalb besteht die Gefahr, dass die Masse der Asylsuchenden lange ohne Stelle bleibt - oder nur in McJobs unterkommt. Verhindern lässt sich das nur, wenn sich Deutschland daran orientiert, wie es die Massenarbeitslosigkeit der Jahrtausendwende überwand: mit einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, nicht mit ideologischen Grabenkämpfen. Das deutsche System war die längste Zeit darauf ausgerichtet, Gründe für die Ablehnung von Asylbewerbern zu suchen und sie vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Das muss sich fundamental ändern, wenn es nicht ins Desaster führen soll. Um keine Zeit zu verlieren, sollte die berufliche Eignung mindestens der aussichtsreichen Asylbewerber schon in dem Moment erfasst werden, da sie das erste Mal mit deutschen Behörden in Kontakt kommen. Dann können Jobberater mit der Integration beginnen. Sprachunterricht muss es so schnell wie möglich geben und nicht erst nach langen Wartezeiten. Wer das für teuer hält, hat recht; lange Arbeitslosigkeit wird noch viel teurer. Mehr Geschwindigkeit ist auch bei den Beschäftigungsmöglichkeiten gefragt. Die Bundesregierung hat die Arbeitsverbote zwar gelockert, aber nicht genug. Dass Flüchtlinge eine Stelle nur annehmen dürfen, wenn sich kein deutscher Bewerber im Computer findet, egal ob der willens oder vermittelbar ist, zerstört Jobchancen. Und dass vielen Ankommenen Zeitarbeit nun doch erst nach 15 Monaten erlaubt werden soll, ist ebenfalls falsch.

Ausbildung ist enorm wichtig, aber schnelle Schmalspur-Lehrgänge bringen nichts

Am wichtigsten aber wird es sein, möglichst vielen Flüchtlingen eine Qualifizierung zu ermöglichen. Das ist eine riesige Aufgabe für Unternehmen und Bildungseinrichtungen, aber völlig ohne Alternative. Ungelernte gleich welcher Herkunft haben immer geringere Aussichten. In diesem Zusammenhang ist davor zu warnen, die Flüchtlinge durch Schmalspur-Lehrgänge zu schleusen, damit es möglichst schnell geht. Ausbildungen dauern in Deutschland im Regelfall drei Jahre, um den Betroffenen für eine komplexer werdende Berufswelt zu befähigen. Kein Kunde wird akzeptieren, dass sein Auto nach der Reparatur liegen bleibt, weil der Mechaniker nur die Hälfte beherrscht. Arbeitsministerin Andrea Nahles ruft die Betriebe auf, Flüchtlingen in großem Stil über Praktika einen Einstieg zu ermöglichen. Das klingt bestechend. Allerdings muss Nahles dafür sorgen, dass die Firmen bei aufkommenden Schwierigkeiten Unterstützung erhalten. Wenn die Betriebe rätseln, ob sie bei solchen Praktika wirklich keinen Mindestlohn zahlen müssen, wenn sie Bürokratie erleben, sollte Nahles für gesetzliche Klarheit sorgen. Das ist nicht immer ihre Stärke. In einem Punkt hat Nahles Recht: Es ist jetzt nicht der Moment, den

Mindestlohn generell aufzugeben. Es war schwierig genug, beschämende Bezahlung in Deutschland einzudämmen. Allerdings sollte die Ministerin flexibler sein, als Dogmatiker wünschen. Befristete Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge, die sich besonders schwer vermitteln lassen, sind eine Überlegung wert. Die Massenmigration ist eine historische Situation, die einige besondere Antworten erfordern wird.

7. Hagelüken, Alexander (2016): „Der Arbeitsmarkt muss sich für Flüchtlinge verändern.“

In Berlin kennt man das: Eine Ministerin verlangt vom Kassenwart der Regierung eine halbe Milliarde Euro obendrauf. Weil, wie sie rasch ergänzt, diese Aufgabe nicht "zum Nulltarif" zu leisten sei. Die Forderung wirkt von Inhalt und Vokabular wie übliches Politgeschäft. Besonders wird sie dadurch, dass hier Sozialministerin Nahles mehr Geld wünscht, um Flüchtlingen Beschäftigung zu verschaffen. Der Zustrom der Migranten, Deutschlands großes Thema zurzeit, kommt auf der Arbeitsebene an. Und zwar genau dort, wo sich entscheidet, ob die Bundesrepublik diese Herausforderung bewältigt - oder ob sie scheitert. Wenn sich die Zahl der Ankommenden begrenzen lässt und ein Großteil von ihnen Stellen findet, dürfte die Integration am Ende als gelungen gelten. Aus Sicht der Geflüchteten wie aus Sicht der Bundesbürger. Misslingt eine dieser Aufgaben, bleiben etwa viele Migranten vom Sozialstaat abhängig, steht das Land vor schweren Zeiten. Nahles' Forderung markiert, dass die Arbeitsmarktfrage jetzt in der Detailphase angekommen ist, dort, wo um einzelne Lösungen gerungen wird; was wir bisher erlebten, waren erst Euphorie und dann Pessimismus. Die Euphorie stand am Anfang, damals vergangenen Sommer, als viele Deutsche die Flüchtlinge willkommen hießen und dafür international Anerkennung fanden. Auch mancher Unternehmer gab sich sehr positiv, beeinflusst von der Aussicht, dass dem Land in 30 Jahren 15 Millionen Arbeitskräfte fehlen, wenn nichts passiert. Beispielhaft dafür steht die Vision von Daimler-Boss Dieter Zetsche, die Flüchtlingswelle werde "ein neues Wirtschaftswunder" auslösen. Auf solchen Überschwang folgte Pessimismus, nachdem die Regierung beziffert hatte, in drei Jahren könne eine Million Flüchtlinge auf Hartz IV angewiesen sein. Skeptisch stimmten auch Schätzungen, wonach 80 Prozent der Ankommenden über keinen Schul- oder Berufsabschluss nach deutschen Standards verfügen. Dazu kommen der Alarmismus der CSU und die Aggression der AfD, die den Eindruck erwecken, die Flüchtlinge stellen in erster Linie eine Bedrohung dar. Was Deutschland jetzt aber braucht, sind weder übertriebene Euphorie noch ebensolcher Pessimismus. Die Grunddaten bleiben gültig: Zuwanderung hilft, den Mangel gerade an Fachkräften zu lindern, der die Unternehmen sonst lähmen wird. Aber ein Großteil der Zuwanderer benötigt selbst Hilfe, um in den Arbeitsmarkt zu finden. Das hat in der Bundesrepublik bisher schlecht geklappt. Von den Asylbewerbern der vergangenen 20 Jahre geht nur jeder zweite einer Beschäftigung nach, bei den Deutschen sind es drei Viertel. Mehr als jeder zweite Asylbewerber kam als Ungelernter und blieb es; den Firmen fehlen aber Fachkräfte, für Ungelernte gibt es weniger Jobs als früher. Damit der gegenwärtige Zustrom keine großen Probleme auslöst, muss sich das Land völlig wandeln. Weg von einem System, das Asylbewerber traditionell vom Arbeiten abhält und sich über ihre Qualifizierung wenig Gedanken macht. Und hin zu einem Modell, das Ankommende fördert - und sie notfalls mit Sanktionen fordert, Sprache und Beruf zu lernen.

Momentan gibt es zu viele Hindernisse

Ministerin Nahles hat mit ihrer Forderung nach einer halben Milliarde Euro recht. Es ist wichtig, Flüchtlinge so schnell wie möglich zu beschäftigen, damit sie sich nicht von der Arbeitswelt entfernen. Wenn nichts anderes zur Verfügung steht eben in den umstrittenen Ein-Euro-Jobs, die bisher nur Hartz-IV-Empfängern angeboten werden. Aber solche Lösungen taugen nur vorübergehend. Zentral ist, dass die Migranten so viel Qualifikation wie möglich erhalten, um wirklich als Arbeitnehmer für eine moderne Volkswirtschaft geeignet zu sein. Das kann mit Praktika in den Firmen beginnen. Es kann parallel zu einem Hilfsjob stattfinden, mit dem viele Flüchtlinge erst mal Geld verdienen wollen, um etwas nach Hause zu schicken oder Schulden zu bezahlen. Aber es muss in einem ganz anderen Umfang als bisher geschehen, damit die Integration funktioniert. Momentan gibt es viel zu viele Hindernisse.

Das Angebot an Sprachkursen ist mangelhaft. Wenn einem Flüchtling ein Job winkt, muss geprüft werden, ob theoretisch ein anderer Kandidat aus der EU infrage kommt. Und Unternehmen, die Migranten als Praktikanten oder Lehrlinge aufnehmen, benötigen Unterstützung. Es dauert oft ein Jahr, bis Asylanträge entschieden werden. Keine Firma weiß, worauf sie sich mit einem Kandidaten in der Zwischenphase einlässt. Ob die Integration der vielen Flüchtlinge gelingt, entscheidet sich jetzt, an solchen Detailfragen. Deutschland kann dabei viel falsch machen.

8. Tempel, Florian (2019): „Bessere Konzepte sind gefragt.“

Wer weiß heute schon zu sagen, wie lange das Durchgangszentrum für Flüchtlinge am Fliegerhorst Erding gebraucht wird. Niemand kann dazu eine vernünftige Prognose abgeben. Und auch wenn irgendwann sehr viel weniger Flüchtlinge an den bayerischen Grenzen ankommen, wird der Bund das mit viel Aufwand aufgebaute Registrierungs- und Verteilungszentrum kaum sofort wieder schließen. Der Bund wird seinen "Warteraum" zumindest noch im Bestand halten wollen, um gerüstet zu bleiben. Für die Stadt Erding, die auf dem Fliegerhorstareal nach Abzug der Bundeswehr einen neuen Stadtteil plant, ist das durchaus ein Problem. Als die Auflösung des Fliegerhorstes verkündet wurde, rechnete man mit einem Abzug der Bundeswehr binnen sechs Jahren. Nun sieht es zwar eher danach aus, dass das erst 2021 der Fall sein wird. Doch das ist eine nur scheinbar lange Zeit. Einen ganzen Stadtteil zu planen und den Kauf riesiger Flächen zu finanzieren, ist eine Mammutaufgabe. Man braucht dazu nicht nur viel Vorlauf, sondern auch die Verlässlichkeit, zu konkreten Zeitpunkten loslegen zu können. Die Schaffung von Wohnraum, der angesichts des Flüchtlingszustrom dringender denn je ist, ist eine langwierige Aufgabe. Oberbürgermeister Max Gotz fordert deshalb zu recht, dass sich der Bund klar dazu äußert, wie lange der "Warteraum Erding" bestehen wird und dass ein Endzeitpunkt eindeutig vereinbart wird. Das ist, auch wenn das Flüchtlingscamp noch nicht einmal eröffnet ist, keine vorschnelle Forderung. Sie ist es auch aus einem ganz anderen Grund nicht, der nichts mit den Planungen der Stadt Erding zu tun hat. Die Unterbringung einer großen Zahl von Flüchtlingen in alten Flugzeughallen und Volksfestzelten kann nur eine Notlösung sein. Deutschland - und nicht nur Erding - braucht auf Dauer bessere Konzepte.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung:

1. Kohler, Berthold (2016): „Was auf dem Spiel steht.“

Europa zerfällt. Noch nicht das in der EU organisierte Europa mit seinen Institutionen, Gesetzessammlungen und Bürokratien – in rasender Geschwindigkeit verwittert das erträumte Europa, das nicht nur der Generation, die den Krieg er- und überlebte, Hoffnung und Leitstern war auf dem Weg in eine Zukunft der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands. Diesen Zielen sind die europäischen Völker insgesamt noch nie so nahe gekommen wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Doch in den Höhen, in denen die Einigungsbewegung angelangt ist, scheint ihr Antrieb nicht mehr zu funktionieren. Unter den Kräften, die an ihr zerrren, ist keine, die ihr Auftrieb gibt. Krisen haben den Einigungsprozess oft auf höhere Umlaufbahnen gehoben. Die Konfrontation mit der Migrationskrise könnte jedoch einen Absturz zur Folge haben, wie ihn das uneinig gewordene geeinte Europa noch nicht erlebt hat. Niemand weiß, wie viel Einheit danach noch übrig wäre. Schon das Ringen um die Erhaltung der Währungsunion führte den Europäern vor Augen, wie weit die politischen Vorstellungen in der EU immer noch auseinanderliegen (können). In ihren Grenzen treffen, wie sollte das bei der Geschichte Europas anders sein, höchst unterschiedliche Mentalitäten, Erfahrungen und Kulturen aufeinander. Allein Lage und Größe sind Ursachen dafür, dass die nationalen Interessen und Prioritäten nicht immer im Gleichschritt marschieren. Die Unterschiede in Wirtschaftskraft und Wohlstand sorgen schon innerhalb vieler Staaten für Neid und Streit.

Merkel ist zur einsamen Europäerin geworden

Zusammengehalten wird dieser Flickenteppich aus nationalen Eigenheiten von der Überzeugung, dass es den Völkern Europas zusammen besser gehe als allein, dass Solidarität besser sei als Rivalität und Freundschaft viel besser als Feindschaft. Doch das Gefühl, Teil eines großen europäischen Ganzen, einer unverbrüchlichen Schicksalsgemeinschaft zu sein, verliert an Bindekraft. In der Migrationskrise sind die Europäer zu allem Möglichen fähig, nur nicht zu einer gemeinsamen Politik. Dabei stehen nicht nur die Vorteile des Schengen-Systems auf dem Spiel. Die Flüchtlingskrise stellt den gesamten Zusammenhalt der EU und ihren Fortbestand als relevanter Faktor in der Weltpolitik auf die bislang härteste Probe. Zu den bitteren Ergebnissen der Krise zählt, dass die meisten EU-Staaten nicht mehr der deutschen Führung folgen, die in der Eurokrise noch murrend und knurrend („deutsches Diktat“) akzeptiert worden war. Angela Merkel, noch vor wenigen Wochen von einer britischen (!) Zeitschrift zur „unentbehrlichen Europäerin“ erklärt, ist wegen ihrer Politik zur einsamen Europäerin geworden. Ihr Plan, den Strom der Migranten an den Außengrenzen der EU zu drosseln und die aus humanitären Gründen aufzunehmenden Flüchtlinge fair zu verteilen, wäre zweifelsohne der beste – wenn er denn funktionierte. Doch er geht bisher nicht auf. Die Entscheidung der Kanzlerin, bis zu seiner Verwirklichung so gut wie alle Migranten aufzunehmen, halten nicht nur ihre Kritiker in Deutschland für einen schwerwiegenden Fehler. Merkels Glauben an die Macht der Integration teilen nur wenige. Kein europäischer Partner ist bereit, Erklärungen zur Verteilung der Lasten blanko zu unterschreiben, solange Deutschland den Migranten offensteht wie ein Scheunentor. Mit ihrem Sonderweg hat Merkel ihre Autorität im In- und Ausland untergraben.

Historische Erfolge werden als kostenlos angesehen

Doch gehen auch andere eigene Wege. Großbritannien denkt über den Austritt aus der EU nach, weil es nicht Teil einer „immer engeren Union“ sein will. In östlichen Mitgliedstaaten bricht sich ein Neonationalismus Bahn, der die Mitgliedschaft in der EU mit dem Souveränitätsverlust unter der Breschnew-Doktrin vergleicht. Nicht einmal die zurückgekehrte Aggressivität Russlands bringt Staaten wie Polen und Ungarn dazu, den Schulterchluss mit Berlin zu suchen. Ein Vierteljahrhundert in Freiheit und unzählige Milliarden, der Löwenanteil davon aus Deutschland, reichten offenbar noch nicht, um dauerhaft das Mindestmaß an Zusammengehörigkeitsgefühl und Kompromissbereitschaft zu erzeugen, ohne das ein Gebilde wie die EU nicht funktionieren kann. Die Europäer müssen daher nicht nur über einen Plan B (oder auch nur „A2“) zur Bewältigung der Flüchtlingskrise nachdenken, sondern auch über einen Plan C – über die Möglichkeit, dass die EU den epochalen Ansturm der Migranten nur als zutiefst zerstrittene und handlungsunfähige „Gemeinschaft“ übersteht. Dann müsste man sich auf die alte Idee eines Kerneuropas besinnen, das den Stand der Integration bewahren und vorantreiben könnte. Das wäre ein Eingeständnis des Scheiterns, weswegen viele auch nur das Nachdenken über das „Unmachbare“ scheuen. Doch ließe die Beschäftigung mit der Frage, ob die EU überdehnt und nur durch einen Rückschnitt auf einen Kern der Einigkeit und der Solidarität zu retten sei, ihre Mitglieder vielleicht auch endlich erkennen, was auf dem Spiel steht. Denn das ist zum Hauptproblem der europäischen Einigung geworden: Ihre wahrlich historisch zu nennenden Erfolge – Frieden, grenzenlose Freiheit, Wohlstand – werden als selbstverständlich und kostenlos angesehen. Das sind sie, wie die Migrationskrise es uns in vielfältiger Weise vorführt, mitnichten.

2. Astheimer, Sven (2017): „Der große Flüchtlingsirrtum.“

Wie sich die Aussagen ähneln. Während der Automobilausstellung in diesen Tagen bekundete Dieter Zetsche seinen Willen, „Teil der Lösung“ eines gewaltigen Problems sein zu wollen. Vor zwei Jahren hatte der Daimler-Chef von der Frankfurter Bühne aus eine ganz ähnliche Botschaft in die Welt gesendet. Nur dass das Problem ein anderes war. Während die Autoindustrie heute unter dem gewaltigen Druck steht, mit dem in Verruf gerateten Verbrennungsmotor im Gepäck rasch Fahrt für die elektrisch

angetriebene Zukunft aufnehmen zu müssen, gab es im Herbst 2015 nur ein Thema: die Flüchtlingskrise. Nach der Entscheidung der Bundeskanzlerin zur Aufnahme der in Ungarn festgesetzten Menschen aus dem arabischen Raum fühlten sich Zigtausende eingeladen und machten sich auf den Weg über die Balkan-Route in Richtung Deutschland. Bis zum Jahresende waren es rund 900.000. Es war die Zeit, als der Staat die Übersicht verlor, wie viele Menschen ins Land strömten und wer die Neuankömmlinge waren. „Wir schaffen das“, selten hat ein Zitat der Kanzlerin die Bevölkerung so polarisiert wie ihr Ausspruch aus jenen Tagen.

Arbeitsmigranten brauchen eine Perspektive

In diese aufgeheizte Stimmung hinein sprach Automanager Zetsche damals in Frankfurt der Kanzlerin Mut zu und betonte sogar die Chance auf ein „neues Wirtschaftswunder“, die sich bei gelungener Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ergebe. Er war damit keinesfalls alleine. Ökonomen rechneten eifrig vor, dass die unverhoffte Zufuhr an vornehmlich jungem Humankapital ein Segen für die alternde und schrumpfende deutsche Bevölkerung sei. Flüchtlinge als Antwort auf Fachkräftemangel und demographischen Wandel? Das Fatale an dieser Gleichung ist, dass sie zwei Dinge miteinander verknüpft, die strikt voneinander getrennt gehören: die Migration aus humanitären Gründen und die Zuwanderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Erstere ist ein Akt internationaler Solidarität gegenüber verfolgten und bedrohten Menschen, Letztere aus Sicht des aufnehmenden Staates eine wichtige Stellschraube der Volkswirtschaft. Während Asyl ein Recht auf Zeit ist, muss qualifizierten Arbeitsmigranten eine dauerhafte Bleibeperspektive ermöglicht werden.

Fachleute warnten von Anfang an

Die Politik hat sich lange um diese Unterscheidung gedrückt. Erst im zu Ende gehenden Bundestagswahlkampf waren Stimmen wie die des FDP-Spitzenkandidaten Christian Lindner zu hören, der die befristete Bleibeperspektive des Asylrechts hervorhob und gleichzeitig die Bedeutung eines übersichtlichen Zuwanderungssystems unterstrich. Großkoalitionär wurde das Thema dagegen totgeschwiegen, aus Angst, mit einer Asyldebatte Wasser auf die Mühlen der AfD zu schütten. Zwei Jahre nach dem großen Strom hat die Willkommenskultur von damals einer neuen Nüchternheit Platz gemacht. Echte Fachleute hatten von Anfang an gewarnt, wie schwierig die Integration von Flüchtlingen in eine hochgradig arbeitsteilige Volkswirtschaft auf dem Sprung ins digitale Zeitalter werden würde. Denn das Gros der Neuankömmlinge bestand aus Menschen mit unzureichenden Qualifikationen und fehlenden Deutschkenntnissen und nicht, wie in der überschwänglichen Berichterstattung gern der Eindruck erweckt wurde, aus syrischen Ärzten und Ingenieuren.

Viele Faktoren verhindern Integration

Derzeit haben rund 150.000 Menschen aus den Hauptasylländern eine sozialversicherte Arbeit in Deutschland gefunden, und das vor allem in Dienstleistungszweigen wie der Gastronomie, Reinigung, Logistik oder Zeitarbeit, die sonst gerne von linken Politikern als Schmutzbranchen verunglimpft werden. Dem gegenüber stehen mehr als 200.000 arbeitslose und auf Hartz-IV-Leistungen angewiesene Personen. Eine weitere Viertelmillion ist ebenfalls arbeitssuchend, nimmt aber an Sprach- und Qualifikationskursen teil und taucht deshalb nicht in dieser Statistik auf, Tendenz steigend. Schnelle Erfolge sind nicht in Sicht, im Gegenteil: Die Erfahrungen zeigen, dass viele Sprachkurse nicht mit dem gewünschten Niveau abgeschlossen werden. Oftmals tauchen die Teilnehmer irgendwann einfach nicht mehr auf. Zudem beklagt sich die Arbeitsagentur, dass einige Länder die Einhaltung der Wohnsitzauflagen nicht wirksam kontrollieren. Die Arbeitsplatzsuche ist zum Scheitern verurteilt, wenn ein Flüchtling plötzlich auf eigene Faust von Bayern ins Ruhrgebiet umzieht. Das Ein-Euro-Job-Programm von SPD-Arbeitsministerin Nahles für Asylbewerber in der Warteschleife hat sich als Flop enttarnt. Höchst bemerkenswert, dass sich für die einfachen Tätigkeiten in den Kommunen oftmals keine Kandidaten fanden – entweder mangels Eignung oder weil Asylbewerbern der Zuverdienst zu niedrig

schien. Ein Wirtschaftswunder durch Flüchtlinge ist nirgends in Sicht. Vor allem der anhaltend hohen Nachfrage am Arbeitsmarkt ist es zu verdanken, dass einige ihren Lebensunterhalt heute aus eigener Kraft bestreiten können. Doch die gute Konjunktur ist kein Naturgesetz. So wäre es schon ein Erfolg, wenn nach fünf Jahren die Hälfte der verbliebenen Flüchtlinge in Lohn und Brot wäre. Der lange Weg zur Integration kostet vor allem Zeit und sehr viel Geld. Etwas anderes anzunehmen wäre ein fataler Irrtum.

3. Frankenberger, Klaus-Dieter (2015): „Der Strom reißt nicht ab.“

Der Strom reißt nicht ab. Zehntausende Flüchtlinge sind auf dem Weg durch den sogenannten Westbalkan. Unablässig pumpt der Syrien-Krieg die Menschen in die Türkei, von wo sie dann weiterziehen. Nach wie vor kommen Tausende jeden Tag auf den griechischen Ägäis-Inseln an; mehr als 13.000 überschritten seit Freitag die Grenze zu Slowenien. Das kleine EU-Land ist heillos überfordert. Immer prekärer wird die Lage, die Transitländer kommen nicht mehr nach mit der Aufnahme, Versorgung - und der Weiterleitung der Ankommenden nach Norden, nach Österreich, Deutschland und nach Schweden, den Zielländern der allermeisten. Dort hat die ganz große Verunsicherung eingesetzt, wird das Zuversicht und Selbstvertrauen suggerierende Wort der Kanzlerin, „Wir schaffen das“, fast nurmehr sarkastisch kommentiert. Das politische Klima ist aufgeheizt wie seit Jahren nicht mehr; die Radikalisierung auf der Rechten nimmt zu, aber auch in der Mitte schwindet das Vertrauen in die politisch Verantwortlichen. Das ist der Hintergrund für den Krisengipfel an diesem Sonntag in Brüssel, der, in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich, die Dramatik des Geschehens widerspiegelt. Zu den Teilnehmern gehören die Transitstaaten des Balkans, darunter auch solche, die nicht der EU angehören, sowie Deutschland und Österreich, also diejenigen Länder, die von der Völkerwanderung besonders betroffen sind. Man wird über Notfallmaßnahmen und Lastenminderung sprechen und darüber, wie man halbwegs Ordnung in das Chaos bringen kann, vermutlich aber nicht über Grundsätzliches oder über Ursachenbekämpfung.

Die Völkerwanderung bringt vieles ins Wanken

An der Zusammensetzung der Teilnehmer kann man erkennen, welcher Ausnahmezustand „an der Route“ herrscht. Man kann daran aber auch ablesen, wie uneins die Mitglieder der Europäischen Union sind im Angesicht einer humanitären Krise, deren existentielle Dimension das Wort „Herausforderung“ nur unzureichend beschreibt. Denn Staaten und Gesellschaften sind unter einen ungeheuren Druck gekommen, der Politik droht Autoritätsverlust, weil sie die Kontrolle verloren zu haben scheint oder sogar schon verloren hat. Es ist nicht verharmlosend gemeint, wenn man sagt, dass die Euro-Krise, die uns bald fünf Jahre lang in Atem gehalten und viele Ressentiments wiederbelebt hat, sich dagegen beinahe als leicht zu bewältigen ausnimmt. Neue Gegensätze überlagern jetzt alte, Nachbarn machen sich bittere Vorwürfe. Nach all den Krisenerfahrungen der vergangenen Jahre - der Ukraine-Konflikt köchelt übrigens immer noch - stellt das Flüchtlingsthema den Zusammenhalt der EU-Mitglieder auf die vielleicht härteste Probe in der Geschichte der Union. Die Bereitschaft, die Last der Krise gemeinsam zu tragen, ist gering. Als Solidargemeinschaft tritt die EU im Moment wirklich nicht auf. Das ist bedauerlich. Und dabei darf es nicht bleiben, selbst wenn verständlicherweise EU-Mitglieder nicht in Mithaftung genommen werden wollen für eine gewaltige Fehlentwicklung, für die sie der Bundeskanzlerin mit ihren Gesten und Äußerungen die Schuld geben. Schuld am Krieg in Syrien ist Merkel allerdings nicht; auch deshalb ist die Forderung nach fairer Verteilung der Flüchtlinge in Europa nicht unziemlich. Daneben muss es jetzt darum gehen, die Balkan-Länder materiell und mit Polizeikräften stärker zu unterstützen. Natürlich muss man versuchen, den Ansturm zu steuern und, noch wichtiger, zu minimieren. Natürlich müssen die Außengrenzen der EU stärker gesichert werden - aber was bedeutet das praktisch? Das kann nur bedeuten, dass, in Kooperation mit Ländern jenseits der europäischen Peripherie, Flüchtlinge und Migranten am besten erst gar nicht auf das Staatsgebiet von EU-Ländern gelangen. Deswegen muss man Leuten wie dem türkischen Präsidenten Erdogan

entsprechende Angebote machen, er hält schließlich einen der Schlüssel zur Beherrschung der Krise in der Hand. Wenn sich Migranten erst einmal auf europäischem Territorium befinden, wird die Sache schwieriger - rechtlich, politisch, moralisch. Dann geht es im Grunde nur um Steuerung und Verteilung. Das verbreitete Nichtabschieben abgelehnter Asylbewerber belegt das; es ist nur zu begrüßen, dass dies endlich jetzt anders werden soll. Viele Bürger empfinden den fortwährenden Flüchtlingsstrom wie das Scheitern, ihn zu kontrollieren, als zu Recht unhaltbar; das gilt selbst für jene, die das Schicksal der Flüchtlinge nicht kaltlässt. Sie sehen und hören, wie die Behörden zu kämpfen haben, um mit dem Problem fertig zu werden. Und fragen sich in wachsender Verunsicherung, wie lange das so weitergehen soll. So bohren sich die Zweifel an der Handlungskompetenz, ja am Handlungswillen der Politik immer tiefer. Kein Wunder, dass der Ruf nach drastischen Abwehrmethoden lauter wird, selbst wenn es mit denen in der Praxis nicht weit her sein könnte. Die epische Völkerwanderung bringt vieles ins Wanken. Man muss alles dafür tun, dass sie nichts zum Einsturz bringt - die EU zum Beispiel. Denn die Krise, wie das Thema Einwanderung generell, spielt Rechtspopulisten und Rechtsextremen überall in Europa in die Karten.

4. Schröder, Richard (2016): „Was wir Migranten schulden - und was nicht.“

Viele Medien haben in den vergangenen Monaten deutlich zu viel Beschwichtigungsversuche unternommen und dabei die vorhandenen Ängste nicht wahrhaben wollen. Außerdem fehlte es oft an Wahrhaftigkeit. Das hörte sich etwa so an: Migration hat es in Europa immer gegeben. Immer gab es zunächst Widerstände. Aber immer war sie schließlich für alle ein Gewinn. Wenn wir die Einwanderung der Sinti und Roma sowie der osteuropäischen Juden beiseitelassen, die wir doch nicht als gelungen schönreden werden, mag das für die übrigen Wanderungsbewegungen in Richtung Deutschland der letzten Jahrhunderte zutreffen. Das waren aber immer nur innereuropäische Wanderungen, und die sind auch heute völlig unproblematisch. Auch fernöstliche Immigranten aus China, Vietnam, Korea lassen keine Integrationsprobleme erkennen. Überall in Europa aber gibt es erhebliche Integrationsprobleme mit Migranten aus islamischen Ländern. Die Hauptprobleme sind die mitgebrachten Ansichten über Frauen, Juden, Homosexuelle, Abfall vom Islam und das Verhältnis zwischen Staat und Religion. Manche sagen: Franzosen und Briten haben in der Integrationspolitik völlig versagt, wir machen jetzt alles besser. Das wird sich noch erweisen müssen. Derzeit herrscht Ernüchterung vor, weil manche Migranten anders reagieren, als wir es erwartet haben. Sie sind oft mit hochfliegenden Erwartungen gekommen, die enttäuscht werden mussten. Wir haben die Einwanderer wohl zunächst weithin nach dem Muster der Flüchtlinge gedeutet, die vor den Nazis um ihr Leben flohen. Wir pflegten ja nur von Flüchtlingen zu reden, obwohl weniger als die Hälfte derer, die da zu uns kommen, tatsächlich als Flüchtlinge anerkannt wird. Korrekter sprechen wir von Migranten. Die gegenwärtigen Migrationsströme unterscheiden sich deutlich von früheren. Verfolgte und Vertriebene waren bisher immer relativ homogene Gruppen, Hugenotten, Böhmisches Brüder, auch die Vertriebenen von 1945, auch die geflüchteten DDR-Bürger. Nun kommen sie aus vieler Herren Länder. Ausländer sind aber für andere Ausländer auch Ausländer. Deshalb gibt es nun neben dem Fremdenhass von Deutschen gegen Migranten zusätzlich den von Migranten gegen Migranten. Und kein einziger Hugenotte, Herrnhuter oder Vertriebener ist in zwei- bis dreihundert Jahren je auf die Idee gekommen, möglichst viele Unschuldige seines Gastlands umzubringen. Lange Zeit sind arbeitssuchende Migranten wie die Ruhrpolen oder die Gastarbeiter sozusagen in den Arbeitskräftebedarf eingewandert. Sie wurden ja nach Bedarf angeworben. Heute kommen sie nicht, weil unser Arbeitsmarkt nach ihnen ruft, und sind großenteils für ihn zunächst und wohl auf sehr lange Zeit gar nicht qualifiziert. Die meisten Migranten der letzten Million haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und sind zu einem exakt noch nicht erhobenen Anteil Analphabeten. Sie wollen großenteils auch keine Berufsausbildung absolvieren, sondern brauchen das schnelle Geld, um entweder ihre Schulden bei den Schleppern zu bezahlen, oder ihren Großfamilien das erwartete Geld zu überweisen. Schätzungen über die Kosten der Migranten des vergangenen Jahres divergieren stark. Manche rechnen mit 150 bis 400 Milliarden minus dauerhaft. Was

wäre Berlin ohne die Hugenotten, heißt es. Da kamen aber berufliche Spezialisten aus dem damaligen Hochtechnologieland Frankreich in des Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse mit Fertigkeiten, die hier in Sumpf und Sand unbekannt waren. Und die Anzahl der Auswanderungswilligen ist diesmal unabsehbar. Aufgrund von Befragungen wird geschätzt, dass etwa 500 Millionen aus Nahost, Mittelost und Afrika nach Europa kommen würden, wenn sie könnten. Daraus ergibt sich zwingend, dass Europa die Einwanderung kontrollieren und regulieren muss. Wer offene Grenzen Europas für alle fordert, die kommen wollen, will einige bekannte Tatsachen nicht wahrhaben. Der derzeitige Immigrationsdruck auf Europa ist aber auch zeitlich unabsehbar. Bisher waren Migrationsschübe zeitlich begrenzt, weil Verfolgungen und Vertreibungen, aber auch der Bedarf an Gastarbeitern zeitlich begrenzt waren. In einer Ausnahmesituation, etwa bei Bürgerkrieg im Nachbarland oder nach einer Naturkatastrophe, kann jedes Land sehr viele Flüchtlinge irgendwie aufnehmen, notfalls durch Zwangsbewirtschaftung auch des privaten Wohnraums, wie nach 1945. Aber solche Überforderungen kann kein Land auf Dauer ertragen. Angesichts eines tendenziell unbegrenzten Migrationsdrucks müssen unsere Aufnahmekapazitäten unter Bedingungen dauerhafter Normalität, also ohne Zusammenbruch der üblichen Abläufe, in Rechnung gestellt werden. Und da hat sich ergeben: Eine Million Migranten jährlich überfordert Deutschlands organisatorische Möglichkeiten bereits massiv und führt zudem zu schwer kalkulierbaren, überwiegend ablehnenden Reaktionen der einheimischen Bevölkerung, einschließlich integrierter Migranten, die über Massenzuwanderung aus ihren Heimatländern gar nicht erfreut sind. Das Argument der Organisation Oxfam, arme Länder würden viel mehr Flüchtlinge aufnehmen als reiche, ist doppelt schief. Arm oder reich macht hier nicht den Unterschied, sondern Nähe und Ferne zu den Herkunftsländern. Die Nachbarn der zerfallenen Staaten bringen notgedrungen Hunderttausende seit Jahren in quadratkilometergroßen Zeltlagern unter. Diese Lösung schließen wir für Deutschland aus. Oxfam unterstellt zudem, die beste Hilfe für Flüchtlinge sei, sie aus fernen Ländern zu uns zu holen. Aber stimmt das denn auch? Wir bezahlen für jeden Migranten, ehe er seinen Lebensunterhalt selbst verdienen kann, monatlich das jährliche Durchschnittsgehalt der Herkunftsländer. Von demselben Geld könnte im Herkunftsland fünfzig Menschen geholfen werden. Was sind die Ursachen für die gewaltigen Migrationsströme? Man möchte an erster Stelle Bürgerkriege verantwortlich machen. Das ist nicht falsch. Aber die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge suchen Sicherheit im eigenen Land oder in Nachbarländern, weil sie sich dort besser zurechtfinden als in fernen Ländern, deren Sprache sie nicht kennen, aber auch deshalb, weil viele kein Geld für Fernreisen haben - und Visa auch nicht. Denn Flüchtlinge haben zwar das Recht, ohne Genehmigung die Grenze zu überschreiten, die sie vor Verfolgung rettet. Sie haben aber kein Recht auf visafreies Reisen weltweit. Überall in der Welt ist ungenehmigte Einreise strafbar. Der Migrationsstrom des vorigen Jahres nach Europa lässt sich so aber nicht erklären. Denn jene Bürgerkriege waren gar nicht plötzlich heftiger geworden. Die Flüchtlinge kamen überwiegend aus Lagern in für sie sicheren Nachbarländern. Da aber einige reiche Länder ihre Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk, das die Lager unterhält, nicht gezahlt hatten, mussten die Nahrungsmittelrationen unzumutbar gekürzt werden. Das löste den Flüchtlingsstrom aus. Ein bisschen erinnert das an den Februar 1990, als Leipziger Demonstranten drohten: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr.“ Es waren Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, von wohlhabenden Ländern leichtfertig in Kauf genommen, die diesen Flüchtlingsstrom nach Europa in Gang gesetzt haben. Nicht der niedrige Lebensstandard, nicht einmal das Leben in einem Flüchtlingslager allein führt zu Massenmigration, sondern die Hoffnungslosigkeit. So war es auch im Herbst 1989. Der Lebensstandard war in der DDR gar nicht akut gesunken, aber der Widerstand der SED-Führung gegen Gorbatschows Kurs löste Endzeitstimmung aus. Als weitere Fluchtursachen werden zumeist Hunger und Elend genannt. Auch das stimmt so nicht ganz. Nach Europa gelangen nicht die Ärmsten. Denen kann, nota bene, nur vor Ort geholfen werden. Sie können die Tausende Euro, die Schlepper verlangen, gar nicht aufbringen. Die zu uns kommen, sind sichtlich nicht unterernährt. Aus Afrika kommen vorwiegend Angehörige der (unteren) Mittelschicht, aus Nahost auch Besserverdienende. Oft legen Großfamilien zusammen, um einen Residenten in Europa zu haben, der sie unterstützt. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn er seinen Lebensunterhalt hier selbst verdient. Es gibt erfreulicherweise Erfolge im Kampf gegen die lähmende Armut der Unterernährung.

Das wird aber den Migrationsdruck nicht mindern, sondern die Zahl derer erhöhen, die sich die Reise nach Europa leisten können. Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten zeigen auch dem hintersten Winkel dieser Welt, wie wir im nördlichen Westen leben. Und erfolgreiche Migranten in Europa telefonieren reichlich mit ihren fernen Verwandten. Dabei entstehen auch übertriebene Erwartungen an das, was Auswanderer hier erwartet. Schlepper streuen zudem Gerüchte. Das erklärt die Enttäuschung mancher Migranten, die sich betrogen fühlen, wenn sie das fälschlich Versprochene nicht bekommen. Menschenschmuggel ist übrigens heute für die organisierte Kriminalität einträglicher als Rauschgift- und Waffenschmuggel. Diese menschenverachtende Geldgier war und ist die Hauptursache für das massenhafte Ertrinken im Mittelmeer auf hochseeuntüchtigen Booten. Den Schleppern könnte das Handwerk gelegt werden, wenn alle Schlepperboote an die afrikanische Küste zurückgebracht würden und es dort Lager gäbe, in denen Anträge auf Asyl oder Einreise gestellt werden können. Im Hintergrund der Migrationsströme dürfte aber als mächtiger Motor der demographische Faktor stehen. Die Kindersterblichkeit ist in den Herkunftsländern gesunken, nicht aber die Kinderzahl. Für die zweiten, dritten, fünften Söhne hinterlässt aber die Elterngeneration keine Arbeitsplätze. Sie müssten neu geschaffen werden. Das dürfte auch ein Grund dafür sein, dass mehr als siebzig Prozent der Migranten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan alleinstehende junge Männer sind. Die haben, wie man von Soldaten wissen kann, oft ein sexuelles Problem. Gunnar Heinsohn behauptet plausibel, dass dieser Überschuss an jungen arbeitslosen Männern die Rekrutierung von Bürgerkriegern enorm vereinfacht, also auch den Terror befördert. Europa hatte im 19. Jahrhundert dasselbe demographische Problem. Viele junge Männer, die den elterlichen Hof nicht erben konnten, gingen in die entstehende Industrie, andere wanderten in die Neue Welt aus. Dort wurde ihnen aber nicht das Existenzminimum als Sozialleistung angeboten, sondern Ackerland im Wilden Westen oder fürs Erste ein Job als Tellerwäscher. Beides ist in Europa heute nicht zu vergeben. Für eine vernünftige Urteilsbildung in Sachen Migration sind zwei Unterscheidungen unentbehrlich. Erstens die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen, die einer Gefahr für Leib und Leben oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung ihrer Menschenwürde entronnen sind und zunächst Bleiberecht für die Dauer der Gefahr erhalten, und Einwanderern, die ihre Heimat dauerhaft oder auf Zeit verlassen, um anderswo bessere Lebenschancen zu finden. Das eine Mal entscheidet das Woher, das andere Mal das Wohin. Für die Migranten selbst kann sich beides verbinden. Sie wollen zum Beispiel dem syrischen Bürgerkrieg entfliehen, aber unbedingt nach Deutschland oder Schweden, weil sie dort am kräftigsten unterstützt werden. Dieser Plan ist ihnen nicht zu verübeln. Einen Rechtsanspruch haben sie aber nur auf Schutz und nicht auf Glück. Und die aufnehmenden Staaten unterscheiden bei der Gewährung von Aufenthaltsrechten ganz klar: Flüchtling oder Einwanderungswilliger? Flüchtlinge bekommen immer zunächst nur ein Aufenthaltsrecht für drei Jahre. Einwanderer müssen eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllen, um einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Jedenfalls müssen sie für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen können, was für Flüchtlinge keine Aufnahmebedingung sein darf, denn bei ihnen geht es ja um ihr Leben. Flüchtlingen schützenden Aufenthalt zu gewähren ist eine Forderung der Humanität. Das darf auch etwas kosten, oder: Es muss sich nicht lohnen. Obergrenzen darf es hier höchstens geben, wenn wirklich Überlastung droht. Ultra posse nemo obligatur, niemand ist verpflichtet, mehr zu leisten, als er kann. Diese Schutzverpflichtung gilt auch, wenn sie über sichere Staaten zu uns kommen, ohne dort bereits Asyl beantragt zu haben. Bei Einwanderern dagegen dürfen wir unsere Interessen geltend machen und auch Obergrenzen festlegen. Einwanderung muss sich auch für uns lohnen. Jedenfalls darf sie auf lange Frist nicht defizitär sein. Und immer muss gelten: Nothilfe hat Vorrang vor Wohlfahrtshilfe. Deutschland hat sich nun ein Spezialproblem geschaffen, indem es jedem, der ankommt und Asyl beantragt, bis zum Entscheid Aufenthalt und Geldleistungen gewährt. Das ist offenbar ein mächtiger Anreiz zum Kommen, auch im Fall eines völlig aussichtslosen Asylantrags. Aber unsere Einwanderungsbedingungen sind sehr restriktiv. Deshalb beantragen diejenigen, die eigentlich einwandern wollen, Asyl. Daran haben wir uns so gewöhnt, dass wir bei Flüchtlingen ganz selbstverständlich annehmen, sie kommen, um zu bleiben. Nach dem Ende des Bosnien-Krieges sind aber die meisten Flüchtlinge zurückgegangen; es kann im Fall Syrien auch so sein. Und wir haben die

Zuwanderung de facto ersetzt durch die Einbürgerung von integrierten Flüchtlingen auch dann, wenn die Hinderungsgründe für eine Heimkehr nicht mehr bestehen. Gegen diese Einbürgerung ist nichts einzuwenden, sobald Flüchtlinge für ihren eigenen Lebensunterhalt tatsächlich aufkommen. Unsere Interessen hinsichtlich der Lücken in unserem Arbeitsmarkt werden so aber kaum berücksichtigt. Das wäre aber die Aufgabe einer vernünftigen Einwanderungspolitik. Die deutsche Wirtschaft hat sich bisher für großzügigen Zuzug ausgesprochen. Das ist vielleicht nicht ganz uneigennützig. Denn auch wenn lediglich zwanzig Prozent der Flüchtlinge in absehbarer Zeit in den Arbeitsmarkt integriert werden können, wäre das für sie ein Vorteil. Die Kosten der übrigen achtzig Prozent trägt derweil der Staat oder die Allgemeinheit. Ungeregelte Zuwanderung ist die unrentabelste Art, fehlende Arbeitskräfte zu gewinnen. Dass diejenigen bleiben dürfen, die es bis zu uns geschafft haben, ist zudem eher sozialdarwinistisch als gerecht. Noch schwerer wiegt aber, dass über Jahre hin diejenigen, die kein Bleiberecht bekommen konnten, trotzdem hierblieben, so dass sich in Deutschland die irri- ge Auffassung namentlich unter Intellektuellen verbreitet hat, jeder, der kommt, dürfe bleiben und sollte auch bleiben dürfen. Weit verbreitet scheint auch die Auffassung, Grenzen, die nicht für alle Menschen durchlässig sind, seien eigentlich überholt und jedenfalls inhuman. Es kann aber keinen Staat geben ohne Grenzen und ohne Grenzregime. Wo zwischen Staaten die Aufhebung der Grenzkontrollen vereinbart wird, muss das Grenzregime an die gemeinsamen Außengrenzen verlagert werden. Kontrollierte Grenzen sind einerseits aus demokratischen Gründen nötig. Die Einwohner wollen mindestens durch ihre Regierung entscheiden, wer kommt und bleiben darf. Sie sind aber auch aus staatsorganisatorischen oder bürokratischen Gründen nötig. Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt kann es immer nur in einem begrenzten Gebiet geben. Namentlich der Sozialstaat schließt unkontrollierten Zuzug aus, andernfalls stünden unbegrenzten Ausgaben begrenzte Einnahmen gegenüber. Aber auch die Rechtssicherheit kann nur von Institutionen gewährleistet werden, die für ein definiertes Gebiet zuständig sind. „Die Denkfigur nationaler Homogenität ist historisch überholt“, wird behauptet. Mit dieser Homogenität war es noch nie weit her in Europa. Preußen und Habsburg waren Vielvölkerstaaten. Es werden aber auf absehbare Zeit alle Staaten Europas bei ihren bisherigen Amts- und Verkehrssprachen bleiben. Diese sprachliche Homogenität wird fortbestehen. Auch das Interesse an der jeweiligen Nationalkultur, an nationalen Gedenk- und Feiertagen wird Bestand haben. Integration heißt doch nichts anderes, als mit alldem vertraut zu werden, ob das nun Leitkultur oder sonst wie genannt wird. Und wie steht es mit den Armuts- oder Wirtschaftsflüchtlingen? Manche behaupten, sie müssten den Flüchtlingen gemäß Genfer Konvention gleichgestellt werden, denn Hunger und Bomben töten gleichermaßen. Bomben rechtfertigen aber gar nicht jenen Flüchtlingsstatus, denn der gilt nur für individuell Verfolgte. Sie rechtfertigen aber den minderen Status des subsidiären Schutzes, weil niemand in ein Land zurückgeschickt werden darf, in dem ihm Gefahr für Leib und Leben droht. Auch das ist so ganz in Ordnung. Jene Gleichsetzung von Hunger und Bomben ist aber aus ernsteren Gründen abwegig. Es kommen ja gar nicht die Hungernden zu uns. Und es gibt viele wohlprobierte Strategien gegen Hunger vor Ort: Bildung vor allem, Mikrokredite, Öffnung unserer Märkte für Produkte aus armen Ländern. Dagegen allerdings werden vor allem unsere Landwirte auf die Straße gehen. Die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen in fernen Ländern ist kein effektiver Beitrag zur Armutsbekämpfung dort oder zum Ausgleich des Gefälles zwischen Nord und Süd. Gegen Krieg und Bürgerkrieg dagegen gibt es keine bewährten Rezepte. Deshalb sind viele Bemühungen gescheitert. Die andere Unterscheidung, die hier weiterhelfen kann, mag überraschen. Es ist die Unterscheidung von Barmherzigkeit und Gerechtigkeit. Barmherzigkeit ist ein Affekt, ein humaner und höchst erfreulicher, nämlich, dem Wortsinn folgend, ein Herz zu haben für die Armen und Elenden, lateinisch „miseri- cordia“. In unserer Tradition steht dafür der barmherzige Samariter (Lukasevangelium 10,25). Zwischen Jericho und Jerusalem war jemand unter die Räuber gefallen, erzählt Jesus. Ein Priester kam vorbei und ein Levit. Sie schauten weg. Aber ein Samariter (für Juden ein Ketzer) erbarmte sich, versorgte die Wunden, brachte den Mann in ein Gasthaus und bezahlte die Pflegekosten. Dem Barmherzigen geht die Not des Elenden zu Herzen, er fragt nicht viel und hilft. Der Gegensatz dazu ist das kalte oder steinerne Herz. Barmherzigkeit hat ihren Ort in erlebbaren Nahbeziehungen (oder in erlebbar gemachten

Fernbeziehungen). Es kann davon nie genug geben. Und sie darf unbekümmert einseitig und parteilich sein für die Notleidenden. Der klassische Ausdruck der Barmherzigkeit war das Almosengeben. Seit der Reformationszeit wird es aber kritisiert, weil es das Bettelwesen stabilisiere. Stattdessen wird Sozialpolitik aus öffentlichen Kassen gefordert. Gerechtigkeit ist ursprünglich eine Tugend oder Verhaltensweise: Gleiches gleich behandeln, und zwar nach allgemeinen Regeln. Barmherzig zu sein, ist gelegentlich einfacher, als gerecht zu sein. Wäre der barmherzige Samariter auf mehrere Elende gestoßen, wäre er mit dem Gerechtigkeitsproblem konfrontiert worden, wen er mitnehmen kann und wen er zurücklassen muss, da er nur ein Reittier hatte. Gerechtigkeitsprobleme entstehen immer unter Bedingungen der Knappheit. Wo sie auftreten, lassen sich nie alle Erwartungen erfüllen. Das ist unangenehm, und deshalb ist die Perspektive der Barmherzigkeit beliebter, besonders dann, wenn andere zahlen sollen oder der Staat. Einzelne können barmherzig sein, auch Institutionen, die sich der Barmherzigkeit verschrieben haben. Der Staat aber darf nicht barmherzig sein, weil er gerecht sein muss. Er muss nach Regeln verfahren und die Folgen bedenken. Wenn er Ausnahmen machte, wäre er korrupt. Denn Korruption ist ja nichts anderes als die vorteilhafte Ausnahme für wenige auf Kosten der Allgemeinheit. Daraus folgt: Bei jeder Regelung der Migration, die Gerechtigkeit anstrebt, wird es immer auch Härten, Enttäuschungen und unerfüllte Erwartungen geben. Ein Autokrat kann Gnade vor Recht ergehen lassen. Im Rechtsstaat ist das regelmäßig nicht zulässig. Für das Bleiberecht gibt es zwar eine Härtefallkommission, aber auch die ist an Regeln mit definierten Ermessensspielräumen gebunden - um der Rechtssicherheit willen. Es gibt viele Schicksale, die das mitfühlende Herz rühren, aber keine Aufenthaltstitel rechtfertigen, weil entsprechende Regeln nicht möglich sind. Wer Haus und Hof verkauft hat, um die Schlepper zu bezahlen; wer sich auf Schlauchbooten im Mittelmeer der Todesgefahr ausgesetzt hat; wer unter Missernten leidet; wer sich vor der Rückkehr fürchtet, weil seine Großfamilie ihm vorhält, das Reisegeld vergeudet zu haben oder wer, ohne persönlich verfolgt zu sein, unter dem Leben in einer Diktatur leidet, hat dadurch keinen Aufenthaltstitel erworben und muss zurück, wenn das ohne Gefahr für ihn möglich ist. Das ist tragisch und rührt das Herz. Der Ausdruck „Willkommenskultur“ war und ist irreführend. Weniger als die Hälfte derer, die Asylanträge stellen, bekommen auch einen Aufenthaltstitel. Für die anderen war das „Willkommen“ ein falsches Versprechen. Es hätte heißen müssen: „Wir bedauern, dass ihr fliehen musstet, und bieten euch gern Schutz und Hilfe für die Zeit, die ihr hier seid. Ob ihr dauerhaft bleiben dürft, entscheiden aber die Behörden und hoffentlich schnell.“ Und wir sollten diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht erwerben können, möglichst davon abhalten, ihr Geld an Schlepper zu verschwenden. Aber namentlich bei denen, die zurückgeschickt werden, wären Werke der Barmherzigkeit sehr hilfreich: für einen Neustart. Noch besser wären begleitende Patenschaften. Die finanzielle Unterstützung muss aber spürbar geringer sein als die Schlepperkosten, denn sonst wird die versüßte Ablehnung ein weiteres Motiv, sich auf die Reise zu begeben. Es wäre viel gewonnen, wenn Barmherzigkeit und Gerechtigkeit sich angemessen ergänzten und begrenzten.

5. Von Altenbockum, Jasper (2015): „Scherbenhaufen der Asylpolitik.“

Wieder, wie vor mehr als zwanzig Jahren, hat sich Deutschland durch seine Asylpolitik in eine Lage manövriert, in der es nur Verlierer gibt. Die Verliererkette reicht von Europa über Berlin bis in deutsche Dörfer. Weil Deutschland der Magnet für Flüchtlinge ist (und für solche, die sich nur so nennen), sehen es unsere Nachbarn nicht ein, warum sie die Reise dorthin unterbrechen sollten. Weil der Bund nicht in der Lage ist, daran etwas zu ändern, reicht er die Last - in Form von unbearbeiteten Asylanträgen, überlasteten Aufnahmelagern und nur sporadischer Abschiebung - an die Länder weiter. Weil die Länder nicht in der Lage sind, ausreichende Kapazitäten vorzuhalten, sich gleichzeitig nicht imstande sehen, ihrerseits konsequent abzuschicken, landet das Problem noch weiter unten. Die Kommunen müssen ausbaden, was Bund, Länder und EU anrichten. Welche absurden Blüten diese Kette treibt, sieht man daran: Je länger die Kette der Überforderung reicht, desto undeutlicher wird, wer eigentlich ein Flüchtling ist. Migrant werden selbst aus europäischen Staaten nach Deutschland gelockt, die EU-

Beitrittskandidaten sind, weil sie hier von der Flüchtlingshilfe besser leben als in ihrer Heimat. Von dort - besonders eindringlich sind die Beispiele Albanien und das Kosovo - wird die Bundesregierung geradezu angefleht, doch endlich die „Pull-Faktoren“ abzustellen, die ganze Landstriche entvölkern. Doch auch das bringt die deutsche Politik nicht dazu, aus „Flüchtlings“ wieder Migranten zu machen, die zurückkehren müssen. Nicht einmal in diesen Fällen gelingt es, die Verwaltung so auszurüsten, dass sie Konsequenzen ziehen kann. Lieber lässt Deutschland weiterhin Schleuser ihre Geschäfte treiben. Eklatante Missstände im deutschen Asylsystem werden nicht nur nicht behoben, sie sollen offenbar gar nicht behoben werden. Warum das so ist, lässt sich an Sätzen ablesen, die etwa die Grüne Katrin Göring-Eckardt gerne sagt: „Ich hoffe sehr, dass die Bundeskanzlerin irgendwann in ein Flüchtlingsheim geht, sich dort die Geschichten erzählen lässt und dann auch sagt: Ja, das sind Neubürgerinnen und Neubürger dieses Landes.“ So naiv wird Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht sein, wenn sie am Mittwoch in Heidenau nach den dortigen Ausschreitungen eine Notunterkunft besucht. Was sollen solche Sprüche? Gibt es noch einen Asylstatus? Einen Flüchtlingsstatus? Ein Bleiberecht? Die Abschiebung? Oder ist alles egal? Der Satz soll heißen: Wer hierherkommt, muss, ob er einen Anspruch auf Aufenthalt hat oder nicht, eingebürgert werden. Bürgermeister und Landräte können darüber angesichts drohender Erschöpfung und rechtsradikaler Milieus, die solche Anmaßungen gnadenlos ausnutzen, nur den Kopf schütteln. Realitätsferne in der politischen Diskussion führt dazu, dass von den Vorschlägen, die Wege aus einer schier ausweglosen Entwicklung weisen, nur die angenehmen großen Widerhall finden. Es sagt sich leicht, dass vor allem die Fluchtgründe bekämpft werden müssten. Das tut Deutschland schon lange - wann sollte es damit jemals auf einen grünen Zweig kommen? Ein anderer Vorschlag ohne große Verbindlichkeit ist eine Reform des Dublin-Abkommens. Es wäre sicher lobenswert, wenn es dazu käme und wenn ein ergänzendes Quotensystem eingeführt würde. Ändert das aber etwas daran, dass die Europäische Union im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen Anziehungspunkte weltweiter Flüchtlingsbewegungen sind?

Mehr Einwanderung als je zuvor

Die unangenehmen Vorschläge klingen anders und sind nicht ganz so beliebt. Denn sie zielen darauf, Flüchtlinge, die sich nur so nennen, davon abzuschrecken, ihre Heimat zu verlassen oder nirgends anders hinziehen zu wollen als nach Deutschland. Das kann durch Einschränkung der Leistungen geschehen; durch eine konsequente und weit besser organisierte Abschiebung; durch Sanktionen gegen Staaten, die gegen Schleuser nichts unternehmen, sondern, im Gegenteil, deren Werk durch Nichtstun noch unterstützen. Das kann aber auch durch ein Grenzregime geschehen, das die Interessen des deutschen Staats besser schützt als heute. Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass diese oder andere Vorschläge dazu führen, von heute auf morgen die Aufnahmelager wieder schließen zu können. Deutschland wird sich auf eine Einwanderung einstellen müssen, die weit über das hinausgeht, was es aus seiner jüngeren Geschichte kennt. Doch so, wie sie Deutschland jetzt überwältigt, lässt sich das kein Einwanderungsland bieten, das den Namen verdient - ungeordnet, ohne Rücksicht auf geltendes Recht, ohne Rücksicht auf tatsächliche Bedürfnisse, überhöht durch tugendreiche Appelle, zu Lasten von Errungenschaften, die es zu dem Magneten machen, der es ist. Es mag sein, dass Deutschland dringend auf Einwanderung angewiesen ist. Wenn es dazu aber den Scherbenhaufen der Asylpolitik ausschachten will und den Sinn dafür verliert, wen es wirklich braucht und wen nicht, wird es sich am Ende zwar voller Inbrunst Einwanderungsland nennen dürfen. Tatsächlich aber ist es dann nicht mehr als ein migrationspolitischer Moralprediger zwischen den Welten.

6. Von Altenbockum, Jasper (2015): „Merkels fatale Signale.“

Sehr viel ist noch nicht passiert, damit die deutsche Regierung sagen könnte, im nächsten Jahr sinke die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, auf ein akzeptables Niveau. Am wenigsten noch auf EU-Ebene. Auf die Einrichtung arbeitsfähiger „Hot Spots“ in Griechenland und Italien wird Deutschland noch eine Weile warten dürfen, also auch auf eine geordnete Registrierung der Flüchtlinge

bei ihrer Ankunft in der EU. Solange aber nicht einmal das funktioniert, wird auch die „gerechte“ Verteilung der Flüchtlinge in der EU auf sich warten lassen. Von 160.000 Flüchtlingen sind gerade einmal 940 verteilt worden. Muss man noch mehr sagen?

Weder Druck noch Anreiz, etwas zu ändern

Der Grund für diese europäische Apathie liegt darin, dass es für die meisten EU-Mitglieder weder Druck noch Anreiz gibt, etwas zu ändern. Solange Deutschland den Anschein erweckt, es sei in der Lage, täglich weit mehr als tausend Migranten aufzunehmen, so lange werden die Länder entlang den bestens organisierten Routen gen Norden keine Veranlassung sehen, den Strom zu ordnen. Daran werden auch noch so viele EU-Krisengipfel wie der am Sonntag nichts ändern. Erst wenn Deutschland sich entschließt, das zu tun, was die meisten anderen EU-Mitglieder tun, nämlich der ungehinderten Einwanderung in die EU buchstäblich nationale Grenzen zu setzen, wird der Druck wachsen, auf die deutschen Wünsche einzugehen. Anreize, vor allem finanzielle, könnten dann wiederherstellen, worauf die deutsche Politik eigentlich zielt: Sicherheit und Ordnung. Derzeit aber baut die Bundesregierung Druck allein in Deutschland auf - in der Bevölkerung, in der Koalition, in den Kommunen. Sie handelt so, als habe sie sich mit dem Zustrom abgefunden und wolle durch Abschiebungen allenfalls für Korrekturen sorgen. Auch die neueste Forderung Berlins, mit Afghanistan ein Rückführungsabkommen zu schließen, folgt dieser Linie. An der Flüchtlingskrise ändert auch das erst einmal nichts. Die EU-Mitglieder, die Türkei und die Balkanstaaten werden sich nicht zum schnellen Handeln genötigt fühlen, wenn Deutschland seine Verhandlungsposition nicht etwa stärkt, sondern noch zusätzlich dadurch schwächt, dass in der Koalition „Transitzonen“ und andere Formen eines besseren nationalen Grenzregimes für Teufelszeug erklärt werden. So lässt Berlin den Druck zwar weiter und weiter wachsen - aber an der falschen Stelle. Das ist fatal.

7. Von Petersdorff, Winand (2015): „Lügen in Zeiten der Migration.“

Die Behauptung, dass Migration den aufnehmenden Ländern nütze, macht die Runde. Länder wie Deutschland würden reicher und bunter. Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Nichtregierungsorganisationen verbreiten die These. Die frohe Botschaft bekommt Flügel, weil ihr all die guten Menschen Auftrieb verleihen. Aber wie glaubwürdig sind solche Aussagen? Die Auswahl der Studien, die die Günstigkeit der Einwanderung beweisen sollen, ist vorgeprägt von einer Moral, die Migration gutheißt. Nie würde eine Organisation wie die Weltbank Marketing für die Idee machen, dass Migration den aufnehmenden Ländern schadet. Am Ende ist es all den Entwicklungsinstitutionen im Geschäft der Politikberatung wichtiger, gut zu sein als wahrhaftig.

Ein Migrationsforscher warnt vor seinen Kollegen

Parteiisch ist auch ein Teil der Wissenschaft, die mit ihren Simulationen bewiesen haben will, dass die Weltgemeinschaft von der Grenzenlosigkeit nur profitiert. Der führende Migrationsforscher der Welt, der aus Kuba stammende und in Harvard lehrende Ökonom Jorge Borjas, warnt ausdrücklich vor seinen Kollegen: „Hütet euch vor jenen Sozialingenieuren, die der Welt Billionen versprechen, wenn sie nur ihre Grenzen niederreißt. Ihre Versprechen beruhen auf windigen Modellen und ungenügenden Beweisen.“ Fadenscheinig ist das Pro-Migrations Argument, die Einwanderer und Flüchtlinge befreien die deutsche Gesellschaft vom Los der Vergreisung. Wer so etwas verbreitet, will vermutlich lieber nicht, dass man mal nachrechnet. In dem sehr theoretischen Fall, dass Deutschland eine Million 25-Jährige ins Land ließe, würde das Durchschnittsalter der Deutschen von 43 auf 41 Jahre sinken. Das ist nicht der große Durchbruch. Entscheidend ist die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt, um die finanziellen Lasten einer vergreisenden Gesellschaft auf mehrere Schultern zu verteilen. Es ist aber gerade nicht klar, ob das gelingt. Als Westdeutschland vor 50 Jahren über Gastarbeiter debattierte, sagte der Schriftsteller Max Frisch den Satz: „Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es sind Menschen gekommen.“ Wir wissen schlicht nicht, ob alle gut mitarbeiten können, ob sie die Kraft aufbringen, das

Alte hinter sich zu lassen, um sich gut einzugliedern, und wie hoch die wahren Kosten ihrer Integration sind. Wir wissen noch nicht einmal, ob die Flüchtlinge unter den Migranten denn bleiben werden, wenn sich ihre Heimatländer beruhigt haben. Was wir allerdings doch gelernt haben, ist, dass sich Migranten schwer aufhalten lassen. Dies widerspricht dem Eindruck, den Politiker zu vermitteln trachteten. Sie reagierten auf die Flüchtlingsströme mit der Forderung, man müsse den Schleusern das Handwerk legen. Die jüngere Geschichte der Migration ist die einer Militarisierung der europäischen Südgrenze, die in Spanien begann, in Italien fortgesetzt wurde und nun Osteuropa erreicht. Europa gibt jetzt schon Milliarden für die Überwachung und Abwehr der Flüchtlinge aus und züchtet damit Spezialisten heran, die von europäischen Politikern als menschenverachtende Schleuser verunglimpft und von vielen Flüchtlingen eher als Dienstleister der Freiheit empfunden werden. Die Politik wird die Schleuser nicht bremsen, indem sie die Kontrollen verschärft. Im Gegenteil bringt man die Schleuser damit erst ins Geschäft. An grünen Grenzen gibt es keine Menschenschmuggler. Wenn die deutsche Politik die Kontrolle über Zuwanderung behalten will, ohne einen eisernen Vorhang rund um Europa zu errichten, dann muss sie selbst ins Geschäft des Schleusens einsteigen und die Beförderung der Leute organisieren, die sie haben will. Das muss nicht unentgeltlich sein. Die Flüchtlinge zahlen ihren Schleusern vierstellige Beträge für ihre Passagen. Noch eine kleine elegante Lüge macht die Runde: Der Strom der Einwanderer sei auszutrocknen, wenn man die Herkunftsländer befriede oder in sie investiere. Na dann, viel Spaß beim Versuch, Syrien, den Irak oder Libyen zu bändigen. Viel Erfolg auch in Bulgarien und Albanien, die jetzt schon von der internationalen Gebergemeinschaft stark unterstützt werden. Für die Zuwanderung gibt es keine einfache Lösung. Man kann aber mit guten Gründen die Zuwanderung möglich machen, selbst wenn ihre Nützlichkeit nicht ausgemacht ist.

8. Müller, Reinhard (2015): „Nicht für jeden offen.“

Ist Deutschland ein Einwanderungsland? Offenbar, denn Hunderttausende kommen Jahr für Jahr in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Auch ist es nur eine Illusion gewesen, die sogenannten Gastarbeiter und ihre Familien gingen irgendwann schon wieder zurück, und falls nicht, dann gelinge die Integration schon irgendwie von selbst. Ist Deutschland ein Einwanderungsland? Nie und nimmer, wenn man diesen Begriff klassisch versteht. Einwanderungsländer sind nämlich jene Staaten, die noch vor gar nicht allzu langer Zeit über jeden Siedler froh waren, die heute aber nur noch wenige handverlesene Fremde ins Land lassen, und jeden weiteren Zustrom rigoros abwehren. Deutschland dagegen hat nach allen Seiten offene Grenzen, eine immer noch liberale Asylregelung und hohe humanitäre und soziale Standards. Ein Einwanderungsgesetz darf nicht als falsches Willkommenssignal an die vielen verstanden werden, die man nicht einladen kann, ohne die eigene Gesellschaft, das eigene Volk (ja, das gibt es noch) zu gefährden. In der Sache war stets klar, dass es sinnvoll ist, die bestehenden guten Regeln zusammenzufassen und noch besser zu machen. Es wäre etwa zu klären, wie sicherzustellen ist, dass diejenigen hierbleiben können, die gebraucht werden, und dass die, die in ihrer Heimat gebraucht werden und offensichtlich nicht verfolgt werden, schnell zurückgeschickt werden können. Entscheidend ist wie immer nicht der Name eines Gesetzes, sondern das, was drinsteht und dann daraus gemacht wird. Wenn die Union eine Botschaft senden will, dann bitte: Wir sind offen, aber nicht für alles und jeden.

- Junge Freizeit:

1. Paulwitz, Michael (2017): „Vor dem nächsten Ansturm.“

Die Asylkrise ist nicht vorbei, sie holt nur Luft. Während Unionspolitiker im Wahlkampfmodus die Bürger mit angekündigten Grenzkontrollen ruhigstellen, bereitet sich über den „Familiennachzug“ die Potenzierung der bisherigen illegalen Einwanderung vor. Familiennachzug nach Deutschland zielt darauf ab, aus vorübergehendem Aufenthalt einen permanenten zu machen. Es ist die Ruhe vor dem nächsten Ansturm. Die Asylkrise ist nicht vorbei, sie holt nur Luft. Die illegalen Einreisen über Libyen,

das Mittelmeer und Italien haben sich im ersten Quartal 2017 um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht, die illegalen Übertritte über die deutsch-schweizerische Grenze mehr als verdreifacht. Während Unionspolitiker im Wahlkampfmodus die Bürger mit vage angekündigten Grenzkontrollen ruhigstellen wollen, bereitet sich über den „Familiennachzug“ die formale legale Potenzierung der bisher erfolgten illegalen Einwanderung vor. 105.000 Familiennachzugsvisa sind laut Städte- und Gemeindebund allein im Jahr 2016 ausgestellt worden. 267.500 als Syrer Eingereiste haben bereits jetzt Rechtsanspruch auf Familiennachzug, teilt ein interner Bericht der Bundesregierung mit; für sie gelte die vorübergehende Aussetzung für „subsidiär Schutzberechtigte“ nicht.

Neues lukratives Geschäftsfeld für das Schleppergewerbe

Im Schnitt werde jeder Berechtigte einen Angehörigen nachholen, beschwichtigt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), von Hofmedien wie Spiegel Online eifrig weitergegeben: Das seien ja viel weniger als die ursprünglich einmal erwartete halbe Million. Auch wenn der Rechtsanspruch nur für die „Kernfamilie“ gelten soll, mag man das schon wegen deren Kinderreichtum kaum glauben. Wie sollen auch, in Anbetracht der vielen ohne Papiere eingereisten „Syrier“, der unübersichtlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern und der Leichtigkeit, mit der gefälschte Papiere zu beschaffen sind, die zuständigen Konsulate das sinnvoll überprüfen? Für das Schleppergewerbe eröffnet sich mit der Einschleusung von Schein-Familienangehörigen ein neues lukratives Geschäftsfeld.

Wir dürften rasch über Millionen von Zuzügler reden

Dies erst recht, wenn im nächsten Frühjahr die Aussetzung des Familiennachzugs für Asyl-Immigranten mit „subsidiärem Schutz“ ausläuft. Dann dürften wir rasch über Millionen reden, die allein aufgrund der bisherigen illegalen Asylzuwanderung Anspruch auf zusätzlichen Zuzug haben. In der Asylstatistik tauchen diese Folge-Einwanderer gar nicht erst auf; das Bamf verweist auf seinen „Migrationsbericht“. In den Sozialsystemen und den Hartz-IV-Statistiken werden die Spuren dafür um so markanter ausfallen. Kirchen und sonstige Asyl- und Einwanderungslobbyisten fordern die Nichtverlängerung der Ausnahmeregelung aus dem März 2016. Die von der AfD verfolgten Unionsparteien basteln sich daraus gerade ein Wahlkampfthema: Das Eintreten für eine Fortschreibung taugt für treffliche Scheingefechte mit Grünen und Linken, die aus Prinzip jede Zuwanderungsbeschränkung verteufeln.

Der Bürger soll nicht merken, wie ihm geschieht

Doch auch die Union hat nicht im Sinn, die Folgezuwanderung zu unterbinden. Es gehe darum, daß Familiennachzüge „auf ein Maß begrenzt werden, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt und die Integrationsfähigkeit nicht überfordert“, doziert Fraktionsvize Stephan Harbarth (CDU). Im Klartext: Es sollen halt nicht alle auf einmal kommen, sondern so dosiert, daß die Bürger nicht aufmucken und nicht merken, wie ihnen geschieht. Das Notprogramm der „Ausnahmeregeln“ ist dabei nur ein weiteres Symptom von Kontrollaufgabe und Staatsversagen. Statt vom Interesse des Gemeinwesens her zu denken, verschanzen sich die politisch Verantwortlichen hinter internationalem Recht, das ihnen angeblich keine Wahl lasse.

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ als Quartiermacher

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof instrumentalisieren das „Kindeswohl“, um den Familiennachzug zum Instrument der Massenzuwanderung zu machen: Nicht nur Kinder, auch Eltern müssen nachgeholt werden dürfen, um Familien zusammenzuführen – natürlich nicht in der Heimat, sondern im Aufnahmeland. Das öffnet dem Mißbrauch Tür und Tor. Daß auf die meisten „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“ allenfalls das Attribut „unbegleitet“ zutrifft, ist so bekannt wie tatenlos hingenommen. Überprüft wird kaum, was die unter dieser Fahne Einreisenden, fast ausschließlich junge Männer, über ihr Alter behaupten; wo Stichproben gemacht werden, stimmt nur ein Bruchteil der Angaben. Man kann nur spekulieren, wie viele „unbegleitete Minderjährige“ lediglich als

Quartiermacher für nachzuholende „Eltern“ und „Geschwister“ vorgeschickt worden sind. Mit Sicherheit sind es nicht wenige. Niedersachsens CDU-Fraktionschef Björn Thümler spricht von einem „Geschäftsmodell“ und fordert mehr Alterskontrollen. Nicht nur die Landesregierung in Hannover lehnt das ab und bürdet die immensen Zusatzkosten lieber den Steuerzahlern auf.

Generelle Infragestellung von Familiennachzug und Asylsystem

Was die Staatsräson verlangt, liegt auf der Hand: Nicht Ausnahmeregeln hier und Kurieren an Symptomen da, sondern die generelle Infragestellung von Familiennachzug und Asylsystem. Kein Staat kann durch abstrakte Rechtsnormen zur Selbstauflösung in einem Tsunami scheinlegaler Immigration gezwungen werden. Wer den Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz genießt, hat nur ein temporäres Aufenthaltsrecht. Familienzusammenführung kann auch an einem sicheren Ort in der Region geschehen. Familiennachzug nach Deutschland zielt darauf ab, aus vorübergehendem Aufenthalt einen permanenten zu machen und Zuwanderung demographisch zu verfestigen und zu vervielfachen.

Deutschland hat sich bereits drastisch verändert

Deutschland hat sich bereits verändert, und zwar drastisch. Der dramatische Anstieg der Terrorgefahr, von Kriminalität, Alltagsunsicherheit und sexuellen Übergriffen läßt sich nicht mehr vollständig aus den Statistiken herausmanipulieren. Mag sein, daß Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sich immer noch darüber freut. Den Bürgern wird es zunehmend unheimlich im eigenen Land. Wenn sie bemerken, wie gründlich Deutschland durch die mutwillig in Gang gesetzte muslimische Masseneinwanderung umgekrempelt wird, könnte es schon zu spät sein.

2. Paulwitz, Michael (2016): „Asylansturm als Einstiegsdroge.“

Darüber, ob es angesichts von 3,7 Millionen Arbeitslosen, Unterbeschäftigten oder in „Maßnahmen“ versteckten Erwerbslosen in Deutschland und fast 22 Millionen Arbeitssuchenden in der EU tatsächlich einen Fachkräftemangel gibt, läßt sich trefflich streiten. Wenn Unternehmer in dem arbeitslosen Millionenheer aber wirklich keine Mitarbeiter finden sollten, dürfte es unter den außereuropäischen Asylzuwanderern noch schwerer werden: Es gebe nur „zehn, 15 Prozent, die sind richtig gut qualifiziert“, verriet Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, im Deutschlandfunk.

Jährliche Nettozuwanderung von einer halben Million

Das heißt: 90 Prozent sind potentielle Fürsorgeempfänger, und der Flüchtlingszustrom lindert den behaupteten Fachkräftemangel kaum. Das erklärt, warum Unternehmerverbände und Lobby-Institute trotz der Asylkrise die Schleusen für massive Einwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt dauerhaft offenhalten wollen. Gleich mehrere Studien suggerieren wieder einmal einen drohenden „Fachkräftemangel“ und preisen millionenfache Einwanderung als demographisches Allheilmittel. So will das Prognos-Institut in „Modellrechnungen“ nachweisen, daß allein eine jährliche Nettozuwanderung von einer halben Million Menschen das Erwerbspotential bis zum Jahr 2040 stabil halten könne. Die Bertelsmann-Stiftung prophezeit einen signifikanten Rückgang des Zuzugs aus anderen EU-Staaten und geht von einem „Zuwanderungsbedarf“ von 276.000 bis 491.000 Personen jährlich aus außereuropäischen „Drittstaaten“ aus. Dabei solle man sich nicht nur um „Hochqualifizierte“ bemühen, sondern auch um solche mit mittlerer Qualifikation. Weder Asilmigration noch Familienzusammenführung – auf letztere entfielen im Jahr 2014 immerhin fast 40 Prozent der Aufenthaltstitel – sind freilich „gesteuerte“ Zuwanderung, wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) einräumt. Bei der „Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland“ könne der starke Zuzug von Flüchtlingen „eine gezielte arbeitsmarktbezogene Fachkräftezuwanderung jedoch nicht ersetzen“. Die Bertelsmann-Studie setzt dennoch unverdrossen auf „verbesserten Arbeitsmarktzugang“, um vom „vergleichsweise hohen Anteil von Asylsuchenden an der Drittstaatenzuwanderung“ zu profitieren. Die Prognos-Forscher schieben die Verantwortung dafür der „Integrationspolitik“ zu und

fordern „große Anstrengungen und Investitionen in Bildung und in gezielte Arbeitsmarktintegration“. Die bisherigen Erfahrungen sind freilich kaum angetan, um den Optimismus von Ökonomen wie Axel Börsch-Supan (JF 10/16) zu stützen, der meint, es komme bei Qualifikation nicht auf „Zertifikate“ an und man müsse nur Hindernisse beim Arbeitsmarktzugang wegräumen und sich bei der Jobvermittlung mehr anstrengen, um binnen weniger Jahre einen Großteil der Asyl-Immigranten zu sozialstaatsstabilisierenden Steuer- und Beitragszahlern zu machen. Was das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Qualifikationsstruktur und Arbeitsmarkteteiligung von Asylberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland mitteilt, ist eher alarmierend. Demnach hat ein Viertel der Iraker, ein Fünftel der Afghanen und ein Sechstel der Syrer überhaupt keine Schule besucht. 13 Prozent der Personen im erwerbsrelevanten Alter seien „nicht qualifiziert“, nur weniger als zehn Prozent „höher qualifiziert“ – wohl gemerkt nach deren eigenen Angaben; da wird schnell ein privater Sprachkurs zum Hochschulbesuch, und Analphabeten hätten sich beim Ausfüllen der Fragebögen eben „helfen lassen“, gibt das BAMF zu. Das deckt sich mit den Erfahrungen derer, die versucht haben, den „Wir schaffen das!“-Vorsatz in die Tat umzusetzen. Nur ein Drittel der 109 handverlesenen Asylbewerber mit „guter Bleibeperspektive“, überdurchschnittlicher Qualifikation und beruflichen Vorkenntnissen, die die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) in ein neunmonatiges Trainingsprogramm aufgenommen hat, bekam letztlich einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag. Bei Ausgaben von 10.000 Euro pro Teilnehmer kostete jeder Job also 30.000 Euro. Die VBW rechnet damit, daß „kurzfristig nur für weniger als zehn Prozent aller Flüchtlinge die Integration in den Arbeitsmarkt möglich ist“. Daß Unternehmer, die im globalen Wettbewerb stehen, keinen Bedarf an Ungelernten und Unqualifizierten haben, ist klar. Doch die millionenfache Einwanderung Geringqualifizierter läuft der seit langem laufenden Entwicklung zu weniger, aber anspruchsvollen und hochproduktiven Arbeitsplätzen zuwider. Sie konterkariert auch das Ziel, die Sozialsysteme durch Einwanderung zu stabilisieren. Der Widerspruch läßt sich weder ohne Faktenbasis à la Börsch-Supan wegwischen, noch durch vage Hinweise auf „humanitäre Verpflichtungen“ (Prognos) oder „ausführliche“ Diskussionen über Zuwanderung (Bertelsmann) auflösen: Auch wer Zuwanderung rein ökonomisch betrachtet, muß ein sofortiges Ende der unregulierten Asyl-Immigration fordern.

3. Stein, Dieter (2015): „Die Logik des Terrors.“

Wenn deutsche Politiker die Bürger beschwören, die Asylkrise habe nichts mit dem Terror zu tun und das Abriegeln der Grenzen helfe nichts, dann streuen sie uns Sand in die Augen. Der 13. November 2015 könnte eine Zäsur sein. Die Attentate von Paris erschüttern Europa. Der konzertierte Angriff mehrerer Kommandos in der französischen Hauptstadt demonstrierte die gesteigerte Potenz des islamistischen Terrors. Wir sind nicht nur über die schiere Tat schockiert, die über 130 Tote und 350 Verletzte forderte. Der Schock wurzelt in der Ahnung, daß wir schon lange mit solchen Anschlägen rechneten. Daß sie noch viel schlimmer hätten ausfallen können. Und daß ihnen weitere folgen werden. Auch in Deutschland. Terror bedeutet wörtlich Schrecken. Nach der Logik des Terrors soll der Angegriffene in seiner Moral erschüttert werden. Schockstarre soll ihn wehrlos machen oder zu unüberlegten Gegenreaktionen reizen, die ihn noch weiter schwächen. Schockierender als die Attentate selbst ist das sich verbreitende Gefühl der Ohnmacht.

Pathos der Entschlossenheit

Die Terroristen des „Islamischen Staates“ demonstrieren durch ihre todesverachtenden mörderischen Operationen, wo unser wunder Punkt liegt. Sie sagen uns: Ihr könnt uns mit euren per Joystick gelenkten Drohnen jagen, unsere Siedlungen mit Kampfflugzeugen bombardieren, unsere Fahrzeuge mit Marschflugkörpern zerstören. Während ihr euch nicht mit euren Soldaten in unsere Wüste wagt, besuchen wir euch zu Hause in euren Städten. Wir suchen die Zentren eurer Zivilisation auf und zeigen euch, daß ihr wehrlos seid. Der französische Staat reagiert, wie er reagieren muß. Ausnahmezustand, Rede des Präsidenten an die Nation, Pathos der Entschlossenheit. Der als Weichei verspottete François

Hollande erkennt im Kriegsherrn seine neue Rolle. Doch wie soll Frankreich den IS besiegen? Die von französischen Kampfjets geflogenen Angriffe signalisieren Abwehrbereitschaft und den Willen zur Vergeltung. Ohne demonstrativen Gegenschlag geht es nicht. Aber was dann?

Kampf gegen eine amorphe Hydra

Wir sehen, daß es sich beim islamistischen Terror nicht um eine greifbare Organisation handelt. Es ist vielmehr eine amorphe, sich aus unzähligen Netzwerken, Plattformen und Gruppen zusammensetzende Hydra, der zehn neue Köpfe nachwachsen, wenn ein Kopf abgeschlagen wird. Nun hat sich mit dem IS vorübergehend eine territorial umgrenzte Herrschaft herauskristallisiert. Einen herkömmlichen Staat kann man besiegen. Es ist aber abzusehen, daß sich der IS in dem Moment, wo er besiegt zu sein scheint, verflüssigen wird und seine Kämpfer ihre Farbe und die Organisation ihre Gestalt wechseln werden. Der Westen ist gescheitert bei seinen kläglichen Versuchen, in Afghanistan, Irak, Libyen zu intervenieren. Die größtenwahnsinnige Idee, mit Bodentruppen in Syrien für Ordnung sorgen zu wollen, wird genauso vorhersehbar scheitern. Der am Nato Defense College in Rom lehrende Militärdemograph Gunnar Heinsohn stellt knapp fest: „Besser bewährt sich die Sicherung der eigenen Grenzen.“

Recht und Ordnung außer Kraft gesetzt

Wenn deutsche Politiker indes die Bürger beschwören, die Asylkrise habe nichts mit dem Terror zu tun und das Abriegeln der Grenzen helfe nichts, dann streuen sie uns Sand in die Augen. Sie haben schlicht Angst vor den harten Konsequenzen. Die sich ungebremst vor allem nach Deutschland ergießenden Ströme illegaler Einwanderer, die Politiker pauschal verharmlosend als „Flüchtlinge“ deklarieren, entpuppen sich als brisante Form der Destabilisierung. Die Migrantenströme setzen Kontrollen, Recht und Ordnung außer Kraft. Hunderttausende Ordnungskräfte sind gebunden, den nicht abschwellenden, chaotischen Zustrom zu verwalten, Polizei und Sicherheitsorgane sind nicht mehr Herr der Lage. Faktisch herrscht seit Wochen Ausnahmezustand, längst müßte der Katastrophenfall ausgerufen sein.

Terroristen Tür und Tor geöffnet

Einen Tag vor den Pariser Anschlägen gelangte der prophetische offene Brief des Gesamtpersonalrats des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an die Öffentlichkeit. Hauptkritikpunkt der verzweifelten BAMF-Führungskräfte: der Verzicht auf Identitätsprüfung bei vielen Flüchtlingen. Dieses Verfahren sei mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht mehr vereinbar und öffne Terroristen Tür und Tor. Nicht Fachleute, sondern überstürzt angelernte Praktikanten entschieden inzwischen nach nur wenigen Tagen über menschliche Schicksale. Wörtlich heißt es im Brief: „Der Wegfall der Identitätsprüfung erleichtert zudem auch das Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa und stellt ein erhöhtes Gefährdungspotential dar.“

Eine Integration findet nicht mehr statt

Daß offenbar eine große Zahl der Pariser Attentäter aus französischen und belgischen Einwanderermilieus stammt, zeigt, wie sehr die Integrationsfähigkeit Europas schon lange vor dem Massenansturm des Jahres 2015 überschritten war. Es ist eine pure Frage der Quantität. Ab einer bestimmten Größenordnung findet keine Integration mehr statt, sondern es entstehen Parallelgesellschaften, die in Desorientierung, Kriminalität, Gewalt und schließlich Terror münden.

Der kürzliche Tod von Altbundeskanzler Helmut Schmidt macht uns schmerzlich bewußt, mit welchem überforderten politischen Personal wir es in Berlin zu tun haben. Einem Personal, das den Ernstfall weder denkt noch ihm gewachsen scheint.

Der 13. November 2015 als Zäsur

In welche Hände haben wir nur die Verantwortung für unsere Nation gelegt? Auf die kontinuierliche Destabilisierung unserer Ordnung muß unsere staatliche Gewalt, die Regierung, mit kühlem Verstand, eiserner Härte und wilder Entschlossenheit reagieren. Priorität muß der Schutz des eigenen Landes haben. Der 13. November 2015 könnte eine Zäsur sein, im besten Fall das Ende einer illusionären Schönwetterpolitik in Deutschland und Europa. Wenn die Zeichen erkannt werden, dann ist dieses Datum der Beginn eines notwendigen Mentalitätswandels, die Rückkehr zum Denken in politischen Kategorien, einem neuen Bewußtsein für den Ernstfall, für die Kernaufgaben des Staates. Entweder die Krise beherrscht uns oder wir beherrschen die Krise.

4. Paulwitz, Michael (2017): „Nur eine Atempause.“

Die Einwanderungskrise geht erst richtig los. Die Folgen werden das Gemeinwesen sprengen. Doch Politik und Leitmedien werden die ungelöste Krise weiter bis zur Wahl ignorieren. Wer den absurden Beschwichtigungen glaubt, für den wird es ein bitteres Erwachen geben. War es das schon mit der Asylkrise? Etablierte Politik und Medien behandeln den Massenansturm illegaler Einwanderer nach dem Dambruch der Merkelschen Grenzöffnung, als sei er bereits Geschichte. Seit die spektakulären Bilder von vollgestopften Sonderzügen, endlosen Marschkolonnen und Warteschlangen vor Registrierungs- und Ausgabestellen ausbleiben, ist die Asylkrise auch aus den Leitmedien weitgehend verschwunden. Abgehakt ist sie damit noch lange nicht. Aus dem wellenartigen Ansturm ist ein steter Strom geworden, der auch in diesem Jahr die von CSU-Chef Horst Seehofer willkürlich aus der Luft gegriffene 200.000er-„Obergrenze“ locker reißen wird. Aber selbst ohne weiteren Zustrom reichen bereits die Folgeprobleme der bislang zugelassenen millionenfachen Asyl-Einwanderung, um das Gemeinwesen und seine Sozialsysteme zu sprengen.

Längst lukrative Ausweichrouten

Das EU-Türkei-Abkommen und die Sperrung der „Balkan-Route“ durch die Anrainerstaaten gegen den Willen der Bundeskanzlerin haben nur scheinbare und vorübergehende Entlastung gebracht. Zum einen, weil Sultan Erdoğan es jederzeit in der Hand hat, die Schleusen wieder zu öffnen; zum anderen, weil das Schlepper-Geschäft längst lukrative Ausweichrouten gefunden hat. Die illegalen Einreisen über die Mittelmeerroute sind im ersten Quartal 2017 um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Von den Hunderttausenden stellen die wenigsten regelkonform ihren Asylantrag im Erstaufnahmeland Italien; das Gros taucht unter und klopft früher oder später an die deutsche Türe.

Zeitbombe „Familiennachzug“

Migration in derart großem Maßstab verursacht unweigerlich Folgemigration. Im „Familiennachzug“ tickt eine Zeitbombe. Bereits im Vorjahr ist die Zahl der erteilten Visa drastisch auf über hunderttausend gestiegen. 267.500 als „Syrer“ Eingereiste können schon jetzt ihre Angehörigen nachholen. Bei durchschnittlich einem Nachzügler pro Anspruchsberechtigtem, wie die Behörden beschwichtigen, wird es kaum bleiben. Besonders wenn 2018 die Aussetzung des Familiennachzugs für Personen mit „subsidiärem Schutz“ nicht verlängert wird, geht es rasch um Millionen zusätzlicher Asyl-Immigranten, die in der Asylstatistik gar nicht erst auftauchen.

Deutlicher Anstieg von Gewalt- und Sexualverbrechen

Die Auswirkungen dieser beispiellosen Bevölkerungsverschiebung bekommen die Bürger unmittelbar durch steigende Kriminalität und verlorene Sicherheit im öffentlichen Raum zu spüren. Der deutliche Anstieg von Gewalt- und Sexualverbrechen geht fast ausschließlich auf das Konto der Asyl-Einwanderung. Afghanen, Iraker und Syrer sind fünfmal höher kriminalitätsbelastet als Deutsche und übertreffen bei Sexualdelikten die Nordafrikaner. Das wird sich auch kaum ändern, wenn der Aufenthaltsstatus wechselt und die Betroffenen nicht mehr als Asylbewerber geführt werden.

Wachsender Sicherheitsverlust auch an Schulen

Dreiste Diebstähle, sexuelle Belästigungen oder heimtückische Angriffe auf U-Bahn-Nutzer, Obdachlose oder Behinderte durch „Jugendliche“ sind alltäglich geworden. Was Statistiken und überregionale Medien kaum erfassen, spricht sich in den sozialen Medien aus, die kaum zufällig gerade jetzt unter verschärfte Beobachtung und Zensur gestellt werden sollen. Mit wachsendem Sicherheitsverlust kämpfen auch die Schulen, die mit der ihnen zugeordneten „Integrations“-Aufgabe überfordert sind. Beim Übergang an die Regelschulen zerplatzen die in der künstlichen Realität von Sprachlern- und „Willkommens“-Klassen gehegten Illusionen. Den Schulen droht Ghettobildung und weiterer Niveauverlust.

600.000 Asyl-Zuwanderer bekommen Hartz IV

Wie den sprichwörtlichen Gorilla auf der Hollywoodschaukel ignorieren die offiziellen Debatten über „soziale“ und Steuer-Gerechtigkeit, daß die Sozialausgaben förmlich explodieren. Die Kommunen, die es als erste trifft, werden von Bund und Ländern „entlastet“; bezahlen müssen am Ende immer die Steuerzahler. Daß Hunderttausende Geringqualifizierte, rund ein Viertel von ihnen Analphabeten, nicht in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können, läßt sich auf Dauer nicht mit steuerfinanzierten Phantom-Arbeitsplätzen in aufwendig beworbenen Vorzeigeprogrammen kaschieren. Arbeitslose und „Arbeitssuchende“ zusammengenommen, beziehen bereits jetzt 600.000 Asyl-Zuwanderer Leistungen nach Hartz IV.

Rücklagen des Gesundheitsfonds geplündert

Unterhalts- und Gesundheitskosten für sie, ihre Angehörigen und das Gros derer, die noch kommen, werden auf Dauer die Steuer- und Beitragszahler tragen müssen. Das muß zwangsläufig zu steigenden Steuern und Abgaben und niedrigeren Leistungen für alle führen. Wenn Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe die Rücklagen des Gesundheitsfonds plündert, um wenigstens bis zur Wahl höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zu vermeiden, ist das nur eine laue Vorahnung. Die Nachfrage durch Hunderttausende zusätzlicher Transferempfänger treibt auch die Wohnungspreise. Noch vor Jahresfrist gingen Berechnungen wegen der Asyl-Zuwanderung von einer Erhöhung des Neubaubedarfs auf 400.000 Wohnungen jährlich aus.

Probleme sehenden Auges mit angerichtet

Wohlfeile Warnungen, man dürfe „Flüchtlinge“ nicht gegen andere Bedürftige „ausspielen“, ignorieren die simple Tatsache, daß die Flächen in deutschen Städten begrenzt sind und jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Eine mit Steuergeld für „Flüchtlinge“ gebaute Sozialwohnung steht für deutsche Geringverdiener nicht mehr zur Verfügung. Politik und Leitmedien sind sich offenbar einig, die ungelöste Asylkrise und ihre sozialen und finanziellen Folgelasten bis zur Bundestagswahl und darüber hinaus zu ignorieren. Für all jene, die bei der Stimmabgabe um der lieben Ruhe willen wieder einmal denen vertrauen, die all diese Probleme sehenden Auges mit angerichtet und zu ihrer Lösung nur wolkige Versprechungen und absurde Beschwichtigungen anzubieten haben, wird das ein bitteres Erwachen geben.

5. Lehmann, Felix (2015): „Die Angst vor dem Skandal.“

Flüchtlingswelle: Deutschland kann den Ansturm von Asylbewerbern kaum noch bewältigen, doch abgeschoben wird selten Was passiert in Deutschland mit abgelehnten Asylbewerbern? Liefen die Asylverfahren nach Recht und Gesetz, müßte ein Bewerber, dessen Antrag abschlägig beschieden wurde, das Land sofort wieder verlassen. Denn angesichts der weltweiten Krisen und Katastrophen – im Irak, Syrien oder in Libyen, hat die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland dramatisch zugenommen. Die Meldungen über Asylbewerberheime, die wegen Überfüllung geschlossen werden, häufen sich.

Dennoch muß kaum ein abgelehnter Asylbewerber ernsthaft eine Abschiebung befürchten. 2012 mußten lediglich 7.651 Asylbewerber ausreisen. Mit den Vollzugsdefiziten setzte sich bereits eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Bundesländern auseinander. In den Jahren 2009 und 2010 hätten lediglich knapp 15 Prozent der ausreisepflichtigen Asylbewerber auch tatsächlich das Land verlassen. Ein Grund dafür sei vor allem die gute Vernetzung der Lobbygruppen, die durch massiven öffentlichkeitswirksamen Protest und gezielte Verbreitung von Unwahrheiten rechtlich gebotene Abschiebungen zu verhindern wüßten, klagt die Arbeitsgruppe. Manche Behörden würden Abschiebungen aus Angst vor Skandalisierung hinauszögern.

Nur jeder sechste verläßt das Land

Dabei besteht dringender Handlungsbedarf. Nach einem Tiefstand von 28.018 Asylsuchenden im Jahr 2008 verzeichneten die Behörden im vergangenen Jahr bereits über 200.000 Anträge. Syrer und Iraker machten dabei nur knapp ein Viertel der Antragsteller aus. Für dieses Jahr ist die Tendenz der Asylanträge weiter steigend. Bis April 2015 reichten 114.000 Personen einen Antrag auf Asyl ein. Doch wenn die Politik abgelehnte Asylbewerber weiterhin duldet, werden die bisweilen unhaltbaren Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen weiter zunehmen. Auch die zunehmende Zahl an gewaltsamen Zwischenfällen in den Einrichtungen ist kein Zufall, sondern auch auf bewußt unterlassene Abschiebungen durch die Behörden zurückzuführen. Statistiken der Bundesregierung zeigen, daß vor allem Asylanträge durch Asylbewerber aus dem Kosovo seit Jahresbeginn massiv zunehmen. Allein in diesem Jahr beantragten laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 27.000 Kosovo-Albaner Asyl in Deutschland. Von den 17.000 bisher bearbeiteten Fällen bekamen gerade einmal zwei Antragsteller Asyl. Zum Vergleich: Bei Syrern liegt die Anerkennungsquote bei fast hundert Prozent. Seit seiner Unabhängigkeit erlebt das Kosovo einen Massenexodus. Doch ob politische Verfolgung wirklich der Hauptgrund der Asylanträge ist – nach Artikel 16 GG immerhin Voraussetzung für die Gewährung von Asyl –, darf bezweifelt werden. Das bestätigte auch der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, Ende April in der Süddeutschen Zeitung. „Es gibt dort keine politische Verfolgung und damit keinen Grund für Asyl.“ Doch im Kosovo ist die Lage in der Tat trostlos. Zehntausende haben das kleine Land in den vergangenen Monaten verlassen. Ganze Ortschaften sind mittlerweile ausgestorben, das politische System hochgradig korrupt, die Wirtschaft liegt am Boden. Wer keine Beziehungen zur Regierung oder den Mafiabanden hat – der Unterschied existiert ohnehin kaum –, hat keinerlei Zukunft.

Erfolgreicher Widerstand von Lobbygruppen

Die Regierung im Kosovo bemüht sich um Aufklärungskampagnen, doch der Erfolg ist bescheiden. Der Abteilungsleiter für Migration und Reintegration im kosovarischen Innenministerium, Valon Krasniqi, beklagt im Gespräch mit dem Deutschlandradio Kultur: „Die Leute hier wissen, daß zum Beispiel in Deutschland die Rückführungsprozedur oft neun Monate oder ein Jahr dauert. Und sie glauben, wenigstens solange profitieren zu können.“ Das Asylkarussell aus Antrag, Leistungsbezug, Abschiebung und Wiedereinreise eines anderen Familienmitglieds dreht sich also weiter. Doch der Appell des kosovarischen Politikers an die Bundesregierung, das Kosovo als „sicheres Herkunftsland“ einzustufen, verpuffte. Auch die bayerische Staatsregierung blieb mit ihren Mahnungen erfolglos. Man einigte sich lediglich darauf, mehr Personal für die Antragsbearbeitung abzustellen. Dringender wäre jedoch die Beseitigung der Vollzugsdefizite bei den Behörden. Denn neben dem fehlenden politischen Willen scheitern viele Abschiebungen am Widerstand der Lobbygruppen oder dem Versuch mancher Asylbewerber, sich der Abschiebung zu widersetzen.

6. Heckman, Elena (2015): „Nicht so realitätsfern.“

Manche fürchten den Tag, andere sehnen ihn herbei: Die Schule geht wieder los. Darunter auch für zahlreiche Kinder, die die Schulträger vor den Sommerferien noch nicht auf ihrer Liste hatten. Allein in

Niedersachsen, wo an diesem Donnerstag der Unterricht beginnt, rechnet man für dieses Jahr mit 20.000 bis 32.000 Asylbewerbern im schulpflichtigen Alter. Die Schulen sind mit dieser Flut aber völlig überfordert. Pensionierte Lehrer werden aus dem Ruhestand geholt, Lehramtsstudenten unterrichten plötzlich in ihrem Praktikum Asylkinder von 8 bis 17 Jahren. Viele der Kinder sprechen kaum Deutsch, manche können noch nicht einmal lesen oder schreiben. Und da sich intensiv um die Asylkinder gekümmert werden muß, fallen andere – vorzugsweise diejenigen mit Förderbedarf – hinten runter. Ginge es nach Manfred Schmidt, dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, sollten Kinder von Asylbewerbern erst dann in Deutschland eingeschult werden, wenn ihr Antrag positiv beschieden wurde. Das sind, wir wissen es, die wenigsten. Sogar den anderen gegenüber wäre das fair. Sie müßten sich nicht für ein paar Monate in einer Klasse eingewöhnen, nur um dann wieder aus ihr herausgerissen zu werden. Der Vorstoß von Schmidt paßt vielen nicht in die Traumvorstellung von „Bildung für alle“. Aber er ist wenigstens nicht so realitätsfern.

7. Paulwitz, Michael (2015): „Die Politik versagt.“

Hurra, der Sündenbock ist gefunden: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist schuld. Schuld daran, daß Länder und Kommunen nicht mehr wissen wohin mit der stetig steigenden Flut von Asylbewerbern. Klingt absurd? Ist es auch. Gewiß: Es ist ein Skandal, daß sich der Berg der unbearbeiteten Asylanträge in einem Jahr auf 356.000 mehr als verdoppelt hat. Aber das Behördenversagen ist eine Folge kollektiven Politikversagens. Die Rekordzahl von 200.000 Asylbewerbern allein im November, seit Januar bereits eine knappe Million, die praktisch ausnahmslos entweder aus sicheren Herkunftsstaaten oder über sichere Drittstaaten und damit unberechtigt ins Land gekommen sind: das ist politisch gewollt. Und die Bundesländer, die nun am lautesten lamentieren, sind selbst zu feige, abgelehnte Asylbewerber – noch immer mehr als die Hälfte – sofort abzuschieben, um ihre Kapazitäten zu entlasten. Dagegen, daß das BAMF mit Anträgen überfordert ist, die in der Mehrzahl gar nicht erst hätten gestellt werden dürfen, helfen nicht mehr Beamtenstellen und Sonderschichten, sondern nur die Rückkehr zu Recht und Gesetz. Die Politik weigert sich, das Notwendige zu tun: die Grenzen zu schließen, den Zustrom zu beenden und das Asylrecht zu reformieren. Die Nürnberger Behörde ist nur der Sack, den man schlägt, wenn die eigene Eselei gemeint ist.

8. Paulwitz, Michael (2018): „Fahrlässig herbeigeführt.“

War das noch eine Aufregung, als 2006 die „Sauerland-Gruppe“ islamistischer Bombenleger aufflog oder als 2012 ein Bombenattentat im Bonner Hauptbahnhof knapp danebenging: Tagelange Schlagzeilen, Sonderseiten und Fernseh-Brennpunkte. Mittlerweile ist man durch die Anhäufung an Horrormeldungen abgestumpft. Schleichend sollen wir uns an den Ausnahmezustand gewöhnen. Tunesier legt mit Bombendrohung Erfurter Hauptbahnhof lahm – Sicherheitsbehörden haben Serie von IS-Anschlägen verhindert – Syrischer Bombenleger nimmt im Kölner Hauptbahnhof Geiseln und fügt einem jungen Mädchen schwere Brandverletzungen zu: Drei Meldungen aus nur einer Woche im Oktober, von denen jede einzelne für den Alltag gewordenen Ausnahmezustand stehen kann. Die Täter: mehrfach kriminell auffällig, polizeibekannt, vor drei Jahren als „Flüchtlinge“ eingereist, hätten längst abgeschoben werden können, aber die Behörden ... die Litanei ist immer wieder dieselbe. Das gleichgültige Achselzucken, mit dem die Medienkarawane routiniert über diese Taten hinweggeht und sie jedesmal eilig abhakt, läßt frösteln. Fragt jemand nach dem Trauma der angezündeten Kölner Vierzehnjährigen, die fürs Leben gezeichnet sein dürfte? Terrorakte im Ausland bringen es ebenfalls kaum noch zu mehr als zur Randnotiz. Das Brandenburger Tor wird auch nicht mehr in wechselnden Nationalfarben angestrahlt, je nachdem, wo der Terror gerade wieder zugeschlagen hat. Nachdem sich die Bürger allmählich daran gewöhnt haben, daß ganz Europa auf einem Pulverfaß sitzt, scheint auch das nicht mehr nötig. Der Merkelklotz ist das Wahrzeichen unserer Zeit. Wer glaubt, die häßlichen Betonsperren, die unsere Innenstädte und öffentlichen Plätze abriegeln, sollen die Bürger vor Terrorangriffen schützen, ist den Mächtigen schon auf den Leim gegangen. Ihr wahrer Zweck ist ein

anderer: Sie sind das dosierte tägliche Ärgernis, das uns schleichend daran gewöhnen soll, daß die innere Sicherheit in unserem Land auf unabsehbare Zeit verspielt ist.

Merkel-Regierung hat dieses Land mit Hunderttausenden Migranten geflutet

Ab und zu flucht noch ein Autofahrer, wenn er auf dem Weg in die Stadt Slalom fahren muß und der Verkehr sich staut. Hin und wieder holt ein eiliger Lieferwagen sich eine zusätzliche Schramme an dem sperrigen Betongerümpel. Aber die Klötze sind Teil des Alltags geworden, und darüber gerät der skandalöse Anlaß ihrer Aufstellung allmählich in Vergessenheit: daß die Merkel-Regierung dieses Land unkontrolliert mit Hunderttausenden Migranten aus aller Herren Länder geflutet hat, von denen niemand weiß, wie viele potentielle Terroristen sich unter ihren Strom gemischt haben. Die Bürger stumpfen ab. War das noch eine Aufregung, als 2006 die „Sauerland-Gruppe“ islamistischer Bombenleger aufflog oder als 2012 ein Bombenattentat im Bonner Hauptbahnhof knapp danebenging: Tagelange Schlagzeilen, Sonderseiten und Fernseh-Brennpunkte. Daß erst im August wieder ein Islamist festgenommen wurde, diesmal aus Rußland, der in Berlin auf einem ganzen Sprengstofflager saß, ist dagegen schon wieder vergessen. Natürlich gehört es zum Nachrichtengeschäft, daß der zehnte und zwanzigste vereitelte oder gelungene islamistische Anschlag nicht mehr denselben Aufmerksamkeitswert hat wie der erste. Der Vorwurf der Verharmlosung trifft dennoch. Sowohl bei der Anwendung journalistischer Sorgfaltsregeln als auch bei der Gewichtung gelten bei der Terror-Berichterstattung, je nach dem ideologischen Hintergrund von Tat und Tätern, offenbar zweierlei Maßstäbe.

Bei Gewalttaten von rechts wird nicht mehr fein abgewägt

Sieben Sachsen mit Luftgewehr, die zur Terrorzelle mit Umsturzgelüsten deklariert werden, stimulieren den Reportageeifer in ganz anderen Dimensionen als Islam-Attentäter oder der alltägliche politische Straßenterror der linksextremen sogenannten „Antifa“. Ein islamistischer Messerstecher oder Bombenleger kann noch so oft „Allahu akbar“ schreien, für ARD und ZDF bleiben die „Hintergründe unklar“, solange es eben nur geht. Bei Gewalttaten und Terrorverdacht von „rechts“ dagegen wird nicht mehr fein abwägend „was wir wissen – was wir nicht wissen“ gefragt und vor voreiligen Schlüssen gewarnt: Da ist die Empörungswelle vorgestanz. Erst recht unübersehbar wird die gewollte Abwiegelei beim Umgang mit der eskalierenden Zuwandererkriminalität. Kritiklos referieren die sonst so investigativen Medien da regierungsamtliche Statistiken, wonach die Kriminalität insgesamt zurückgehe, Zuwanderer gar nicht krimineller seien als Einheimische und Deutsche schließlich auch Straftaten begingen – als begründe das eine Pflicht, sich mit zusätzlich importierter Kriminalität klaglos abzufinden. Denn auch die allgegenwärtige Straßengewalt schüchtert die Bürger ein und nimmt ihnen die gewohnte Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum, wenn junge und alte Passanten überfallen, gemessert oder zusammengetreten werden, Frauen und Mädchen bei Tag oder Nacht belästigt, in die Büsche gezerrt und vergewaltigt werden und Woche für Woche Opfer auf der Strecke bleiben, die ihre Gesundheit, Unbeschwertheit oder gar das Leben verloren haben.

Sicherheitsbehörden können Schaden nur begrenzen

Den Sicherheitsbehörden fällt die undankbare Aufgabe zu, den von der Politik angerichteten Schaden zu begrenzen und das Schlimmste zu verhindern. Zwar gelingt es ihnen trotz aller Widrigkeiten immer wieder, islamistische Terrorzellen rechtzeitig auszuheben und Attentate zu verhindern. Vor dem unorganisierten Straßenterror krimineller und gewalttätiger Migranten können indes auch sie nur bedingt schützen. Und nein, es ist nicht normal, daß friedliche Bürger sich zu bestimmten Zeiten und an gewissen Orten nicht mehr ins Freie trauen und Frauen und Mädchen abends und nachts nicht mehr unbegleitet nach draußen wollen. Niemand kann gezwungen werden, sich mit der falschen Normalität des dauernden Ausnahmezustandes abzufinden. Denn der ist nicht vom Himmel gefallen, sondern politisch gewollt und

herbeigeführt: von Politikern, die fahrlässig Grenzen öffnen und die Polizei kaputtsparen; von „zivilgesellschaftlichen“ Lobbyisten, die Multikulti und schrankenlose Einwanderung predigen.

9. Paulwitz, Michael (2018): „Geltendes Recht durchsetzen“

In der deutschen Einwanderungspolitik herrschen Chaos und Anarchie. Theoretisch ist die geltende Rechtslage allerdings einfach und klar. Wer aus einem sicheren Drittland einreist, hat in Deutschland keinen Anspruch auf Asyl. Eine Regierung, die nicht den Mut hat, geltendes Recht durchzusetzen, braucht über ein Einwanderungsgesetz gar nicht erst nachzudenken. In der deutschen Einwanderungspolitik herrschen Chaos und Anarchie. Grundgesetz, Asyl- und Aufenthaltsgesetze gelten – im Unterschied zu Steuergesetzen oder Verkehrsvorschriften für die, die schon länger hier leben – nicht mehr ausnahmslos und vollziehbar ihren Buchstaben und Sinn gemäß, sondern nur noch auf dem Papier. Verwaltung und Justiz füllen das Autoritätsvakuum willkürlich mit eigenen Interpretationen. Die normenverachtende Wurstigkeit der „Willkommenskanzlerin“ hat sich durch die Institutionen gefressen. Der Skandal um die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ist Symptom und Spitze des Eisbergs zugleich: Wenn die Kanzlerin schon per Federstrich geltendes Recht außer Kraft setzt, um moralisch in schönerem Licht dazustehen, warum dann nicht Amtsträger einer Bundesbehörde? Die Vehemenz, mit der linksgrüne Asyl-Lobbyisten die korrupte Ex-Amtsleiterin verteidigen, spricht Bände. Theoretisch ist die geltende Rechtslage einfach und klar. Wer aus einem sicheren Drittland einreist, hat in Deutschland keinen Anspruch auf Asyl. Das gilt für Personen, die bereits in einem Flüchtlingslager nahe ihrer Heimatregion in Sicherheit waren, ebenso wie für Asylbewerber, die bereits einen anderen EU-Staat erreicht haben, der laut Dublin-Abkommen für ihren Asylantrag zuständig ist. Ist der Antrag abgelehnt worden und der Bewerber vollziehbar ausreisepflichtig, ist er in sein Heimatland beziehungsweise in das Erstaufnahmeland abzuschicken.

Viele Möglichkeiten gegen Abschiebung

Faktisch wird kaum etwas davon durchgesetzt. Wer die deutsche Grenze erreicht und „Asyl“ sagt, kommt ins Asylverfahren und wird für dessen Dauer versorgt. Obwohl praktisch kein auf dem Landweg eingereister Bewerber auch nach UN-Definition die objektiven Kriterien eines „Flüchtlings“ erfüllt, wird etwa jeder zweite vom Bamf trotzdem als solcher anerkannt oder mit großzügigem Abschiebeschutz versehen. Und bei Ablehnung? Revidieren asylfreundliche Gerichte nicht selten die Entscheidung. Ausreisepflichtige können durch Untertauchen, mit Hilfe von Asylanwälten oder ärztlichen Gefälligkeitsattesten, mit „Kirchenasyl“ oder anderen illegalen Manövern trotzdem der Abschiebung entgehen. Und abgeschoben wird kaum, weil die dafür zuständigen Bundesländer lieber geltendes Bundesrecht unterlaufen, als sich mit der Asyl-Lobby anzulegen. Diese Mißstände sind nicht erst mit der Grenz-öffnung im September 2015 entstanden. Aber der Merkelsche „Willkommensputsch“ hat die vorher schon untragbaren Zustände auf eine Spitze getrieben, die der damalige CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer so zutreffend wie folgenlos als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnet hat.

Neue Vorschriften sollen Kontrolle simulieren

Das formal weitergeltende Dublin-Abkommen hat die Bundesregierung zumindest für Asyl-Immigranten, die sich als „Syrer“ ausgeben, willkürlich außer Kraft gesetzt. Die Kontrolle der Grenzen, konstitutives Element staatlicher Souveränität, hat die Regierungschefin für unmöglich erklärt. Grenzkontrollen, bei denen die Beamten nicht nur Strichlisten über illegale Grenzübertritte führen, sondern unberechtigt Einreisende tatsächlich zurückweisen, finden bis heute nicht statt. Und die für die Handhabung der Asylbewerberströme zuständigen Behörden, allen voran das Bamf, wurden in einem Ausmaß überlastet, daß sie zur korrekten Anwendung von Gesetzen und Vorschriften nicht mehr in der Lage waren und dem Mißbrauch und der Unterwanderung Tür und Tor geöffnet wurde. Allein der zufällig bekanntgewordene Bremer Bamf-Korruptionsfall offenbart mit seiner Mischung aus

Vertuschung, Wegsehen und der mutmaßlichen Verstrickung von Entscheidern, Anwälten und Dolmetschern eine Dimension, die systemisch erscheint. Dabei verdankt sich schon das bestehende Chaos in der deutschen Einwanderungspolitik der Methode, mit immer neuen Vorschriften und Gesetzesänderungen Kontrolle zu simulieren, wo schon die bestehenden nicht mehr eingehalten und durchgesetzt werden. Verfahrensbeschleunigungen sind sinnlos, wenn die Verfahren selbst fragwürdig und mißbräuchlich sind; die „Obergrenzen“ und die Kontingentierungen des nunmehrigen Innenministers Seehofer wiederum sind reine Propaganda, wenn der Wille zum exekutiven Handeln nicht da ist.

Einwanderungs-Problem an der Wurzel anpacken

Vollends absurd ist die Vorstellung, mit einem „Einwanderungsgesetz“ in den Griff zu bekommen, was bei der Anwendung bestehender Gesetze versäumt wurde. Ob es nun ein „geordnetes Einwanderungsrecht“ schaffen soll, wie es der FDP vorschwebt, oder die Zuwanderung „qualifizierter Fachkräfte“ in den Arbeitsmarkt „steuern“ soll, wie es Union und SPD in den Koalitionsvertrag geschrieben haben: Ohne rigoroses Vorgehen gegen illegale Einwanderung und drastische Einschnitte in das bestehende Asylrecht wäre jedes neue Einwanderungsgesetz nicht nur sinnlos, es würde das bestehende Chaos nur noch vergrößern. Führungskräfte brauchen ohnehin kein „Einwanderungsrecht“, wenn sie temporär in Deutschland arbeiten wollen. Qualifizierte außereuropäische Kräfte lockt kein noch so gutes Einwanderungsgesetz, solange sie bei Arbeitsaufnahme durch ein Hochsteuersystem geschröpft werden. Gut ausgebildete EU-Arbeitskräfte hingegen genießen jetzt schon Niederlassungsfreiheit. Wer tatsächlich die „Herrschaft des Unrechts“ beenden und die Einwanderungs-Anarchie abstellen will, muß an der Wurzel anpacken: Das millionenfach als Einwanderungs-Freifahrtschein mißbrauchte individuelle Asyl-Grundrecht abschaffen, es durch eine in den meisten westlichen Ländern übliche institutionelle Garantie ersetzen und diese mit klaren Gesetzen regeln, die auch durchgesetzt werden. Wer dazu nicht den Mut hat, braucht über Einwanderungsgesetze gar nicht erst nachzudenken.

10. Behrens, Bastian (2017): „Europa schafft sich ab!“

Ein Bus voll mit afrikanischen Migranten fährt im sizilianischen Messina auf eine Fähre und setzt über aufs Festland. So endete „Die Flüchtlingslüge 2017 – Und es wiederholt sich doch“, die große JF-TV-Dokumentation über die Lage auf der zentralen Mittelmeerroute. Doch wie geht es von dort aus weiter? Wie verhalten sich die vielen Migranten, die in den letzten Jahren nach Italien gekommen sind? Und wie hat sich „Bella Italia“, das „Lieblingsland der Deutschen“, durch die Massenzuwanderung verändert? Im August nahmen JF-Reporter Hinrich Rohbohm und JF-TV Regisseur Marco Pino die Spur in Messina wieder auf und folgten dem Migrationsstrom von Süditalien bis in die Alpen. Sie zeigen, wie Massenzuwanderung ein weiteres Land an seine Grenzen bringt und wie Polizei und Grenzschützer gegen das Chaos ankämpfen, das die Politik an Europas Außengrenzen angerichtet hat. Ein Chaos, das geeignet ist, den Niedergang Europas einzuleiten, wenn nicht endlich ein Umdenken eintritt.

11. Kuntze, Peter (2015): „Völlig losgelöst.“

Auch wenn es niemand laut und deutlich auszusprechen wagt – die Anzeichen sind seit Jahren weder zu überhören noch zu übersehen und schon gar nicht zu überlesen: Deutschland befindet sich im Bürgerkrieg, in einem (noch geistigen) Ringen um die Zukunft der Republik. Sogar die von offizieller Seite dekretierte Bestimmung des inneren Feindes läßt sich für jedermann exakt terminieren: Am 4. Oktober 2000 rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ auf, nachdem zwei Tage zuvor ein Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf verübt worden war. Als Folge dieses Appells wurden in Bund, Ländern und Kommunen Lichterketten und Demonstrationen organisiert; die rot-grüne Bundesregierung entwarf ein Programm zur organisatorischen und finanziellen Unterstützung von Initiativen gegen „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Zwei Monate später stellte sich jedoch heraus, daß der Düsseldorfer Anschlag auf das Konto zweier Araber gegangen war, die den Tod eines Jungen rächen wollten, den israelische Soldaten im Gaza-Streifen erschossen hatten. Das Geständnis der beiden spielte indes keine Rolle mehr. Der „Kampf gegen Rechts“ (und nicht mehr nur gegen den Rechtsextremismus) entwickelte ein Eigenleben und hat in den vergangenen fünfzehn Jahren alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt. Der „Mensch“, abstrahiert von seiner genetischen, ethnischen, geschichtlichen und soziokulturellen Herkunft sowie von sämtlichen Bezügen zu Gegenwart und Wirklichkeit, ist bloße Fiktion, eine Hülle ohne Inhalt, eine abstrakte Gattungsbezeichnung. Doch was bedeutet „rechts“? Gegen welche Ideen, gegen welche Konzepte richtet sich der immer hysterischer anmutende Kampf? Ex negativo hat Josef Joffe, Herausgeber der Zeit, eine Antwort gegeben. Unter der Rubrik „Der Pfui-Faktor. Warum rechts hier keine Chance hat – siehe zuletzt die AfD“ erklärte er am 13. August dieses Jahres: „Deutschland lebt mit einem Bundestag, in dem hundert Prozent der Parlamentarier einen sozialdemokratischen Konsens von Tiefrot bis Zartrosa pflegen.“ Und Jürgen Habermas, ansonsten der Gottvater aller Linken und Linksliberalen, nahm die gesamte Journalistenzunft in Mithaftung für die bestürzende Einseitigkeit des politischen Diskurses: „Zur postdemokratischen Einschläferung der Öffentlichkeit trägt auch der Gestaltwandel der Presse zu einem betreuenden Journalismus bei, der sich Arm in Arm mit der politischen Klasse um das Wohlbefinden der Kunden kümmert“ (Süddeutsche Zeitung, 23. Juni 2015). Rechts ist also, folgt man Joffe, mehr oder minder alles, was nicht links ist. Und was ist „links“? Eindeutig linke Postulate, die man jeden Tag lesen und hören kann, lauten: „Eine Schule für alle“, „Ehe für alle!“, „Asyl für alle!“, „Dresden (etc.) für alle!“, „Offene Grenzen für alle!“, „Kein Mensch ist illegal!“ Sicher täte man intelligenteren unter Linken und Linksliberalen unrecht, konfrontierte man sie einzig und allein mit derartigen Parolen. Doch anhand jener Forderungen läßt sich sehr wohl die große Zielrichtung linker Wunschvorstellungen erkennen: Es ist die Sehnsucht nach einer „besseren Welt“, nach einer Ordnung, in der es keine Hierarchien mehr gibt, kein Oben und kein Unten, in der jedem alles offensteht und sich alle von gleich zu gleich begegnen, in der jedem Respekt und Wertschätzung entgegengebracht werden und er/sie Teilhabe an allem hat, ohne daß nach Herkunft oder Leistung gefragt wird. Kurz, es ist der kommunistische Traum, die Utopie einer globalen Gemeinschaft ohne Klassen, ohne Grenzen und ohne Staaten, weil wir doch alle Menschen sind, die in einer Welt leben – gemäß der Werbebotschaft des Unternehmens Benetton von den „United colours“ in „One world“. Angesichts der jüngsten Flüchtlingsströme hat sich diese scheinbar menschenfreundliche Vorstellung einmal mehr vehement Bahn gebrochen. Sie offenbart sich in den stets wiederholten Slogans „Vielfalt statt Einfalt“, „Bunt statt braun“, „Weltoffenheit und Toleranz“ und gipfelt in dem Ausruf: „Refugees welcome! – Willkommen bei Freunden!“ Die derart Angesprochenen werden dabei gleichsam als abstrakte Wesen imaginiert, weil vermieden wird, ihnen jene konkreten Eigenschaften zuzusprechen, die sie erst als lebendige Individuen konstituieren. Am treffendsten ließe sich diese Ideologie als „Menschismus“ charakterisieren – eine erfundene Vokabel, die indes den Vorzug hat, nicht deckungsgleich mit anders konnotierten Begriffen wie Humanismus, Humanitarismus oder Anthropozentrismus zu sein. Ein typisches Beispiel war die Reaktion des Netzwerks „Refugees Welcome Saarland“ auf den brutalen Übergriff eines angetrunkenen syrischen Asylbewerbers auf einen 60jährigen Deutschen Anfang August. Auf ihrer Facebook-Seite warnte die Organisation vor Stereotypen und Vorurteilen: „Mit nichts ist solch eine Tat zu rechtfertigen. Aber sie ist auch absolut null auf einen Personenkreis zu beziehen, der sich ‘Flüchtling’ nennt.“ Straftaten würden nicht von „Schwarzen, Deutschen, Behinderten oder Flüchtlingen“ begangen, sondern von Menschen. „Und wie bei allen Menschen gibt es auch bei Flüchtlingen Nette, Blöde, Arschlöcher und tolle Typen und natürlich auch Gewalttätige.“ Hinter dieser These steht ein Menschenbild, das fern jeder Realität ist. In Abwandlung des berühmten Gastarbeiter--Zitats von Max Frisch ließe sich sagen, die Eine-Welt-Ideologen rufen nach Menschen, aber es kommen Syrer, Kongolesen, Afghanen, Roma, Schiiten, Sunniten, Salafisten, Kopftuchträgerinnen, Verfechter von Blutrache, Ehrenmorden etc. Der „Mensch“, abstrahiert von seiner genetischen, ethnischen, geschichtlichen und soziokulturellen Herkunft sowie von sämtlichen Bezügen zu Gegenwart und Wirklichkeit, ist bloße Fiktion, eine Hülle ohne Inhalt, eine abstrakte Gattungsbezeichnung wie Tier oder Pflanze. Schon vor 200 Jahren erklärte

der französische Staatsrechtler Joseph de Maistre, in seinem Leben habe er noch nie einen „Menschen“ getroffen, sondern stets nur Russen, Franzosen, Italiener oder Engländer. Ein Gedankenkonstrukt ist auch die Vorstellung der einen Welt. In Wahrheit leben wir in vielfältigen globalen Räumen, geprägt durch unterschiedliche Landschaften, Klimazonen, Faunen, Floren, Religionen, Kulturen etc. Davon ließ sich auch Konfuzius leiten und ihn vor 2.500 Jahren zum Begründer eines realistischen Welt- und Menschenbildes werden: „Die Natur der Menschen läßt sie einander nah sein, doch die Gebräuche halten sie voneinander fern.“ Nichts – außer ihrem abstrakten „Menschsein“ – verbindet einen Eskimo mit einem Bantu, nichts einen Finnen mit einem Polynesier, kaum etwas einen Chinesen mit einem Venezolaner oder einen Norweger mit einem Sizilianer. Ja, selbst im eigenen Land sind die Unterschiede zwischen einem nordfriesischen Küstenbewohner und einem Oberbayern aus dem Tegernseer Land gravierend. Töricht ist daher die oft in demagogischer Absicht aufgestellte Behauptung, Deutschland könne – jenseits der selbstverständlich aufzunehmenden Kriegsoffer – den Strom der Asylbewerber locker bewältigen, schließlich habe es nach 1945 sogar zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge integriert. Daß es sich bei ihnen um Landsleute, also um Menschen gleicher Zunge und gleicher Kultur, gehandelt hat, wird dabei unterschlagen – auch daß selbst jene Schlesier, Pommern und Ostpreußen keineswegs immer mit offenen Armen empfangen, sondern vielfach als „Polacken“ beschimpft wurden. Doch die Vertreter des „Menschismus“ sind in ihrem Optimismus durch nichts zu erschüttern. Die Prognose, bis Jahresende rund 800.000 Flüchtlinge aufnehmen zu müssen, quittierte die Süddeutsche Zeitung mit einem Achselzucken: „Notstand? Ach was.“ Da in jedem Jahr etwa 200.000 Bewohner mehr sterben als geboren werden, brauche Deutschland Einwanderer – „und zwar Hunderttausende jedes Jahr“ (SZ, 19. August 2015). Kurz zuvor hatte das Blatt seine bayerischen Leser bereits auf deren schöne Zukunft eingestimmt. Um sie sich auszumalen, reichten bereits die Überschriften: „Welcome dahoam – Weiß, blau, bunt: Angesichts der Zuwanderung gerät der zementierte Heimatbegriff der Bayern ins Wanken. Städte und Dörfer müssen sich dem Fremden öffnen und es als Bereicherung verstehen.“ Im Jahr 2024 würden 3,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern leben, das sei ein Viertel der Bevölkerung. Der moderne Heimatbegriff dürfe daher keineswegs als Vehikel für eine „Miasan-mia--Mentalität“ dienen, die andere ausgrenze, nur weil sie keinen Einheimischen-Status hätten (Süddeutsche Zeitung, 1. August 2015). Marc Beise, Chef des Wirtschaftsressorts, wollte da mit guten Ratschlägen nicht zurückstehen. „Arbeitgeber, auf die Barrikaden!“ forderte er jene auf, die wegen des demographischen Niedergangs stets lautstark nach qualifizierten Arbeitskräften rufen: „Wo sind die leerstehenden Fabrikgebäude, die umgebaut werden – auf Kosten der Unternehmen? Wo die Ausbildungswege für Flüchtlinge, die man zum Abitur führt und ihnen das Studium bezahlt? Wo die Deutschkurse in den Betrieben für junge Leute, die später Lehrlinge werden sollen? Wo die Unternehmer in den Talkshows, die ‘Volkes Stimme’ widerstehen? Und die ihren deutschen Mitarbeitern erklären, warum im Interesse aller diesmal die Flüchtlinge vorgehen?“ Die Arbeitgeber, so Beise, könnten sich schon einmal darauf vorbereiten, daß sie bald auf die Barrikaden müssen, um für eine stärkere Wirtschaft zu kämpfen – „aber auch für eine bessere Welt“ (Süddeutsche Zeitung, 1. August 2015). Ob man es „Umvolkung“ oder den „Großen Austausch“ nennt, ist irrelevant – im Ergebnis läuft alles darauf hinaus, daß sich die Deutschen mittelfristig im eigenen Land als vorerst noch größte Minderheit unter anderen Minderheiten wiederfinden werden. Ähnlich wie in der Bildungspolitik (Einheitsschule, Inklusion) und der künstlich erzeugten Geschlechter-Frage (Homo-„Ehe“, Gender Mainstreaming), wo Ungleiches gleich behandelt wird, postuliert das bundesdeutsche Toleranz-Edikt auch bei der illegalen Einwanderung durch Verleugnung des Eigenen die gleiche Gültigkeit des Anderen und gibt diesen Nihilismus als „Weltoffenheit“ aus. Während die „Zartrosa“-Fraktion, um bei Joffes eingangs zitierter Diktion zu bleiben, dem verhängnisvollen Treiben hilf- und ratlos zuschaut, zielen die „Tiefrotten“ seit jeher auf die Abschaffung Deutschlands als Nationalstaat und das Aufgehen des eigenen Volkes in einer multiethnischen und multikulturellen „Bevölkerung“. Sie rekrutieren sich aus der Partei Die Linke und grünen Fundamentalisten, die schon vor Jahrzehnten ihre antinationale Gesinnung kundtaten mit dem Stoßseufzer: „Ausländer, laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein!“ Ihre rassistischen Volksverhetzungsparolen „Deutschland verrecke!“, „Nie wieder Deutschland!“ oder „Fuck Germany!“

sind noch nie strafrechtlich geahndet worden. Ob man es „Umvolkung“ oder den „Großen Austausch“ nennt, ist irrelevant – im Ergebnis läuft alles darauf hinaus, daß sich die autochthonen Deutschen mittelfristig im eigenen Land als (vorerst noch größte) Minderheit unter anderen Minderheiten wiederfinden werden. In seiner Tragödie „Die Schutzflehenden“ läßt Aischylos den König von Argos sagen, niemals solle sein Volk über ihn das Urteil fällen müssen: „Landfremde ehrtest, / Eignes Land verheertest du.“ Daß auch das „deutsche Volk“, laut Grundgesetz der Souverän des Staates, über sein eigenes Schicksal wird bestimmen können, darf freilich bezweifelt werden.

12. Paulwitz, Michael (2017): „Dreiste Mogelpackung.“

Das von der Union vorgelegte „Regelwerk zur Migration“ verkommt in Anbetracht der Fakten zu einer Farce. Irreführenderweise werden illegale Einwanderer zu „Flüchtlingen“ deklariert. Was der faule Kompromiß für die CSU bedeutet, wird sich spätestens bei der nächsten bayerischen Landtagswahl zeigen. Die Unverfrorenheit, mit der die Kanzlerin und vor allem CSU-Chef Horst Seehofer die Wähler mit ihrem faulen Kompromiß zur angeblichen „Obergrenze“ für die Aufnahme sogenannter „Flüchtlinge“ für dumm verkaufen wollen, sucht ihresgleichen. Schon der Begriff ist ein Etikettenschwindel. Ginge es nur um tatsächlich Verfolgte und Asylberechtigte, bräuchte man gar nicht darüber zu reden: Das betraf im vergangenen Jahr keine tausend von den Hunderttausenden, die über die Grenzen geströmt sind. Es geht also um irreführend als „Flüchtlinge“ deklarierte illegale Einwanderer. Mit allerlei Rechenricks – Abgeschobene, freiwillig Ausreisende, in der EU Umverteilte und Antragsteller aus zurückliegenden Jahren sollen herausfallen – will man suggerieren, ihre Zahl solle zweihunderttausend im Jahr nicht überschreiten. Nur damit Horst Seehofer diese willkürlich aus der Luft gegriffene Marke zu Hause als Erfolg verkaufen kann. Selbst das würde bedeuten, daß Jahr für Jahr die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Kassel oder Rostock in die Sozialsysteme einwandern würde – mehr als viermal so viele wie die USA aufzunehmen gedenken, für die die jährliche Festsetzung von Obergrenzen nach dem Maß des Verkraftbaren offenbar kein Problem darstellt. Aber dabei wird es nicht bleiben. Zahlreiche Migrantenströme sind in der Rechnung gar nicht enthalten: die hunderttausendfache EU-Binnenzuwanderung aus Rumänien und Bulgarien etwa oder die großzügig verteilten Visa für Einwanderer vom Westbalkan, die den massenhaften Asylmißbrauch eindämmen sollten – Zehntausende sind seit Jahresbeginn allein auf diesem Weg gekommen.

Die Obergrenze wird zur Farce

Zudem ist der Formelkompromiß der Unionsparteien nur eine unverbindliche Absichtserklärung. „Wir wollen erreichen“, heißt es in der zentralen Passage; da ist das Verfallsdatum zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen schon eingepreist. Und jenseits aller Rechenkunststückchen wird nach wie vor niemand an der Grenze abgewiesen. Wer sie überschreitet und „Asyl“ sagt, bekommt ein Verfahren, mit dem er sich den Aufenthalt ersitzen kann. Ohne wirksame Schließung der Grenzen ist jede vorgebliche „Begrenzung“ eine Farce. Wie gehabt, will man sich von anderen abhängig machen: von europäischer Grenzsicherung, von nebulöser „Bekämpfung von Fluchtursachen“ in den Herkunftsländern oder von fragwürdigen Abkommen wie dem Türkei-Deal. Das CDU/CSU-„Regelwerk zur Migration“ ist somit ein Schönwetterpapier, das spätestens dann zur Makulatur wird, wenn die nächste Einwanderungswelle vor der Tür steht. Sollte das „wider Erwarten“ eintreten, werden Bundesregierung und Bundestag eben „geeignete Anpassungen“ beschließen. Im Klartext: Die genannte Phantasiezahl gilt so lange, bis sie erreicht wird. Einen Plan für den Ernstfall will man heute wie damals nicht; das Unionspapier ist ein Dokument fortgesetzter Realitätsverweigerung und Lernresistenz. Was noch schwerer wiegt ist die Arroganz, mit der sich zwei Parteichefs anmaßen, durch einen einsamen Beschluß mal eben bestehendes Verfassungs- und Europarecht zum Asylverfahren zu entsorgen. Nach dem geltenden, von der Regierung Merkel schlicht nicht mehr angewendeten Artikel 16a des Grundgesetzes gilt für illegale Einwanderer, die als „Asylbewerber“ über sichere Drittstaaten kommen, nämlich „Obergrenze null“. Seehofer und Merkel machen daraus per Federstrich „200.000 plus X“. Ihr

Kompromiß bedeutet de facto die Legalisierung illegaler Einwanderung über Pseudokontingente. Und nebenbei erledigen sie auch noch das Dublin-System und das europäische Asylrecht, das sie für reformbedürftig erklären. Wie Hohn muß auf rechtstreue Bürger die Ankündigung wirken, man wolle die „Anstrengungen verstärken“, um „vollziehbar Ausreisepflichtige schnellstmöglich zurückzuführen“. Obwohl die Zahl der abgelehnten Asylanträge in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist, stagniert die Zahl der Abschiebungen und dürfte in diesem Jahr sogar zurückgehen.

Einige Bundesländer begehen massiven Rechtsbruch

Faktisch finden Abschiebungen kaum noch statt und werden in einigen Bundesländern wie Berlin oder Thüringen offen sabotiert. Zu diesem staatlich geförderten Rechtsbruch fällt den Unionsparteien nichts ein. Und wenn doch, änderte dies nach dem faulen Kompromiß doch nichts an der Überlastung von Staat und Sozialkassen: Denn aufgrund des kuriosen Aufrechnungssystems, das CDU und CSU sich ausgedacht haben, dürfte für jeden abgeschobenen Illegalen ein anderer nachkommen. Die Ankündigungen, grenznahe Asylzentren einzurichten und die Zahl der sicheren Herkunftsländer auszuweiten, sind durchschaubar lediglich Verhandlungsmasse für die Koalitionsgespräche mit den Grünen, die diese Forderungen strikt ablehnen. Für die FDP ist als Köder eine schwammige Formulierung zur „Fachkräfte“-Zuwanderung gedacht. Auch das ist entweder sinnlos oder eine weitere Hintertür, solange die massive illegale Einwanderung über den Asylmißbrauch nicht abgestellt wird. Was CDU und CSU da ausgeheckt haben, taugt allenfalls als Einladungsschreiben zu „Jamaika“-Koalitionsverhandlungen, die Angela Merkel noch einmal die Kanzlerschaft retten sollen, löst aber kein einziges Problem. Spätestens wenn die Migrationsströme im nächsten Frühjahr wieder anschwellen, kann Horst Seehofer schon mal überlegen, ob er die „Obergrenze“ für das CSU-Ergebnis bei der nächsten bayerischen Landtagswahl von 40 Prozent minus X auf 30 Prozent minus X herabsetzen will.

13. Rosen, Paul (2016): „Trügerische Ruhe.“

Krampfhaft versuchen Bundesregierung und Koalitionsparteien, in der Flüchtlingskrise Erfolge zu vermelden. Die Asylbewerberzahlen vom März, die aufgrund der Schließung der Balkanroute durch Österreich, Mazedonien und andere Staaten recht niedrig ausgefallen waren, wurden sogar von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) persönlich vorgestellt, was bei den früher noch höheren Zahlen Alleinaufgabe des Leiters des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, war. Im März kamen noch 20.608 Asylbewerber in Deutschland an; im November 2015 waren es über 200.000 gewesen. Auch die anderen Aspekte der Flüchtlingskrise werden verharmlost und beschönigt. Als de Maizière in einer österreichischen Zeitschrift die Aufhebung der Grenzkontrollen zum südlichen Nachbarland Deutschlands ankündigte, ging Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer zwar auf die Palme. Das Vorhaben sei mit ihm nicht abgesprochen worden. Doch seit den drei Landtagswahlen vom 13. März versuchen CDU und CSU sich zusammenzuraufen.

Die Griechenland-Krise kehrt zurück

Nach einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel war plötzlich alles wieder gut. Seehofer berichtete, eine Wiederöffnung der Grenzen werde nicht ohne Rücksprache mit Bayern erfolgen. Für den CSU-Vorsitzenden war das Thema damit „abgeräumt“, und auch von der bayerischen Verfassungsklage gegen die Flüchtlingspolitik ist schon länger nicht mehr geredet worden. Allerdings trugen Seehofers Reaktionen nach den Treffen in Berlin resignative Züge. Er hat gemerkt, daß Merkel Routine entwickelt hat, die Attacken des Bayern nicht besonders ernst zunehmen. Der ist aber wie ein siamesischer Zwilling an die CDU gekettet; vom Kreuther Trennungsgeist redet schon lange keiner mehr. Den Platz rechts von der CDU besetzt heute die AfD. Der Dritte in der Berliner Koalitionsrunde, SPD-Chef Sigmar Gabriel, hat bereits gar nichts mehr zu melden. In zwei Bundesländern wurde seine Partei verzwert; wären jetzt in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen, könnte die SPD sogar an der Fünfprozenthürde scheitern. Die Besetzung der Schlüsselressorts in der Bundesregierung hat nichts gebracht, die Ernte für

diesozialdemokratische Sachpolitik von der Rente ab 63 bis zum Mindestlohn konnte die SPD nicht einfahren. Gabriels Traum vom rot-rot-grünen Bündnis ist ausgeträumt. Der Erfolg der AfD hat diesen Traum platzen lassen wie eine Seifenblase. Und so fügt sich die SPD in die Große Koalition, in der auch die CSU unbedingt bleiben will. So redet man sich die Lage schön. Das EU-Rücknahmeübereinkommen mit der Türkei sieht vor, daß Ankara Flüchtlinge aus Griechenland zurücknehmen soll, während im Gegenzug Flüchtlinge aus der Türkei in die EU geflogen werden sollen. Daß 27 EU-Länder bisher keinen Flüchtling aus der Türkei aufnehmen, sondern nur in Deutschland ein kleines Kontingent ankam, wurde genauso unter den Teppich gekehrt wie die Wahrheit bei den Asylbewerberzahlen: Zusammengerechnet kamen im ersten Quartal 2016 180.000 Flüchtlinge an. Im Vorjahresquartal waren es 85.394 gewesen. Wenn das Wetter im Mittelmeerraum im Verlauf des Frühjahrs besser werden wird, werden wieder mehr Flüchtlinge ankommen. Eine Hochrechnung des ersten Quartals auf das Gesamtjahr 2016 ergibt 720.000 Flüchtlinge, die trotz Schließung der Balkanroute über andere Wege zu „Mama Merkel“ kommen könnten. Geradezu dramatisch entwickelt sich ein Randthema für Merkel. Die Verwicklungen rund um die drastische Satire des Kabarettisten Jan Böhmermann auf den türkischen Präsidenten Erdogan (siehe Seite 13), zeigt, daß Merkel erpreßbar geworden ist. Macht sie nicht, was Erdogan will, hält dieser in der Ägäis weitere Flüchtlingsboote nicht von der Fahrt ab. Selbst wenn das Flüchtlingsthema nicht mehr die Rolle wie im vergangenen Jahr spielen sollte, hat sich die Situation in Deutschland verändert: Spätestens die Ereignisse der Kölner Silvesternacht, die Politik und Presse erst verschweigen und dann herunterspielen wollten, haben auch Gutmeinenden gezeigt, daß unser Land in eine „Schieflage geraten ist“, wie der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler erklärt. Die Schieflage findet sich nicht nur in Flüchtlingsfragen. Im vergangenen August, als der Strom über die ungesicherten Grenzen immer stärker wurde, beschloß der Bundestag das dritte Griechenland-Hilfspaket. Griechenland sei damit gerettet, hieß es damals. Längst pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß in Griechenland nichts besser geworden ist. Ein Schuldenschnitt tut not, den Merkel ablehnen muß, weil sie sich darauf festgelegt hat, und von dem hohen Roß nicht herunterkommt. Parallel dazu ruiniert die Niedrigzinspolitik Lebensversicherungen, private Altersvorsorge und das Vermögen der Deutschen. Die Sparer erkennen inzwischen die Folgen, beginnen Fragen zu stellen. Die Krisen in EU und in Berlin werden schärfer unternarrieren an einen Luftballon, der immer weiter aufgeblasen wird. Bis er platzt.

14. Kaufmann, Wolfgang (2015): „Lob der Grenze.“

Grenzen töten!“ Mit diesem Motto machen Asyllobbyisten schon seit geraumer Zeit Stimmung für einen ungehinderten Einlaß von Einwanderern nach Europa. Und auch sonst haben Grenzen heute keinen besonders guten Ruf – unabhängig davon, ob es sich um Staatsgrenzen oder biologische, kulturelle und soziale Grenzen handelt. Der Zeitgeist fordert Grenzüberschreitungen, am besten Grenzaufhebungen: Integration und Inklusion sind angesagt. Insofern schwimmt Konrad Paul Liessmann mit seiner Essaysammlung „Lob der Grenze“, die 2012 erschienen ist, klar gegen den Strom. Das allerdings kann sich der 1953 in Kärnten geborene Autor leisten, denn er ist nicht irgendwer. Zum einen hat der Philosoph einen renommierten Lehrstuhl an der Universität Wien inne, zum anderen avancierte der vielfach preisgekrönte Gelehrte aufgrund seines Talents, komplizierte Gedankengänge in relativ einfache Worte zu fassen, 2006 in Österreich zum „Wissenschaftler des Jahres“. Aus diesem Grund entwickelte das Feuilleton auch keine reflexhafte Abwehr bei der Rezeption der Liessmannschen Apologie der Grenzen, sondern attestierte ebenso artig wie unbestimmt, daß der Verfasser eine „luzide Streitschrift gegen die Schwammigkeit“ vorgelegt habe. Damit fiel freilich unter den Tisch, mit welcher Deutlichkeit Liessmann schon damals den „Verlust der Grenzkontrolle (...) angesichts zunehmender Migrationsströme“ beklagte, um nachfolgend darzulegen, wieviel humaner und sinnvoller es sei, Grenzen zu sichern statt niederzureißen. Das letztere führe zum Ineinanderfließen von Völkern und Kulturen, woran es nichts Begrüßenswertes gebe, weil dies immer auf existentielle politische Krisen hindeute. Deshalb prophezeite Liessmann auch, daß die EU nur dann eine Zukunft habe, wenn sie wieder klare Grenzen nach außen und im Inneren ziehe und aufhöre, die „Idee der Toleranz“ zur multinationalen

Staatsräson zu erklären. Immerhin sei die frühere Abgrenzung der Nationalstaaten in Europa überhaupt erst die Voraussetzung für deren Entwicklung in Frieden und Wohlstand gewesen. Und genau die erzeuge jetzt die massive Sogwirkung bei den Bewohnern der instabilen Regionen des Nahen Ostens und Nordafrikas, in denen politische und moralische Grenzen praktisch keine Bedeutung mehr besitzen, wie das länderübergreifende Wüten islamischer Terrormilizen beweise. Allerdings macht Liessmann keine Anstalten, seine Thesen in offensiver Weise in die Debatte einzubringen, obwohl er – noch – zu den wohlgelittenen Interviewpartnern der Leitmedien zählt. Vielleicht aber ist das mittlerweile auch nicht mehr nötig, weil derkaum noch zu beherrschende Flüchtlingsstrom dazu führt, daß der Wert von Grenzen, die das sowohl dem Namen als auch ihrer realen Funktion nach sind, von Tag zu Tag augenfälliger wird.

15. Hinz, Thorsten (2015): „Kritik wird erdrosselt.“

Die Grenzen des öffentlichen Diskurses in der Asylkrise bleiben auf das Dritte Reich fixiert. Pro-Flüchtlinge-Gestammel als Konsequenz einer jahrzehntelangen Ideologisierung. Die Erhebung von Til-„Verpißt euch von meiner Seite“-Schweiger zu diskursprägender Größe war kein Unfall gewesen, sondern das Symptom eines kollektiven Geisteszustandes. Es ist wenig übertrieben, wenn man sein von Brutalismen und Imperativen durchsetztes Pro-Flüchtlinge-Gestammel auf Facebook als die Essenz dessen bezeichnet, was der bundesdeutsche Geistes- und Kulturbetrieb zur aktuellen Völkerwanderung generiert. Hier äußerte sich mehr als ein flüchtig-überdrehter Zeitgeist. Der Flachsinn ist die Konsequenz aus einer jahrzehntelangen Ideologisierung, die den geistigen Haushalt der Bundesrepublik bestimmt und die nun, von der Wirklichkeit zum Praxistest bestellt, ihre liberale Camouflage und intellektuellen Alibis abstreift.

Schmonzetten über gelebte „Willkommenskultur“

Beginnen wir mit einer Harmlosigkeit, mit dem Roman „Gehen, ging, gegangen“ von Jenny Erpenbeck, der es auf die Shortlist zum diesjährigen Deutschen Buchpreis geschafft hat – die neueste Antwort der deutschen Literatur auf die Masseneinwanderung, auf Jean Raspails „Heerlager der Heiligen“ und Michel Houellebecqs „Unterwerfung“. Das bundesdeutsche Selbstideal: weltoffen, demokratisch, solidarisch, darf sich darin noch einmal bewähren. Wie im „Heerlager“ ist der Protagonist ein emeritierter, verwitweter, abseits lebender Geisteswissenschaftler, doch seine Reaktion ist eine entgegengesetzte. Er engagiert sich in Berlin als Flüchtlingshelfer und findet durch gelebte „Willkommenskultur“ zu neuer Lebensenergie. Die Schmonzette vereint die im Literaturstreit 1990 verworfene Gesinnungsästhetik aus der DDR mit dem Sinnfindungs- und Selbstverwirklichungstrip westdeutscher Provenienz. Ein peinlicher Anachronismus!

Halluzinationen über die „Heidenchristen“ von Pegida

Tiefer lotet Zeit-Redakteur Thomas Assheuer. Im Aufsatz „Unsere Willkommenskultur“ dringt er zum Abgründigen der Situation vor und räumt ein, daß der Asylanstrom zu sozialen Konflikten und politischen Verwerfungen führt. Dem Schmitt- und Agamben-Kenner müßte nun die Frage naheliegen, ob ein Staat die Schutzfunktion gegenüber seinen Bürgern zugunsten Dritter aufkündigen kann, ohne gleichzeitig den Anspruch auf Loyalität zu verlieren. Doch er weicht ihr aus und ergeht sich in allgemeinen Reflexionen über die Moderne, den globalen Kapitalismus und halluziniert über die „Heidenchristen“, die „schwarzrotgoldene Kreuze schlagbereit durch Dresden“ tragen. Als Ergebnis eines möglichen Rechtsrucks steht ihm „eine putinhafte Melange aus Shoppen und Beten und dem Staat die Stiefel lecken“ vor Augen, und so lobt er die Kanzlerin für die Grenzöffnung: „Sie tat das Selbstverständliche. Sie handelte im europäischen Geist. Sie sagte nicht Notwehr, sondern Nothilfe; nicht ‘Schutz der konkreten Ordnung’, sondern Schutz der konkreten Menschen.“ Assheuer unterschlägt, wie gesagt, die Kehrseite: Die Ordnung, die Merkel gerade zerlegt, soll Menschen

schützen, die noch ein bißchen konkreter sind: vor sozialer und rechtlicher Unsicherheit, vor Terrorimport.

BRD ohne eigene, unhintergehbare Staatsräson

Der Widerspruch läßt sich nicht auflösen, sondern zwingt zur Entscheidung, die sich in einem normalen Staat gegen den unkontrollierten Zuzug richten würde. Sie bleibt aus, weil die Bundesrepublik keine eigene, unhintergehbare Staatsräson in sich trägt. Assheuer mag dieses staatspolitische Manko nicht benennen, weshalb auch seine Reflexionen im bundesdeutschen Diskursgehege gefangen bleiben. Entschieden hat sich der in Jena lehrende Professor für Zeitgeschichte Norbert Frei (60), für den völlig klar ist, daß der Staat die Dezsision, die er für seine Bürger nicht treffen kann, gegen sie richtet. In einem ARD-Interview zu Pegida befragt, bellte er: „Volksverhetzung!“, „Durchgreifen!“, „Verfassungsschutz!“, „Zur Verantwortung ziehen!“ und – als Eigenschöpfung – „Problembürger!“

Verinnerlichung der Reparationspflicht

Frei nannte die Etablierung seines Universitätsfachs „eine intellektuelle Reparationsforderung der Alliierten“, ohne daß ihm bewußt wurde, daß er pars pro toto den geistigen Souveränitätsdefekt der Bundesrepublik identifizierte. Er hat eben die Reparationspflicht verinnerlicht. In seinem Buch „Vergangenheitspolitik“ (1996) kritisiert er, daß die Deutschen nach 1945 nicht rasch und willig genug den Standpunkt der Sieger übernommen hätten. Wer das deutsche Eigen- unter das Protektorat von Fremdinteressen stellt, den muß es in der Tat empören, wenn Dresdner Bürger gegen die autoritäre Umdefinierung ihrer Lebenswelt auf die Straße gehen.

Geläuterter Alt-68er verweist auf das NS-Erbe

Der Welt-Journalist Thomas Schmid (70), eigentlich ein geläuterter Alt-68er, bejaht die Umdefinierung ausdrücklich: „Hier die Menschenfreiheit, zu wandern, wohin man will – dort Eigentums- und Souveränitätsrechte und im Unübersichtlichen der Hang zum Protektionismus. Ein offenes Europa muß ersterem den Vorrang geben. Eigentum, Nation und Sozialstaat sind wichtig, kommen aber danach.“ Die Begründung bleibt unklar, irgendwie hat sie mit dem Dritten Reich zu tun. Die „Ausländer- und Institutionenfeindlichkeit“ nämlich, die in der Ex-DDR hervortrete, habe ihre Wurzel im jahrzehntelangen Fehlen jener Öffentlichkeit, die sich im Westen in Konfrontation mit dem NS-Erbe „langsam entfaltet“ habe. „Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß es unsere Eltern (...) waren, die in einem verbrecherischen Regime zumeist mitgelaufen sind. NS: Das betraf uns.“

Umfassend und dauerhaft neurotisierte Deutsche

Der Migrationsforscher Klaus Bade (71), emeritierter Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück, faßt Schmid's konfuses Wortwerk bündig zusammen: „Die Frage, ob wir uns diese Flüchtlinge leisten können, ist falsch gestellt. Wir müssen uns diese Flüchtlinge leisten, denn wir haben ein Grundgesetz. Und dieses Grundgesetz war die Antwort auf den Nationalsozialismus.“ Die Kreise schließen sich. Klaus Bades ehrlicher, simpler und brutaler Dreisatz enthält exakt den geistigen Resthaushalt des Landes, für den der Schauspieler Til Schweiger so beherzte Worte fand. Und weiter: Der SPD-Politiker Carlo Schmid hatte 1948 in den Beratungen zum Grundgesetz geäußert, der zu gründende Staat könne nichts anderes sein als „die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“. Jetzt interpretiert Bade das Grundgesetz und die Bundesrepublik als Charta beziehungsweise Modalität der Selbstabschaffung Deutschlands.

Unfähig, Geschichte zu historisieren

Ob tatsächlich eine Zwangsläufigkeit von Carlo Schmid zu Bade führt, soll hier nicht erörtert werden. Es reicht die Feststellung, daß aktuelle Inhaber einflußreicher Positionen sich als Nazi-Kinder und -

Enkel gerieren: Unfähig, die Geschichte der Eltern und Großeltern zu historisieren, sind sie NS-fixierte Kinder geblieben. Bösertige Kinder! Wo außer den NS-Komplexen alle Bestände abgeräumt sind, eröffnet sich frischen Kräften wie Naika Foroutan, Sozialwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität in Berlin, ein freies Betätigungsfeld. 1971 als Tochter deutsch-iranischer Eltern geboren – ihr Vater war iranischer Fußball-Nationaltrainer –, wurde Foroutan in die Medienöffentlichkeit gehoben, als sie 2010 antrat, die Statistiken in „Deutschland schafft sich ab“ des Zahlenmaniaks Thilo Sarrazin zu widerlegen.

„Sensibilisierungen“ gegenüber dem Islam

Aus der Erhebung beispielsweise, daß 2008 knapp 24 Prozent der Türken in Deutschland über eine Berufsausbildung verfügten gegenüber drei Prozent unter den türkischen Erstankömmlingen, schloß sie auf eine bis zu 900prozentige Bildungsexplosion! Zwar wurden ihre Rechenexempel viel belächelt, doch das verhinderte nicht ihren Aufstieg zur „Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik“. In jüngsten Medienäußerungen wirbt sie für die „Erziehung zu einer Empathie, die als Hemmschwelle für die Abwertung von anderen funktioniert“ (FAZ vom 3. November). Als vorbildlich gilt ihr die Sozialisation „durch Organisationen wie zum Beispiel Aktion Sühnezeichen“, die junge Deutsche für Antisemitismus „unheimlich sensibilisiert“ hätte. Solche Sensibilisierung möchte sie auch auf den Islam und „gegen Pegida-Anhänger, westdeutsche Rechtsextremisten und gegen rassistische Migranten wie Akif Pirinçci“ übertragen wissen.

Forderung nach Selbstmarginalisierung

Die bestens vernetzte Foroutan – sie leitet einen „Projektverbund“, der von der Bundesregierung und der Volkswagenstiftung finanziert wird – wünscht sich den umfassend und dauerhaft neurotisierten Deutschen, der sich aus eigenem Antrieb der Selbstmarginalisierung in seinem zur „Einwanderungsgesellschaft“ transformierten Land verschreibt. Gegen das alles läßt sich sinnvoll nicht mehr andiskutieren, und so darf man es ausnahmsweise mit Herrn Schweiger halten: Verpißt euch von meiner Seite!

16. Michiels, Hoger (2015): „Wir müssen handeln.“

Die deutsche Wirtschaft schrumpft, aber eine Branche besitzt glänzende Wachstumsaussichten: die hiesige Migrationsindustrie. Im abgelaufenen Jahr wurde Deutschland mit über 202.000 neuen Anträgen zum größten Magneten für Asylbewerber unter allen Industriestaaten – ein Anstieg um knapp 76.000 oder um satte 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach vergangene Woche angesichts dessen von der „bislang vierthöchsten Zahl von Asylbewerberzugängen, die je in Deutschland verzeichnet worden ist“. Bereits jetzt nimmt unser dichtbesiedeltes Land 18 Prozent aller Asylanträge in der westlichen Welt und 30 Prozent in der EU entgegen. Der Trend zum Weltflüchtlingszentrum, der immer sichtbarer die deutschen Innenstädte erfaßt, zwingt mittlerweile die Politik, ihr Heil in entwaffnender Ehrlichkeit zu suchen. Ende vergangenen Jahres verkündete de Maizière in Anbetracht des erwartbar hohen Ansturms: „Wir müssen das Instrument der Abschiebung wieder praktikabel machen.“ Im Klartext: Das deutsche Asylsystem funktioniert nur noch auf dem Papier. Seit Jahren ist die Zahl der Abschiebungen bei gleichzeitig steil ansteigenden Flüchtlingszahlen stark rückläufig („Niedrige Abschiebezahl lockt Flüchtlinge an“, Die Welt, 22. Oktober 2014). 2013 wurden nurnoch rund 10.000 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben, weniger als zehn Prozent der Ankömmlinge jenes Jahres. Mitte 2014 belief sich die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die sich trotz Ausreisepflicht weiterhin in Deutschland aufhielten, auf 143.000 Personen. Wer einmal angekommen ist, bleibt also unabhängig von seiner realen Schutzbedürftigkeit zumeist hier. Und wer sollte es diesen Menschen aus Afrika und Asien auch verdenken? Deutschland bietet Flüchtlingen mit die besten finanziellen und sonstigen Konditionen von allen Ländern ringsherum an. Verhalten diese Flüchtlinge sich nicht vollkommen rational, wenn sie die angebotenen Hilfsleistungen in Anspruch nehmen? Und verhalten viele Deutsche sich nicht irrational, wenn sie es diesen Personen

trotzdem irgendwie zum Vorwurf machen, daß sie zu uns kommen? Die ganze Debatte um die deutsche Asylpolitik ist eigentlich keine, ist nie eine gewesen. Schon der Begriff „Politik“ verbietet sich, weil dieser eine staatliche Steuerung und Kontrolle suggeriert, die angesichts des Menschenansturms längst verlorengegangen ist. Und zu einer echten Debatte würden kontroverse Grundansichten gehören. Aber was diskutiert wird, sind letztlich bloß Detailfragen: Wie bringen wir die Flüchtlinge in den Kommunen unter, wie können wir den Grenzschutz an Bahnhöfen verbessern etc. – alles wichtig, aber auch alles Ausdruck einer tiefsitzenden Angst, sich dem Phänomen der neuen Völkerwanderung in seiner ganzen Dimension zu stellen. Folgendes ist ein erster Versuch, den Blick für die grundsätzlichen Fragen und Herausforderungen für Deutschland zu öffnen: Gerade einmal elf Prozent aller Menschen leben in echten Demokratien. Unter den gegenwärtigen demographischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ist das derzeitige Asylrecht der Versuch, die halbe Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen. 1. Die Süd-Nord-Wanderung wird nicht aufhören, sondern hat gerade erst ihren Anfang genommen. Motor der laufenden Bevölkerungsexplosion im 21. Jahrhundert wird Afrika sein. Die afrikanische Bevölkerung, die 1950 kaum viermal so groß wie die Deutschlands war, beträgt derzeit eine Milliarde Menschen. Sie wird sich nach der jüngsten offiziellen Prognose der Uno bis 2050 verdoppeln und bis 2100 auf vier Milliarden Menschen vervierfachen (Uno World Population Prospects 2013). Vor der Haustür liegt die Wohlstandsinsel Europa; nirgendwo sonst auf der Welt ist das kontinentale Wohlstandsgefälle so ausgeprägt und die Bevölkerungsentwicklung so radikal verschieden. Die Dysfunktionalität Afrikas wird den Strom von Flüchtlingen über das Mittelmeer unaufhörlich anschwellen lassen. 2. Artikel 16 des Grundgesetzes spricht politisch Verfolgten aufgrund der Erfahrungen aus dem Dritten Reich das Recht auf Asyl zu. Den Vätern des Grundgesetzes wären dabei allerdings nie die globalen Flüchtlingsströme unserer Zeit in den Sinn gekommen. Die Regelung ist unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts gründlich obsolet geworden: Laut Studien der renommierten Economist Intelligence Unit (The Economist Group, London) leben gerade einmal elf Prozent aller Menschen in echten Demokratien, wohingegen 37 Prozent unter der Fuchtel von autoritären Regimen stehen und der Rest in allerlei Mischformen lebt (Democracy Index 2012). Das sind bis zu 6,4 Milliarden Menschen mit einem zumindest theoretischen Rechtsanspruch auf Asyl in der Bundesrepublik. Zwar sieht das Grundgesetz die Möglichkeit zur Erklärung von ganzen Staaten zu sicheren Herkunftsländern vor, aber gerade einmal 25 der 167 Flächenstaaten der Welt erfüllen dem Economist zufolge die Bedingungen zum vollen Rechtsstaat. Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg unterstellt sogar EU-Demokratien wie Italien, kein sicheres Land mehr für Abschiebungen zu sein („Abschiebungen innerhalb der EU werden schwieriger“, Die Welt, 5. November 2014). Unter diesen demographischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ist das derzeitige Asylrecht der Versuch, die halbe Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen. 3. Die Debatte konzentriert sich auf Druckfaktoren wie Verfolgung und Diskriminierung, die die Flüchtlinge zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Weitgehend unberücksichtigt bleiben dagegen die mächtigen Zugfaktoren, die wir selbst zu verantworten haben. Entgegen der migrationistischen Annahme, die in dem „Flüchtling“ stets das hilflose Opfer höherer und widriger Umstände sieht, gibt es keinen Grund, diesen Menschen die Fähigkeit zur Planung und Verfolgung ökonomisch rationaler Motive abzusprechen. Wie jeder andere Mensch auch ist der Flüchtling ein homo oeconomicus, der seinen Eigennutzen zu maximieren sucht und seine Handlungen danach ausrichtet. Vor dem Hintergrund der großen Kaufkraftunterschiede zur Dritten Welt setzen die deutschen finanziellen Zuwendungen an Asylbewerber unzweifelhaft migratorische Anreize. Die Tatsache, daß ein Großteil der Flüchtlinge aus den – sicheren – EU-Eintrittsländern weiter gen Norden oder Westen zieht, beweist dies. Solange diese Zugfaktoren nicht beseitigt werden, wird eine Lösung des Flüchtlingsproblems illusorisch bleiben. 4. Deutschland hat keine eigenen Grenzen mehr. Mit dem Schengener Abkommen haben wir unseren Grenzschutz in die Obhut einiger nur bedingt funktionaler EU-Außenstaaten gelegt. Dementsprechend ist unser direkter Einfluß auf unser Schicksal geschrumpft. Allem Aktionismus auf EU-Ebene zum Trotz wird das Interesse der Transitstaaten an effektiver Grenzkontrolle geringer als unser eigenes bleiben, denn für diese Länder ist eine passive Duldung der Weiterreise mit deutlich weniger Aufwand und politischen

Kosten verbunden. 5. Der Ausdruck „Integration“ ist zur Worthölse verkommen, denn die Frage lautet immer dringender: integrieren, aber in waseigentlich? Deutschland hat nach Angaben der Vereinten Nationen bereits heute die drittgrößte Einwanderungsbevölkerung dergesamten Welt (<http://esa.un.org/unmigration/TIMSA2013/migrantstocks2013.htm>). Wo die deutsche Mehrheitsgesellschaft sichverflüchtigt hat, bedeutet Integration von Neuankömmlingen in der Realität die Einbindung in den bestehenden Flickenteppichaus partikularistischen Einwanderungsgemeinschaften und eben nicht in die deutsche Kultur und Gesellschaft, die bloß noch alsHintergrundrauschen wahrgenommen wird. Jedes Land hat das Recht auf die Bewahrung der eigenen Lebensform. Aber wie soll das bei einer ununterbrochenenMasseneinwanderung überhaupt noch möglich sein? Hat sich die Politik jemals auf einen Schlußpunkt verpflichtet? 6. Der Gerechtigkeitsbegriff leidet unter einer einseitigen Auslegung. Es dominiert eine Gesinnungsethik, die das Recht desFlüchtlings auf Aufnahme in Deutschland verabsolutiert, wobei der qualifikatorische Zusatz „menschenwürdig“ durch Gerichteund Migrationsvereine immer ausgedehnter interpretiert wird. Folgenethische Gegenargumente, die auf die drohenden sozialenVerwerfungen in der deutschen Bevölkerung durch die Flüchtlingswelle verweisen, werden hingegen als Ausdruck vonIntoleranz oder Rassismus abqualifiziert. Dabei gibt es gute Gründe, die aktuelle Aufnahmepraxis moralisch abzulehnen. EinPunkt ist die Lastenverteilung: Die Bundesrepublik nimmt 18 Prozent der Asylbewerber auf, obwohl auf sie lediglich fünf Prozentdes Weltinlandsprodukts, rund ein Prozent der Weltbevölkerung und weniger als ein Prozent der Weltfläche entfallen. Ist dasgerecht? Kritisch zu hinterfragen ist auch die Ablehnung jedes Volksbegriffs in der Diskussion. Jedes Land hat das Recht auf dieBewahrung der eigenen Lebensform. Aber wie soll das bei einer ununterbrochenen Masseneinwanderung, die eineVerschiebung der Mehrheits- und in der Folge auch der Machtverhältnisse bewirkt, überhaupt noch möglich sein? Hat sich diePolitik jemals auf einen Schlußpunkt verpflichtet? Legt man der Flüchtlingsthematik Kants kategorischen Imperativ zugrunde,nach dem die Maxime des eigenen Handelns jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung zu gelten habe, istdie Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen sogar grundsätzlich abzulehnen, da sie angesichts des gewaltigenglobalen Übergewichts an autoritären Staaten und armen Ländern von Deutschland nicht einmal ansatzweise durchzuhalten ist,ohne finanziell und kulturell zusammenzubrechen. Die aktuelle Flüchtlingswelle wird von alleine nicht mehr aufhören, es sei denn wir ergreifen aktive Gegenmaßnahmen. Siegehört neben der Eurowährungskrise und der dieser Tage wieder vor aller Augen offenbar werdenden Bedrohung durch denislamischen Terrorismus zu den drei Problemfeldern, die durch die Abgabe von deutschen Souveränitätsrechten an die EU unddie Aufgabe nationalstaatlicher Denkprinzipien wesentlich begünstigt worden sind. Eine Idee, die der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge Manfred Schmidt, unlängst wieder ins Spiel brachte unddie Beachtung verdient, ist der Aufbau von exterritorialen Auffanglagern in Afrika und Asien, in denen zuerst das Recht auf Asylin Europa geprüft wird. Diese als „pazifische Lösung“ bezeichnete Praxis hat in Australien innerhalb eines kurzen Zeitraums zueinem völligen Einbruch des Zustroms an Bootsflüchtlingen und den damit verbundenen menschenverachtendenSchlepperaktivitäten geführt – und damit den Beweis erbracht, daß eine konsequente Verringerung der Anreizfaktoren zumErfolg führen kann.

17. Stein, Dieter (2015): „Flüchtling als Waffe.“

Die Völkerwanderung des Jahres 2015 kommt nicht aus heiterem Himmel. Der anschwellende Strom, der sich auf unterschiedlichen Routen durch Europa ins Sehnsuchtsland Deutschland Bahn bricht, ist Produkt von politischen Fehlentscheidungen und Interessen. Im Kampf um geopolitische Interessen sind die Flüchtlinge längst eine brisante Waffe. Die Völkerwanderung des Jahres 2015 kommt nicht aus heiterem Himmel. Der anschwellende Strom, der sich auf unterschiedlichen Routen durch Europa ins Sehnsuchtsland Deutschland Bahn bricht, ist Produkt von politischen Fehlentscheidungen und Interessen. Fasziniert berichten Journalisten über das Phänomen der Vernetzung: Fast jeder Migrant trägt

ein internetfähiges Mobiltelefon, heute kein Luxusgut mehr, die Verständigung läuft in Echtzeit über Facebook und Whatsapp. Auf jeden gesperrten Grenzabschnitt und jede Ausweichroute wird blitzartig reagiert.

Die deutsche „Refugees welcome“-Trunkenheit verbreitet sich wie ein Lauffeuer

So verbreiten sich die Nachrichten über die „Refugees welcome“-Trunkenheit deutscher Medien ebenso in Windeseile wie Bilder der liebevollen deutschen Kanzlerin, die keine Obergrenze bei der Aufnahmebereitschaft unserer Nation kennen will. Das sind Faktoren, zu denen nicht zuletzt die sagenhaften Sozialleistungen und die Gesundheitsversorgung des deutschen Staates zählen, die Asylanten massenhaft anziehen („Pull“-Faktoren). „Push“-Faktoren sind indes Gründe, die Wanderungsströme in der Herkunftsregion anschieben. Dazu zählen im Fall von Syrien und Irak der dort tobende Bürgerkrieg und der Terror des IS. Rätselhaft bleibt jedoch, weshalb sich gerade jetzt die teils seit Jahren existenten Flüchtlingslager in den an Syrien grenzenden Staaten fast schlagartig leeren. Soll beispielsweise ausgerechnet der autoritäre Staat Türkei die Kontrolle über seine Lager und die Seegrenze verloren haben? Oder läuft hier eine scheinbar „spontane Fluchtbewegung“ in Wahrheit nach einem Drehplan ab, der den konkreten Interessen beteiligter Staaten – insbesondere Ankaras – entspricht?

Spielt die Türkei in der Flüchtlingskrise den „Schleusenwärter“?

Die FAZ kam vor wenigen Tagen zum Ergebnis, der türkische Staatspräsident gebe den Schleusenwärter und lasse nach dem türkischen Eingangstor im Süden nun jenes im Norden öffnen: „Erdogan läßt die Menschen aus Kalkül ziehen, er setzt die Flüchtlinge als Druckmittel gegen Europa ein.“ Für die Türkei und andere Staaten ist der Migrationsdruck, der nach Europa gelenkt wird, ein probates Mittel der Selbstentlastung und ein scharfes Schwert, eigene Interessen gegen die EU und Deutschland durchzusetzen. Plötzlich wird wieder erstaunlich rege über eine Lösung des Syrien-Konflikts verhandelt. Plötzlich erlebt der geschmähte syrische Diktator Assad fast schon eine diplomatische Wiederauferstehung als Ordnungsfaktor. Plötzlich ist das bis vor kurzem isolierte Rußland auch für die USA als Teil einer politischen Lösung im Spiel. Es gibt viele interessierte Dritte in diesem Nahostkonflikt, denen die Migranten-Springflut verblüffend gut in ihr Planspiel paßt. Solange die EU und Deutschland unfähig sind, die Souveränität über ihre Außengrenzen zurückzugewinnen, bleiben Flüchtlinge eine brisante Waffe im Kampf geopolitischer Interessen.

18. Schumacher, Björn (2016): „Antworten der Philosophen.“

Das Jahr ist noch jung, doch schon zeichnet es sich ab, wovon nüchterne Zeitgenossen gewarnt haben: Der Strom illegal nach Deutschland eindringender Migranten reißt nicht ab. Um so dringender fragt sich, ob wir Deutsche als Staatsvolk moralisch verpflichtet sind, binnen weniger Jahre Millionen Fremde aufzunehmen. Wer nach Moral und Sittlichkeit fragt, kommt an den beiden Hauptströmungen abendländischer Ethik nicht vorbei. Derhandlungsbezogenen deontologischen (Pflicht)ethik steht die folgenbezogene konsequentialistische Ethik gegenüber. Inmodifizierter Form begegnet uns hier Max Webers Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Das Grundmuster deontologischer Denkart bündelte 1895 der englische Romancier Thomas Hardy: „Do not do an immoral thing for moral reasons“ (Tue nichts Unmoralisches aus moralischen Gründen). Menschliches Verhalten wird ungeachtet seiner Folgen als gut, böse oder ethisch neutral bewertet. Eindrucksvoller Beleg für ein geschlossenes pflichtethisches System ist Immanuel Kants „Philosophie der praktischen Vernunft“. Das Asylproblem verweist auf die Frage, ob Menschen in Not geholfen werden solle. Kant prüft das in seiner „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ (1785). Aus der reinen, von (empirischen) Sinneswahrnehmungen gelösten Vernunft gewinnt er neben dem Begriff des „guten Willens“ den folgenden „kategorischen Imperativ“: „Handle nur nach derjenigen Maxime, von der du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Dieser Imperativ wurde als „formal“ beziehungsweise

inhaltsleergescholten. Zu Unrecht: Er erklärt erstens die Widerspruchsfreiheit und zweitens die Verallgemeinerungsfähigkeit zunotwendigen Bedingungen einer gültigen moralischen Norm. In seinen Ableitungen kommt Kant indes nicht ohne Empirie aus. Er stellt fest, daß die meisten Menschen nach Glückseligkeitstreben. Dieses Verhalten ist für ihn verallgemeinerungsfähig, wenn es mit der Zwecksetzung einhergeht, auch anderen Personen zur Glückseligkeit zu verhelfen. Warum aber sollen wir andere glücklich machen, ihnen etwa den Zugang zu elementaren Gütern und Menschenrechten verschaffen? Kant skizziert die Bedürfnisse von Personen in wechselnden sozialen Rollen. Moralisch geboten könne nur sein, was von jedem denkbaren Standort widerspruchsfrei gefordert werden könne. Kluge Menschen, so Kant, erstrebten ein Höchstmaß an Sicherheit und könnten nicht ernsthaft wollen, in einer Notlage von der zufälligen Hilfsbereitschaft ihrer Mitmenschen abhängig zu sein. Sind wir Deutsche also verpflichtet, Fremde aufzunehmen, weil wir an deren Stelle selber Asyl begehren würden? Würden wir das in Kenntnis aller Folgen überhaupt tun? Könnten uns Syrer oder Serben im umgekehrten Fall widerspruchsfrei politisches Asyl verweigern? Komplexe Situationen lösen sich nicht in simple politische Handlungsempfehlungen für Völker auf. Eine destabilisierende, am Ende nicht einmal (moderate) Muslime beglückende Migration findet im kategorischen Imperativ aber keine Stütze – um so weniger, wenn sie der von Kant verachteten „affektierten Humanität“ und „teilnehmenden Empfinderei“ entspringt. Hilfe für die Bedrängten – ja, doch nicht um den Preis von Rechtlosigkeit und der Bildung bedrohlicher Gegengesellschaften. „Wohlgeordnete Völker“ (Rawls) dürfen nicht durch interkulturelle Massenzuwanderung in der Dunkelheit eines failed state versinken. Explizit behandelt Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) den Aufenthaltsstatus von Ausländern. Proklamiert wird ein „Weltbürgerrecht“, das freilich „auf die Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt“ sein soll. Kant fordert keindauerhaftes Bleiberecht, sondern ein Besuchsrecht zum Kennenlernen, dem Abbau von Mißtrauen und der Förderung eines friedensstiftenden Handels unter freien Völkern. Dieses Recht werde verletzt, wenn dem Besucher „fremder Länder und Völker“ das Besuchen „mit dem Erobern derselben für einerlei gilt“. Zwar können Asylbewerber mit Ausnahme von Dschihadisten kaum als Eroberer gelten. Das rechtfertigt aber keine Willkommenshysterie. Krieg und Chaos in Syrien ist die eine, die durch Merkel-Parolen erblühte Deutschland-Sehnsucht deraußerhalb der Kampfgebiete untergebrachten Syrer die andere Seite der Medaille. Diese sind mehrheitlich keine Flüchtlingenach Art. 1 Abs. A Ziffer 2 Genfer Flüchtlingskonvention und fallen als Bürgerkriegsbetroffene unter die Kann-Vorschrift des Paragraphen 2 Aufenthaltsgesetz (subsidiärer humanitärer Schutz). Die Motivation der meist muslimischen Männer hat prägende wirtschaftliche Züge. Eine verstörte Bundesrepublik reagiert darauf mit Rechtsbrüchen. Entgegen Art. 16a Abs. 2 Grundgesetz behandelt man die aus sicheren Drittstaaten einreisenden Asylbewerber wie anerkannte Asylberechtigte. Die EU-Verordnung „Dublin III“ wird unter Mißachtung ihres Normzwecks einseitig zu Lasten Deutschlands angewendet – auf Geheiß von Politikern, die als Erfüllungsgehilfen von Konzerninteressen und universalistischer Verschrobenheit auftreten. Spontan denkt der Leser an Jean Raspails Dystopie „Das Heerlager der Heiligen“ (JF 34/15). Der französische Autor schreibt auch im Geiste eines Immanuel Kant, dessen Vernunftphilosophie für gefühlstrunkene „Willkommenskultur“ keinen Resonanzraum bietet. Kants Argumentationskunst wirkt fort. Der US-amerikanische Philosoph John Rawls entwickelte seine „Theorie der Gerechtigkeit“ (1971) aus Versatzstücken des kategorischen Imperativs und des von Kant – im Anschluß an John Locke und Jean-Jacques Rousseau – verfeinerten Modells vom Gesellschaftsvertrag. Hinter einem „Schleier des Nichtwissens“ über ihren Standort entscheiden sich die Mitglieder dieser Gesellschaft im „Urzustand“ notwendig für drei Grundprinzipien: a) das Prinzip gleicher Freiheit für alle, b) ein sogenanntes Differenzprinzip (ungleicher Verteilung von Gütern) und c) ein Vorrangprinzip, das die gleiche Freiheit im Konfliktfall dem Differenzprinzip vorzieht. Die Zusammensetzung der Gesellschaft ist vorvertraglich festgelegt. Sie folgt im Kern dem aristotelischen Bild des Zoon koinonikon (Gemeinschaftswesen) in einer durch soziokulturelle Prägung verbundenen Gemeinschaft freier, vernünftiger Personen. Rawls optiert hier für den demokratischen Nationalstaat mit territorialer Integrität. Er ist kein Egalitarist oder Wertrelativist, der die Gleichheit absolut setzt oder die Durchbrechung einer exzessiven Gleichbehandlungsregel nur unter

engsten Voraussetzungen gestattet. Indifferente, nach globaler Freizügigkeit („Bleiberecht für alle“) strebende Weltbürgerkollektive widersprechen seiner politischen Philosophie. Rawls' Konzept läßt Folgerungen zu: Hilfe für die Schwachen und Bedrängten bleibt ein unentbehrlicher moralischer Impuls – allerdings nicht um den Preis von Rechtlosigkeit und der Bildung bedrohlicher Gegengesellschaften. Im Lichte politischer Aufklärung entstandene „wohlgeordnete Völker“ (Rawls) dürfen nicht durch interkulturelle Massenzuwanderung in der Dunkelheit eines failed state versinken. Wann läßt man Bürger, die im virtuellen „Urzustand“ die Fundamente ihres Zusammenlebens gelegt haben, über zentrale Aspekte von Asyl und Einwanderung abstimmen? Paradebeispiel konsequentialistischer Ethik ist der Utilitarismus. Danach ist kein menschliches Verhalten von vornherein gut oder böse. Es kommt allein auf seine Folgen an, vor allem auf „das größte Glück der größten Zahl“ (Jeremy Bentham, 1748–1832). Eine utilitaristische Grundnorm hätte folgenden Inhalt: „Denke vom Ende her“ (Respecte finem), und handle so, daß diesittlichen Vorteile deiner Handlung deren Nachteile überwiegen. Vereinfacht gesagt: Der moralische Zweck heiligt die Mittel. Die naturrechtliche Lehre von der Doppelwirkung bewertet Handlungen nach ihren positiven und negativen moralischen Effekten. Als nicht mehr legitim gilt die Handlung, wenn der Akteur böse Folgen absichtlich herbeiführt oder diese überhandnehmen. Utilitarismus und Kantsche Pflichtethik haben nicht nur eine markante Schnittmenge: die Glückseligkeit als herausragenden Zweck des Moralprinzips. Bei aller methodischen Differenz finden sie zum gleichen Unwerturteil über Merkels Asylpolitik. Typischerweise folgt der Utilitarist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Für geboten hält er nur die zum Erreichen eines moralischen Zwecks erforderlichen Mittel. Warum sollte man fremde Menschen massenhaft nach Deutschland reisen lassen, wenn diese der Hilfe entweder nicht bedürfen oder ausreichend in heimatnahen Ländern versorgt werden könnten? Zumindest würde der Utilitarist hier auf eine Pflichtenkollision stoßen. Eine etwaige Pflicht zur Asylgewährung würde mit der höherrangigen Pflicht kollidieren, die Erteilung weiterer Aufenthaltstitel zwecks Vermeidung von Chaos und fortschreitender islamischer Inkulturation drastisch einzuschränken. Nur ein deutsches Deutschland und ein (entbürokratisiertes) europäisches Europa auf ihrer traditionellen Wertebasis empfehlen sich als mächtige Streiter für Freiheit und Demokratie. Diese Pflicht gehört nicht nur der moralischen, sondern auch der rechtlichen Ebene an. Der Bundespräsident und alle Regierungsmitglieder schwören im Amtseid nach Art. 56, 64 GG, ihre Kraft „dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden“. Mischformen deontologischer und konsequentialistischer Ethik finden wir bereits in Denkschulen von Antike und christlichem Mittelalter. Idealtypisch zeigt das die naturrechtliche Lehre von der Doppelwirkung. Sie bewertet Handlungen, die zugleich positive und negative moralische Effekte erzeugen. Als nicht mehr legitim gilt die Handlung, wenn der Akteur böse Folgen absichtlich herbeiführt oder diese – wie beim Asylchaos – überhandnehmen. Damit zeichnet sich ab, daß ein alle Migranten umfassender Flüchtlingsbegriff keine christliche Grundierung hat. Er soll die Umverteilungspropaganda grünstichiger Kirchenfunktionäre veredeln, die amorphe „Flüchtlings“-Scharen mit Maria, Josef und Jesus gleichsetzen oder beim Thema grenznahe Transitzonen über Konzentrationslager halluzinieren. Eine wachsende Zahl Christen stößt diese häretische Mixtur aus Kollektivschuld kult, Mainstream-Sozialismus und halbfertiger Bibelexegese ab. Über Jahrhunderte bot das protestantische Pfarrhaus geistige Orientierung, heute nur noch Mitleid. „Affektierte Humanität“ ist keine tragfähige politische Kategorie. Hinter dem freundlichen Gesicht der „Willkommenskultur“ verbirgt sich die Fratze deutscher Nationalneurosen. Konsequenterweise zu Ende gedacht, fordern alle Ethiken mit staatsphilosophischem Anspruch eine enge, volksverträgliche Obergrenze beim Asyl. Sie wäre auch juristisch unbedenklich. „Kollidierendes Verfassungsrecht“ beziehungsweise „immanente Schranken“, also höherwertige Verfassungsprinzipien, begrenzen im Konfliktfall das Individualgrundrecht auf Asyl.

19. Paulwitz, Michael (2017): „Vertragter Ansturm.“

Hunderttausende Syrer könnten bald über den Familiennachzug nach Deutschland einwandern. Doch die Große Koalition streut den Wählern weiter Sand in die Augen. Die Rechnung werden die Deutschen

dann nach dem Wahltag präsentiert bekommen. Der Wahltermin rückt näher – Zeit, die Deutschen darauf vorzubereiten, was danach auf sie zukommt. Wer sich vom Wahlkampfgeplänkel und den inszenierten Nichtigkeiten nicht ablenken läßt, kann es sich an den Fingern einer Hand ablesen: Die nächste Einwanderungswelle rollt schon auf uns zu. Natürlich erst nach der Wahl, wenn die Kanzlerin wieder fest im Sattel sitzt. Während in den letzten Bundesländern die Sommerferien zu Ende gehen und die Steuerzahler wieder an ihre Arbeitsstellen zurückkehren, platzte die Meldung dazwischen, daß bis 2018 mehr als 390.000 Syrer das Recht haben werden, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Tapfer verkündet der Bundesinnenminister, er sei für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs.

Die nächste Million kann die Koffer packen

Weder die Kanzlerin selbst noch ihre potentiellen Koalitionspartner wollen sich darauf festlegen. Das offiziell ausgegebene Beruhigungs-Placebo, man rechne maximal mit einem Familienmitglied pro Antragsberechtigtem, ist dürftig: Die Kleinstfamilie ist weder in Syrien noch sonstwo in der arabisch-orientalischen Welt das vorherrschende Modell. Die nächste Million kann also schon einmal die Koffer packen. Handelte es sich bei den bislang Aufgenommenen tatsächlich um „Kriegsflüchtlinge“, sollte man eher eine Rückkehrwelle erwarten: Schließlich wird in Syrien der „Islamische Staat“ gerade verdrängt, in weiten Landesteilen herrscht schon Frieden, der Wiederaufbau könnte beginnen. Doch weder in Berlin noch in Brüssel unterscheidet man noch zwischen echten Flüchtlingen, denen vorübergehender Schutz zu gewähren ist, und dauerhafter Einwanderung. Die Ergebnisse des EU-Gipfels in Paris Ende August lassen nichts Gutes ahnen. Während die Kanzlerin Abkommen mit afrikanischen Staaten zur Eindämmung der illegalen Migration nach Vorbild des mißlungenen „Türkei-Deals“ in Aussicht stellt, spricht sie bereits davon, legale Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner zu schaffen. Es sei falsch, „nur zu sagen, Illegalität geht nicht, und gar nichts anzubieten“, sagt sie.

Die illegale Einwanderung wird weitergehen

Warum eigentlich? Die „legalen Migrationswege“ werden sich jedenfalls ebenso als Seifenblase erweisen wie die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron aus dem Hut gezogene Prüfung von Asylanträgen auf dem afrikanischen Kontinent. Wer dort keinen legalen Freifahrtschein ergattert, wird sein Glück weiter auf den illegalen Routen über das Mittelmeer versuchen, solange weder Deutschland noch Europa daran denken, ihre Grenzen wirksam zu schließen. Danach sieht es nicht aus. Das mußte eben erst Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erfahren, der der EU maliziös eine Rechnung schickte, sich mit 400 Millionen Euro wenigstens zur Hälfte an den Kosten des ungarischen Grenzzauns zu beteiligen, der im vergangenen Jahr die Balkan-Route für illegale Migranten weitgehend geschlossen hat. Damit habe Ungarn schließlich die europäische Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenzen wahrgenommen, argumentiert der in Brüssel Unbeliebte. Wer sich nicht am Migranten-Umverteilungskarussell beteilige, bekomme auch kein Geld, wurde Orbán von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker abgefertigt. Keine Rede auch davon, die von der EU-Seenotrettungsmission „Sophia“ aufgegriffenen illegalen Migranten an die afrikanische Küste zurückzubringen, statt sie wunschgemäß nach Europa weiterzutransportieren. Deutsche Marineeinheiten und selbsternannte „Aktivisten“ nehmen so den Schleusern und Schleppern einen Großteil der Arbeit ab. Solange diese Aktivitäten andauern, werden auch die Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die „Wassertaxi“-Dienste sogenannter „Nichtregierungsorganisationen“ den Migrantenstrom allenfalls vorübergehend dämpfen.

Die Schmutzarbeit erledigen andere

Aus Sicht der Bundesregierung sind die Absprachen Italiens mit libyschen Machthabern zur Blockade illegaler Überfahrten nach Europa zu Wahlkampfzeiten freilich komfortabel: Die Schmutzarbeit erledigen wieder mal die anderen. Die Rechnung dafür dürfte ebenfalls spätestens nach dem Wahltag kommen: dann nämlich, wenn Rom seine aus allen Nähten platzenden Aufnahmelager leeren muß und

von den übrigen Europäern, spricht vor allem Deutschland, die „solidarische“ Übernahme Hunderttausender illegal eingewanderter Afrikaner erwartet, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen. Zur Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die nächste „alternativlose“ Einwanderungswelle geben Medien, Wirtschaft und Lobbyisten schon jetzt fleißig Flankenschutz. Ein Bericht der Bundesregierung prophezeit wieder einmal dramatischen „Fachkräftemangel“ für die nahe Zukunft, und das Institut der Deutschen Wirtschaft pocht wie bestellt auf „stärker arbeitsmarktorientierte Zuwanderung“.

Die Menschen lassen sich Sand in die Augen streuen

Wer berechtigten Zweifel hat, daß unkontrollierte illegale Einwanderung dafür die Lösung sein könnte, und sich noch an eine Mitte August veröffentlichte Berechnung erinnert, daß 59 Prozent der „Flüchtlinge“ keinen Schulabschluß und sogar 80 Prozent keinen Berufsabschluß vorweisen können, wird von DIW und Bamf termingerecht belehrt, daß zwei Drittel der erwachsenen „Flüchtlinge“ plötzlich doch eine Schule abgeschlossen hätten – nach „eigenen Angaben“ allerdings. Und „Migrationsforscher“ verlangen mehr und schnellere Einbürgerungen „zur Rettung der Demokratie“, damit auch alle gleich mitwählen können. Neue Wähler kann man sich so vielleicht backen, von den real existierenden Problemen löst das nicht ein einziges. Wer sich mit vollen Schaufeln Sand in die Augen streuen läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach der Wahl der Gelackmeierte ist.

20. Harms, Björn (2019): „Der Blick aufs Wirkliche.“

Obwohl sich der ständige Zustrom an Asylbewerbern seit der Schließung der Balkanroute im März 2016 merklich verringert hat, ist die Einwanderung nach Deutschland auf einem konstant hohen Niveau. Noch immer verzeichnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) monatlich rund 12.000 neue Asylanträge. Noch immer wird an den deutschen Außengrenzen jeder eingelassen – auch ohne Ausweis-papiere –, der angibt, in Deutschland Asyl beantragen zu wollen. „Im Jahr 2019 haben wir bis einschließlich August insgesamt 26.490 unerlaubte Einreisen deutschlandweit festgestellt“, erklärte erst vergangene Woche ein Sprecher des Bundesministeriums des Innern. Die Dunkelziffer dürfte ungleich höher liegen. Gleichzeitig warnt auch Horst Seehofer angesichts steigender Migrationszahlen auf den griechischen Inseln (siehe Seite 7): „Wir müssen unseren europäischen Partnern bei den Kontrollen an den EU-Außengrenzen mehr helfen. Wir haben sie zu lange alleine gelassen. Wenn wir das nicht machen, werden wir eine Flüchtlingswelle wie 2015 erleben – vielleicht sogar noch eine größere als vor vier Jahren.“

Asylberechtigt ist nur ein Bruchteil der Antragsteller

Wie aber haben sich die konkreten Asylzahlen in den vergangenen Jahren entwickelt? Was kostete das Ganze den deutschen Steuerzahler? Und wie viele abgelehnte Asylbewerber wurden abgeschoben? Zeit, sich einen Überblick zu verschaffen: Von 2015 bis September dieses Jahres wurden in Deutschland 1.758.647 Asylanträge gestellt. Rund ein Drittel aller in diesem Zeitraum bearbeiteten Asylanträge wurde seitdem abgelehnt – eine stattliche Zahl von 616.541 Fällen (31,7 Prozent). Einigereisten deshalb freiwillig aus (mit Hilfe des Bundesinnenministeriums seit 2015 rund 130.000 Personen), einige wurden abgeschoben (seit 2015 rund 105.000 Personen), ein großer Teil aber blieb und verabschiedete sich in die Illegalität. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge liegt für diesen Zeitraum bei 593.651 (30,5 Prozent). Vollumfänglich asylberechtigt ist jedoch nur ein Bruchteil dieser Flüchtlinge (0,7 Prozent). Weitere Personen genießen subsidiären Schutz oder sind vor einer Abschiebung geschützt (19,2 Prozent). In rund 18,6 Prozent aller Prüfungen berief sich das Bamf auf eine „formelle Entscheidung“. Das bedeutet, die Bundesrepublik ist für das Asylverfahren nicht zuständig, zumeist weil der Einwanderer überein anderes EU-Land nach Deutschland eingereist ist. Denn eigentlich ist nach der Dublin-III-Verordnung der Europäischen Union der Ersteinreisestaat zur Durchführung des Asylverfahrens verpflichtet. Doch nach der Feststellung, daß Deutschland für das Verfahren nicht verantwortlich ist,

können die Personen nicht einfach abgeschoben werden. Zunächst wird ein Übernahmeersuchen an den betreffenden Staat gerichtet, dem dieser dann zustimmen muß. Von Januar bis August dieses Jahres wurden 33.683 solcher Ersuchen an die Mitgliedsländer der Dublin-III-Verordnung gestellt. In 21.170 Fällen wurde dem Ersuchen stattgegeben. Tatsächlich aber kam es lediglich zu 5.747 Überführungen in andere Staaten – eine Quote von 27 Prozent. Was aber ist die Dublin-III-Verordnung generell noch wert? Deutschland hat in den vergangenen Jahren Hunderttausende Asylbewerber aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan aufgenommen, die ganz woanders erstmals EU-Boden betreten hatten, beispielsweise in Griechenland. Das führt zwangsläufig zur Frage, nach welchem Recht die Einwanderung geschehen ist. Im Januar 2016 hatte der damalige Justizminister Heiko Maas in der FAZ erklärt, die Bundesrepublik habe das sogenannte Selbsteintrittsrecht gemäß Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung angewendet. Deutschland kann also Asylverfahren prüfen, auch wenn es eigentlich gar nicht zuständig wäre. Zunächst schränkte er die Geltung auf die kurze Zeit bis November 2015 ein, im März 2016 sprach er schließlich von einer unbefristeten Dauer. Allerdings gilt das Selbsteintrittsrecht nur „im Einzelfall“, wie es im entsprechenden Gesetzestext heißt, und nur dann, wenn die Identität sowie die Lebens- und Fluchtgeschichte eines Asylbewerbers zweifelsfrei geklärt ist. Eine weitere Rechtsauffassung der Bundesregierung geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei vom 20. Januar 2016 hervor. Darin beruft sie sich auf Paragraph 18, Absatz 4(2) des Asylgesetzes, wonach die Einreise nicht verweigert werden darf, wenn „das Bundesministerium des Innern es aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland angeordnet hat“. Das Problem: Eine solche Anordnung ist schriftlich nie erfolgt. Der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau ist sich deshalb sicher, „daß es natürlich niemals eine rechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik zur massenhaften Aufnahme unbekannter junger Männer aus sicheren Drittstaaten gegeben hat, wie man es zuvor der politischen Öffentlichkeit ein halbes Jahr lang hatte suggerieren wollen, sondern daß die ganze Aktion eine reinpolitische Entscheidung der Bundeskanzlerin gewesen war“. Doch egal ob sie nun „schuld am Zustrom der Flüchtlinge ist“ oder nicht, wie Merkel im Dezember 2015 erklärte, „nun sind sie halt da“. Und sorgen für eine extreme Belastung der Sozialsysteme. Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Sprachunterricht – wer nach Deutschland kommt, hat einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen. Klar geregelt ist das Taschengeld, das ein Asylbewerber im Monat bekommt: Als Erwachsener, der noch in einer Aufnahmeeinrichtung wohnt, sind es 135 Euro. Dazukommen 219 Euro pro Monat für Ernährung und Kleidung. Eine Studie der Universität Leipzig bezifferte im vergangenen Jahr die durchschnittlichen Kosten pro Flüchtling auf rund 16.000 Euro jährlich in den großen Städten und bis zu 11.000 Euro in kleineren Orten. Wird der Asylantrag angenommen und findet die betreffende Person keine Arbeit, erhält sie Sozialleistungen wie ein Hartz-IV-Empfänger: 424 Euro. Die Hartz-IV-Quote für Staatsangehörige aus den Asylherkunftsländern liegt derzeit bei 60,9 Prozent (Stand: Juni 2019). Zum Vergleich: Bei Deutschen liegt die Quote bei 6,2 Prozent, für alle Ausländer bei 19,9 Prozent. Besonders hoch sind die Zahlen bei Syrern. Drei Viertel von ihnen sind Hartz-IV-Empfänger. Insgesamt sind derzeit knapp unter einer Million Personen aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien in dieser Statistik vertreten. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist minimal (-0,3 Prozent). Sie machen damit rund 18 Prozent aller Hartz-IV-Empfänger aus. Das sei doch bloß so, weil die Personen nicht arbeiten dürften, wird häufig eingewendet. Fakt ist: In den ersten drei Monaten ihres Aufenthaltes in Deutschland dürfen Asylbewerber nicht arbeiten. Ab dem vierten Monat aber können sie in den meisten Teilen Deutschlands ohne Vorabprüfung der Ausländerbehörde eine Arbeit aufnehmen, ab dem 16. Monat ist der Arbeitsmarkt in ganz Deutschland offen. Asylberechtigte, Flüchtlinge und Geduldete haben ohnehin einen unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Und die Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus Syrien ist hoch: Sie betrug im vergangenen Jahr rund 82 Prozent. Das Problem scheint vielmehr, daß die nötige Qualifikation nicht vorhanden ist. Nach Angaben des Bamf fängt mehr als jeder fünfte Teilnehmer eines Integrationskurses ohne Lese- und Schreibkenntnisse an. Nur knapp die Hälfte der Teilnehmer erreichen das erforderliche Sprachniveau B1, das als Voraussetzung für den Arbeitsmarkt gilt und erklärtes Ziel der Integrationskurse ist.

Flüchtlingsrücklage wächst auf 35 Milliarden Euro an

Diese Einwanderung ins Sozialsystem und die entsprechenden Kosten in Milliardenhöhe sind mit weiteren Belastungen verknüpft. Betrachten wir zunächst den Bundeshaushalt: Seit 2016 listet der Bundesrechnungshof die „asylbedingten Leistungen“ des Bundes auf. Zunächst waren dies 20,5 Milliarden Euro (2016), dann 20,8 Milliarden Euro (2017), im vergangenen Jahr 23 Milliarden Euro. Für das gesamte Jahr 2019 sind 22,9 Milliarden eingeplant. Das macht in der Summe 87,2 Milliarden Euro für vier Jahre. Auch für den Haushaltsentwurf 2020 sind 20,8 Milliarden Euro vorgesehen. Gleichzeitig fließen seit Jahren alle Überschüsse des Bundeshaushalts in eine 2015 geschaffene Flüchtlingsrücklage, die mittlerweile auf 35 Milliarden Euro angewachsen ist. Angerührt wurde das Geld bislang nicht. Was damit geschieht, gerade im Falle einer drohenden Rezession, bleibt unklar. Die Ausgaben der Länder sowie der Kommunen und Gemeinden sind deutlich schwerer zu überblicken. Einen kleinen Ausschnitt bieten die Zahlungen an die Einwanderer gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Kosten hierfür lagen 2016 für alle 16 Bundesländer bei 9,4 Milliarden Euro, ein Jahr später bei 5,9 Milliarden Euro, 2018 bei 4,8 Milliarden Euro. Schätzungen wie die der Universität Leipzig gehen von 1.200 bis 1.500 Euro monatlich aus, die die Kommunen für jeden Asylbewerber aufwenden. 670 Euro davon übernimmt weiterhin der Bund, das wurde zuletzt im Juni bestätigt. Ein Teil der Belastungen fällt also in den Bundeshaushalt. Für den Rest müssen die Gemeinden selbst sorgen. „Niemandem wird etwas weggenommen, weil Flüchtlingen geholfen wird“, sagte der damalige Fraktionschef der Union, Volker Kauder, Anfang 2016. Die Zahlen beweisen: Die Realität sieht anders aus.

21. Möller, Peter (2019): „Der Druck steigt.“

In der vergangenen Woche brachte das ZDF-Dokudrama „Stunden der Entscheidung: Angela Merkel und die Flüchtlinge“ die Flüchtlingskrise 2015 vielen zurück ins Gedächtnis. Dabei gewann die zur Heldenverehrung geratene Darstellung der Ereignisse von vor vier Jahren eine unerwartete Aktualität. Denn die Anzeichen, daß Europa und damit vor allem Deutschland eine neue Flüchtlingswelle bevorstehen könnte, mehren sich. In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland gekommen sind, deutlich angestiegen (siehe Seite 12). Allein im August setzten nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR 8.103 Menschen aus der Türkei zu den griechischen Ägäis-Inseln über und damit deutlich mehr als in den Monaten zuvor. In Berlin steht das Thema daher spätestens seit der vergangenen Woche wieder auf der Tagesordnung. „Wir verfolgen die Entwicklung auf den griechischen Inseln sehr aufmerksam. Der jüngste Anstieg der Ankunftsahlen ist ernst zu nehmen“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Martina Fietz am vergangenen Freitag mit Blick auf die wachsenden Flüchtlingszahlen in Griechenland. Zugleich verwies sie allerdings darauf, daß die Zahl der Flüchtlinge, die derzeit in Griechenland ankommen, immer noch deutlich niedriger sei als vor dem von der EU mit der Türkei im März 2016 geschlossenen Flüchtlings-Abkommen. Dieses sieht vor, daß die EU alle Ausländer, die illegal auf die griechischen Inseln übersetzen und die in Griechenland kein Asyl bekommen, in die Türkei zurückschicken darf. Die EU hat sich im Gegenzug verpflichtet, für jeden in die Türkei zurückgeschickten Syrer einen anderen Syrer, der sich in der Türkei aufhält, legal aufzunehmen. Doch insbesondere bei der Rückführung illegaler Flüchtlinge hakt es bereits seit längeren. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte der Welt am Sonntag, es bestehe „Verbesserungsbedarf insbesondere bei Rückführungen in die Türkei, um die schwierige Lage auf den griechischen Inseln zu verbessern“. Denn in Berlin ist klar, daß sich der wachsende Migrationsdruck in Griechenland eher früher als später auch in anderen Staaten der ehemaligen Balkanroute und schließlich auch in Deutschland bemerkbar machen wird. „Aufgrund des wachsenden Migrationsdrucks in Griechenland ist davon auszugehen, daß illegale Migration, insbesondere über die Staaten der Balkanregion, anhalten wird“, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Davon ist auch der Luftweg betroffen. Allein im Juli habe die griechische Polizei

nach Beratung mit der Bundespolizei in 837 Fällen Reisen nach Deutschland untersagt, wegen gefälschter oder falscher Papiere.

„Die Flüchtlingskrise ist nicht zu Ende“

Sorge bereitet der Bundesregierung auch, daß längst nicht mehr die meisten Flüchtlinge, die nach Griechenland kommen, Syrer sind. Bereits im April hatte eine Statistik des UNHCR für Aufsehen gesorgt: Demnach waren in den ersten drei Monaten des Jahres 8.604 Flüchtlinge nach Griechenland gekommen, davon knapp 5.500 auf dem Seeweg. Von ihnen stammten 11,6 Prozent aus Syrien. Doch fast die Hälfte (47,1 Prozent) stammte aus Afghanistan und ist somit nicht vom EU-Türkei-Abkommen erfaßt. Als die Vereinbarung 2016 geschlossen wurde, sah das Verhältnis noch ganz anders aus: Von den 173.000 Flüchtlingen, die Griechenland damals über den Seeweg erreichten, stammten 47 Prozent aus Syrien, 24 Prozent aus Afghanistan. Das Auswärtige Amt forderte daher bereits Anfang des Jahres, Deutschland müsse Griechenland unbedingt helfen, Afghanen zurückzuführen. Und präsentierte eindeutige Zahlen: Demnach habe sich die Zahl der von den griechischen Inseln in die Türkei zurückgeführten Flüchtlinge 2018 auf „nur noch 322 Personen“ halbiert. Das entsprach einem Prozent der Ankünfte. Schon damals waren die Experten des Auswärtigen Amtes der Ansicht, es werde „absehbar auch 2019 nicht gelingen, die Rückführungsquote erheblich zu steigern“. Und sie nannten als Grund unter anderem den „stark gesunkenen Anteil“ syrischer Flüchtlinge. Zudem verwiesen sie auf den hohen Anteil von Afghanen sowie auf Flüchtlinge aus den palästinensischen Autonomiegebieten und aus dem Irak, die „alle über eine hohe Schutzquote“ verfügten und „deshalb nur zu einem sehr geringen Anteil“ in die Türkei zurückgeführt werden könnten. Doch nicht nur die Lage in Griechenland, sondern auch die Lage im Nordwesten von Bosnien und Herzegowina an der Grenze zu Kroatien bereitet den Verantwortlichen in Berlin Kopfzerbrechen. Täglich kommen hier neue Flüchtlinge aus Pakistan, Afghanistan, Syrien und Nordafrika in der Hoffnung an, von dort in die EU zu gelangen. Denn seitdem Italien seine Häfen für Flüchtlinge praktisch geschlossen hat, erwacht die Balkanroute zu neuem Leben. Wer über das entsprechende Geld verfügt, wird von Schleppern trotz erschwerten Bedingungen immer noch Richtung Norden gebracht. Der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, warnte Anfang der Woche daher bereits vor den möglichen Auswirkungen der Entwicklung: „Die wachsende Zahl von Flüchtlingen, die über die Türkei nach Griechenland und damit in die EU kommen, zeigt, wovor wir immer gewarnt haben: die Flüchtlingskrise ist nicht zu Ende, uns droht eine Neuauflage der Flüchtlingsströme über die Balkanroute.“ Es sei klar, wohin die allermeisten Menschen wollten, die jetzt nach Griechenland kommen: nach Deutschland.

22. Fischer, Jörg (2017): Lieber eine neue Migrationswelle als eine mickrige Mindestrente? Herzloser Kleingeist.

Für ein Studium oder eine Promotion in Harvard, Princeton oder Yale hat es bei dem frankophilen Saarländer nicht gereicht, nur sein Name klingt amerikanisch: Lars P. Feld – der Peter mußte dafür dran glauben. Aber das paßt zu dem seit 2010 in Freiburg lehrenden Wirtschaftsprofessor: mehr Schein als Sein, um ganz nach oben zu kommen – und das erzählen, was mächtige Entscheider hören wollen. Die deutsche Sozialversicherung, die Weltkriege und Währungsreformen überstanden hat, ist dem 51jährigen Beamten prinzipiell ein Graus. Umsatzsteuererhöhungen fürs Volk hingegen nicht – wenn dafür Besserverdiener entlastet werden. Seit 2008 im arbeitgebernahen „Kronberger Kreis“ (Devise: „Mehr Mut zum Markt“), war es daher folgerichtig, daß Feld 2011 auf Vorschlag von Rainer Brüderle (FDP) in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehiebt wurde. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone ist für den „Wirtschaftsweisen“ natürlich ein Horrorszenario. Sein berühmter Vorgänger als Leiter des Walter-Eucken-Instituts, Friedrich August von Hayek, dürfte sich im Grabe umdrehen: Währungswettbewerb statt Zwang zum Einheitsgeld war dessen Devise. Vorigen Donnerstag ließ Feld dann seine wissenschaftliche Maske vollends fallen und argumentierte als Jamaika-Claqueur: Als SPD-Vize Manuela Schwesig in der ZDF-Quasselrunde

„Maybrit Illner“ eine Mindestrente forderte, wies das Feld eiskalt zurück. Eine Migrationswelle lasse sich stemmen, dauerhafte Kosten in Milliardenhöhe fürs Rentensystem nicht. Sprich: 850 Euro für den Dachdecker mit kaputten Knien oder die fleißige türkische Putzfrau ohne entwürdigende „Bedürfnisprüfung“ sind für Feld unfinanzierbar. Daß eine Million Flüchtlinge die gebeutelten Steuerzahler langfristig 450 Milliarden Euro kosten, ist für Feld hingegen alternativlos. Die Zahl ist übrigens keine AfD- oder CSU-Berechnung: Sie stammt vom Freiburger Professorenkollegen Bernd Raffelhüschen.

23. Hinz, Thorsten (2017): „Symbol der Dysfunktion.“

Die Schrottbusse aus Aleppo, die im Februar 2017 zum Jahrestag des alliierten Bombardements vor der Dresdner Frauenkirche aufgestellt worden waren, wurden pünktlich zum Jahrestag des Mauerfalls vor dem Brandenburger Tor plaziert. Die Installation, der symbolträchtige Ort und der Zeitpunkt sind ein Angriff auf den gesunden Menschenverstand. Der Bürgerkrieg in Syrien wurde nicht in Berlin ausgeheckt, und irgendwelche Belehrungen über die humanitären Folgen sind angesichts der Migrationswelle, die nach Deutschland geschwappt ist, ein Hohn. Daß der Krieg nun endlich abflaut, müßte vielmehr der Grund sein, die Heimkehr der Flüchtlinge zu organisieren. Die Installation aber propagiert die Fortsetzung der muslimischen Massenzuwanderung. Straßensperren aus hochgestellten Bussen zu errichten, war übrigens die Idee von Dschihadisten. Derselben terroristischen Ecke entstammte auch der Mörder, der vor fast einem Jahr auf dem Berliner Breitscheidplatz mit einem Schwerlastwagen ein Dutzend Menschen tötete. So schließt sich der Kreis des Wahnsinns. Den Transport der Busse von Dresden nach Berlin hat die Bundeswehr organisiert. Das macht das Denkmal endgültig zum Symbol eines dysfunktionalen Staates, seiner verwirrten Politiker und eines übersubventionierten Kulturbetriebs.

24. Schreiber, Christian (2018): „Deutschsprachige gesucht.“

Auf dem Höhepunkt der Einwanderungswelle verstiegen sich zahlreiche Politiker zu der Hoffnung, mit der nichteuropäischen Zuwanderung den aus Wirtschaftskreisen oft beklagten Fachkräftemangel kompensieren zu können. Diese Erwartungen wurden abermals gedämpft. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat in den vergangenen Wochen eine Befragung unter den Beratern und Vermittlern von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter durchgeführt. Dabei erklärten mehr als 90 Prozent der Befragten, die mangelhaften Sprachkenntnisse führten zu schlechteren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt.

Keine Dokumente über berufliche Qualifikation

Daher waren die Jobcenter in der Vergangenheit stark darum bemüht, Einwanderer mittels Sprachkursen fit für das Berufsleben zu machen. Teilweise gab es Erfolge. Doch zeigt eine Studie des IAB, daß bei mehr als 70 Prozent der zuletzt eingewanderten beruflichen Qualifikation fehlt. Problematisch sei, daß die meisten Asylsuchenden völlig ohne Papiere kommen. Ende September 2016 hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitgeteilt, daß nur zirka 40 Prozent der Flüchtlinge bei Asylantragstellung ein Identifikationsdokument vorlegen können. Die Zahlen hätten sich gebessert. Dennoch ist der Nachweis einer beruflichen Qualifikation ohne Papiere sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich. Darüber hinaus kämen bei vielen auch Fragen wie der ungeklärte rechtliche Status oder ein Mangel an Kenntnis der hiesigen Gebräuche zum Tragen, erklärten die Befragten. Bezüglich der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten haben IAB-Forscher in einer früheren Studie geschrieben: „Da Geflüchtete – aufgrund von Sprachbarrieren, dem schwierigen Zugang zu formalen Ausbildungszertifikaten und dem Wunsch nach zügiger finanzieller Eigenständigkeit – vielfach in Tätigkeiten mit geringem Anforderungsprofil einmünden, besteht die Gefahr, daß ihr Bildungspotential nicht ausreichend genutzt wird.“ Die Studie bestätigte zudem die Heterogenität der Herkunftsgruppen. Menschen, die beispielsweise aus Syrien, dem Iran und der ehemaligen Sowjetunion einwandern, stehen durch ein besonders hohes durchschnittliches

Bildungsniveau hervor, während das Gegenteil auf andere Herkunftsgruppen, insbesondere aus Afghanistan, Somalia und Eritrea, zu trifft. Aussagen über den Zusammenhang von Herkunft, Bildung und Aufenthaltsstatus ließen sich nur eingeschränkt treffen. Dies habe auch verwaltungstechnische Gründe. Die Bundesagentur für Arbeit registriert aus datenschutzrechtlichen Gründen nur die Staatsangehörigkeit und nicht den Aufenthaltsstatus. „Wir haben also eine gewisse statistische Unschärfe, weil die Flüchtlinge nicht direkt in der Beschäftigungsstatistik erfaßt werden“, sagt Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung des IAB.

Ein Flüchtling kostet den Staat bis zu 450.000 Euro

Im August 2018 seien etwa 188.000 Personen „im Kontext Fluchtmigration“ bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet gewesen und etwa 617.000 im Leistungsbezug, erklärt das IAB. Lediglich etwa 254.000 oder knapp 29 Prozent der Personen aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In den Jahren 2015 bis 2017 stellten in Deutschland insgesamt knapp 1,4 Millionen Menschen einen Erstantrag auf Asyl. Arbeit gibt es in Deutschland offenbar genug. Gastronomie- und Pflegebranche schlagen Alarm, fordern einen geregelten Zuzug in den Arbeitsmarkt. Doch die Mechanismen innerhalb der EU funktionieren nicht. Auch weil nichteuropäische Arbeiter offenbar billiger sind. Der deutsche Klinikkonzern Asklepios bildet seit einiger Zeit Krankenschwestern auf den Philippinen aus. Dabei liegt etwa die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-jährigen Griechen bei 43 Prozent. Der Asklepios-Vorstand aber klagte unlängst in einem Brief an die Bundesregierung: „Leider ist die personelle Kapazität der deutschen Botschaft in Manila nicht ausreichend, um die vielen Visumsanträge zeitgerecht zu bearbeiten.“ Die Bearbeitungsdauer war zuvor von drei auf fünf Monate heraufgesetzt worden. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) sieht aber nach wie vor keinen generellen Fachkräftemangel. Betroffen seien vor allem Bau- und Pflegeberufe sowie Techniker, schrieb die BA in ihrer jüngsten Engpaß-Analyse. Die durchschnittliche Zeit des Leerstandes für Stellen in den Bereichen Klempnerei, Sanitär, Heizung und Klima habe sich von 156 Tagen auf 183 Tage innerhalb eines Jahres stark erhöht. Um die langfristigen Auswirkungen der Einwanderung auf den Arbeitsmarkt streiten sich unterdessen die Experten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellte schon im Herbst 2015 in einer Studie verschiedene Szenarien auf, die auch die staatlichen Ausgaben berücksichtigen. Selbst in der pessimistischsten von drei Annahmen gibt es demnach positive Effekte – allerdings erst ab dem Jahr 2025. Positive Effekte beim Pro-Kopf-Einkommen gibt es demnach spätestens 2028. Voraussetzung sei dafür aber eine hohe Produktivität der Flüchtlinge. Nur dann bestehe die Chance, daß es langfristig zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte komme. Der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen ist dagegen völlig anderer Meinung: Im Schnitt könne ein Flüchtling die Gesellschaft im Laufe seines Lebens bis zu 450.000 Euro kosten, berechnete er laut der Heilbronner Stimme. Der Grund für Raffelhüschens Skepsis: die angesprochene geringe Bildung.

25. Krautkrämer, Felix (2016): „Eine Prognose ist nicht möglich.“

Es ist eine der großen Unbekannten in der Asylkrise: die Frage des Familiennachzugs. Die Zahlen wären wichtig, damit Länder und Kommunen wissen, worauf sie sich in den kommenden Jahren einstellen müssen. Doch kaum jemand scheint einen Überblick zu haben, wie viele Angehörige von Asylbewerbern bereits nach Deutschland gekommen sind. Es ist eine der großen Unbekannten in der Asylkrise: die Frage des Familiennachzugs. Wie viele Familienangehörige folgen auf jeden anerkannten Asylbewerber? Bereits Ende vergangenen Jahres, als sich abzeichnete, daß 2015 wohl über eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden, warnten Migrationsexperten, die Zahl könne sich durch den Familiennachzug noch vervielfachen. Konservative Schätzungen gingen von bis zu vier Nachzüglern pro Asylsuchendem aus – insbesondere, da unter den Flüchtlingen viele Syrer und Afghanen waren, die eine hohe Anerkennungsquote genießen. Und wer als Asylbewerber anerkannt ist, ist auch berechtigt,

den engsten Kreis seiner Familie (Ehepartner und Kinder) nachzuholen. Doch schon im vergangenen Oktober stellte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Tobias Plate, auf einer Regierungskonferenz klar, der Familiennachzug könne „zahlenmäßig nicht seriös“ prognostiziert werden. „Wie viele zum Beispiel minderjährige Kinder eine Person, die in Deutschland bereits angekommen ist, hat, die für einen Nachzug in Frage kommen, hat natürlich nicht jede Person, die hier angekommen ist, bereits irgendwo registermäßig erfassen lassen. Dafür gibt es keine zentrale Datei oder Ähnliches.“

Recherche gestaltet sich schwierig

Die Zahlen zum Familiennachzug des Flüchtlingsstroms aus dem vergangenen Jahr sind deshalb von Bedeutung, da sie Aufschluß darüber geben, auf wie viele Asylsuchende sich Deutschland in den kommenden Jahren insgesamt einstellen muß. Die Kommunen müssen wissen, für wie viele Personen sie UnterkunftsKapazitäten bereitstellen oder schaffen müssen. Schulen müssen planen, wie viele Flüchtlingskinder künftig integriert werden müssen. Auch für das Gesundheitssystem und die Sozialkassen sind die Zahlen zum Familiennachzug ein nicht unbedeutender Faktor. Bekannt ist, daß 2015 mehr als 82.000 Personen über die Familienzusammenführung nach Deutschland kamen. Hierzu zählen aber auch Angehörige von Einwanderern, die keine Flüchtlinge oder Asylsuchende sind. Für das erste Halbjahr 2016, also die Zeit nach der großen Flüchtlingswelle, gestaltet sich die Recherche jedoch schwierig. Anfrage beim Bundesverwaltungsamt, das für das Ausländerzentralregister (AZR) zuständig ist: Eine Sprecherin teilt mit, die Anzahl von Personen, die 2016 oder 2015 zum Zweck der Familienzusammenführung tatsächlich nach Deutschland eingereist seien, könne aus dem Ausländerzentralregister nur teilweise ausgewertet werden, da die Gründe eines Aufenthaltsbegehrens nicht erfaßt würden. Die Gründe eines erteilten Titels dagegen schon.

Verfahren sind „komplex“

Nur dürfe das Bundesverwaltungsamt diese Zahlen nicht herausgeben, da es das AZR nur im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führe. Dieses sei „die Herrin“ über das AZR und allein auskunftsberechtigt. Dort heißt es auf Nachfrage: „Das Bundesamt ist beim Thema Familiennachzug nicht der richtige Ansprechpartner.“ Das BAMF führe zwar das Asylverfahren und entscheide, ob Schutz zu gewähren oder ein Asylantrag abzulehnen sei. Der Familiennachzug erfolge aber im Rahmen des regulären Visumsverfahrens. Daher sei das Auswärtige Amt für die Frage zuständig. Generell gelte: „Schutzberechtigte, denen der Flüchtlingsschutz oder die Asylberechtigung zuerkannt wurde, haben das Recht auf privilegierten Familiennachzug.“ Hierfür müsse der entsprechende Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Zuerkennung der Schutzberechtigung beim Auswärtigen Amt gestellt werden. Das Bundesinnenministerium, dem das BAMF untersteht, bestätigt das, rät aber, sich bei Fragen zum Familiennachzug an die „zuständigen Länder beziehungsweise die kommunalen Ausländerbehörden“ zu wenden. Allerdings könne weder berechnet noch zuverlässig prognostiziert werden, wie viele Familienangehörige zu Flüchtlingen nachziehen dürfen oder werden. Dies liege auch daran, daß die Verfahren „komplex“ seien und „viel Zeit in Anspruch“ nähmen. Zudem liege die Entscheidung, ob eine Familie nachziehe oder nicht, auch immer bei den Asylbewerbern und deren Familien in der Heimat.

Kein Grund zu „Hysterie oder Panikmache“

Anruf beim Auswärtigen Amt: Auf die Frage, wie viele Familienangehörige von Flüchtlingen im ersten Halbjahr 2016 ein Visum erhalten haben, erläutert ein Sprecher: „Eine automatisierte statistische Erfassung von Visaerteilungen in der Kategorie Familiennachzug zum Schutzberechtigten und nach Staatsangehörigkeiten der Antragsteller findet nicht statt.“ Es gebe allerdings derzeit die Prognose, daß pro Flüchtling 0,9 Personen nachzögen. Bei syrischen Staatsangehörigen habe man im „Wege des Abgleichs von erhobenen Daten mit Schätzungen“ ermittelt, daß für den Zeitraum 2014 bis Ende September 2015 etwa 18.400 Visa zum Familiennachzug an den Botschaften Beirut, Amman, Kairo und

an den Auslandsvertretungen der Türkei erteilt wurden. Nicht enthalten seien darin aber die Bundes- und Landesaufnahmeprogramme. Zudem hätten die deutschen Auslandsvertretungen zwischen Januar 2015 und Juni 2016 circa 45.000 Visa im Familiennachzug zu Schutzberechtigten aus Syrien ausgestellt. Die Frage nach der Gesamtzahl des Familienzusammenzugs bleibt somit aber weiterhin offen. Doch dies sei kein Grund zu „Hysterie oder Panikmache“, betonte der Sprecher des Auswärtigen Amts, Martin Schäfer, auf einer Regierungskonferenz Anfang Juni. All das seien Dinge, „die sich im Zweifel über viele Jahre erstrecken können“.

26. Krautkrämer, Felix (2016): „Merkel sind die Folgen ihrer Politik völlig egal.“

Das Land gespalten, seine Bürger zutiefst verunsichert? „Wir schaffen das!“ Sexuelle Übergriffe auf Frauen in Freibädern und bei Festivals? „Wir schaffen das!“ Terroranschläge von Islamisten in Deutschland? „Wir schaffen das!“ Wachsender Frust und steigende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung? „Wir schaffen das!“ Angela Merkel hat sich am Donnerstag vor der Bundespressekonferenz zu ihrer Flüchtlingspolitik und deren Folgen geäußert. Doch wer auch nur ein einziges selbstkritisches Wort der Kanzlerin erwartet hatte, wurde enttäuscht. Sie habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und stehe zu ihren Entscheidungen, rechtfertigte sich die CDU-Chefin. Zwar sei die von ihr verantwortete Asylpolitik eine „große Bewährungsprobe“, sie habe aber auch nie gesagt, daß es einfach würde. Dennoch sei sie nach wie vor fest davon überzeugt, „daß wir das schaffen.“

Merkel ignoriert die Probleme

Nur, wer ist „wir“? Davon kein Wort von Merkel. Kein Wort zu den Frauen, die an Silvestern in Köln und anderswo Opfer sexueller Übergriffe wurden – und zwar von denen, die Merkel mit ihrer Willkommenspolitik der offenen Grenzen und des freundlichen Gesichts bereitwillig ins Land geholt hatte. Kein Wort zu den Bürgern, die sich seit einem Jahr mit den Folgen des Asylansturms auseinandersetzen müssen. Kein Wort zu den Kommunen, die mit der Finanzierung und Unterbringung der Asylsuchenden überfordert sind. Kein Wort für die Polizei, die dank der ungebremsten Einwanderung an der Belastungsgrenze ist. Kein Wort zu den Tafeln, die wegen Verteilungskämpfen die Essensausgabe rationieren müssen. Kein Wort dazu, daß der Riß, den Merkels Flüchtlingspolitik verursacht hat, nicht mehr nur das Land spaltet, sondern sich durch Familien und Freundeskreise zieht. Kein Wort dazu, daß ihre Entscheidungen Deutschland in Europa ins Abseits geführt haben.

Sie schwebt über dem „Wir“

Sicher, daß Politiker Fehler eingestehen, ist selten. Daß sie Konsequenzen ziehen, noch seltener. Wer einen Regierungschef fragt, ob er eine politisch falsche Entscheidung getroffen habe, kann genauso gut einen Tabaklobbyisten fragen, ob Rauchen gesundheitsschädlich ist. Doch Angela Merkel ist anders. Sie versucht gar nicht erst, etwas Falsches als richtig zu verkaufen. Sie will auch nicht bloß von möglichen Gefahren ablenken oder diese herunterspielen. Ihr sind die Konsequenzen ihrer Politik schlicht egal. Das hat die Kanzlerin auf der heutigen Pressekonferenz lächelnd bewiesen. Angela Merkel schwebt längst über dem von ihr so oft bemühten „Wir“. Sie hat den Kontakt zum realexistierenden Deutschland verloren. Wie Merkel über die Folgen ihres Handelns denkt, hat sie im vergangenen Spätsommer auf der Sitzung der Unionsfraktion im Bundestag deutlich gemacht: „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.“

27. Rosen, Paul (2016): „Wiener Wende.“

Am liebsten würde Angela Merkel die Uhr zurückdrehen und diese Flüchtlingspolitik nicht mehr machen, ließ sie nach der Berliner Abgeordnetenhauswahl verlauten. „Wir schaffen das“ will sie nicht mehr wiederholen. Sie erweckte nicht den Eindruck eines zur Einsicht gekommenen Menschen, der seine Ziele revidiert. Nein, da schien eine Bundeskanzlerin wie ein trotziges Kind bei jedem Satz auf den Boden zu stampfen. Jetzt war Merkel in Wien auf einer Konferenz der Staaten, die die Balkanroute für

illegale Flüchtlinge geschlossen haben. Ihre Erklärungen setzten sich fort, als hätte sie von „Mama Merkel“ auf „Eiserne Lady“ umgeschaltet: „Unser Ziel muß sein, die illegale Migration soweit wie möglich zu stoppen“, ließ sie wissen. Das heißt: Nie wieder werden Flüchtlingszüge nach Münchenrollen und mit „Welcome“-Rufen empfangen werden. Das ist die Wende, auf die viele Bürger gewartet hatten. Dennoch will kein Gefühl der Erleichterung aufkommen. Die Flüchtlingswelle hat mehrere Erkenntnisse offenbart: Der deutsche Staat ist bei Gefährdungen nicht handlungswillig oder -fähig. Die EU ist zutiefst gespalten. Wenn die Euro-Währung kippt, wird sie zerbrechen. Die wichtigste Erkenntnis ist jedoch: Angela Merkel löst für uns die Probleme, die wir ohne sie nicht hätten.

28. Paulwitz, Michael (2016): „Ein Jahr Willkommensputsch.“

Ein Jahr ist vergangen, nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel Massen von einreisewilligen Ausländern vom Budapester Ostbahnhof nach Deutschland hineinließ. Für die Eigenmächtigkeit, die einem Putsch gleicht, steht ihre Parole „Wir schaffen das!“ Unser Land ist seither nicht mehr wiederzuerkennen.

Asylsystem am Ende

Am Anfang des Desasters steht der verschleierte Begriff „Flüchtling“, mit dem spätestens seit dem vergangenen Jahr politisch Verfolgte, Kriegsflüchtlinge und illegale Einwanderer aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen unterschiedslos bezeichnet werden. Die Überforderung und der partielle Zusammenbruch des Asylsystems sind nicht nur am Antragsrückstau abzulesen. 2015 und im ersten Halbjahr 2016 gab es rund 1,6 Millionen Grenzübertreite von Asylbewerbern nach Deutschland. Mehr als 700.000 haben noch keinen Antrag gestellt; zusammen mit den noch nicht bearbeiteten Anträgen aus diesen und den Vorjahrenerrechnete Thilo Sarrazin kürzlich einen Bearbeitungsrückstau von 1,2 Millionen. Abschiebungen finden nur bei einem Bruchteil der Abgelehnten statt: Wer sich widersetzt, untertaucht, seine Dokumente „verliert“ oder durch die Instanzen prozessiert, kann der Aufenthaltsbeendigung leicht entgehen. Das deutsche Asylsystem ist zur Farce geworden: Statt nur Verfolgten Schutz zu gewähren, dient es als Einfallstor für illegale Masseneinwanderung – wer es nach Deutschland schafft, kann bleiben.

Milliardenausgaben statt „Wirtschaftswunder“

Trotz intensiver Propaganda von Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden ist kaum ein Flüchtling in der Lage, seinen Lebensunterhalt auf absehbare Zeit selbst zu verdienen. Das von Wirtschaftsbossen wie Daimler-Chef Dieter Zetsche verheißene „Wirtschaftswunder“ bleibt aus: Die Dax-Konzerne haben nur ein paar Dutzend eingestellt, die Zahl der Berufs-, Ausbildungs- oder gar Hochschul-Einsteiger bleibt kaum meßbar. Kein Wunder: Fachleute wie der Vorsitzende des Aktionsrats Bildung, Hamburgs Uni-Präsident Dieter Lenzen, schätzen, daß zwei Drittel der Asyl-Immigranten totale oder funktionale Analphabeten sind; ein ebenso großer Anteil der Asylbewerber aus den Hauptherkunftsländern hat keinerlei berufsbildenden Abschluß. Frustrierte ehrenamtliche Helfer berichten von geringer Motivation und Leistungsbereitschaft. Andererseits fallen für Unterbringung, Verpflegung, medizinische Versorgung, für Anwälte, Dolmetscher, Sozialarbeiter, Sprach- und Integrationskurse Milliardenkosten an, die nirgends vollständig erfaßt werden; bis zu 55 Milliarden jährlich schätzte zum Jahreswechsel das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). Hunderttausende bisherige Asylbewerber werden 2017 Anspruch auf Leistungen aus dem Hartz-IV-Gesetz und damit auch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben. Der Asylansturm hat eine massive Umverteilung zu Lasten des produktiven Hauptteils der Bevölkerung in Gang gesetzt.

Organisierter Rechtsbruch als neuer Normalzustand

Der organisierte und dauerhafte Rechtsbruch, der bereits seit den Euro-„Rettungen“ Regierungsalltag ist, hat seit Merkels „Wir schaffen das“-Coup chaotische Ausmaße angenommen. Praktisch alle Asyl-

Immigranten, die sich von Merkel-„Selfies“ und „Willkommenskultur“ eingeladen fühlten, sind nach Artikel 16a Grundgesetz bei uns von vornherein nicht asylberechtigt, da sie über sichere Drittstaaten eingereist waren. Die faktische Nichtanwendung und einseitige teilweise Außerkraftsetzung des Dublin-Verfahrens verstößt laufend gegen geltendes europäisches Recht. Eine „Politik der Einwanderung ohne Obergrenzen“ ist für den Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, weil „das Prinzip der Nationalstaatlichkeit der verfassungsrechtliche Rahmen“ der Migrationspolitik ist: „Die Regierung darf nicht die Identität des Volkes, dem sie ihre Legitimation verdankt, strukturell verändern. [...] Indem die Bundeskanzlerin eine Entscheidung trifft, die sich auf die Identität des Volkes und auf den Charakter des Staates als des Nationalstaats dieses Volkes gravierend auswirkt, ohne das Volk zu fragen, macht sie sich selbst zum Souverän. Das ist mit dem Prinzip der Volkssouveränität nicht vereinbar.“ Man könnte auch sagen: ein Putsch.

Weniger öffentliche Sicherheit, mehr Terrorgefahr

Wo Grenzen nicht kontrolliert werden, sind auch Kriminellen und Terroristen Tür und Tor geöffnet. Statistiker mögen noch so sehr die gestiegene Kriminalität kleinrechnen, Polizeibeamte angewiesen werden, Straftaten von Asylbewerbern nicht an die große Glocke zu hängen oder gar nicht erst zu verfolgen – für die Bürger ist der Verlust an öffentlicher Sicherheit Tatsache. Das gilt keineswegs nur für die Umgebung von Asyl-Großunterkünften, vielerorts Kriminalitätsbrennpunkte mit täglichen Polizeieinsätzen. Seit der Silvesternacht ist auch sexuelle Belästigung auf Straßen, Plätzen und in Schwimmbädern als Alltags- und Massenphänomen ständig im öffentlichen Bewußtsein. Bereits bei den Anschlägen in Paris im November 2015 und Brüssel im März dieses Jahres führten Spuren des Terrors auf die Balkanroute und in deutsche Asylunterkünfte zurück. Mit den Anschlägen von Würzburg und Ansbach im Juli ist der importierte Islam-Terror auch in Deutschland angekommen. Mehr Überwachung und mehr Straßen- und Stadtviertel, die man besser meidet, weniger Freiheit und Sicherheit im Alltag sind die Kehrseite der „Willkommenskultur“.

Transformation bis in den letzten Winkel

Auch in den kleinsten Städten und beschaulichsten Dörfern verändert der Asylansturm das Land: Unterbringungsmöglichkeiten und Infrastruktur für die Aufnahme müssen geschaffen werden, Schulen müssen neue Schüler ohne Vor- und Deutschkenntnisse aufnehmen, Schulklassen und Sportvereine über lange Zeiträume auf ihre zu Notunterkünften zweckentfremdeten Turnhallen verzichten, Alteingesessene werden mit fremden Sitten und Gebräuchen konfrontiert, die Bevölkerungszusammensetzung mancherorts auf den Kopf gestellt. Geringverdiener konkurrieren mit Neueinwanderern, hinter denen eine zahlungskräftige steuerfinanzierte Asylindustrie steht, um knappen Wohnraum. Staat und Gesellschaft werden zunehmend an den Notwendigkeiten der Massenzuwanderung ausgerichtet. Die Wohnbevölkerung Deutschlands ist 2015 durch den Netto-Zuzug von mehr als einer Million ausländischer Staatsangehöriger absolut um fast eine Million gestiegen. Noch brisanter wird die Relation, berücksichtigt man den hohen Anteil junger Männer zwischen 16 und 30 Jahren an den Asyl-Immigranten, die auf gleichaltrige Kohorten treffen, die selbst nur wenige Millionen zählen und bereits einen hohen Einwandereranteil aufweisen. Im importierten Überschuß von Männern und einem hohen Anteil von Nichteuropäern in der Generation, die schon bald das Gesicht des Landes prägen wird, steckt sozialer und demographischer Sprengstoff.

Islamisierung und Christenverfolgung

Die Asyl-Zuwanderung erfolgt vor allem aus islamischen Ländern. Eine fünf- oder gar sechsstellige Anzahl von Moslems ist binnen kurzer Zeit nach Deutschland gelangt. Das Recht auf Familiennachzug wird diesen Zustrom noch vervielfachen – erstreckt, wenn sich die EU-Kommission mit der weiteren Ausweitung des Familienbegriffs durchsetzt. Muslimische Parallelgesellschaften weiten sich aus, neue bilden sich. So entsteht eine kritische Masse, die es Islam-Lobbyistenerlaubt, ihre Forderungen zur

allmählichen Islamisierung der deutschen Gesellschaft immer höher zu schrauben. Asylunterkünfte sind zu Laboren der Islamisierung geworden: Christliche Minderheiten unter den Asylbewerbern müssen nicht nur im Ramadan mitfasten, sie sehen sich häufig Anfeindungen, Bedrohungen, handfester Gewalt und regelrechter Verfolgung durch muslimische Mitbewohner oder Wachleute ausgesetzt. Juden- und Christenhaß gehören zum geistigen Handgepäck nichtweniger muslimischer Asyl-Immigranten. Politische Burkaverbots-Diskussionen, die sich gegen eine extreme Erscheinungsform der Islamisierung richten, dienen der Beschwichtigung; das Unbehagen über die wachsende Präsenz des Islam im öffentlichen Raum können sie nicht beseitigen.

Zensur, Gesinnungsterror und geistiger Bürgerkrieg

Die Euphorie ist verfliegen, die Probleme unübersehbar – trotzdem weigert sich die Kanzlerin, ihre Politik der offenen Grenzaufzugeben. Immer breitere Bevölkerungskreise bekommen den Widerspruch zwischen Propaganda und Realität aus eigener Erfahrung zu spüren. Um die wachsende Kritik ignorieren zu können, muß sie kriminalisiert und geächtet werden. Politik und Mainstreammedien, besonders die weitgehend zum Propagandalautsprecher verkommene öffentlich-rechtliche Sender, bilden dabei eine unheilvolle Allianz. Sprachregelungen in Zeitungen und Nachrichtenagenturen verwandeln Asylkritiker automatisch in „Fremdenfeinde“, der „besorgte Bürger“ ist Schimpfwort und „Nazi“-Synonym zugleich geworden. Regierungsprogramme „gegen Rechts“ werden ausgeweitet, der Bundesjustizminister errichtet am Rechtsstaat vorbei eine Zensurinstanz gegen „Haßkommentare“ im Netz, die sich einseitig gegen asylkritische Stimmen richtet. Linksextremisten dürfen sich ermuntert fühlen. Anschläge gegen asylkritische Oppositionelle, vor allem gegen Kandidaten und Politiker der AfD und ihre Wohnungen, Büros oder Fahrzeuge, häufen sich. Bei den Ausgegrenzten wächst die Verbitterung. Das Land ist tief gespalten – durch eine politisch-mediale Klasse, die zur Verteidigung der „Wir schaffen das“-Ideologie einem Teil des Volkes den geistigen Bürgerkrieg erklärt hat und dabei auch vor quasi-totalitären Methoden nicht mehr zurückschreckt.

Deutschland isoliert – Europa gespalten

Das Dublin-System war schon vor dem Merkel-Alleingang beschädigt: Staaten an den EU-Außengrenzen wie Italien oder Griechenland haben illegale Einwanderer vielfach schlicht nach Deutschland durchgereicht, die Asyllobby in Deutschland hatfällige Abschiebungen in die Erstaufnahmeländer reihenweise verhindert. Seit dem 5. September gilt vollends das Prinzip: Jeder ist sich selbst der Nächste. Wer sich, wie Ungarn, an die noch geltenden Regeln hält und illegale Einwanderung verhindert, wurde von deutschen Politikern und Medien verunglimpft. Deutschland lehnt als Außenseiter Europas Grenzsicherungen ab, profitiert aber gern von den Grenzsicherungen anderer. Mit dieser Doppelmoral hat die Kanzlerin Europa gespalten. Der Versuch, über die EU eine Verteilung der in Marsch gesetzten Einwandererströme auf alle Mitgliedstaaten zu erzwingen, ist ein Flop. Die Verteilung will außer der Bundesregierung in Europa niemand. Großbritannien hat das Asyl-Chaos in den „Brexit“ getrieben, die Osteuropäer lehnen – Gesellschaftszerfall und Terrorgefahr in Frankreich, Belgien und Deutschland vor Augen – jede oktroyierte muslimische Einwanderung strikt ab. Die jüngste Betteltour der Kanzlerin durch die Visegrád-Staaten, bei der ihr höflich-irritierte Ablehnung in den Staatskanzleien und offene Anfeindung auf der Straße entgegenschlugen, war ein Gradmesser der Isolation Deutschlands und seiner Kanzlerin in Europa.

29. Stein, Dieter (2016): „Kontrollverlust eines Staates.“

Alles im Griff. Diese Botschaft will die Bundesregierung in der Asylkrise aussenden. Doch Hunderttausende unregistrierter Ausländer zeigen etwas anderes. Und der nächste Massenansturm steht schon ins Haus. Alles im Griff. Diese Botschaft will die Bundesregierung in der Asylkrise aussenden. Die Osterbotschaft lautete: Die Zahlen der Neuzuwanderer sinken. Dank des EU-Abkommens mit der Türkei. Tatsächlich nahm zuletzt der Zustrom illegaler Einwanderer allein deshalb ab, weil sich Staaten

auf der Balkanroute ihrer nationalen Souveränität besonnen haben und ihre Grenzen verteidigen, nachdem sich die EU dazu als unfähig erwiesen hat. Alles im Griff? Die Bild-Zeitung will erfahren haben, das Bundesinnenministerium gehe von 500.000 unregistrierten Einwanderern in Deutschland aus. Angesichts der 2015 über eine Million registriert ins Land gekommenen Migranten eine erstaunliche Zahl.

Ein neuer Massenansturm steht ins Haus

Der große Asylzustrom hat sich überwiegend seit dem Spätsommer 2015 im vergangenen halben Jahr – also zur kalten Jahreszeit abgespielt. Jahreszeiten, in denen viele Fluchtrouten, beispielsweise die von Libyen nach Italien, unpassierbar wurden. Hier wird uns, auch bei geschlossener Balkanroute, ein neuer Massenansturm ins Haus stehen. Der Bundesinnenminister beeilte sich, die Meldung über eine halbe Million unregistrierter Ausländer zu dementieren – räumt gleichzeitig aber massive Probleme bei der administrativen Bewältigung des Asylproblems ein. Erst „im Laufe des Jahres“ will Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamtes für Migration einen genauen Überblick darüber haben, wer sich „in Deutschland aufhalte“. Kurz, wir werden Zeugen des Kontrollverlustes unseres Staates, innen wie außen.

Bizarre Blüten des Staatsversagens

Nur zwei Beispiele, welche bizarren Blüten dieses Staatsversagen treibt: Obwohl gegen einen eritreischen Asylbewerber inzwischen 80 Strafanzeigen (von Körperverletzung, Ladendiebstahl bis Schwarzfahren) vorliegen, wurde dieser bislang nicht verurteilt. Grund: Die Anklagen könnten in der Flüchtlingsunterkunft in Bad Oeynhausen nicht zugestellt werden, heißt es. Den Barscheck über 359 Euro holt er sich jedoch beim städtischen Sozialamt sorglos ab. Im hessischen Karben blockierte vergangene Woche ein irakischer Asylbewerber mit seiner Familie eine Kreuzung, drohte, seine beiden Kleinkinder von Autos überrollen zu lassen. Er forderte ein eigenes Haus, dies sei ihm im Irak „versprochen worden“, wie er verkündete.

Hinter Mut verbirgt sich Feigheit

Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel stellte jetzt fest, „Europa ist im Begriff, sich selber abzuschaffen“. Die „Wir schaffen das“-Mentalität bezeichnet der Schweizer Publizist als „größenwahnsinnig“, eine Geisteshaltung, die in der europäischen Geschichte regelmäßig Katastrophen verursacht habe. Wir leben mit Trugbildern in diesen Tagen: Verantwortungslosigkeit tarnt sich als Verantwortung, hinter dem Mut verbirgt sich Feigheit, Ordnung entpuppt sich als Auflösung. Es ist Zeit, zu handeln.

30. Hinz, Thorsten (2018): „Die Mauer neu denken.“

Merkels grenzenlose Politik hat den Riß in der deutschen Gesellschaft nicht verursacht, aber sie hat ihn vertieft. Doch der Riß trennt nicht nur die Meinungslager in Deutschland, sondern verläuft auch entlang der alten Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Im Osten ist der Widerstand gegen die ethnisch-kulturelle Transformation energischer als im Westen. Merkels grenzenlose Politik hat den Riß in der deutschen Gesellschaft nicht verursacht, aber sie hat ihn vertieft. Der Riß hat einen Doppelcharakter: Er trennt deutschlandweit die Meinungslager und zieht sich zugleich als geographische Demarkationslinie durch das Land, die haargenau entlang der alten Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik verläuft. Der Widerstand gegen die ethnisch-kulturelle Transformation ist im Osten lauter und energischer als im Westen. Der Konflikt wird auch 28 Jahre nach dem Mauerfall ausschließlich in dem Post-68-Vokabular verhandelt, das 1990 vom Westen über die Ex-DDR gekommen ist. Das Widerstreben der „Ossis“ gegen den ungefragten Zustrom Fremder wird als mentale Verspätung, als Spätfolge der SED-Diktatur, dargestellt, mit dem nachwirkenden Umstellungsschock oder gar mit der „Angst vor der Freiheit“ erklärt. Auch von der mißlungenen Integration der Ostdeutschen ist die Rede. Soll heißen: Nicht der Zustrom aus der Dritten Welt sei das Problem, sondern

die falsche Sicht darauf. Ab 1990 ergossen sich eine Unmenge von Geschwätzwissenschaftlern, Volkserziehern, Sozialarbeitern, Ausländerbeauftragten und Experten für alles mögliche als Aufbauhelfer der Freiheit und Demokratie über die Ex-DDR. Sie wurden mit dem hilflosen Begriff „Besserwessi“ bedacht. Gemeint war ein eloquenter Typ, der ein offenbar erfolgreiches Gesellschaftssystem verkörperte.

Überschüssiges Personal nach Osten entsorgt

Da die Hinterbliebenen des gescheiterten Realsozialismus ihm nichts entgegenzusetzen hatten, beugten sie sich seiner Diskurshoheit. Erst ganz allmählich dämmerte ihnen, daß der Westen mit ihm viel überschüssiges Personal nach Osten entsorgt hatte, wo es sich als neue Nomenklatura etablierte. Auch stellte sich heraus, daß seine Multikulti-Ideologie sich je länger, desto weniger vom Ideologieschrott der SED unterschied. Es war eine Situation, wie sie im „Faust“, gegen Ende der Tragödie zweiter Teil, beschrieben ist. Mephisto ruft seine dienstbaren Geister herbei, um dem erblindeten Dramen-Held das Grab zu bereiten, während der noch vom frischen Aufbau träumt:

„Herbei herbei! Herein, herein!
Ihr schlotternden Lemuren,
Aus Bändern, Sehnen und Gebein
Geflickte Halbnaturen.“

Und das beutegierige Gelichter antwortet:

„Wir treten dir sogleich zur Hand,
Und, wie wir halb vernommen,
Es gilt wohl gar ein weites Land,
Das sollen wir bekommen.“

Dieser Typus, den längst auch gebürtige „Ossis“ ausfüllen, ist entzaubert, doch als Propagandist und Exekutor des ethnisch-kulturellen Umbaus bleibt er wirksam. Es macht Hoffnung, daß sich in der Ex-DDR eine Resistenz gegen ihn herausgebildet hat. Die staatlich massierte Einwanderung aus islamischen Kulturkreisen ist das stärkste Argument, denn sie macht sichtbar und unbestreitbar, daß sich die westliche Verheißung von einst in einen selbstzerstörerischen Wahnwitz verwandelt hat. Was die Verfechter dieser Politik als mentalen Nachholbedarf des Ostens monieren, ist in Wirklichkeit also ein Vorsprung an politischer Reife! Die Einsicht in den Wahnwitz gibt es genauso auch im Westen, doch sind die Schwierigkeiten, sie öffentlich zu artikulieren, dort oft unüberwindbar. Der Prozeß, der über den Osten als plötzliche Katastrophe hereinbrach und allergische Reaktionen auslöste, vollzog sich im Westen schleichend und über Jahrzehnte. Seine mentalen Folgen reichen tiefer als seinerzeit der Einfluß der SED-Propaganda.

Der alte Westen ist kein Vorbild

Im Osten erkennt man im realitätswidrigen Gerede über „demokratisches Miteinander“ oder die „Bereicherung“ durch „Diversität“ die Ähnlichkeit zur Phraseologie des SED-Staates. Die demographischen Verhältnisse haben sich im Westen so weit verschoben und die politischen Strukturen so sehr verfestigt, daß die Auflehnung, die im Osten noch möglich ist, hier ein physisches Risiko bedeutet. Im Bedarfsfall tritt mit der Antifa eine effiziente Bürgerkriegstruppe in Aktion. Und schließlich hat man im Osten die abschreckende Entwicklung in den westdeutschen Städte vor Augen. Es genügt schon der Blick in die Weltoffenheits-Metropole Berlin. Dreiviertel der Berliner Drittklässler können nicht richtig lesen und schreiben. Die ohnehin enorme Asozialität in der Hauptstadt erhält damit Nachschub. Eloquente Inklusions-, Bildungs-, Integrations- und Antidiskriminierungs-Experten werden den Bürgern in endlosen Talkshows und Diskussionen darzulegen versuchen, warum die Bildungskatastrophe in Wahrheit einen Fortschritt bedeutet. Zur gleichen Zeit werden Kinder im

Vorschulalter bereits über sexuelle Vielfalt aufgeklärt. Über diesen und anderen Irrsinn läßt sich sinnvoll nicht mehr diskutieren. Es führt zu nichts. Und wenn zuletzt die Moderatorin Anne Will auf den Hinweis, daß in der neuen Bundesregierung keine ostdeutschen Minister vertreten seien, einwirft, es gäbe ja auch keine Migranten, dann blitzt noch mal die alte Arroganz und Post-68er-Westdenke, aber das ist kein Aufreger mehr in einem Land, wo alles, was bewahrenswert war – Sozialstaat, Rechtsstaat, Sicherheit, Bildung – zielsicher in den Abgrund bugsirt wird. Der alte Westen ist kein Vorbild und kein Maßstab mehr. Was sich in der Ex-DDR vollzieht, ist eine Emanzipation von seinen Diskursen.

Das Wort „Mauer“ wird wieder zu Ehren kommen

Man muß in neuen Kategorien zu denken beginnen. Die Begüterten, die sich in Gated Communities, in gesicherte Wohnkomplexe zurückziehen, nehmen einen allgemeinen Trend vorweg. Wer heute in Museen die Modelle alter Stadtbefestigungen betrachtet, blickt in die eigene Zukunft. Das heißt, nicht nur begrenzte Bereiche, sondern ganze Stadtteile und Städte können künftig zum Mittel der Abschottung greifen, vielleicht sogar ganze Regionen. Das Wort „Mauer“, das aus Zeiten der deutschen Teilung einen absolut negativen Klang besitzt, wird wieder zu Ehren kommen. Man wird die Mauer neu denken müssen. Der Grüne Anton Hofreiter hält die „Fixierung auf den Nationalstaat“ für „eher etwas Irrtümliches“. Man sollte deswegen nicht reflexhaft die Fäuste schütteln, sondern den Gedanken aufnehmen und feststellen: Nicht zuletzt durch die Politik der Grünen müssen weite Teil Westdeutschlands als verloren gelten und stellen wie Schlesien, Ostpreußen und Hinterpommern eine nationale Konkursmasse dar. Die Wiedervereinigung war kein pures Glück, sie war auch eine vertane Chance und der Beginn neuer Gefährdungen. Auch die innere Einheit ist kein Wert an sich. Wozu soll die innere Einheit mit Verblendeten gut sein? Der Historiker Golo Mann – weiß Gott ein guter Deutscher – war gegen die Wiedervereinigung, weil er meinte, die Deutschen würden wieder nur Unsinn anstellen. Er mag an Bismarck gedacht haben, der den von ihm geschaffenen Nationalstaat gelegentlich als ein „Nürnberger Spielzeug“ bezeichnete, mit dem die Deutschen nichts anzufangen wüßten und das man ihnen vielleicht wegnehmen müsse. In der Bismarck-Biographie von Otto Pflanze ist nachzulesen, daß der Kanzler in den 1880er Jahren von düsteren Ahnungen erfüllt war. Er äußerte zu Vertrauten: „Die Schwäche unserer Einrichtungen ist bewiesen durch die Leichtgläubigkeit der Wähler.“ Und so könne es einmal heißen: „Diese Einrichtung hat sich nicht bewährt ...“

Nicht den Verblendeten überlassen

Der Gewaltforscher Gunnar Heinsohn schrieb kürzlich in einem Aufsatz: „Flüchte in eine Kompetenzfestung, wenn die eigene Region dazu nicht mehr werden kann!“ Er erwog, daß die „13 Millionen Bürger des Freistaats Bayern – Heimat der bundesweit drittbesten Schüler – ihre Zukunft retten“ könnten, indem sie souverän wie die Österreicher würden, ihre Zahlungen nach Norden einstellten und „ihre Zinnen von den besten Hanseaten und Preußen bewachen lassen“. Sachsen und Thüringen mit ihren besten und zweitbesten Schülern der Republik könnten mit dabei sein. Was Heinsohn mit dem Gedankenspiel ventilierte, war die Sezession und ein neuer Zusammenschluß deutscher Leistungsräume – zu deren Gelingen natürlich auch gesetzestreue Steuerzahler nichtdeutscher Herkunft beitragen. Sie wären zu ergänzen durch die Ruheräume der nordostdeutschen Bundesländer. Die herrliche Ostseeküste von Mecklenburg-Vorpommern, die Mecklenburgische Seenplatte, die brandenburgische Havellandschaft, der Spreewald, der mythenumwobene Harz samt Kyffhäuser – das alles möchte man doch nicht den Auslöschern und Verblendeten überlassen! Während in den Leistungs- und Ruheräumen Recht und Gesetz wieder in Kraft gesetzt würden, könnten ihre Bewohner von den Zinnen der Befestigungen Ausschau halten, wie die Geschwätzwissenschaftler, Volkserzieher, Sozialarbeiter, Ausländerbeauftragten, die Experten, die Hofreiters und sonstigen Lemuren die diversitären Ruhrpötte, Bremens und Neuköllns dieser Republik nach vorn bringen. Oder auch nicht. Es gilt das Türmerlied aus Goethes „Faust“:

„Flamme flammet, rot in Gluten
Steht das schwarze Moosgestelle;
Retteten sich nur die Guten
Aus der wildentbrannten Hölle.“

31. Zoellner, Mac (2017): „Es fängt gerade erst an und wird viel schlimmer werden.“

Zumindest einen schönen Ausblick hatte der diesjährige G7-Gipfel – das regelmäßig stattfindende Treffen der Präsidenten und Regierungschefs der sieben bedeutendsten Industrienationen der Welt – seinen Teilnehmern zu bieten: nämlich den auf das türkisblaue Mittelmeer, an dessen sizilianischer Küste sich das malerische, kaum zehntausend Einwohner zählende Fischerstädtchen Taormina schmiegt. Doch wer am letzten Maiwochenende auch beim inhaltlichen Konsens auf einen „schönen Ausblick“ hoffte, wurde enttäuscht – allen voran Gastgeber Italien, dessen Strategiepapier zur gemeinsamen Bewältigung der Flüchtlingskrise gleich von drei der sieben anwesenden Nationen zurückgewiesen wurde. Für Rom ein schwerer Rückschlag: Denn gerade auf die Durchsetzung seines „Vision on Human Mobility“ (etwa: Zukünftige Vorstellung von einer menschlichen Reisefreizügigkeit) getauften Antrags hatte Ministerpräsident Paolo Gentiloni große Hoffnung gesetzt, sein Land vom nicht enden wollenden Zustrom an Migranten zu entlasten. Immerhin war selbst der Tagungsort nicht zufällig gewählt; liegt er doch nicht allzuweit von der afrikanischen Küste entfernt. Symbolisch sollte Taormina die Rolle Italiens als zentrales Transitland, aber auch Ziel der unzähligen Bootsmigranten aus der Dritten Welt darstellen. Und bei der Symbolik allein blieb es nicht. Gleich zwanzig Schiffe, so hatte das Tripolitaner Verteidigungsministerium seiner römischen Amtskollegen parallel zum Auftakt des Gipfels gewarnt, seien aus Libyen aufgebrochen, um Tausende von Flüchtlingen gezielt nach Sizilien zu bringen. „Heute ist der Tag des massiven Exodus illegaler Flüchtlinge nach Europa“, warnte General Ayoub Qassem, Sprecher der libyschen Marine, so die Nachrichtenagentur Reuters. Keine gute Nachricht für ein Land wie Italien, das bereits über 175.000 Migranten beherbergt und allein in diesem Jahr weitere 200.000 über den Seeweg erwartet. Mit rapide steigender Tendenz: Allein seit Monatsmitte wurden über 10.000 Migranten aus den Gewässern vor der libyschen Küste geborgen, während etwa 1.300 Menschen im Mittelmeer ertranken. Daß neben Italien auch Deutschland 2017 das begehrteste Ziel der meisten Asylsuchenden aus Afrika und dem Nahen Osten bleibt, war der vorrangige Grund für die Bundesregierung, den italienischen Plan bedingungslos zu unterstützen – und sehr wahrscheinlich auch auf dem Hamburger G20-Gipfel im Juli erneut auf den Tisch zu legen.

„Heute ist der Tag des massiven Exodus Illegaler“

Neben der Bekämpfung der Hungersnot am Horn von Afrika beinhaltet dieser außerdem die geplante Schaffung von Arbeitsplätzen in Schwarzafrika durch internationale Partnerschaften, die Gewährleistung von „humanitären Visa“ gerade für Bootsmigranten sowie die Ausweitung der Rechtsstellung von Einwanderern in den G7-Nationen. Doch speziell an den letzten beiden Punkten störte sich nicht nur Japan, sondern auch das britische Königreich. Dessen Premierministerin Theresa May reiste wegen des 22 Tote fordernden Terroranschlags in Manchester schon am Freitag vorzeitig – und nicht minder symbolisch – wieder ab. Ebenfalls nicht einverstanden mit den letzten Punkten zeigte sich Donald Trump, der schließlich mit dem Versprechen, illegale Einwanderung zu bekämpfen, die US-Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. Was am Ende vom italienischen Vorstoß blieb, war kaum mehr als eine von den drei „Nein“-Staaten der Europäischen Union diktierte Fußnote: „Wir beteuern das unumschränkte Recht der Staaten, ihre Grenzen zu kontrollieren“, heißt es im Entwurf der Gipfelverkündung, „und klare Grenzen bezüglich der Nettomigrationshöhe zu ziehen, als zentrales Element ihrer nationalen Sicherheit sowie ihres wirtschaftlichen Wohlbefindens“. Die EU ist damit wieder bei ihrem eigenen Vierpunkteprogramm angelangt: Kampf gegen Menschenhändler und ihre Netzwerke, Sicherung der Grenzen zu Land und zu Wasser, insbesondere durch Frontex, Entwicklung eines kontinental vereinheitlichten Asylsystems sowie Öffnung breiter legaler Wege zur

Einwanderung nach Europa. Über 15 Milliarden Euro Entwicklungshilfe, klärt die EU-Kommission auf ihrer Netzseite auf, seien in den vergangenen zwei Jahren dafür seitens der Union bereits geflossen. Und weitere zwanzig Milliarden Euro, berichtete die ägyptische Tageszeitung Egypt Independent, habe allein Deutschland 2016 für die Bewältigung der Flüchtlingskrise bewilligt. Doch ob diese immensen Summen am Ende auch die erhoffte Wirkung erzielen, bleibt fraglich: Denn schon wieder harrten über 6,6 Millionen Flüchtlinge der Einreise nach Europa, zitierte die Bild-Zeitung kürzlich aus einem als „Verschlußsache – nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichneten internen Papier der Bundesregierung. Gut die Hälfte davon halte sich derzeit in der Türkei auf, so Bild, und je eine weitere Million in Ägypten und in Libyen. Und auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) warnt vor einer deutlichen Verschärfung der Krise in diesem Sommer. „Wir wissen, daß uns jetzt die tödlichste Jahreszeit bevorsteht“, so Joel Millman, der Sprecher der Lobbyorganisation. „Es fängt gerade erst an. Und wir befürchten, daß die kommenden Wochen noch viel schlimmer werden.“

32. Paulwitz, Michael (2017): „Der Rechtsstaat versagt.“

Rechtssicherheit ist ein Grundpfeiler des Rechtsstaats. Sie manifestiert sich in Rechtsklarheit und Realisierungsgewißheit. Wenn die Bürger sich nicht mehr darauf verlassen können, daß klare und verbindliche Rechtsnormen für jedermann gelten und ihre Verletzung angemessen, nachvollziehbar und gegenüber jedem Rechtsbrecher mit gleicher Konsequenz geahndet wird, zerbricht das Vertrauen in die Institutionen als ungeschriebenes Fundament der Rechtsstaatlichkeit. Der unkontrollierte Zustrom von Millionen De-facto-Einwanderern aus fremden Kulturkreisen und die mit diesem einhergehende Kriminalitätsexplosion hat die Erosion und das partielle Versagen des deutschen Rechtsstaats, die mit der oktroyierten Multikulturalisierung des Landes einhergehen, massiv beschleunigt. Die Symptome des Versagens sind offenkundig: Ermittlungsverfahren werden zunehmend „wegen Geringfügigkeit“ eingestellt, weil es chronisch an Staatsanwälten mangelt. Mehrfach verurteilte abgelehnte Asylbewerber werden nicht in Abschiebehaft genommen und können untertauchen, weil die Gefängnisse heillos überfüllt sind. Ganze Straßenzüge und Stadtteile werden zurechtsfreien Zonen, zu „No-go-Areas“, in denen Jugendbanden und Mafia-Clans das Sagen haben und die nicht nur von rechtstreuen Bürgern, sondern auch von Polizei und Staatsmacht lieber gemieden werden. Gewaltverbrechen, die aus solchen Gegengesellschaften heraus straffrei gegen einheimische Bürger begangen werden, erschüttern das Vertrauen in den Rechtsstaat am unmittelbarsten. Die Täter seien „polizeibekannt“, heißt es in unschöner Regelmäßigkeit in den dürren Meldungen, befürchten müssen sie auf ihrem Weg von Straftat zu Straftat dennoch kaum etwas. Fünf junge Afghanen randalieren in der Berliner U-Bahn, treten auf der Straße eine Frau brutal von ihrem Fahrrad, werden vor ihrer Asylunterkunft geschnappt und müssen von der Polizei doch wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil sie dortselbst einen „festen Wohnsitz“ hätten – solche Absurditäten sind alltäglich geworden und wirken in der Summe verheerend. Der vorerst – und wohl für immer – ungesühnte Mord an dem 17jährigen Bonner Gymnasiasten Niklas P. wirft ein grelles Schlaglicht auf das fortschreitende Rechtsstaatsversagen. Es ist nicht der erste und wohl auch nicht der letzte Fall dieser Art, aber doch ein besonders krasses Beispiel dafür, wie selbst schwerste und tödliche deutschenfeindliche Gewalt für die Täter folgenlos bleibt oder lediglich mit Bagatellstrafen geahndet wird. Die Ursachen des Versagens des Rechtsstaats gerade im Umgang mit Einwandererkriminalität sind vielfältig und haben sich über einen längeren Zeitraum hinweg aufgetürmt. Noch die wohlwollendste Interpretation ist, daß seine überkommenen Institutionen und Instrumente mit der neuen multikriminellen Realität überfordert sind. Jung-Orientalen, die aus ihren Herkunftsländern anderes gewohnt sind, nehmen eine Polizei nicht ernst, die auf Deeskalation und Nicht-Reagieren auf Beleidigungen getrimmt ist. Ein einseitig pädagogisch ausgerichtetes Jugendstrafrecht verfehlt seine Wirkung auf aggressive Täter aus Clangesellschaften, die das dahinterstehende Regelwerk ebenso ablehnen und verachten wie die Gesellschaft, in die sie „erzogen“ werden sollen. Die logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis wäre, die vorhandenen Instrumente konsequent und streng ausulegen und anzuwenden und Lücken im bestehenden Rechts-

und Exekutivsystem zügig zu schließen. Das Gegenteil geschieht. Im Fall Niklas wurde Anklage nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags erhoben und auf Körperverletzung mit Todesfolge und schließlich Freispruch reduziert. Das Prinzip „Im Zweifel für den Angeklagten“ wird dabei ad absurdum geführt, wenn Behörden und Justiz durch nachlässige Ermittlungen und systematisches Zweifeln an den Aussagen der Freunde des Opfers diese Zweifel selbst produzieren. Der Rechtsstaat hat durchaus Mittel bis hin zur Beugehaft, um vorsätzlich lügende oder schweigende Zeugen, die den Täter decken, zur Aussage zu zwingen. Der völlige Verzicht darauf sendet das Signal: Wer lügt, zusammenhält und nicht mit „den Deutschen“ kooperiert, kann ihre jungen Männer straflos umbringen. Die Kumpane des mit „Haftentschädigung“ freigesprochenen Walid S. hatten allen Grund, vor dem Gerichtssaal zu feiern. Der Herausforderung durch die RAF war der deutsche Rechtsstaat noch mit neuen Strafrechtsparagrafen gegen „terroristische Vereinigungen“ entgegengetreten. Schärfere Regeln zur Ahndung von Angriffen aus Gruppen wären daher überfällig. Statt dessen schafft man nur auf Deutsche anwendbare neue Kategorien wie „Haßverbrechen“, während real existierender Deutschenhaß ungeahndet bleibt. Fraglich ist, ob diese – wie im Fall der kürzlich eingeführten Strafverschärfung in Fällen sexueller Belästigung – viel nützen, wenn Zeitgeist-Richter wie der Vorsitzende im Niklas-Prozeß sich mehr um „Rassismus“-Verdächtigungen und das Seelenlebendes Angeklagten kümmern als um die Anwendung des ganzen Gesetzesrahmens. Kernproblem des Rechtsstaatsversagens ist eine Exekutive und Justiz, die aus Furcht vor schlechter Presse oder auch vor Repressalien straffälligen Einwanderern nahezu Narrenfreiheit gewähren, während sie gegen Einheimische, die falsch parken, zu schnell fahren oder Rundfunk- und andere Steuern nicht zahlen, mit aller Härte durchgreift. Diese müssen den Eindruck gewinnen, daß der Rechtsstaat bewußt verbogen wird, um die letzten Widerstände gegen die Multikulturalisierung des Landes zu ersticken. Wird eine solche Strategie der Einschüchterung überdehnt, wer kann dann garantieren, daß nicht auch andere zivilisatorische Errungenschaften an Akzeptanz verlieren?

33. Kuntze, Peter (2017): „Linksausleger des Zeitgeistes.“

Die Schlacht ist geschlagen, die AfD sitzt im Bundestag. Landauf, landab wird noch immer gerätselt, was dazu geführt hat: Sind es soziale Gründe („die Abgehängten“)? Sind es kulturelle Probleme („die weltfremden Osis“)? In Wahrheit dürfte es die nationale Frage sein – die Frage, wie Volk und Nation im Zeitalter der Globalisierung definiert werden. Daß korrekte Begriffe die Grundlage guten Regierens sind, wußte vor 2.500 Jahren schon Konfuzius. Als ihn der Fürst von Wei bat, die Staatsgeschäfte zu übernehmen, antwortete Konfuzius auf die Frage eines Schülers, was er denn zuerst in Angriff nehmen werde: „Sicherlich die Richtigstellung der Begriffe.“ Seien nämlich die Begriffe nicht richtig, stimmten die Worte nicht; stimmten die Worte nicht, könnten keine Werke zustande kommen, und Moral und Kunst würden nicht gedeihen. Gedeihen Kunst und Moral nicht, so träfen die Strafen nicht. Am Ende wisse das Volk nicht mehr, wie es sich zu verhalten habe. Der Edle, so Meister Kong, müsse daher als erstes die Unordnung der Begriffe beseitigen. Nur dann könnten aus seinen Worten entsprechende Taten werden. Ist nämlich jeder einzelne das Maß der Dinge, so stellt sich die Frage, woher die Maßstäbe für richtig und falsch, für gut und schlecht genommen werden sollen, die das je Individuelle überwölben und für jeden verbindliche Normen begründen. Auch hierzulande läßt sich in der politischen Semantik seit Jahren eine Begriffsverwirrung feststellen, die aus der Um- und Neudefinition unumstrittener Tatbestände resultiert. Ein Beispiel aus dem Westdeutschland der siebziger Jahre war die Etikettierung der linksterroristischen „Rote-Armee-Fraktion“. Statt sie als kriminelle Mörderbande zu verurteilen, versuchten linke und linksliberale Sympathisantenkreise, die RAF als „Baader-Meinhof-Gruppe“ zu verharmlosen, deren Mitgliedern mancher sogar heimlich Unterschlupf gewährte. Ein Exempel aus der Gegenwart ist der sprachliche Umgang mit dem massenhaften Zustrom von Migranten aus dem arabischen und dem afrikanischen Raum. Von den Funktionsträgern in Politik und Medien werden sie nicht als illegale Einwanderer bezeichnet, was sie im Regelfall sind, sondern als Flüchtlinge und Schutzsuchende, um deren Aufnahme als Gebot humaner Moral erscheinen zu lassen. Die jüngste und

in ihren möglichen Weiterungen nicht absehbare Umdeutung betrifft das Rechtsinstitut Ehe, das am 30. Juni im Parlament handstreichartig „für alle“ geöffnet wurde. Der Ehe-Begriff, so argumentierte nicht nur Bundesjustizminister Heiko Maas, sei entwicklungs offen. Da er sich gewandelt habe und die Ehe heute die dauerhafte Lebensgemeinschaft zweier Menschen beliebigen Geschlechts sei, bedürfe es auch keiner Änderung der Verfassung. Schließlich stehe dort nirgendwo, daß nur Mann und Frau eine Ehe eingehen können. Somit werde Heterosexuellen durch die „Ehe für alle“ nichts weggenommen. Welch ein Irrtum! Welche Geistesverwirrung! Sollte das Bundesverfassungsgericht in letzter Instanz die Ehe für alle öffnen, wird das zwar in Deutschland von staatsrechtlicher Relevanz sein, vor dem Urteil der Vernunft aber dürfte das Einknicken vor dem Zeitgeist keinen Bestand haben. Analog zur Ehe ist in den letzten Jahren auch der Begriff Familie grundlegend neu interpretiert worden. Galt es seit alters her als selbstverständlich, daß Familie den Dreiklang Vater-Mutter-Kind(er) bedeutet, ist sie heute im Zuge der allseits propagierten Vielfalt der „Ort, wo Kinder sind und Menschen füreinander Verantwortung übernehmen“ – ob im Patchwork-Verbund, als Alleinerziehende oder in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit zwei „Müttern“ oder zwei „Vätern“. Auch diese Umdeutung ist ein Produkt des Linksliberalismus, der sich aus hedonistischem Individualismus und linkem Egalitarismus speist. Mit seinem moralisierenden Furor erinnert der Linksliberalismus an antike Vorbilder: Um 450 v. Chr. hatte sich aus der von Athen ausgehenden Aufklärung die Sophistik entwickelt, deren bedeutendster Stichwortgeber Protagoras war. Dessen berühmter, doch vielfach mißdeuteter Satz „Der Mensch ist das Maß aller Dinge“ mündete letzten Endes in einen schrankenlosen Relativismus der bis dahin geltenden Werthaltungen. Ist nämlich jeder einzelne das Maß der Dinge, die ja für alle Individuen in tausendfältiger Verschiedenheit erscheinen, so stellt sich die Frage, woher die Maßstäbe für richtig und falsch, für gut und schlecht genommen werden sollen, die das je Individuelle überwölben und für jeden verbindliche Normen begründen. Heutige Parolen wie „Es ist normal, anders zu sein“ und „Vielfalt statt Einfalt“ hätten auch die griechischen Sophisten formulieren können. In der Um- und Neudefinition der Begriffe Volk und Nation offenbart sich, worauf der in nahezu sämtlichen gesellschaftlichen Gruppierungen dominierende Linksliberalismus in letzter Konsequenz zielt: den Umbau Deutschlands in eine „bunte Republik“, in der die Autochthonen zur Minderheit unter Minderheiten werden. Sofern sie nicht von „Bevölkerung“ spricht, setzt Bundeskanzlerin Angela Merkel an die Stelle des deutschen Volkes, dem sie sich in ihrem Amtseid verpflichtet hat, mittlerweile „jeden, der in diesem Land lebt“. Was damit gemeint ist, hatte Joachim Gauck in einem Interview mit dem Generalanzeiger vom 29. August 2015 in dankenswerter Klarheit ausgesprochen: Die Deutschen, so dozierte der damalige Bundespräsident, müßten sich vom Bild einer Nation lösen, die „sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig“. Jetzt hat auch das Bundesverfassungsgericht, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, Abschied von Volk und Nation im herkömmlichen Sinn genommen. Im NPD-Urteil vom 17. Januar dieses Jahres gehen die Karlsruher Richter nicht mehr vom deutschen Volk als dem Souverän der Staatsmacht aus, sondern, wie der Jurist Thor von Waldstein aus dem Urteilstext zitiert (JF 24/17), von den „Freien und Gleichen“ – „unabhängig von der ethnischen Herkunft“. Der „ethnische Volksbegriff“, so die Richter, verlange die unbedingte Unterordnung der Person unter ein Kollektiv, eine Ideologie oder eine Religion, was unvereinbar sei mit dem an der Menschenwürde des Individuums orientierten Grundgesetz. Mit dieser Interpretation hat das oberste Gericht den auf Johann Gottfried Herder im 18. Jahrhundert zurückgehenden Volksbegriff mit den völkischen Rasseprinzipien des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Herder indes hatte die Völker als durch gemeinsame Abstammung, Geschichte und Kultur geprägte „Gedanken Gottes“ bezeichnet – eine zutiefst humanistische Idee, die sich in der Weimarer Klassik und im philosophischen Idealismus wiederfindet. Im Gegensatz zum NS-System haben die Verfechter dieses auch der bisherigen Verfassung zugrundeliegenden Volksbegriffs weder ethnische Reinheit gefordert, noch Völker als höher- oder niederstehend eingestuft. Unmißverständlich bekennen sich die Karlsruher Richter demgegenüber zu Multikulturalismus und Multiethnisierung Deutschlands, damit, wie es die Kolumnistin Carolin Emcke formuliert, aus dem nationalen Wir ein „globales Wir“ wird. Auch der Historiker Michael Wildt sieht darin das anzustrebende Ziel. Zwar sei das nationale Volk

nicht tot, „aber es hat sich überlebt“, schreibt er in seinem jüngsten, in der Hamburger Edition erschienenen Buch „Volk, Volksgemeinschaft, AfD“. Nun komme es allein darauf an, „uns als Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Freiheit zu verstehen“. Schon vor Jahren haben Philosophen wie Jürgen Habermas das als Projekt der Postmoderne ausgegeben. Aus den einzelnen sollen flexible und von allen Zwängen befreite Bürger werden – ohne nationale, ethnische, religiöse oder anderweitig störende Bindungen –, so daß sie sich überall heimisch fühlen in einer als Ende der Geschichte erträumten staats- und grenzenlosen „One World“. Daß der demographische Wandel durch Einwanderung ein „Umvolkungsmärchen“ sei, können nur jene behaupten, deren Ignoranz in Wahrheit den schleichenden Prozeß beschleunigt. Somit ist die Richtigstellung der Begriffe entscheidend. Wer dieses Konzept ablehnt und vor Überfremdung und Islamisierung warnt, muß sich in linksliberalen Feuilletons als Verschwörungstheoretiker abkanzeln lassen, der „irrlichterndes Gerede“ und „Umvolkungsmärchen“ verbreite, so Alex Rühle am 11. Juli in der Süddeutschen Zeitung. Menschen mit Vorbehalten gegenüber Fremden und Muslimen werden gar für geistig erkrankt erklärt, weil sich in ihrer angeblichen Xenophobie abnorme Ängste offenbaren. Umgekehrt ließen sich dann jene als „natiophob“ einstufen, weil bei ihnen das Volk offenbar ständig Zwangsneurosen auslöst. Doch wer einen vorurteilslosen Blick auf die zu erwartende Zukunft deutscher Großstädte werfen will, sollte das Melderegister der Stadt Frankfurt am Main zur Kenntnis nehmen: In der hessischen Metropole stellten im Jahr 2015 die Einwohner mit ausländischen Wurzeln mit 51,2 Prozent erstmals in einer bundesdeutschen Stadt die Mehrheit der Bürger. Bei den Kindern unter sechs Jahren hatten bereits drei von vier einen Migrationshintergrund. Anfang August dieses Jahres teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit, in Deutschland lebten mittlerweile so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie nie zuvor – es seien rund 18,6 Millionen und damit bereits mehr als jeder fünfte Einwohner (22,5 Prozent). Von ihnen sind 35 Prozent jünger als zwanzig Jahre, berichtete die Süddeutsche am 16. September. Auch durch den am 8. Oktober erzielten Asyl-Kompromiß der Unionsparteien wird die Veränderung Deutschlands weder beendet noch verzögert, sondern forciert: Bei Ausschöpfung einer jährlichen Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen, die jeweils (mindestens) zwei nahe Angehörige nachholen dürften, werden in jedem Jahrzehnt sechs Millionen Kulturfremde ins Land strömen. Daß dieser demographische Wandel – vor Jahren in Gang gesetzt ohne Parlamentsbeschluß oder Referendum, mithin ohne Legitimation durch den Souverän – ein „Umvolkungsmärchen“ sei, können nur jene behaupten, deren Ignoranz in Wahrheit den schleichenden Prozeß beschleunigen soll. Somit ist die Richtigstellung der Begriffe der entscheidende Schritt, um im Kampf um die Diskurshegemonie jene geistig-moralische Wende herbeizuführen, die Helmut Kohl 1982 versprochen hatte, unter seiner Nachfolgerin aber ins Gegenteil verkehrt wurde, weil sich Angela Merkel zur willigen Vollstreckerin des linksliberalen Zeitgeistes macht.